Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Reuß, Johann August, 1751-1820

Deductions- und Urkunden-Sammlung Ein Beytrag zur Teutschen Staatskanzlei

Bd.: [1]

Ulm (1785)

Bamberg, Staatsbibliothek -- .56 J 24
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11411167-7
VD18 80313477-001

56724

Deductions- und Urkunden-Sammlung.

Ein Beytrag zur Teutschen Staatskanzlei.

(B11)

Von
D. Johann August Reuß,
Herzogl. Würtemb. Hofrath und Lehrer des Staatsrechts
an der Karlshohenschule zu Stuttgart.

Ulm, 1785.
im Verlag der Stettinischen Buchhandlung.

STAATLICHE BIBLIOTHEK · BAMBERG ·

Vorbericht.

Ich habe schon im VII. Bande meiner teutschen Staatskanzlei dem Publico bekannt gemacht, daß ich mich entschlossen habe, mit der Ausgabe dieses Werks eine Deductionssammlung, als Anhang zu demselben zu verbinden, weil bei Ausführung des mir von Anfang an vorgezeichneten Plans mir zu wenig Raum vor ganze Deductionen und gröſere Deductionsauszüge übrig blieb. Hier erscheint nun der erste Band dieser Sammlung, bey dessen Ausgabe ich mich zugleich über den Plan, den ich befolgen werde, zu erklären habe.

Ich habe mich bisher bemüht, das Publicum unter anderen auch mit den öffentlichen

Staats- und Rechtsstreitschriften, welche von Zeit zu Zeit zum Vorschein kommen, so, wie mit den Gegenständen, die sie veranlaßten, und den wichtigsten von beiden Seiten gebrauchten Rechtsgründen in meiner Staatskanzlei bekannt zu machen, und werde auch, so lang ich dieses Werk fortseze, nie aufhören, meinem Plan möglichst getreu zu bleiben, und mir nur solche Abweichungen erlauben, welche zu dessen Verbesserung gereichen. Druckschriften aber ganz einzurücken, war mir bisher nur alsdenn möglich, wenn sie aus einer geringen Bogenzahl bestunden. Grösere hingegen, wenn sie auch durch ihre Güte noch so gerechte Ansprache auf ihre Aufname machten, konnten bei dem Reichthum von Materialien, der sich bey jedem Bande herzudrang, nicht ganz aufgenommen werden. Ich mußte mich mit einer kürzeren Anzeige derselben und der darinn ausgeführten Gründe begnügen. Diesem Mangel abzuhelfen, ist nun vorzüglich gegenwärtige Sammlung bestimmt. Sie soll Deductions- und Urkunden-Sammlung seyn. Als Deductionssammlung soll

sie schlechterdings nur Deductionen von ausgezeichneter Wichtigkeit, solchen nemlich, die sich entweder durch die Wichtigkeit des Gegenstandes oder durch vorzügliche Gründlichkeit der rechtlichen Ausführung auszeichnen, gewidmet seyn. Folianten gesammelter Staatsschriften machen — vielleicht von Rechtswegen — heutzutag in der gelehrten Welt ihr Glück nicht mehr. Vorausgesezt also, daß Auswahl nöthig sey, glaube ich die richtigen Gesichtspuncte, auf welche es bey solcher Auswahl ankommen dörfte, angenommen zu haben. Manche Gegenstände sind an und für sich so interessant, daß die darüber erscheinende Staatsschriften, ohne besondere Rücksicht auf die mehr oder weniger gute Ausführung der Sache, in einer solchen Sammlung mitgetheilt zu werden verdienen. Dise sollen denn die ihnen gebührende Stelle in meiner Sammlung bekommen, wenn sie in der Staatskanzlei nicht Plaz gefunden haben. Der ganze übrige grose Haufe der alle Jahre erscheinenden Druckschriften hingegen muß die genaueste Musterung durchlaufen. Nur die-

jenigen, welche in Absicht auf die darin enthaltene historische oder rechtliche Ausführung, um ihres innern Gehalts willen, vorzüglich würdig sind, dem Publicum aufbehalten und der Vergessenheit, die das – oft wol verdiente – Loos vieler solcher Druckschriften ist, entrissen zu werden, sollen – je nachdem sie es verdienen – entweder ganz oder in grösern Auszügen eingerückt werden. Unter Deductionsauszügen verstehe ich nicht sowol diejenige Art derselben, welche den ganzen Inhalt einer Deduktion von §. zu §. ins Kürzere gezogen darstellt; als vielmehr vollständige aus dem Ganzen ausgehobene Stücke, auf welche sich meinem Urtheil nach das Verdienst, dem Publicum vorgelegt zu werden, einschränkt. Manche Deductionen sind nemlich von der Art, daß sie bei der Nothwendigkeit der sorgfältigsten Auswahl unmöglich ganz einaerückt werden können, aber doch einzelne Stücke oder ganze Abschnitte enthalten, in welchen wichtige historische oder rechtliche Gegenstände, mit vorzüglicher Gründlichkeit ausgeführt sind. Solche einzelne Stürke oder Abschnitte, die

in

in so fern als Abhandlungen über jene Gegenstände angesehen werden können, sind es hauptsächlich, die ich unter Deductionsauszügen verstehe. Zu Auszügen, welche das Ganze in gedrängter Kürze darstellen, werde ich nur alsdann meine Zuflucht nehmen, wenn die Deduction zwar ganz eingerückt zu werden verdiente, um ihrer Gröse willen aber nicht eingerückt werden kann. In diesem Fall glaube ich, daß dem Publicum mit einem kurzen Begriff eines solchen starken Werks gedient sey.

Uebrigens ändert dieser Anhang zu meiner Staatskanzlei in der Hauptsache an dem Plane, nach welchem diese bisher bearbeitet worden ist, gar nichts. Es bleibt also nicht nur dabei, daß so viel möglich, von allen öffentlichen teutschen Staatsangelegenheiten und den darin erscheinenden Druckschriften, in meiner teutschen Staatskanzlei Nachricht gegeben werden soll: sondern es werden auch in Zukunft wichtige Deductionen und andere Staatsschriften, wie bisher, ganz eingerückt werden. Dieser Anhang soll nur jene Lücke ausfüllen, welche dem Staatsrechts-

gelehrten und Geschäftsmann zu einem gerechten Tadel meiner Arbeit hätte Anlaß geben können, wenn vorzüglich-wichtige Deductionen theils um ihrer Gröse willen nicht eingerückt-theils durch andere interessante Materialien verdrängt werden würden. Nur solche werde ich also in gegenwärtige Sammlung verweisen, und derselben entweder die ganze Schrift, oder doch die wichtigsten Abschnitte einrücken.

Urkundensammlung nenne ich dieselbe zugleich, nicht nur um deswillen, weil die meisten Deductionen unter ihren Beilagen Urkunden enthalten, welche ich öfters werde beifügen müssen: sondern vorzüglich auch aus der Ursache, weil ich diese Sammlung wirklich zugleich zu einem Behältnis der in den neuesten Deductionen ans Licht gestellten vorher noch ungedruckten wichtigeren Urkunden bestimmt habe. Deductionen sind fast die einzigen Canäle, durch welche Urkunden, die auser dem in ihrer Verborgenheit liegen bleiben würden, der gelehrten Welt mitgetheilt werden. Auch Höfe, deren Politique vielleicht zu ihrer ersten Maxime gemacht

macht hat, alles geheim zu halten, um nichts, das irgend einmal nachtheilig werden könnte, bekannt werden zu lassen, werden zuweilen durch Streitigkeiten mit Nachbarn ꝛc. genöthiget, Urkunden aus dem Dunkel hervorzuziehen, die auser diesem Fall nie das Tagesiicht gesehen hätten. Wie viel die grose Anzahl der auf solche Art dem Publicum bisher bekannt gewordenen Urkunden aus den ältesten, mittleren und neueren Zeiten schon zu Aufklärung aller Theile der Geschichte sowol, als der Rechte Teutschlands und seiner einzelnen Gebiete beigetragen habe, kann ich als bekannt voraussezen. Vor das Verflossene leisten sowol die Urkundensammlungen, welche auch die wichtigsten = in Deductionen zum Vorschein gekommenen Urkunden aufgenommen haben, als die Urkundenverzeichnisse sehr nüzliche Dienste, wenn gleich zu wünschen wäre, daß Männer, welche sich in der Lage befinden, grose Deductionssammlungen benuzen zu können, sich ein eigenes Geschäft daraus machen möchten, die Urkunden = Sammlungen und Verzeichnisse aus dem = in grosen Deductions=

sammlungen noch immer verborgen liegenden Schaz von Urkunden zu bereichern, und Stücke, welche in seltenen Deductionen enthalten, und zum Theil so wenig bekannt sind, als ob sie noch in den Schränken der Archive lägen, bekannter zu machen. Vor die Zukunft aber scheint mir eine Sammlung, die zugleich dazu bestimmt ist, alle wichtige vorher noch ungedruckte Urkunden, die von Zeit zu Zeit in einzelnen Deductionen bekannt werden, aufzunehmen, für den Rechtsgelehrten und Geschichtsforscher gleich nüzlich zu seyn. Dies ist es denn, was mich bewog, den Plan dieser Sammlung auch auf Urkunden auszudehnen. Ich bin, da ich wegen der Ausgabe meiner Staatskanzlei ohnehin die Pflicht auf mir habe, mich nicht nur mit dem Daseyn der alle Jahr erscheinenden Deductionen, sondern auch mit dem Inhalt derselben so vollständig und genau als möglich bekannt zu machen, mehr als andere im Stande, eine solche Urkundensammlung mit einer gewissen Bequemlichkeit besorgen zu können.

Der

Der einige Grund, warum ich mich entschlossen habe, diese Sammlung neben meiner Staatskanzlei anzufangen, oder vielmehr einen Versuch damit zu machen, ist, um die Arbeit, die ich nun einmal übernommen habe, dem Publicum nicht unvollständiger vorzulegen, als sie meiner Einsicht nach seyn sollte. Es kommt aber nun, wie ich schon im Vorbericht zum siebenden Bande gesagt habe, auf das Urtheil und die Stimmen des Publicums an, ob diese Sammlung fortgesezt werden soll oder nicht. Zum Glück ist es hier nicht schwer sie zu sammlen. Finden die zwei bis drei ersten Bände so viel Abgang, daß sie fortgesezt werden kann: so wird es auch geschehen. Sollte mich aber der Abgang der ersten Bände überzeugen, daß das Publicum dieser Sammlung ihren Beifall nicht gebe, so werde ich auch eben so bereit seyn, mit dem zweiten oder dritten Bande (welche denn doch ihren Werth haben werden) wieder aufzuhören, als ich izt entschlossen bin, dieselbe im entgegengesezten Fall weiter fortzusezen.

Nun noch Etwas von dem Inhalt dieses Bandes.

Das erste Stück, die Lüttichische Recursschrift in dem über Vergebung der Probstei Hansinne entstandenen Rechtsstreit, der zu einer sehr merkwürdigen Collision zwischen beiden höchsten Reichsgerichten Anlaß gegeben hat, ist unwidersprechlich in Absicht auf ihren Gegenstand eine der wichtigsten und zugleich in Ansehung der Ausführung selbst eine der schönsten und gelehrtesten Deductionen der nächstverflossenen Jahre.

Der Gegenstand des Streits ist schon an sich selbst, in so fern es dabei auf Erklärung der Concordaten ankommt, wichtig genug: er wurde aber noch ungleich wichtiger dadurch, daß der Freiherr von Collenbach der kammergerichtlichen Litispendenz ungeachtet sich an den Reichshofrath wandte, und dieses höchste Reichsgericht nicht nur die Sache nichts destoweniger annahm, sondern auch in den ergangenen Reichshofrathserkänntnissen ausdrücklich den Grundsaz aufstellte, daß in dieser Sache weder die Gerichtsbarkeit des Kammergerichts, noch des Lütti-

Lüttichischen Officialats gegründet sey, sondern - nur die dem Official noch zugestandene Erkänntnis in summariissimo, idque strictè sumto, ausgenommen — Kaiserlicher Majestät allein, sowohl in possessorio ordinario, als petitorio, die ausschliesliche unmittelbare Gerichtsbarkeit zustehe; auch so nachdrücklich darauf beharrte, daß im folgenden Concluso vom 24. Febr. 1780. wider den Baron von Weichs der Reichsfiscal aufgefordert - die Intervention des Fürstbischofs zu Lüttich aber, „utpote legibus Imperii & „reservatis cæsareis adversa ac undique „irrelevantibus principiis superstructa“ verworfen wurde. Dadurch sage ich, wurde die Sache ungleich wichtiger, da, wenn gleich die Reichshofräthlichen Grundsäze von alleiniger Kaiserlicher Gerichtsbarkeit in Sachen, welche in die Concordaten einschlagen, auch vorhin schon bekannt waren, die landesherrliche sowol, als die concurrente kammergerichtliche Gerichtsbarkeit in solchen Fällen vielleicht noch nie so stark widersprochen worden war. Der Fürstbischof zu Lüttich glaubte daher in dem Recurs

curs an die Reichsversammlung das einige angemessene Mittel zu finden, das ihm als Landesherrn und Reichsmitstand zu Behauptung der landesherrlichen Rechte und der kammergerichtlichen concurrenten Gerichtsbarkeit noch übrig wäre.

In der - von dem geheimen Rath und Kammergerichtsprocurator von Zwierlein geschriebenen Recursschrift sind die staats- und kirchenrechtliche Fragen, auf deren Untersuchung es ankam, so vortreflich ausgeführt, daß ich schon im I. Bande meiner Staatskanzlei a), wo ich von diesem Recurs Nachricht ertheilte, mir vorbehalten habe, dieselbe in einem der folgenden Bände einzurücken. Bisher liessen dies neuere Materialien nicht zu. Ich werde daher derselben in dieser Sammlung mit Recht den ersten Plaz eingeräumt haben. Ich habe aber hiebei noch zu bemerken, daß ich diese Schrift nicht nach den in Regenspurg ausgetheilten Exemplaren, sondern nach einem der vollständigeren und unveränderten Exemplare habe abdrucken

a) S. 116. §. 66.

cken lassen, welche zu gleicher Zeit mit jenen gedruckt worden sind. Es hat damit folgende Beschaffenheit:

Der Herr von Zwierlein wurde von dem verstorbenen Fürstbischof zu Lüttich in allen seinen Reichs- und den mit solchen in Verbindung gestandenen Landesangelegenheiten als sein vertrauter Rath gebraucht. In dieser Eigenschaft schrieb er auch die Deduction, wie sie nun hier abgedruckt ist, und schickte sie seinem Hof ein. Dieser brauchte gerade zu der Zeit den Römischen Hof und hatte daher nöthig, denselben zu schonen. In dieser Absicht wurde Zwierlein ersucht, die Stellen, die den Römischen Hof beleidigen könnten, zu mildern, und besonders die der Deduction eingerückte Concordatengeschichte auszulassen. Dies geschah. Zehen §§. fielen dadurch hinweg. So angenehm es dem Herrn Verfasser seyn mußte, daß diese Operation ihm selbst überlassen, und nicht von fremden Händen vorgenommen wurde: so wurde eben doch seine Arbeit dadurch verstümelt. Dies veranlaßte ihn, zum Gebrauch für seine Freunde zugleich

eine gewise geringere Anzahl ächter, ungestümmelter Exemplare abdrucken, folglich die in jenen Exemplaren, die zum öffentlichen Gebrauch des Hofes bestimmt waren, ausgemerzten §§. einrücken, sie aber zum Unterschied mit andern Lettern sezen zu lassen.

Billig habe ich also nicht ein Exemplar dieser Recursschrift, wie sie zu Regenspurg ausgetheilt wurde, sondern, da ich so glücklich war, auch ein ächtes Exemplar zu erhalten, dieses abdrucken lassen, dabei aber ebenfalls die §§. die in diesem weiter, als in jenem enthalten sind, mit andern Lettern unterschieden. Diese Paragraphen sind der §. 32. 33. 51. bis 53. und 58. bis 63.

Uebrigens wurden nachher auch aus Schonung für den kaiserlichen Hof — vielleicht erst in Regenspurg – noch einige Stellen gemildert, und deswegen etliche Blätter umgedruckt, wie ich hier ebenfalls S. 109. und 122. angezeigt habe b). Die Stärke der Be-

b) Von diesen beiden Ausgaben ist eine ältere noch kürzere Schrift unterschieden, welche den kürzeren Titel führt: Examen litis inter Baronem

Beweisgründe ist aber freilich dadurch der Schrift nicht genommen.

Von

ronem de Weichs ab una & Baronem de Collenbach ab altera parte in duobus supremis Imperii tribunalibus puncto præpositurae in Hansinne agitatæ. Wezlariæ 1779. und von dem Herrn von Bostell in seinen Beiträgen zur kammergerichtlichen Litteratnr und praxi I. Th. Nr. III. S. 116. bis 131. in einen kurzen Auszug gebracht worden ist. Die Ordnung und Anzahl der Paragraphen dieser Schrift stimmt mit keiner der vorhergehenden überein, da dieselbe nur 74. von jenen hingegen die ächte 107. die zu Regenspurg ausgetheilte aber 97. §§. enthält, wiewol sie im wesentlichen eben dieselbe Grundsäze ausführt. Diese Deduction wurde gedruckt, nachdem zwar Collenbach die Sache schon am Reichshofrath anhängig gemacht, auch dieser schon das Gesuch desselben in possessorio summariissimo abgeschlagen, und von dem Lüttichischen Official Bericht gefordert hatte, aber noch vor Erkennung des oben erwähnten Conclusi vom 9. Sept. 1779. Ihre Bestimmung war also, an den höchsten Reichsgerichten oder wenigstens am Kammergericht ihre Dienste zu thun.

Von den übrigen diesem Band eingerückten Stücken habe ich nicht viel zu sagen.

Das zweite besteht aus den 3 ersten Abschnitten der Sachsen-Weimar-und Gothaischen Recursschrift, das Reichsständische Gesandtschaftsrecht am kaiserlichen Hof und besonders die angefochtene Freiheit der Gesandten von der reichshofräthlichen Obsignation und Gerichtsbarkeit betreffend. Auch dieser Gegenstand rechtfertigt schon die Einrückung der darüber geschriebenen Schrift in gegenwärtige Sammlung. Ich habe zwar im 1sten Bande meiner Staatskanzlei c) ausführliche Nachricht von der Sache gegeben, in Absicht auf die Ausführung des reichsständischen Gesandtschaftsrechts und die Widerlegung der reichshofräthlichen Ansprüche und der solche unterstüzenden Gründe aber mir, weil der Raum im ersten Bande es nicht zulies, es auf ein anderes mal vorbehalten. Ich hatte mir nemlich auch in Ansehung dieser Deduction vorgenommen, sie entweder ganz abdrucken zu lassen oder doch

c) von Seite 266. bis 294.

doch die rechtliche Ausführung, die sich ebenfalls auf eine sehr vortheilhafte Art auszeichnet, in einem Auszug vorzulegen. Jenes ziehe ich nun diesem um so mehr vor, als die Deduction die einige so ausführliche staatsrechtliche Abhandlung dieses so interessanten Gegenstandes ist.

Das dritte Stück liefert in einem Auszug aus der Ditfurthischen - der Recursschrift des Herrn Landgrafen von Hessencassel entgegengesezten Deduction eine Abhandlung über die Frage von der Verbindlichkeit eines Regierungsnachfolgers aus den Handlungen seines Vorfahrers.

Die Sache selbst und mit dieser auch die Deduction im Ganzen hat nun, nachdem der Proceß zum Vortheil der Ditfurthschen Familie in Güte beigelegt worden ist, ihr Interesse für das Publicum verloren. Die in dieser enthaltene rechtliche Ausführungen aber – aus der für seine eigene Sache ergriffenen Feder eines Reichskammergerichtsbeisizers – werden immer ihren Wehrt behalten. Vor dißmal habe ich die darin enthaltene gründliche Abhandlung über die wichti-

ge Frage von der Verbindlichkeit eines Regierungsnachfolgers aus den Handlungen seiner Vorfahrer ausgehoben; welches zugleich als Beispiel dasjenige erläutert, was ich oben von Deductionsauszügen gesagt habe. In einem der folgenden Bände werde ich auch noch die Abhandlung über die Frage von dem Gerichtsstande in Sachen klagender Landsassen und Unterthanen wider ihre Landes- und Lehensherrn vorlegen. Von dem Gegenstand des Streits und den dadurch veranlaßten Schriften habe ich übrigens in meiner Staatskanzlei Nachricht gegeben.

Die Urkunden (Nro. IV. und V.) wodurch einige Theile des Staatsverhältnisses zwischen den benachbarten altfürstlichen Häusern Würtemberg und Baden bestimmt werden, habe ich aus der neuesten Badenschen Recursschrift die Landsäßigkeit des Gemmingenschen Lehens im Hagenschies betreffend, wovon ich im 11. Bande meiner Staatskanzlei einen eigenen Abschnitt eingerückt habe, abdrucken lassen.

Endlich macht im VI. Stück der Anfang der Haasischen für den Grafen von Witt-

gen-

genstein und seine Gräfin Tochter geschriebenen Recursschrift den Beschluß dieses Bandes. Diese unglückliche Ehesache, welche die elterlichen Herzen mit so viel Schmerzen und Kummer erfüllt, und zulezt auch dem Salzburg- und Wittgensteinischen Schriftsteller Ungemach genug zugezogen hat, hat zu Fragen Anlaß gegeben, die in Teutschland, da nicht nur Ehen teutscher Reichsstände und anderer unmittelbaren Reichsglieder verschiedener Religion gar nichts ungewöhnliches sind, sondern auch Trennungen solcher Ehen schon oft sehr bedenkliche Auftritte veranlaßt haben, gewis von Wichtigkeit sind. Diese Ehesache wurde überdiß durch die Frage von dem Einfluß derselben auf die Salzburgische Präbende des jungen Grafen von Spaur noch verwickelter.

Was für eine Menge Schriften in diesem ganzen Proceß herausgekommen sey, habe ich an mehreren Orten meiner Staatskanzlei angezeigt. Die Wittgensteinische Recursschrift insbesondere enthält eine Ausführung jener in das Staats- und Kirchenrecht einschlagenden Rechtsfragen, wor-

auf die Erörterung der Sache beruhte. Es ist zu bedauren, daß sie unbeantwortet geblieben und also die Sache nicht auch auf der entgegengesezten Seite ausgeführt worden ist, als wodurch das Rechtliche noch mehr Aufklärung erhalten haben würde.

Daß übrigens diese Schrift, die sich, wie ich höre, selten gemacht hat, in einer Staatsschriftensammlung dem Publicum aufbehalten zu werden verdiene, daran kan wohl Niemand zweifeln, wer die ausgebreiteten Kenntnisse und die gründliche Gelehrsamkeit ihres Verfassers kennt. Ich habe daher am Ende dieses Bandes die Geschichtserzählung noch angehängt. Die rechtliche Ausführung wird im zweiten Bande nachfolgen.

Inhalt

des ersten Bandes der Deductions- und Urkundensammlung.

I.) Recursschreiben des Fürstbischofs zu Lüttich in dem Rechtsstreit über Vergebung der Probstei Hansinne dd. Sept. 1780. & dict. 19. Jan. 1781. S. 1.
und die Deduction: Examen litis &c. 8.

II.) Herzoglich Sachsen-Weimar- und Gothaische Recursschrift, das Reichsständische Gesandtschaftsrecht am Kaiserl. Hof, und besonders die Freiheit der Gesandten von der Reichshofräthlichen Obsignation und Gerichtsbarkeit betreffend; aus Gelegenheit des Rehboomischen Falles. 159.
Der lezte Abschnitt wird im zweiten Bande nachfolgen.

III.) Von der Verbindlichkeit eines Regierungsnachfolgers aus den Handlungen seiner Vorfahrer; ein Auszug aus der Dittfurthschen Deduction unter dem Titel: Documentirte Geschichtserzählung, Actenauszug und Rechtsgründe mit angehängter Widerlegung der angeblichen Gravaminum statuum Imperii communium

munium in Sachen der Gevettere von Ditfurth wider Herrn Friderich, regierenden Landgrafen zu Hessencassel ꝛc. Wezlar 1783. S. 269.

IV.) Vergleich zwischen Marggraf Rudolf von Baden und Graf Ulrich von Würtemberg das Flösen auf der Würm, Nagold, Enz und Neccar betreffend, vom Jahr 1342. 331.

V.) Vertrag zwischen den Fürstlichen Häusern Würtemberg und Baden wegen des Geleils vom Jahr 1581. 335.

VI.) Wittgensteinische Recursschrift in der Spaurischen Ehe- und Präbendensache ꝛc. 340.

Die Fortsezung im nächsten Bande.

I. Re-

I.

Recursschreiben und Deduction des Fürst-Bischofs zu Lüttich in dem Rechtsstreit über Vergebung der Probstei Hansinne.

Dict. Ratisb. d. 19 Jan. 1781.
per Mogunt.

Ad S. R. Imperii Comitia generalia querelæ legati Leodiensis delatæ adversus judicata consilii imperialis aulici in caussa Baronis de Weichs ab una - contra Baronem de Collenbach atque Bernisium ab altera parte, puncto litis de præpositura Hansinnensi violatorumque hac occasione, Privilegiorum Leodiensium, Concordatorumque N. germanicæ, una cum jurisdictione & territoriali & Ca-

meræ

meræ Imperialis; adjuncta eſt rerum geſtarum narratio ſub Nr. I. Impreſſum Leodii Anno MDCCLXXX.

SACRI ROMANI IMPERII ELECTORUM PRINCIPUM AC STATUUM,

REVERENDISSIMI, ILLUSTRISSIMI, AMPLISSIMI, DOCTISSIMI AD PRÆSENTIA UNIVERSALIA IMPERII COMITIA LEGATI CONSILIARII AC DEPUTATI, DOMINI PLURIMUM HONORANDI!

Tanta eſt querelarum, de quibus ad comitiorum ſenatum fuit delatum, & copia & moles, ut Celſiſſimus Leodienſium princeps diu longeque earum augere numerum dubius hæſitaverit. Eſt enim in his, quos vocant, recurſibus non minima pars, pro unico habens ſcopo, ut vel de jure judicatorum auctoritas, vel flos dignitatis ſupremorum Imperii tribunalium infringatur. Quorum quidem vel exempla vel caſtra ſequi & junctis cum iis armis judiciariæ in imperio poteſtati bellum inferre, tanto magis a Celſiſſimo principe Leodienſi alienum eſt, quanto majori pietatis calore æterna illa juſtitiæ monumenta veneratur, quibus *Imperatoria*

Ma-

Majeſtas a feliciſſimis principatus ſui initiis germanicæ Themidis utrumque templum nova religione munivit. — Quidquid igitur fieri, quidquid longiſſima meditatione excogitari potuit, ut perodioſi recurſus evitarentur ſcopuli, hoc credite omne factum eſt.

Lite videlicet inter B. de Weichs & de Collenbach nec non de Bernis mota, quæ præpoſituram Hanſinnenſem pro objecto habuit, ſenatus Imperii aulicus protopraxian quamdam adfectavit nulla neque legis auctoritate neque conſuetudinis ſuffultam. Idem ille ampliſſimus ordo iſtam litem (primum coram Officiali Leodienſi agitatam, deinde ad Cameram Imperialem devolutam, & ab hac ad officialem Leodienſem, ut ex formula Cameræ jus diceret, remiſſam) ſpretis, tum officialis Leodienſis tum Cameræ Imperialis *competentia*, *præventione*, *judicatis*, ex plenitudine quadam poteſtatis antehac incognitæ occupavit. Baronem denique de Collenbach atque de Bernis publicos, tum concordatorum Nationis Germanicæ, tum privilegiorum Leodienſium violatores, auctoritatis ſuæ clipeo adverſus Cameræ Imperialis decreta tueri non dubitavit.

Quæ quidem omnia quamvis animum ſupremi Eburonum Antiſtitis ſummo mœrore adfecerint, non tamen paſſus eſt Celſiſſimus ille Princeps juſtiſſimum ſuum atque acerbiſſi-

mum dolorem uſque eo eundem rapere, ut ſtatim ad Comitia Imperii univerſalia querelas ſuas volueret. Modeſtiſſimis potius precibus uſus, conſilium Imperiale aulicum interveniendo adivit, vulnera jurisdictioni territoriali, privilegiis Leodienſium, Imperii legibus & concordatis, jurisdictioni denique Camerali a ſe illata, ſub ejus oculos ponens, enixeque rogans, ut Conſilium Imperiale aulicum iis medelam adferret. Aſt ea eſt humani generis indoles atque natura, ut quoties de propagandis univerſitatis finibus quæſtio eſt, ſingula ſocietatis membra, & in his etiam moderatiſſimus quisque, in primi cujusque expugnatoris ſententiam ruant. Quis enim, ubi de augendis publicis commodis agitur, ut parvi & anguſti animi ſuſpicionem purget, non ultima quævis experietur? Namque quibus ſuſceptis ſi privati commodi gratia fiant, violentiæ vel uſurpationis nota inhæret, his ipſis ſi ampliandæ univerſitatis gratia ea tentaveris, publicæ rei amor non modo prætextum & excuſationem ſed & gloriam præbet atque triumphum. Dum itaque Senatui Imperiali aulico hoc a principe Leodienſium ſupplicabatur, ut falcem in Imperii territorialis, privilegiorum Leodienſium, atque jurisdictionis Cameralis ſegetes immiſſam, ex præſcripto legum retraheret atque revocaret, oleum perdebatur atque opera. Tantum enim abeſt, quin luctuoſis iſtis peti-

petitionibus amplissimus ille ordo annuerit, ut potius quas semel expugnaverat ditionis territorialis & cameralis partes, novo oraculo quam maxime dictatorio, iteratis Imperio suo adscripserit vicibus, fiscum simul Cæsareum excubitorem constituens, qui pro iis tuendis vigilias agendo, in B. de Weichs impetum minarum plenum faceret.

Iis, quibus legum condendarum potestas fuit commissa, tuendarum quoque annexam provinciam demandatam esse inter omnes constat. Violatarum itaque legum, in quibus cardo reipublicæ residet, querelam esse deferendam ad eos, qui legum auctores & sunt & fuerunt, extra dubitationis aleam positum esse videtur.

Quæcunque præterea ipsam reipublicæ formam immutare, columnasque concutere minantur, quibus communis populi salus innititur, de iis pari modo postulandum est coram eo, qui Imperii gubernacula tenet, cuive hoc imprimis ab ipsa republica commissum esse videtur providere, ne quid patria detrimenti capiat. In ejusmodi igitur eventis rerum, ubi procerum Germaniæ privilegia læduntur, atque Imperium, quod territoriale vocatur, lethali vulnere usque eo adficitur, ut clades alteri Statuum illata, reliquis Imperii ordinibus columnisve, simul assignanda sit, eodemque

 quasi

quasi ictu in totam rempublicam veniat, quis quæso est, a cujus fide, religione, pietate, fractorum fascium refectio sit exigenda, nisi ab eorum conditore, auctore: quis quæso ipso summo imperante potior est vel adjutor, vel moderator, vel arbiter, quo juvante, æstimante & dirimente imminentia ejusmodi pericula a republica queant depelli.

His, quæ modo narravimus argumentis, hoc unicum adjiciatis velimus, inter ipsa Imperii tribunalia de competentia fori & principatu pertinacissimum subesse certamen. Duumviris autem his, superiorem præter Sacri ipsius Imperii Augustissimum Caput, & præstantissima Comitia agnoscentibus neminem, nemo certe nisi ipsamet ista Comitia, hanc controversiam transigere posse videtur. (*)

Quæ

(*) Hinc PüTTERUS in Dissert. de summorum Imperii tribunalium concurrente jurisdictione Cap. IV. §. 67. in opusc. tr. IX. p. 395.

Anceps inquit, si quod umquam, plerisque in casibus haud immerito existimatur remedium, quod in recursu ad comitia frequentius justo quæri solet. Enimvero si modo suprema Imperii tribunalia sic revera inter se invicem diffidere, nec alium postremo loco modum superesse consideraveris, quo ejusmodi lites dirimentur, quam ut summa reipublicæ potestas adeatur, quæ a Cæsare & Imperio exercetur, in hocce casu magis quam in quoquam alio,

Quæ quum ita ſint, *Vos Viri Reverendiſſimi, Illuſtriſſimi, Ampliſſimi, Doctiſſimi* etiam atque etiam rogo, ut *Auguſtiſſimos, Celſiſſimos, Sereniſſimos, Illuſtriſſimos, Reverendiſſimos atque Spectatiſſimos Veſtros Mandantes*, qui comitia ſuſtinenda *Veſtris* commiſerunt humeris, de rebus hac lite geſtis, controverſia inter utrumque Imperii tribunal fori ratione enata, juſtiſſimaque Celſiſſimi principis Leodienſis querela in tabulis hic ſub Nr. I. adjunctis ulterius expoſita certiores faciatis. Cui petitioni hanc addimus ulteriorem, velitis *Potentiſſimis Ampliſſimisque Veſtris Mandantibus* pro eo quo fulgetis & patriæ, & procerum, & juſtitiæ amore facem præferre, ut easdem hasce querelas ad exemplum rerum a tribus Imperii ordinibus d. 28. Febr. 1671. in cauſſa Baronis de Welden & de Holz contra Comites de Mansfeld atque Hahnios de Seeburg, nec non d. 8. Oct. 1709. in cauſſa Principis fœminæ de Salm contra Comitiſſas de Sayn &c. &c. geſtarum, (*) in *Sacratiſſimi Cæſaris* notitiam perferant, *Imperatoriamque Majeſtatem* rogent, ut

alio, poſtremus præcludi non poterit iis, quorum intereſt, ad comitia Imperii aditus, modo circumſtantiæ patiantur, hacce via ſat multa cum efficacitate incedere. Nec etenim pari cuilibet ſucceſſu licet hanc adire Corinthum.

(*) Vid. Deductio Nr. I. adjuncta ejusque §. ult.

ex consuetudine bonitatis, pietatis justitiæque suæ iis indulgendo, senatui suo aulico severiori quodam mandato remissionem litis, cujus supra mentionem fecimus, ad Cameræ Imperialis & officialis Leodiensis subsellia injungat. Quæ quidem sicut in reipublicæ nostræ, Archontium Germaniæ, & Cameræ Imperialis, salutem incolumitatemque tendunt, ita si benevolas iis præbituri eritis aures, non modo id adsequemini, ut meritis in rempublicam Teutonicam Vestris insignis addatur cumulus, verum etiam ut Celsissimum Leodiensium principem, summæ gratitudinis vinculis in perpetuum habeatis obstrictum. Dabam Ratisbonæ, d. Septembr. cIↃIↃCCLXXX.

DOMINIS MEIS COLENDISSIMIS

Addictissimus & ad quævis obsequia paratissimus

CAROLUS LUDOVICUS DE MAGIS.

Examen litis inter Baronem de Weichs ab una & Barones de Collenbach atque Dominum Cardinalem de Bernis ejusque Nepotem de Pierre de Bernis ab altera parte in duobus supremis Imperii tribunalibus puncto præposituræ in Hansinne agi-

agitatæ. Annexis fundaminibus recurſus ad Senatum Comitiorum S. R. Imp. & adj. ſub Nr. I. uſque XLIII. 1780.

Caput I.

Rei geſtæ Narratio.

Conſpectus.

§. 1. Introitus §. 2. In pago quodam Leodienſi Hanſinne dicto §. 3. eſt eccleſia nec cathedralis, nec collegiata, §. 4. inque ea beneficium ſimplex & ſæculare cum præpoſituræ perſonatu conjunctum, §. 5. quod menſe Aprilis 1777. vacans, celſiſſimus epiſcopus Leodienſis Baroni de Weichs confert, §. 6. qui duplici formula beneficii poſſeſſionem apprehendit, §. 7. & quoscunque contendentes ad tribunal Officialis publica citatione vocari curat, §. 8. contendentium unus Bernis dictus comparet & litem conteſtatur, §. 9. qua durante contra reliquos non comparentes in contumaciam proceditur, ſententiaque fertur præcluſiva, §. 10. interea B. de Collenbach proviſione papali ad hoc beneficium impetrata, a comite de Rougrave ut executore immiſſionem clandeſtinam petit, §. 11. decretaque ab hoc nuda tantum citatione, ſuppreſſa iſta novam bullam pontificiam impetrat, qua Canonicus Antoine executor nominatur, §. 12. is absque omni forma judiciali immiſſionem Collenbachii decernit, & Officiali Leodienſi injungit, ut eamdem executioni det, §. 13. procedendi iſta via quatuor continebat violationes jurium & obligationum, ſicque totidem fundamenta agendi, §. 14. itaque Baro de Weichs querelas ſuas ad Cameram Imperialem defert, ibique pro mandato ſupplices

plices exhibet preces, §. 15. cujus ad Cameram aditus ratio fuit, privilegium Caroli V. hanc Leodiensibus viam monstrans, §. 16. decernuntur literæ informatoriales, §. 17. subsecutaque insinuatione & informatione officialis, §. 18. decretum fertur quoad possessorium definitivum, quoad petitorium vero remissorium, §. 19. quod decretum d. 22. Jun. procuratori B. de Collenbach a Camera publicatur, §. 20. eodem tempore ad Consilii ordinarii instantiam adversus Antoine & Collenbachium decernitur Mandatum camerale S. C. ratione violatæ in hac caussa jurisdictionis sæcularis d. 13. Jun. eidem insinuatum, §. 21. qui hoc non obstante, conflictum jurisdictionis suscitaturus in Senatu imperiali aulico actionem movet, §. 22. litterasque impetrat pro informatione puncto petitorii, rejecta possessorii quæstione, §. 23. quo facto B. de Weichs Cameræ supplicat pro mandato de non trahendo caussam ad forum judicii aulici, §. 24. cui mandato Collenbachius exceptiones opposuit sententia paritoria rejectas additis excitatione fiscalis, condemnatione in poenam & Mandato arctiori, §. 25. consilium aulicum interea accepta Officialis Leodiensis renuntiatione, concluso suo d. 9. Sept. statuit caussas concordatorum suæ cognitioni unice reservatas esse, §. 26. Princeps Leodiensis adversus hoc conclusum interveniendo intercedit, B. de Weichs vero exceptiones fori opponit, §. 27. quibus petitionibus per conclusum d. 14 Febr. 1780. rejectis, §. 28. principi alia excepto recursu via, remedium huic malo parandi non superest, §. 29. ipse tandem Bernisius Baronem de Weichs coram consilio imperiali aulico in jus vocavit, §. 30. de cujus supplica ad excipiendum communicata Weichsius ad Cameram detulit ibidemque novum

vum

vum mandatum de non trahendo caussam &c. impetravit. §. 31. Transitus ad tractationem ipsam.

§. 1.

Quæ hic in judicium venit controversia, diversis absolvitur capitibus, cum intimis juris publici catholicorum ecclesiastici visceribus, indissolubili nexu cohærentibus. Itaque tum rem gestam, tum argumenta ipsa exponendo, nonnulla hinc inde altius ducto filo inserenda esse satius duximus, quæ, si canonum consulti levia & non satis digna summorum virorum personis judicent, perpendant quæsumus, nos in iis illustrandis eorum maxime rationem habuisse, qui diversis sacris addicti, non omnium, quæ canonico jure tradita sunt, plenissimam imbiberunt notitiam.

§. 2.

Ut itaque a rei gestæ narratione initium faciamus, præmonendum videtur, intra fines provinciæ atque *episcopatus* Eburonum situm esse pagum quemdam Hansinne dictum. Ex equestri quidam ordine natus, a multis retro sæculis auctor fuit beneficii in sancti Georgii honorem ibidem conditi, quo unico ejusdem loci templum ornatum videmus. Quumque novis rebus hoc ferme solemne sit, ut nova iis nomina vel a conditoribus, vel a fundo ponantur, *unigena* illa præbenda *præposituræ* Hansinnensis appellatione vulgo venit.

§. 3.

§. 3.

Ecclesiam autem Hansinnensem quod adtinet, duo de ea tenenda sunt. *Primum cathedralem* non esse, quum cathedra episcopi in illa non resideat, (*) *deinde* nec collegiatam, quum unicus in ea tantum sit canonicus, ad collegiatam vero ecclesiam tres ad minimum canonici (collegium videlicet constituentes) requirantur. (**)

§. 4.

II. Quantum porro ad beneficium de quo hoc loco controvertitur, pertinet, 1. *simplex* illud est, *animarum videlicet cura destitutum*, simulque 2. *sæculare*, & tam longo quidem temporis decursu a sæcularibus possessum, ut initii memoria non exstet, sicuti hæc omnia ex renunciatione ab officiali Leodiensi ad Cameram imperialem data patent. (***) Denique 3. idem illud beneficium *dignitas non est*. Quamvis enim *præpositura vera* ex monachatu repetenda, in ecclesiis cathedralibus & collegiatis dignitas sit, quum præpositus, caput canonicorum censeatur, ad eos regendos, bonaque eccle-

(*) FRANCISC. DUAREN. de *sacr. eccles. ministr.* Libr. VII. Cap. V. n. 1.

(**) STRYCK. ad *jus eccl. Brunnemanni* Lib. II. C. II. §. 2. verbo collegiata.

(***) Vid. infra §. 17. ibique *adjunct.* sub Nr. XIII.

ecclesiæ administranda constitutum, (*) haud tamen difficile erit intellectu, beneficium Hansinnense, cui nulla jurisdictio externa, κεινομενον dignitatis constituens (**) annexa est, dignitatis nomine non venire, sed præposituræ vocem, qua beneficium illud condecoratur, *personatum* esse, atque inter sonoros illos titulos pertinere, qui sæculo XI. & sequentibus invaluerunt. (***)

§. 5.

Ultimus beneficii, cujus mentionem fecimus, possessor archidiaconus de Trappe Canonicus Leodiensis, mense Aprilis, proinde in mense ad collationem ordinarii pertinente anno 1777. diem Leodii supremum obiit. Naturæ lege sic vacantes præposituræ Hansinnensis partes, supremus Eburonum antistes, Maximiliano Baroni de Weichs solemni ritu contulit. *Adj.* sub Nr. I. Factum hoc a celsissimo principe eo jure fuit, quo omnes germaniæ summi præsules ex concordatis utuntur. Diœcesium videlicet suarum *ordinarii*, legitimi simul & soli collatores sunt beneficiorum in his diœcesibus, *mensibus per concordata restitutis*

(*) BOEHMER *jus eccles. Prot* T. II. Lib. III. Tit. V. §. 65. & 66. p. 309.

(**) RIEGER *instit. jurisprud. eccl.* P. III. §. 104. p. 68.

(***) IDEM l. c. §. 105. p. 69.

tis vacantium, neque *singularem patronum habentium.*

§. 6.

Is autem, quem postremo loco nominavimus, Baro de Weichs 1) adsignitis sibi his ab episcopo partibus, in ecclesiam beneficiumque sibi collatum introductus fuit, realemque ejus possessionem statim adeptus est. Quumque 2) mos in episcopatu Leodiensi invaluerit, ut Archidiaconi jus investiendi, & ab episcopo etiam provisos, in beneficia immittendi, sibi vindicent; exhibitis Archidiacono loci Hansinnensis, provisionis suæ litteris idem ille obtinuit, ut relaxato diplomate, quod vocant *institutionis*, etiam ab hoc præpositus proderetur, solemnique ritu in possessionem mitteretur, sicque duplici possessionis & titulo & palladio gauderet. Vid. *adj.* sub Nr. II.

§. 7.

His peractis, rumores adferuntur, Eminentissimum Dominum Cardinalem a Bernis, qua Sti. Medardi in Gallia abbatem, jus quoddam patronatus sibi in eandem arrogare præposituram, nepotique suo de Bernis, usurpato hoc titulo, beneficium illud contulisse. Ne itaque Baro de Weichs sub isto aliisque prætextibus, vel ab hoc, vel ab aliis incertis adhuc contendentibus, in diversis foris vexaretur, ab Officiali Leodiensi *mandatum* quod usu

fori

fori Leodienſis *manutenentiæ* vocant impetravit, *quoscunque ad dictam præposituram adſpirantes in jus vocans, iisdemque quascunque immiſſi turbationes prohibens.* Vid. *adj.* ſub *Nr. III a.*

§. 8.

Oppoſuit ſeſe iſti mandato ſatus de Bernis excipiendo. Litteras proviſionis ejus tabula ſub *Nr. III b.* annexa exhibet. Inde lis ſingularis inter Baronem de Weichs & de Bernis, de poſſeſſione enata eſt. Decretum in ea fuit mandatum proviſionale adverſus opponentem de Bernis de nihil pendente proceſſu attentando. Vid. *adj.* ſub *Nr. IV.*

Ipſa autem lis cujus mentionem fecimus adhuc coram Officiali Leodienſi indeciſa pendet.

§. 9.

Durante iſto proceſſu Baro de Weichs contra non comparentes, proceſſus contumaciæ viam ingreſſus eſt, atque non modo *decretum de non attentando* die 28. Aug. verum etiam *in poſſeſſorio ſententiam præcluſivam* obtinuit, decretumque ſupradictum una cum ſententia, quam modo allegavimus, eccleſiæ Hanſinnenſi affigi curavit, ſicuti hæc omnia patent ex *adjunctis* ſub *Nr. V. VI.* & *VII.* hic annexis.

§. 10.

Dum hæc Leodii aguntur, certus quidam Baro de Collenbach Canonicus Aquigranenſis pre-

precibus ſub- & obreptitiis religionem ſedis apoſtolicæ uſque eo defatigavit, ut proviſione quadam papali ad beneficium Hanſinnenſe XI. Cal. Jul. nominaretur. Concordatis adverſa iſta proviſio, non alia tamen, ut verba ejus ſonant, lege, fuit indulta, *quam ſi 1) collatio ad ſedem romanam pertineret, & ſi 2) tempore datæ bullæ non ſit in ea alteri ſpecialiter jus quæſitum. Adj.* ſub *Nr. VIII.*

Itaque Baro de Collenbach probe perſpiciens voti ſui compotem ſe fieri non poſſe, ſi ſola hac bulla munitus, via regia procederet, in inſidiis ſalutem quæſivit, atque neglecta officialis, qui quoscunque contendentes ad ſe publice jam vocaverat, jurisdictione, executorem bullæ adivit, ſperans fore, ut is clandeſtina in poſſeſſionem miſſione ſumma imis miſceret. Improba tamen ſpe ſua deceptus fuit. Comes enim de Rougrave, Vicarius generalis, atque executor bullæ nominatus, *ſervato juris ordine ab in jus vocatione initium faciendum eſſe ratus,* citationem fieri demandavit.

§. 11.

Hac citatione ſuppreſſa Baro de Collenbach Romam iterum adivit, alteram eamque novam bullam impetraturus, in ejusmodi executorem dirigendam, qui ejus ut ut infundatis precibus faciliorem aditum præberet. Neque certe quisquam aut ſperari aut eligi poterat, ejusmodi

ſuſ-

ſuſceptis aptior, quam *Canonicus Antoine*, qui Sti. Martini & Sti. Petri Leodienſium canonici munere fungens, ſimul advocatum atque mandatarium Collenbacenſem hucusque ſe geſſerat. Is itaque novus bullæ pontificiæ executor & poſtulatus fuit, & datus.

§. 12.

Quod quidem ſimul atque Baro de Collenbach ad effectum deduxit, ſupra mentionatus Antoine eo temeritatis & audaciæ devenit, ut acto coram ſe absque omni interpellatione Baronis de Weichs et fati de Bernis foro, weſtphalicorum judiciorum more, in tenebris decretum tulerit, Baroni de Collenbach beneficii poſſeſſionem adjudicans. Neque etiam erubuit, lato iſto decreto, inſanabili nullitate laborante, brachium ſæculare officialis Leodienſis ſub cenſurarum eccleſiaſticarum fulmine eo fine implorare, ut is repoſita omni judiciali forma Collenbachium ſuum in præpoſituræ immitteret poſſeſſionem. Vid. *adi.* ſub *Nro. IX.*

Ad quam quidem implorationem officialis Leodienſis decretum hac formula tulit: *de citando ad idem beneficium coram ſe actualiter contendentes, aliosque beneviſos ad hoc ut intra* 24. *horarum ſpatium deducerent quæ vellent.* Quod decretum, licet æquiſſimum & neceſſarium, iterum Baro de Collenbach ſprevit, citationemque prædictam ſuppreſſit.

§. 13.

Quadruplex autem erat eaque evidentiſſima omnium jurium atque obligationum violatio, quæ ex doloſa iſta inter Collenbachium & Canonicum Antoine inita ſocietate oriebatur. I.) Enim hac procedendi methodo pedibus conterebantur et conculcabantur, tum α.) concordata nationis germanicæ a.) Proviſionem beneficiorum menſe Aprilis vacantium ordinario collatori, & b.) cognitionem *cauſſarum eccleſiaſticarum*, primæ inſtantiæ ordinario judici, *ſæcularium vero* territoriali, in totum reſervantia, tum β.) capitulationes Cæſareæ iſta concordata novo robore ſuffulcientes, II.) proterve ludificabantur privilegia cæſarea conſervandorum horum jurium gratia episcopatui Leodienſi ſpeciatim indulta, III.) violabatur jurisdictio ſæcularis imperii *in genere*, quam Officialis a celſiſſimo Principe, is vero ab imperio tenet: dum cauſſa iſta civilis & in judicio civili præventa ad judicium rapiebatur incompetens eccleſiaſticum; IV.) Imminuebatur *ſpeciatim* jurisdictio officialis, dum cauſſa poſſeſſionis beneficii coram eo, & ita quidem agitata, ut ſingula decreta valvis publicis adfigerentur, *neglecta fori præventione* ad Canonici Antoine *ſicque curiæ Romanæ* judicium, trahebatur plane incompetens.

§. 14.

§. 14.

Atrociſſimis iſtis attentatis motus Baro de Weichs d. 20. Febr. 1778. ſupremo cameræ imperialis tribunali ſupplices exhibuit preces, mandatum petens ADVERSUS BARONEM DE COLLENBACH *de non contraveniendo conſtitutionibus imperii, in ſpecie concordatis nationis Germanicæ & capitulationi Cæſareæ, nec turbando in poſſeſſione vel quaſi beneficii legitime apprehenſa, abſtinendo ab illicito recurſu ad executorem papalem, renunciandoque proviſioni apoſtolicæ juncta citatione ſolita, una cum mandato S. C.* ADVERSUS CANONICUM ANTOINE *de indilate revocandis annullandisque, prætenſo proceſſu coram ſe doloſe, nulliter & incompetenter fabricato, nec non requiſitorialibus litteris a ſe ad officialem Leodienſem temerarie, audacter & attentative emanatis & directis, cum omnibus ſubſecutis; non ulterius continuando prætenſam executionem bullæ ſeu collationis Pontificiæ, neque turbando proviſum a collatore ordinario, in poſſeſſione vel quaſi beneficii legitime apprehenſa, ac tandem de non ſibi arrogando jurisdictionem in cauſſa coram officiali Leodienſi jam pendente, ſed plane ab omni ulteriori conatu contra concordata nationis Germanicæ maxime illicito ſeſe deſiſtendo, penitusque deinceps abſtinendo, idque junctis non modo citationibus in via mandati ſolitis, verum etiam annexa excitatione Fiscalis cæſarei adverſus utrumque impetratum, tanquam violatores concordatorum, privilegiorum Leodienſium & jurisdictionis*

imperialis, *atque tandem mandatum S. C.* ADVERSUS OFFICIALEM, *de manutenendo in possessione vel quasi beneficii*, *juncta iterum citatione solita. adi.* ſub *Nro. X.*

§. 15.

Potiſſima autem ratio, cur Baro de Weichs inter duo ſuprema imperii tribunalia, quibus ſacra Cæſarea Majeſtas jurisdictionem ſuam explicandam commiſit, Cameram imperialem elegerit, in eo poſita fuit, quod principatui Leodienſi divus Carolus V. Romanorum imperator anno 1529. privilegium indulſerit hic ſub *Nro. XI.* adnexum (*), quo inter alia cautum fuit, querelas violatorum concordatorum a Leodienſibus ad cameram imperialem eſſe deferendas, ut ibidem Fiscalis cæſareus juſtiſſimis vindiciis compreſſa vexantium iniquitate, officio ſuo defungatur.

§. 16.

Neque etiam defuit Camera imperialis precibus B. de Weichs annuere. Et ab initio quidem, teſte adjuncto ſub *Nro. XII.* litteras, quas vo-

(*) Privilegium illud exhibent G. de LOUVREX *Recueil contenant les edits & Reglements fait pour le Pays de Liege* P. I. p. 301. edit. de 1705. LüNIG *ſpicil. eccleſiaſt.* contin. II. p. 760. De LUDOLF *Corpus jur. Cam.* in append. privilegior. de non appell. p. 120.

vocant informatoriales d. 23. ejusd. mensis ad officialem hac formula decrevit;

adhuc denegamus; sed Officiali Leodiensi, ut desuper, in specie super sequentibus punctis:

1mo.) *an locus Hansinne in territorio Leodiensi situs?*

2do.) *ubi præpositus de Trappe mortuus?*

3tio.) *an episcopus Leodiensis in possessione conferendi præposituram Hansinne hucusque fuerit?*

4to.) *ut dictus officialis Leodiensis bullam pontificiam & litteras præsentationis Domini Cardinalis à Bernis in copiis vidimatis a respective Canonico Antoine & Petro a Bernis desideret, litteras suas informatoriales ad hocce cameræ imperialis judicium intra sex septimanarum spatium a die insinuationis computandorum, clausas transmittat, supplicantis* principali *vero, ut*

5to.) *an, per quem, & quatenus in possessione vel quasi præposituræ ab episcopo Leodiensi sibi collatæ turbatus sit, intra eundem terminum demonstret, injungimus.*

§. 17.

Insinuatis deinde 3. Martii istis litteris pro informatione obtinenda scriptis (vid. adj. sub Nro. 3 b. ad Litteras informatoriales officialis Leodiensis) non modo officialis renuntiationem his sibi Litteris injunctam Cameræ imperiali

mense Martii dedit, *adj.* sub Nro. XIII. verum etiam Liber Baro de Collenbach procuratorem cameralem constituit, qui suo nomine libellum præoccupatorium eidem cameræ offerret (*).

§. 18.

Itaque modo dictum cameræ imperialis supremum tribunal subsecuto ex post L. B. de Weichs scripto contrainformatoriali sub Nro. XIV. annexo, prævia plenaria caussæ cognitione, auditisque non modo judice inferiore, verum etiam utraque parte, die 2. Junii decretum tulit sub Nro. XV. annexum, sequentis tenoris:

adj.

(*) Observandum hic libellos ejusmodi præoccupatorios extrajudiciales parti imploranti non communicari, vid. Frid. J. D. de BOSTELL tract. *von den præoccupatorischen Vorstellungen beym Kammergericht*. Wezlariæ 1780. 8. I. Abschnitt §. 31. p. 27. & §. 38. p. 34. G. E. L. de PREUSCHEN de *litigantium studio judicis omniumque animos præoccupandi, eo præsertim quod collocatur in conscribendis atque offerendis præoccupatoriis libellis ac deductionibus occasione* §. 96. R. I. N. & §. 9. decreti commun. Francisci I. a. 1746. promulgati. Quæ quidem ratio est, cur neque libelli a Collenbachio exhibiti neque emanati ad eundem decreti apographon subnectamus: interim tamen de veritate facti ex narratis Supplicæ infra §. 22. sub Nro. XXI. annexæ constat.

ad litteras informatoriales & contrainformatoriales adhuc denuo denegamus, sed decreta ab officiali Leodiensi hactenus emanata, præcipue vero ejus mandatum manutenentiæ de 7ma. Augusti a. p. approbamus, & dicto officiali Leodiensi, ut caussam inter de Weichs, de Collenbach & de Bernis intuitu præposituræ Hansinne litigiosam servato juris ordine decidat, injungimus, Dris. de Zwierlein principali in casum realis turbationis in possessione præposituræ Hansinne recursum ad hocce Cameræ imperialis judicium reservantes.

§. 19.

Atque idem illud decretum, eadem ista die, non modo Baronis de Weichs, *verum etiam Baronis de Collenbach procuratori more consueto in cancellaria camerali rite publicatum et Bernisii procuratori Leodii insinuatum fuit* (*).

§. 20.

Quumque Archidiaconus Hansinnensis sibi, ut moris est, fructus primi anni beneficii Hansinnensis vindicaret, adstipulante eidem sententia sua tum officiali Leodiensi tum Consilio ordinario ejusdem provinciæ, Canonicus vero Antoine ista judicata ad Collenbachii preces annihilaturus fulmina Vaticani sibi commissa non modo contra Archidiaconum Hannoniæ, verum

(*) Vid. nota præcedens & infra Nro. XXI. §. 22.

rum etiam contra officialem Leodienſem miſiſſet, factum eſt, ut Camera imperialis d. 22. Maji 1778. *præſidi & conſiliariis conſilii ordinarii Leodienſis horumque fisco, contra Canonicum Antoine judicem eccleſiaſticum prætenſive delegatum, ejusque conſortes & adhærentes*, mandatum indulgeret *caſſatorium, inhibitorium & reſtitutorium attentati, contra leges imperii & privilegia Cæſarea adverſus conſilium ordinarium recurſus ac evocationis illicitæ & incompetentis, atque de non avocando litem coram officiali Leodienſi qua judice ordinario dudum pendentem indeciſam, ſed ubi cœpta eſt, continuando, ſicque litem iſtam ad dictum forum competens indilate pariter remittendo, nec in ullo ullatenus impediendo liberum juſtitiæ curſum coram judice patriæ ordinario competente, ſine-de refundendo damna & expenſas cum clauſula* d. 11. menſis Junii Canonico Antoine, die vero 13. ejusdem menſis Collenbachio inſinuatum (*).

§. 21.

Quamvis autem ipſe Baro de Collenbach exceptiones ſuas menſe Martio Cameræ imperiali exhibendo, ejusdem forum eo ipſo agnoverit, quamvis præterea idem ille non ignoraverit, decreto a Camera imperiali emanato, ſibique

(*) FRIEDR. JAC. DIETR. de BOSTELL *Beyträge zur cammergerichtlichen Litteratur* I. T. VII. Stück p. 291.

bique mediante Procuratore ſuo publicato, non amplius licere forum iſtud camerale præveniens derelinquere, atque auguſtiſſimi judicii aulici forum eligere, quamvis porro idem ille certiſſimus fuerit, querelam B. de Weichs ad cameram imperialem delatam, cum ea quam conſilium ordinarium Leodienſe ibidem contra Canonicum Antoine & Collenbachium ratione violatæ jurisdictionis propoſuerat (§. 20.), primo affinitatis gradu eſſe connexam, quamvis denique illum non latuerit, conflictum jurisdictionis doloſe ſuscitatum, e numero delictorum eſſe, in quæ LL. imperii graviſſimis pœnis animadvertunt, non tamen contremuit usque eo audaciæ ire, ut per mediam quaſi litis cameralis judicatorumque jam latorum aciem, ad conſilii imperialis aulici tribunal perrumperet. Namque d. 15. Junii *adeoque* DIMIDIO FERE MENSE *poſt decretum Camerale d.* 2. *Junii in Cauſſa B. de Weichs, dimidioque fere menſe poſt inſinuatum ſibi Mandatum C. C. ad preces conſilii ordinarii emanatum* §. 20. ſenatui cæſaris aulico libellum obtulit eo tendentem, ut lis in camera imperiali & quondam pendens, & nunc deciſa, in ampliſſimi hujus ordinis ſubſelliis, adeoque in foro plane diverſo reſuscitata, ad novam disceptationem vocaretur. vid. *adj.* ſub Nro. XVI. usque XIX.

§. 22.

Neque tamen infausta ista prosperitate qua duplici jam vice sedis romanæ pietati illudere, improbo isto litigatori contigerat, eidem, religionem sacræ Cæsareæ Majestatis primo statim impetu, circumvenire successit. Verum consilium imperiale aulicum *rejectis in totum possessoriis Collenbachii petitionibus*, ratione petitorii *litteras pro informatione* ad Officialem Leodiensem mittere decrevit. *adj.* sub Nro. XX.

§. 23.

Non defuit autem procax ista suscitandi conflictum inter suprema imperii tribunalia libido, ad aures Baronis de Weichs deferri. Qui quidem simul atque hujus attentati certior factus est d. 23. Oct. cameræ imperialis tribunali *pro mandato* supplicavit *S. C. de non trahendo ad tribunal senatus imperialis aulici caussam* in foro cameræ imperialis pendentem, atque decisam, & ad forum officialis Leodiensis remissam. *adj.* sub Nro. XXI.

§. 24.

Decreto d. 26. ejusdem mensis, petito mandato, eoque legitime insinuato atque reproducto, B. de Collenbach eidem *imaginarium quoddam* INAUDITÆ DOCTRINÆ *atque eruditionis monstrum* opposuit. Supplicam videlicet suam consilio imperiali aulico oblatam, intra solius peti-

petitorii fines ſeſe continere, *in cauſſis vero concordatorum* PETITORII DECISIONEM *e numero reſervatorum cæſareorum, ſicque ſoli judicio imperiali aulico tribuendam eſſe*, excipiendo aſſeruit. *adj.* ſub Nro. XXII.

Poſtquam autem Baro de Weichs, temerario huic, atque immaturo fœtui, quem Lucina minus æqua ferente opem, Collenbachius enixus erat, ſimplici contradictione obviam ivit, ſententia paritoria à Camera imperiali adverſus Collenbachium d. 8. Nov. a. 1779. lata fuit, quam alia d. 28. Jan. 1780. inſecuta eſt, fiscum Cæſareum adverſus B. de Collenbach officii admonens ſui, vid. *adj.* ſub Nro. XXIII. & XXIV. & tertia denique de 27. April c. a. Baroni de Collenbach, prævia in pœnam mandati ſimplicis condemnatione, mandato arctiori injungens, ut actioni coram Senatu imperiali aulico inſtitutæ renunciet. *adj.* ſub Nro. XXV.

§. 25.

Circa idem illud, quo hæc Wezlariæ agebantur temporis confinium, officialis Leodienſis renunciationem a Senatu imperiali aulico ſibi injunctam (vid. §. 22.) eidem d. 7. Dec. 1778. exhibuit (*adj.* ſub Nro. XXVI.). Litteræ iſtæ reſponſoriæ pro iis quæ circumſtabant rebus, nil aliud continebant, quam narrationem eorum, quæ pro officialis et cameræ imperialis tribunalibus geſta erant, deciſionemque

cauſſæ

caussæ solius cameræ & officialis cognitioni vindicabant. Quemadmodum autem ejusmodi expositio, tribunali, quod caussæ hujus arbitrium occupare jam secum constituerat, eo minus grata erat, quo magis senatus aulici judiciariam potestatem, præventionis exceptione elidebat, ita quoque summa cum indignatione excepta fuit. Inaudito enim exemplo, in concluso d. 9. Sept. a. 1779. publicato consilium imperiale aulicum statuit, *controversias ex concordatis oriundas tam quoad possessorii quam petitorii quæstionem solius consilii imperialis aulici* dijudicationi *privative & immediate subjectos esse*, acerrimeque simul in officialem Leodiensem invectum est, quod meliora non nuntiasset, addita prohibitione ulterioris caussæ cognitionis, rejectisque simul, quas Baro de Weichs proposuerat exceptionibus fori declinatoriis. *adj.* sub Nro. XXVII.

§. 26.

Rerum quas modo narravimus gestarum fama, ut in majoris momenti negotiis evenire solet, tandem etiam Leodiensium principi perlata est. Is quantacunque etiam ejus sit erga cæsaream Majestatem pietas, & erga consilium imperii aulicum reverentia, non tamen justo dolori atque animi ægritudini resistere potuit, quibus eum adficiebat cogitatio, actum fore de imperio in prima instantia territoriali, deque

privi-

privilegiis Leodienſibus, nationis germanicæ concordatis, & cameræ imperialis jurisdictione, ſi quæ his minata fuiſſet conſilii imperialis concluſo ruina, arctior conſiliis, firmoque talo ſtaret. Itaque ſolemni interventione contra idem illud concluſum in ipſo judicio aulico vi *adjuncti* ſub Nro. XXVIII. interceſſit, confidens fore, ut ampliſſimus ordo his argumentis animo paullo altiori conſideratis, ſententiam in diverſa quævis eundo, mutaret. Novæ quoque a Barone de Weichs fori exceptiones ſimul exhibitæ fuerunt additis iisdem recentioribus cameræ imperialis in hac cauſſa judicatis. Nro. XXIX.

§. 27.

Aſt ſpe ſua ambo ſupplicantes decepti ſunt. Senatus enim imperii aulicus, ulteriori oraculo d. 24. Febr. 1780. publicato, prius confirmavit, rejectis tam interventione quam exceptionibus, excitatoque ſimul adverſus Baronem de Weichs fisco cæſareo. Nro. XXX. usque XXXII.

§. 28.

Quandoquidem vero celſiſſimus Leodienſium princeps luctuoſo hoc experimento edoctus, inextricabiles eſſe ſenſit inſidioſarum machinationum laqueos, quibus Collenbachius religionem conſilii imperialis aulici circumveniſ-

ſet,

ſet, latiusque manere vidit perniciem, problematis illius recens nati: non committendum eſſe duxit, ſe imperii Leodienſis habenas, locumque inter germaniæ proceres tenente, regionis cui præeſſet principes, primæ inſtantiæ exercitio, antiſtites, jure conferendi beneficia, provinciam privilegiis, cameramque imperialem jurisdicundi poteſtate in cauſſis concordatorum privari. Quumque vulneribus illatis remedium adferendi, via alia non ſupereſſet, ægre quidem atque invitus, premente tamen orexi eo deductus eſt, ut ad comitiorum ſenatum deferret, quantum periculi ex embrionibus novarum ejusmodi doctrinarum, archontibus atque provinciis germaniæ, Cameræ imperiali, patriæ denique immineret.

§. 29.

Berniſius interea, cujus ſupra mentionem fecimus, ab initio tranquillum pugnæ inter Baronem de Weichs & de Collenbach pugnatæ, ſpectatorem ſe geſſit. Mox vero Barone de Collenbach ſolitis ſuis artibus eum ſtimulante, ut Baronem de Weichs diſtineret, ſuſpecti actionem adverſus officialem Leodienſem non in camera imperiali ſed in conſilio principis Leodienſis ſecreto die 27. Martii 1778. movit, *adj.* ſub Nro. XXXIII. usque XXXIV. qua ad finem usque ventilata eremodicium contraxit, ita ut lis ab eo deſerta exitu caruerit. Poſtquam autem tem-

temporis ſucceſſu animadvertit Collenbachianos conatus ex voto ſuccedere, rem & conſilia cum ipſo communicavit, utroque paciscentium ſperante iſtam fœderis coarctationem ad altiora & majora gradum fore. Ut itaque evocationis Collenbachianæ navis ad conſilii imperialis littora applicata: duplici ibidem ancora firmaretur, etiam Berniſius tam Baronem de Weichs quam officialem Leodienſem coram conſilio imperiali aulico in jus vocavit: Contra ILLUM *reſcriptum* petens *dehortatorium de non turbando in poſſeſſione, abſtinendoque ab obtenta proviſione Principis*, contra HUNC vero, de non ſibi in qualitate archidiaconi Hasbaniæ arrogando jus inſtitutionis in præpoſitum Hanſinnenſem, reſtituendo bullam collationis ſibi porrectam & ſub iſto prætextu retentam, relaxandoque diverſa arreſta a ſe impoſita. vid. *adj.* ſub Nro. XXXVII.

§. 30.

Iſtæ quas modo allegavimus preces per concluſum ſenatus aulici d. 9. Sept. 1779. cum Barone de Weichs vi *adj.* ſub Nro. XXXVIII. communicatæ, novam huic anſam dederunt violatæ jurisdictionis cameralis querelam iterandi, atque ab hoc ſupremo imperii tribunali petendi, ut adverſus Berniſium quoque, Mandatum de non trahendo cauſſam ad forum judicii aulici decernatur. Quod quidem mandatum

præ-

prældente decreto d. 24. Jan. 1780. lato, ad ulteriorem B. de Weichs ſupplicam emanavit. *adj.* ſub Nro. XXXIX. usque XLII.

§. 31.

Rerum ab his triumviris geſtarum ea quæ modo narravimus, genuinam effigiem furtivis nudatam coloribus, calamoque undequaque ad actorum fidem accommodato, proponunt. Quæ reliquæ ſunt orationis partes, ita diſpoſitæ ſunt, ut primo loco de foro judicis territorii ſæcularis primæ inſtantiæ, in hac cauſſa unice fundato verba faciamus. In quo probando optatam ſi attigerimus metam, ſimul elucebit conſilium imperiale aulicum, evocando iſtam cauſſam, proceres germaniæ, in jure ſuo primæ inſtantiæ interpellaſſe. Deinde de violatis a Barone de Collenbach concordatis nationis germanicæ diſſerendum erit, ut exinde appareat, quam indignus ille ſit tutela, in quam a conſilio aulico receptus fuit, quam dignus animadverſione cameræ imperialis. Porro tertio de juſtitia recurſus Baronis de Weichs ad ſuprema imperii tribunalia, & quarto de jurisdictione cameræ imperialis in cauſſis concordatorum fundata, tam ſi poſſeſſionis quam petitionis terminos perſpexeris, imprimis quinto de fundamentis hujus jurisdictionis in cauſſis Leodienſibus ex privilegio Caroli V. diſſerendum erit. Tandem ſexto de ſomnio illo reſer-

vati

vati consilio imperiali aulico in caussis concordatorum *monopolii*, & septimo de præventione Cameræ imperialis dicendum erit, quibus octavo loco coronidis tandem instar, addemus dissertationem *de gravamine communi* optimatibus germaniæ, sanctionibus senatus imperialis aulici illato, reliquisve præsentis recursus fundaminibus.

Caput II.

De Jurisdictione territoriali primæ instantiæ in hac caussa fundata, atque per evocationem ad Consilii imperialis aulici subsellia violata.

Conspectus.

In quo illustrando evincitur 1) §. 32. Duplicis esse generis controversias ex concordatis oriundas alias nationis cum pontifice alias privatorum inter se 2) §. 33. controversias privatorum caussarum ecclesiasticarum numero non venire, §. 34. sicque judicis sæcularis cognitioni tam quoad possessorium quam petitorium subesse. § 35. judicem territorii 3) advocatia imperiali non præcludi, §. 36. sed 4) tunc tantummodo ad solum Cæsaris solium ejusmodi caussas devolvi, quando judex territorialis vel gravamen infert, vel tuendæ jurisdictioni se imparem sentit, vel curia Romana se caussæ inmiscet, §. 37. 5) judicem territorialem jure interpretandi concordata gaudere, §. 38. sive illa *a*) ut legem imperii considе-

ſideraveris, §. 39. ſive *b*) ut pactum cum pontifice initum, §. 40. neque ex dubiis concordatorum argumentis hæſitandi anſam eſſe. §. 41. 6) Executores contra ea in bullis nominatos jurisdictione deſtitutos eſſe, §. 42. dum poteſtate judices ad ſingulas cauſſas in prima inſtantia delegandi quondam uſurpata, §. 43. in concordatis nationis Germanicæ pontifices ſe abdicarunt, §. 44. ſicque executores eorum hodie ſunt inſtar Commiſſarii Principis, qui neoinveſtitum in feudum immittit, §. 45. atque juris dicendi poteſtatem nullam habet, §. 46. unde fluit, 7) Officialem Leodienſem *a*) judicem hujus controverſiæ fuiſſe competentem, §. 47. *b*) & per actus in eadem cauſſa explicatos reliqua fora qualiacunque præveniſſe, §. 48. id quod a) ex principiis juris Romani, §. 49. b) ex principiis juris Canonici deducitur, §. 50. addita 8) concluſione, jurisdictionem territorialem a conſilio imperii aulico contra jus faſque violatam fuiſſe.

§. 32.

Ut igitur de competentia judicis ſæcularis, ſicque officialis Leodienſis in concordatorum materia tam quoad poſſeſſorium quam petitorium dirimenda, initium faciamus, ante omnia præmonendum erit, duplicis eſſe generis controverſias ex concordatis oriundas. *Aliæ enim inter curiam Romanam atque nationem germanicam*, vel ſedem apoſtolicam atque Germaniæ præſules

les ecclesiasque intercedunt, *aliæ inter privatos.* De illis disciplinam ecclesiasticam vel electiones atque postulationes vel annatas, & quæ sunt id generis plura (*) pro scopo habentibus non judiciali auctoritate, sed cæsareæ advocatiæ sub auspiciis amicabili compositione transigendum esse, infra §. 89. demonstrabitur. *Privatorum vero controversias quod adtinet*, ex duplici illæ oriuntur fonte. Vel enim recursum alterius litigantis ad curiam Romanam pro objecto habent, & tunc judex politicus de propria sua competentia, utpote caussa, quæ jure sæculi continetur, judicabit (**), vel collationem aut possessionem beneficii cujusdam, & tunc itidem de objecto sæculari disceptatur, quod ad caussas sæculi sicque ad cognitionem judicis civilis pertinet.

§. 33.

Equidem longævam inter sacerdotium atque imperium de caussis ecclesiasticis sæcula-

(*) vide Capitulationem JOSEPHI II. art. XIV. §. 1.
(**) L. si quis aliena 5. ff. de *judiciis*.

cularibusve intercessisse litem non ignoramus. Neque etiam nos latet, *cancellariam Romanam, quippe privilegio non errandi neutiquam munitam* (*) non modo jurisdictionem ecclesiasticam ESSENTIALEM sive SPIRITUALEM (**), verum etiam ADVENTITIAM (***) imo eandem in iis quoque caussis occupasse, quas MIXTI FORI vulgo vocant (****). Expertes denique non sumus illius

(*) BARTHEL *opuscula.* opusc. III. de *concordatis diss. generalis* cap. I. §. 12. pag. 285.

(**) Potestas ecclesiastica *propria* ea est, quam Christus apostolis suis tradidit communicandam deinceps episcopis ecclesiam recturis. Quæ huc pertinent caussæ spirituales vel ecclesiasticæ propriæ atque essentiales vocantur. RIEGER *Jurisprud. eccles.* P. II. §. 503. p. 288.

(***) Adventitia potestas ea est, quam non magis quam jure constituto ecclesia acquisivit. RIEGER l. c. §. 505. p. cit.

(****) Ecclesiasticis caussis docente L. B. de KRAITMAYR a CATHOLICIS vulgo adnumerantur, quæ 1) ad cultum religionis externum & internum, 2) dogmata fidei, 3) præbendas, dignitates & munera ecclesiastica, 4) electiones, postulationes, translationes & resignationes, 5) jus patronatus, 6) professionem ordinis, 7) vota ecclesiastioa, 8) Matrimonia,

illius doctrinæ, qua de præbendis lites, *adventitiæ jurisdictioni* eccleſiaſticæ vulgo adnumerantur. Quicumque vero animo paullo altiori conſideraverint, omnes poteſtatis eccleſiaſticæ partes, *quas Chriſtus Apoſtolis ſuis non tradidit, cum episcopis communicandas*, neque jure divino, neque civili ſcripto, neque populorum conſilio atque ſuffragio, curiæ romanæ dicatas, verum contradicentibus Europæ gentibus a cancellaria occupatas, præſcriptionisque

monia, 9) Sacramenta, 10) bona eccleſiarum, 11) Scholas piasque cauſſas, 12) Cœmeteria atque ſepulturam, 13) decimas, 14) delicta eccleſiaſtica, 15) juramenta, 16) denegationem juſtitiæ, 17) periculum gravis peccati pertinent. vid. L. B. de KRAITMAYR in *obſervat. ad Cod. jud. Bavar.* p. 16. AUGUSTANÆ CONFESSIONI ADDICTI diſtinguunt 1) in *cauſſas ſpirituales*, quorſum referunt, quæ ad cultum religionis externum vel internum articulosque fidei pertinent, 2) *cauſſas eccleſiaſticas*, quæ perſonas resque eccleſiaſticas & delicta & 3) mixtas, quæ matrimonia atque diſciplinam eccleſiaſticam reſpiciunt. MOSER *von der Landeshoheit im Geiſtlichen.* Lib. I. Cap. I. §. 3. p. 5. Conf. etiam BOEHMERI *jus eccleſ. Proteſt.* T. I. Lib. I. Tit. 32. §. 18. p. 803. ſqq.

tempora, interceſſionibus populorum; & contrariis politicorum actibus, ſæpe interrupta fuiſſe, ut itaque illam jurisdictionis eccleſiaſticæ romanæ particulam, nec juſti tituli nec quietæ poſſeſſionis palladium tueatur: hi certe non admirabuntur, nos in finibus jurisdictionis eccleſiaſticæ atque ſæcularis regundis, iis potius aſſentiri, qui ex LL. publicarum germaniæ & capitulationis noviſſimæ idea (*) iſtam *adventitiæ poteſtatis* portionem SÆCULO: quam iis qui eamdem RELIGIONI adſcribunt (**) Quemadmodum igitur *beneficii poſſeſſio* ab omnibus pragmaticis inter negotia ſæcularia refertur,

(*) Poſt innumeras nationis germanicæ judiciorumque & comitiorum quærelas de quibus vid. MOSER *von der teutſchen Juſtiz - Verfaſſung* T. I. p. 243. Imperatores tandem in Capitulationibus ſuis promiſerunt in eo eſſe, ut judici ſæculari expugnatæ a curia Romana jurisdictionis ſuæ partes reſtituantur, quod repetitum fuit in Capit. noviſſ. art. XIV. §. 5. Cf. ibid. MOSER P. II. obſ. ad *Capit. Joſeph. II.* p. 141.

(**) Ita celeberrimus L. B. de KRAITMAYR in *Obſ. ad Cod. judic. Bavar.* Cap. I. §. 13. nota *a*) p. 16. ait: Jene kommen der Sache näher, welche pro cauſſa *eccleſiaſtica* halten, was den Gottesdienſt, die Religion,

fertur (*), *collatio* vero 1) quotidie a sæcularibus fit, atque 2) non actibus religiosis sed legitimis & civilibus adnumeratur, immo 3) jus ipsum conferendi beneficium sive præsentationis in commercio est, contractibusque & testamentis acquiritur & transfertur, naturamque juris cujusdam civilis & sæcularis eo usque sapit, ut 4) suprema curia Parisiensis in fine a. 1778. adeoque paucis abhinc annis, Judæo CALMER ducatus Gallici Pequigni emtori, jus de beneficiis vacantibus disponendi adjudicaverit, ita quoque dubium non videtur, in beneficiorum materia ORDINATIONEM

C 4 *nomi-*

gion, Kirchen = Aemter oder geistliche Güther anbetrifft, pro *sæculari*, was obige Dinge entweder gar nicht, oder nur in weltlichem Respect und indirecte angehet, *pro mixta*, was theils spiritualia theils sæcularia respiciret.

(*) JOSEPH de SESSE *Dec. arrogav.* II. n. 89. CRAVETTA Conf. 15. GAIL. Lib. I. Obf. 38. n. 234. RODING. *Pand. Cam.* Lib. I. Tit. 31. n. 5. LYNCKER de *gravam. extrajud.* C. VI. §. 26. n. 18. De LUDOLF *Syſtem. jur. Cam.* p. 166. L. B. de CRAMER *Nebenſtunden* P. LXIV. 1. Stück §. 13. p. 10. §. 17. p. 13.

nominati, GESTIONEMQUE *officii* negotiorum ecclesiasticorum, POSSESSIONEM vero & COLLATIONEM beneficii, sæcularium numero venire, ut adeo controversiæ de *ordinatione & gestione* enatæ judicis ecclesiastici, de *collatione & possessione* oriundæ, judicis politici jurisdictioni subsint.

§. 34.

Ex his itaque sequitur, controversias privatorum, quæ ex concordatis oriuntur, atque secundum ea quæ §. 32. disputavimus, vel recursum ad curiam Romanam vel collationem, aut possessionem beneficii pro objecto habent, *caussas sæculares*, sicque jurisdictioni civili tam quoad *possessionis quam petitorii* materiam subjectas

(§. 32.)

Ut igitur de competentia judicis sæcularis, sicque officialis Leodiensis in concordatorum materia tam quoad possessorium quam petitorium dirimenda, initium faciamus, ante omnia præmonendum erit, judicem quemcunque etiam primæ instantiæ sæcularem, in definiendis privatorum controversiis ex concordatis oriundis, tam quoad possessorium quam petitorium competentem esse. Fluit hoc tum a) *ex na-*

ꝭtas esse. Fluit hoc tum a) ut supra dictum est, *ex natura objecti litis*, quum & de competentia judicis secularis & de collatione ac possessione beneficii quæstio *sæcularis judicis* cognitioni subsit. Idem porro fluit b) *ex indole concordatorum*. Hæc enim 1) non norma sunt à concilio quodam generali *in materia ecclesiastica* Europæ populis præscripta, verum pactum quoddam civile, inter sedem apostolicam atque universam Germaniæ gentem initum. Itaque - - -

natura concordatorum. Hæc enim, pactum inter pontificem atque Cæsarem sicque - - -

negotium quoddam civile adeoque sæculare

 con-

conſtituunt, de cujus materia judex ſæcularis cognoscere poteſt. Præterea etiam 2) concordatis ſancitum fuit, ut ne cauſſæ in prima inſtantia Romam evocarentur. Prohibitioni iſti nulla materiæ concordatorum exceptio addita eſt; manifeſto indicio, etiam ejusmodi cauſſas in prima inſtantia pro judicum territorialium tribunalibus eſſe peragendas.

Neque minus hoc fluit b) ex idea univerſali jurisprudentiæ publicæ & civilis. Dum enim populus poteſtatem judiciariam ſæcularem alicui explicandam commiſit, omnes controverſias civiles decidendas conceſſiſſe videtur. Fluit tandem c) ex ipſis LL. imperii. Vi harum enim territoriorum Germaniæ principes *litium omnium in territoriis ſuis oriundarum primi judices ſunt.* Diſertis hæc præcepta verbis, *ordinatio cameralis* (etiam a Senatu imperii aulico ex inſtrumenti pacis Osnabrugenſis mente (*) obſervanda) confirmavit (**) Omnes enim cujuscumque generis cauſſas *Ordinatione Camerali non exceptas* in prima inſtantia a foris territorialibus decidendas eſſe Ordinatio Cameralis ſtatuit, neque concordatorum inter exceptiones mentionem ullam facit. Dubitandum itaque non eſt, quin præeunte hac expreſſa lege, ejus-

(*) Inſtr. pacis Osnabr. art. V. §. 54.

(**) Conc. Ordin. Cameralis P. II. Tit. I. §. 1. & 2.

ejusmodi caussæ judicum territorialium cognitioni in prima subsint instantia.

§. 35. (33.)

Sacram equidem imperatoriam majestatem supremi ecclesiarum Germaniæ advocati munere condecoratam esse, nemo est, qui ignoret. Quemadmodum autem protectionis illius delatione, imperium R. G. Cæsareæ bonitati atque sollicitudini, non privatorum inter se lites, verum transactionem controversiarum nationis Germanicæ cum curia Romana commendatum ivit, ita quoque innata illa cæsarea *protectoris qualitas* judiciorum territorialium cognitionem non excludit. Fingamus tamen advocatiæ visceribus juris dicendi particulam inhærere, secundæ instantiæ jurisdictio exinde, non privativum quoddam imperium flueret. Imperatoria etenim majestas, quamvis universæ jurisdictionis in imperio fons intelligatur, potestate tamen eamdem in prima instantia in mediatos explicandi vix ac ne vix quidem gaudet. Quod itaque de advocatia perinde dicendum foret, si jurisdictionis speciem eidem adscribere velis. Sed de his per transennam quasi hoc loco notatis infra §. 80. sqq. ulterius dicendi locus erit.

§. 36. (34.)

Quæ quum ita sint, cancellos jurisdictionis territorialis in caussis privatorum ex con-

cordatis oriundis, alios non novimus, quam ubi 1) ipſe judex territorialis vel illato gravamine appellationi locum facit, vel 2) explicandæ jurisdictioni ſe imparem ſentit, vel denique 3) curia Romana liti ſe immiscendo negotii mutat qualitatem, ita, ut quæ privatorum antea erat disceptatio, ſubſecuta ejusmodi interventione, nunc in publicam nationis cum pontifice degeneret controverſiam. Quæ quidem ſimul - atque evenerint, dubitandum non eſt, quin Sacra Cæſarea Majeſtas in quacunque judicii parte eum in finem adiri poſſit, ut vel actori, vel judici inferiori protectionis ſuæ interpoſitu ſuccurrat.

§. 37. (35.)

Ne tamen exinde disceptandi quædam occaſio naſcatur, quod dum ejusmodi lites controverſiam quandam ex concordatis nationis germanicæ oriundam concernunt, judici territoriali jurisdictionem tribuendo, imperium quoddam in ſummum pontificem tribuere videamur, de hac quæſtione ſigillatim agamus.

§. 38. (36.)

Hic autem ante omnia notandum eſt, duplicem eſſe quæ in conſpectum ſe nobis dat, concordatorum faciem. Altera eſt, qua ut lex imperii oculis ſe offerunt noſtris (*), altera qua

(*) Condita enim ſunt a majori ordinum parte, ad elicien-

qua ut pactum (*). De concordatis ut lex imperii ſpectatis dubium nullum eſt, quin judici territoriali interpretandi poteſtas competat. Quum enim judici cuicumque competenti in cauſ-

ciendum totius imperii conſenſum in cauſſis unde turbæ oriri poſſunt ſufficiente BARTHEL *opusc. jurid.* T. II. p. 322. acceſſit iisdem ſequentibus temporibus omnium ſtatuum conſenſus CONRING de *conſtit. episcop. Germaniæ* §. 84. LINKIUS de *concord. Nat. Germ.* Cap. III. p. 58. ipſoque uſu & obſervantia vim legis publicæ adquiſivere, cum Cæſares partim edictis ſuis partim in ordinatione judicii imperialis aulici obſervationem eorum injunxerint vid. KOCHII Commentat. de *collatione dignitatum ac beneficiorum.* Argent. 1762. 4. Sect. II. cap. III. §. 6. p. 97. conf. etiam JOANN. GEORGII SCHLOER Diſſert. ad *concordata Germaniæ de natura & indole eorum ut ſunt pacta.* Mogunt. 1771. Cap. I. §. 2. in ANTONII SCHMIDTII *Theſaur. jur. Eccleſ.* T. I. p. 321.

(*) Concordatis pacti naturam ineſſe non modo Clemens VIII. in *bulla de ao.* 1603. apud NICOLARTS in *praxi beneficiorum* Tit. III. dub. I. & Julius III. in *bulla de a.* 1554. ap. EUNDEM l. c. & PUTEANUM *Comment. ſur le traité des Libertés de l'egliſe Gall.* T. II. p. 160. agnovit, verum etiam Capitulationes Cæſareæ iſta concordata nominarunt *concordata principum und aufgerichtete Vertræge* Capit. Joſephi II. Art. 14. §. 3. cf. KOCH l. c. §. 1. ſqq. p. 87. ſqq. NELLER Diſſert. ad *concordata* Cap. I. §. 3. in SCHMIDTII *Theſauro* l. c. p. 322.

caussis ad forum suum delatis facultas dubias, si quæ sint LL. applicandi atque interpretandi data sit; jus hoc omnibus magistratibus commune atque innatum quasi & ab ipsa natura datum, judicibus territorialibus concordatorum intuitu tanto minus denegari potest, quanto certius constat, judicum sententiis non normas condi generales sed *jus tantum speciale privatos inter litigantes* constitui.

§. 39. (37.)

De concordatis ut pactum consideratis, major videtur dubitatio. Re tamen penitius inspecta, hæc quoque corruit. Quamvis enim ex natura pacti summatim & universe spectati, fluat, paria utriusque paciscentium esse jura, & quemadmodum sedes pontificia illud in præjudicium nationis germanicæ interpretatione unilaterali extensiva, ultra limites in contractu definitos porrigere nequit, ita quoque facie inversa nationem germanicam ejusque judices hoc in detrimentum summi pontificis eoque contradicente facere non posse, res tamen salva erit. Non enim quæ territoriorum judicibus a nobis adscribitur jurisdictio ita intelligenda est, ut ultra citraque limites concordatis præfinitos vagari, & in pontificiæ sedis jura furtificæ interpretationis ope grassari iisdem liceat. Quod si hoc fecerint, læsis per pravas ejusmodi judicum territorialium sententias, provoca-

vocationis januam patere, triti juris eſt atque expediti.

§. 40. (38.)

Cæterum ambigua ſi quæ ſint concordatorum capita, hiſtoria optimam ſe interpretationis magiſtram præbet. Priscis namque temporibus ad ſolos episcopos jus conferendi beneficia pertinebat (*), ſucceſſu temporis per pontificias nominationes, atque reſervationes eo privati (**) querelas ſuas ad concilia detulerunt (***), quo facto Baſileenſe, omnes reſervatio-

(*) PHILIPP HEDDERICH (minoritæ conventualis Trevir.) diſſertatio ad *concordata Germaniæ* 1773. *quæ exſtat in Documentorum ad concordata nationis Germanicæ integra* Fascic. III. p. 126. §. 3. p. 139. CHRIST. WILH. KOCH Commentatio de *collatione dignitatum ac beneficiorum.* Argentor. 1762. 4. Sect. I. cap. I. §. 10. p. 23.

(**) Quando hoc factum fuerit, vide in cit. diſſ. Hederichiana l. c. §. 3. nota **) p. 141.

(***) vid. J. F. GEORGI in *bello ſacerdot. & imperii* Lib. I. C. 6. p. 250. Concordata nationis Germanicæ integra ſive nova & accurata concordati Calixtini & præcipue concordatorum principum ſub Eugenio IV. nec non concordatorum Aſchaffenburgenſium ſub Nic. V. editio in ſubſidium jurisprudentiæ publicæ adornata præmiſſa introductione hiſtorica; inſerta. L. B. de CRAMER *Nebenſtunden* P. XLIX. III. Stück §. 8. 9. 10. p. 34. deinde vero ſeorſim edita Francofurti & Lipſiæ 1771. 8.

vationes pontificias Seſſ. 23. irritas declarando in poſterum prohibuit (*). Acceptavit iſtud decretum anno 1439. natio germanica (**), ſubſcripſit eidem Eugenius IV. (***), ut nationis germanicæ obedientiam aſſequeretur, addita tamen clauſula, ſe legatum in germaniam miſſurum, qui, ut verba bullæ ſonant, *ſuper modificatione decretorum hujusmodi nec non ſuper proviſione ſedi faciendis tractare poſſit.* Hac itaque deciſione episcopi in priſtina ſua jura poſtliminii quaſi jure fuere reſtituti. Venit deinde in Germaniam pontificis nuntius. Is intercedente imperatore, Germaniæ episcopis perſuaſit, ut ex reverentia erga ſanctiſſimam ſedem parte qua-

(*) vid. HEDDERICH cit. diſſert. ad *concordata* §. 7. in *Documentorum ad Concordat.* Fascic. III. p. 165.

(**) Inſtrum. acceptationis Alberti II. vide in *concordatis nationis German.* apud L. B. de CRAMER P. L. p. 21. conf. etiam HEDDERICH l. c. §. 7. nota *) p. 162. conf. ÆNEAS SYLV. in *comm. de geſtis Baſil. concilii* Lib. I. ap. ORTUIN GRAT. in *fascic. rer. expetend. & fugiend.* fol. 2. *a*)

(***) Bullam confirmationis decretorum Baſileenſis exhibet HEDDERICH l. c. § 9. nota **) p. 172. & LEIBNIZ *Cod. jur. gentium dipl.* P. I. n. 156. p. 391. add. ÆNEÆ SYLVII *Oratio de morte Eugen. IV. & coronatione Nic. V.* habita 1447. apud STEPH. BALUZ. *Miscell.* Lib. VII. p. 525. KOCH. l. c. Sect. II. cap. 5. p. 68. ſqq.

quadam juris illius se abdicarent, quod ad concilii Basiliensis mentem ab Eugenio IV. iisdem fuerat restitutum. Et hac quidem lege a pietate episcoporum obtinuit, ut particulæ juris sibi quæsiti renuntiarent. In concordatis itaque nihil episcopis a pontifice indultum, sed omnia huic ab episcopis fuere concessa, & quemadmodum renuntiationes esse strictissimæ interpretationis, ex ipso naturæ jure fluit, ita quoque in omni dubio casu interpretationem secundum decreta Basileensia a natione germanica ac Eugenio IV. acceptata, & contra pontificem esse faciendam, ex eodem jure sequitur (*), cum interpretatio semper contra eum sit dirigenda, qui clarius loqui debuisset, is autem in omni contractu clarius loqui debuisset, qui singulare commodum ex contractu quærit.

(*) GEORG CHRIST. NELLER in dissertat. de *certis S. Concilii Basileensis decretis maxime hierarchicis a Germania & Gallia* a. 1438. & 1439. *acceptatis* Aug. Trevir. 1764. Cap. I. §. 15. recusa in ANTON. SCHMIDTII *Thesauro jur. eccl.* 1772. T. I. p. 270. HEIDEGGER cit diss. ad *concordata* P. II. §. 3. in *documentorum ad concord.* Fascic. III. p. 185. conf. SCHLOER in dissert. supra cit. ad *concordata nationis Germanicæ* cap. IV. in SCHMIDTII *Thesauro* T. I. p. 368.

rit (*). Unde palam eſt in concordatis applicandis ancipites quæſtiones pleniſſime ceſſare, ſicque dubium illud ex ambiguis concordatorum argumentis deſumtum, tanti non eſſe, ut Themidis territorialis templa actoribus claudat.

§. 41. (39.)

Executores tandem quod adtinet, quos pontifices beneficia indulgentes in bullis conceſſionis ſuæ nominare ſolent, ut proviſos in beneficium immittant (**), nemo unquam pragmaticorum iis jurisdicendi quandam dirimendique controverſias ſuper collatione oriundas poteſtatem, multominus imperium jurisdictionis territorialis excluſivum tribuere auſus fuit. Equidem inter omnes conſtat, eosdem quandoque cognitionem cauſſæ in ejusmodi controverſiis ad ſe rapuiſſe. Quam juſte autem hoc fiat, quam injuſte, ex ſequentibus apparebit.

§. 42.

(*) JUST. HENN. BOEHMER in diſſertat. de *interpretatione facienda adverſus eum, qui clarius loqui debuiſſet in ejusdem exercitationibus ad ff.* Tom. II. exercit. XXX. §. 20. 23. p. 383. & 387. ſic etiam jure Romano facienda eſt CONTRA STIPULATOREM L. 38. §. 15. L. 99. de *V. obl.* L. 26. de *Reb. dub.* & DONATARIUM. BOEHMER l. c. §. 22. p. 386.

(**) de his executoribus vide infra §.

§. 42. (40.)

Eodem videlicet ſæculo XI. quo pontifices ægre ferentibus Europæ gentibus, poteſtatem delegandi judices ad ſingulas cauſſas ſibi vindicabant; iidem jure nominandi ad beneficia eccleſiaſtica pedetentim potiti ſunt, initio precum; mox mandatorum auxilio: ſimulque in bullis ſuis collationis executores conſtituerunt, qui candidatos ſuos in poſſeſſionem mitterent. Tunc itaque temporis ejusmodi executori non modo miſſio in poſſeſſionem, verum etiam in caſu oriundæ litis, ejusdem deciſio a pontifice delegari poterat.

§. 43. (41.)

Poſtquam autem concordatis Conſtantienſibus §. XVIII. (*) ordinatum fuit; *nullas cauſſas in Romana curia committendas niſi quæ de jure & natura cauſſæ; ibidem tractari debebunt* (**); de-

D 2 cre-

(*) vid. hæc Concordata in Faſcic. I. *documentorum ad concordata nationis germanicæ integra.* Francof. & Lipſ. 1775. 8. num. II. p. 24. LEIBNIZ *Cod. jur. gent. dipl.* P. I. p. 384. L. B. de SENCKENBERG *vollſtändige Sammlung der Reichs-Abſchiede* T. I. p. 111.

(**) GEORG. CHRIST. NELLER in cit. diſſert. de *certis concilii Baſileenſis decretis maxime hierarchicis* C. I. §. 17. nota 2) apud SCHMIDTIUM in *Theſauro jur. eccleſiaſtici* T. I. p. 311.

cretisque concilii Basileensis omnis caussarum primae instantiae ad curiam Romanam evocatio prohibita (*), istaque prohibitio ab imperatore Alberto II. acceptata (**) & ab Eugenio IV. sic confirmata fuit (***), ut omni primae instantiae in caussis germanorum quibuscunque jurisdictione, sicque etiam jure delegandi ad singulas caussas in totum pontifex se abdicaret, inserta deinde hac abdicatione concordatis nationis Germanicae (****) certissimum est, modernos bullarum executores jurisdicundi cum potestate amplius delegari non posse, neque etiam iis aliquam jurisdictionem competere, verum eosdem ad id solum dari, ut nemine contradicente nominatum in possessionem publica auctoritate

(*) vid. Concordata nationis Germanicae integra sive nova & accurata concordati Calixtini & praecipue concordatorum principum sub Eug. IV. nec non concordatorum Aschaffenburgensium sub Nic. V. editio in subsidium jurisprudent. publ. German. adornata praemissa introd. historica, inserta L. B. de CRAMER *Nebenstunden* P. 49. III. Stück p. 27. & in specie P. 50. p. 69. nota aa.)

(**) vid. instrum. acceptationis d. 26. Mart. 1439. l. c. ap. CRAMER P. L. p. 21. & supra §. 38. nota **)

(***) vid. confirmatio Eugenii IV. de 1447. ap. EUNDEM l. c. p. 84.

(****) Concordata nat. Germ. inter Nic. V. & Frid. III. Num. V. in SCHMAUSII *Corp. jur. publ.* p. 45.

tate immittant, lites vero desuper oriundas ad ordinarios judices remittant.

§. 44. (42.)

Beneficia ecclesiastica feudorum quoddam ἀνάλογον esse, noto notius est (*). Quemadmodum itaque commissarius à principe datus, ut neoinvestitum in feudum immittat, si legitimus se opponat contradictor, de hac controversia judicare non potest, verum eamdem ad forum ordinarium remittere tenetur, ita quoque executor papalis.

§. 45. (43.)

Atque ex his quidem luce meridiana clarius fluit, executores in pontificum bullis nominatos non modo nullam præ judice territoriali palmam in decidendis ejusmodi controversiis obtinere, verum eosdem ne quidem jurisdicendi pollere potestate, ut adeo executori papali æmula cum judice territoriali potestas atque de principatu contentio esse non possit.

§. 46. (44.)

Postquam igitur in antecedentibus probavimus judici inferiori potestatem esse decidendi tam possessorium quam petitorium controversiarum ex concordatis oriundarum, eumdem-

(*) RIEGER *jurispr. eccles.* P. III. Tit. IV. §. 90. & 91. p. 57. sqq.

que pari cum ipſis ſupremis imperii tribunalibus poteſtate, jureque pollere interpretandi concordata, neque ullam executoribus papalibus in ejusmodi cauſſis competere jurisdictionem, non difficile erit, horum jurium exercitium Officiali Leodienſi tribuere. Nemo enim certe inficias ibit, 1) Officialem Leodienſem eſſe legitimum Provinciæ Leodienſis judicem primæ inſtantiæ, cui celſiſſimus Princeps eamdem iſtam explicandam commiſit ſæcularem jurisdictionem, quam ipſe a ſacra Cæſarea Majeſtate & imperio Romano germanico tenet. Dubitandum itaque 2) non eſt, iſtum primæ inſtantiæ judicem a Barone de Weichs adiri potuiſſe, cum huic adepta beneficii poſſeſſione rumor adferretur, plures eſſe ad idem illud beneficium adſpirantes, ejusdemque poſſeſſioni inhiantes. Neque tandem 3) de eo ambigendum eſt, delata ad tribunal Officialis Leodienſis, Baronis de Weichs provocatione adverſus quoscunque contendentes directa, poteſtatem Officiali fuiſſe iſtos contendentes in judicium publice vocandi, atque 4) non comparentes ſententia finali præcludendi. Injuria certe lectorum perſpicacitas adficeretur, ſi in his probandis longiori defungeremur oratione.

§. 47. (45.)

Hæc itaque de competentia Officialis Leodienſis *in genere* ſufficiant. Reſtat ut probemus, eun-

eundem *in ſpecie* judicem litigioſi hujus triumviratus, cum excluſione cujuscumque alterius fori, *unice* competentem eſſe. Extra dubitationis autem aleam poſitum eſſe videtur, poſtquam facta ab Officiali omnium contendentium citatione alter de Bernis in judicio coram Officiali comparuit, atque exceptiones proponendo inſtitutæ actioni reſpondit, litemque ſic conteſtatus eſt, veram exinde natam eſſe inter Berniſium atque Baronem de Weichs litis pendentiam, eamque talem, ut reliquas cauſſas cum hac lite connexas magnetica quaſi vi ad idem illud forum alliciat, attrahatque. Similem quoque in modum ſubſecuto ex parte Officialis manutenentiæ judicato, & decreta tandem ab eo præcluſione quorumcumque contendentium, ſententia fuit lata in poſſeſſorio inter Baronem de Weichs ex una & omnes contendentes, *ſicque Baronem de Collenbach tamquam contendentem ex altera parte.* Itaque Officialis non modo ante litem ſusceptam judex competens *in genere* fuit, verum etiam occupata jurisdictione tam in cauſſa Berniſiana cum Collenbachiana connexa, quam in ipſa illa lite inter Collenbachium & Weichſium orta, foro ſuo jam competenti hanc ſuperaddidit excluſivam qualitatem, ut tamquam judicium præveniens omnes reliquos orbis terrarum judices, quippe præventos, a ſimultanea ejusdem cauſſæ cognitione præcluſerit.

 §. 48.

§. 48. (46.)

Atque ut de iis, quæ jam dicta sunt, eo magis fides fiat, tum ex juris Romani, tum ex juris Canonici, genuinis principiis hæc ulterius dilucidanda erunt. Romanorum itaque jure, ubi plures judices pedanei concurrebant, cautum fuit, *neque caussas connexas dividi, neque eamdem caussam ad diversos judices trahi debere* (*), ut itaque dubium non sit, quin ex juris Romani principiis lis Baronis de Weichs contra quoscunque contendentes in foro Officialis pendens neque a Canonico Antoine, neque a quocunque alio judice vel in totum vel pro parte avocari potuerit (**).

§. 49. (47.)

Egregie cum his sancitis jus Canonicum conspirat. Cum enim Sæc. XI. XII. & XIII. summi Pontifices extraordinarios ad singulas fere caussas judices primo petentibus delegare instituissent, sicque a sede Romana sæpe calumniandi

(*) L. 4. C. de *in jus voc.* L. 30. D. de *Jud.* Tot. Tit. Pand. de *quibus rebus ad eundem judicem eatur.* JUST. HENN. BOEHMER *Consult.* T. II. P. II. resp. 1154. p. 589.

(**) ESTORS *Anfangsgründe des Reichs - Processes* P. II. Tit. I. §. 6. p. 5.

(***) CLAUD. FLEURI *instit. jur. eccles.* P. III. C. 23. Tit. 5. p. 744.

niandi animo judices in litibus desiderarentur, quæ jam sub alio judice erant, Gregorius IX. constituit, *ut qui quemquam super uno negotio vel etiam malitiose super pluribus actionibus personalibus, quæ sub uno judice possent tractari commodius, coram diversis judicibus traheret, aut si reus eodem tempore actorem ad diversos locos citari procuret, litterarum commodo careant & in moderatas expensas condemnentur* (*).

§. 50. (48.)

Si quis autem hæc, quæ modo deducta sunt, animo paullo altiori consideraverit, huic certe dubitandi occasio nulla erit relicta, quin Officialis Leodiensis judex hujus caussæ competens fuerit, omnisque de concordatis inter mediatos controversia ad subsellia fori territorialis in prima instantia sit deferenda. Quum itaque consilium imperii aulicum nulla lege id permittente, quid quod capitulatione potius Cæsarea jurisdictionem territorialem adversus ejusmodi vulnera tuente (**), præsentem caussam ad se evocaverit, non modo contra LL. impe-

(*) BARTHEL in *annotat. ad universum jus Canonicum* Lib. III. T. V. de *præbend. & dignit.* p. 208. quæst. an papa omnia ab initio contulerit beneficia.

(**) Capitulatio Josephi II. Art. XV. §. 2. & XVIII. §. 3. 4. atque MOSERUS ad cit. Cap. P. II. p. 148. & 200.

imperii atque Sanctionis auspicalis Cæsareæ præcepta peccasse, verum etiam in concluso suo d. 9. Sept. a. 1779. publicato, diadema territoriale pretiosissima sua gemma, in commune omnium procerum Germaniæ & detrimentum & gravamen exuisse, sicque recursui ad comitia imperii amplissimum locum fecisse intelligitur.

Caput III.

De violationibus concordatorum a Barone de Collenbach commissis.

Conspectus.

1) §. 51. De fatis & argumento concordatorum generalia quædam, 2) §. 52. de violationibus a B. de Collenbach commissis. Violatio concordatorum Collenbachiana duplex est, §. 53. *A*) prima est quod beneficii mense ordinarii vacantis collationem pontificiam obripuerit, qua occasione 1) origo collationum papalium, §. 54. earumque 2) restrictio concordatis facta indicatur, §. 55. exindeque 3) violatio prima concordatorum eruitur, §. 56. deinde 4) argumenta Collenbachiana enarrantur, §. 57. addita 5) eorum refutatione ex eo desumta, quod *a*) majores dignitates mensibus paribus vacantes pontifici reservatæ non sint, §. 58. contra hanc enim reservationem Germanis anno 1416. querelas ferentibus. §. 59. Martinus V. anno 1418. Capitulis unam dignitatum tertiam obtulit, duabus tertiis sibi adscriptis, §. 60. Germanisque id recusantibus concordatis Constantiensibus in totum cedere coactus fuit,

§. 61.

§. 61. quae quidem cessio tum authoritate consilii Basileensis, tum concordatis Aschaffenburgensibus coufirmata fuit, §. 62. ex qua concordatorum historia patet, dignitates ejusmodi non pontifici, sed Capitulis reservatas fuisse, §. 63. atque deficiente vel dignitate vera, vel Capitulo quodam, cui jus eligendi reservatum fuit, beneficium ad collationem ordinarii pertinere, §. 64. *b*) quod præpositura in Hansinne sit personatus non dignitas, §. 65. *c*) quod omnis Commendæ prætextus exulet, §. 66. *d*) quod contraria observantia neque existat, neque si actus contrarii existerent, concordata abrogare valerent, §. 67. *B*) altera violatio concordatorum in eo posita est, quod Collenbachius caussam Romam evocaverit.

§. 51.

Altera jam succedit quæstio: an videlicet Baro de Collenbach violatorum concordatorum & jurisdictionis imperii usque eo reus fuerit, ut gravamen ab eo illatum pendente jam coram Officiali lite, aditum quemdam ad suprema imperii tribunalia patefecerit? Quam dum investigare aggredimur, pauca quædam de concordatis præmittenda esse videntur.

Quæ inter sanctam sedem Romanam omnesque ferme Europæ gentes olim inter-

tercessit contentio, quatuor præcipue capitibus absolvebatur. Querebantur enim populi (*) tum 1) de labefacta ecclesiæ disciplina, tum 2) de violata judicum tam sæcularium quam ecclesiasticorum jurisdictione, tum 3) de reservationibus pontificum, expugnatisque a curia Romana juribus ordinariorum conferendi beneficia; tum denique 4) de annatis. Certamen istud per plurium sæculorum ætatem continuatum, concordatis demum Constantiensibus cum Martino V. initis ad quinquennium

(*) Vid. imprimis *Avisamenta nationis Germanicæ Constantiensia* a. 1416. in comitiis facta. LüNIGS *Reichs-Archiv* P. gen. p. 53. MüLLERS *Reichstags-Theatr. unter Kaiser Friedr. V.* P. I. C. XXVII. p. 359. GOLDASTI *Constit. imp.* T. I. p. 151. 391. nec non *Avisamenta Moguntina tempore concilii Basileensis* a. 1426. in publico conventu deliberata atque Imp. Sigismundo exhibita ap. LüNIG *Reichs-Archiv* P. gen. cont. p. 32. & in *Documentorum ad concordata Nat. Germ. integra* Fascic. I. docum. 3. p. 31. *aliaque avisamenta electoralia* in *comitiis* a. 1440. *concepta* ap. GOLDASTUM l. c. p. 155. MüLLER l. c. P. I. C. IV. p. 52. una cum Reformatione Sigismundi per ejus consiliarium Fridericum à Landscron composita. GOLDAST l. c. p. 170. GEORGI *bellum sacerdotii & imperii* Lib. I. C. VI. §. 1.

nium ſopitum (*), atque inter alia a ſupremo Pontifice omni in cauſſis civilibus jurisdictioni renuntiatum fuit (**). Tandem concilii Baſileenſis deciſio & 1) disciplinam reſtituit, & 2) evocationibus Romanis in cauſſis eccleſiaſticis obicem poſuit, ut nempe non niſi lata jam ab ordinario judice ſententia vim definitivæ habente appellationes Romam verſus interponere liceret, 3) omnes præterea reſervationes pontificias præter eas, quæ in corpore juris clauſæ ſunt, (h. e. beneficiorum in curia vacantium (***), 4) una cum annatis abrogavit (****). Acceptatis iſtis decretis tum

(*) Concordata illa vide ſupra §. 41. nota *).

(**) vid. §. 18. concordatorum Conſtantienſium l. c.

(***) ad hanc enim ſolam omnes reduci poſſe erudite docuit KOCH in cit. *commentatione de collatione dignitatum ac beneficiorum eccleſiaſticorum* Sect. I. cap. III. §. 6. & 7. p. 50. & 51. atque Sect. II. cap. I. §. 3. nota f.) p. 63. conf. etiam van ESPEN in *jur. eccleſ.* P. II. Tit. 23. cap. 3.

(****) vid. Conſtitutionem Alberti II. de 26. Mart. 1439. qua iſta decreta fuere acceptata, apud HORIX in *concordatis Nat. Germ. integris* in L. B. de CRAMER

tum ab Alberto II. (*) tum ab Eugenio IV. (**) successerunt denique concordata inter Nic. V. & Frid. III. inita (***) quibus pontifici beneficia mensibus paribus & in curia vacantia, cum annatis, & jurisdictione secundæ instantiæ, in caussis ecclesiasticis, prima instantia definitive terminatis, fuere concessa. En concordatorum & fata & argumentum in nuce.

§. 52.

Ut autem e diverticulo in viam & ad probationem criminis violatorum concordatorum regrediamur, cujus Collenbachium postulavimus;

§. 49.

Altera jam succedit quæstio; an videlicet — — wie oben §. 51. bis auf die Worte: Quam dum investigare aggredimur;

duo facta Collenbachiana sub oculos ponenda sunt;

MER Nebenstunden P. L. III. Stück p. 21. ibidemque *decreta in notis ab Horixio constitutioni Albertinæ subjunctis leges.*

(*) vid. supra §. 41. nota *).

(**) vid. idem §. nota **).

(***) vid. idem §. 41. nota ***)

ſunt, alterum, quo doloſis precibus collationem pontificiam ſubripuit concordatis nationis Germanicæ contrariam, alterum, quo idem ille litem coram officiali Leodienſi pendentem & in prima quidem inſtantia ad curiam evocare Romanam auſus fuit.

§. 53.

Priorem violationem quod adtinet, antequam ulterius progrediamur, prænotandum erit; ante Sæculum X. & XI. nulla extitiſſe beneficia, ſed episcopos eccleſiæ miniſtros ordinaſſe (*): Poſtquam deinde pontifices ex univerſali eccleſiæ regimine concurrentem cum ſingulis episcopis ſibi jurisdictionem aſſeruere (**) ſenſim & quælibet orbis beneficia, (quorum collatio inter fructus jurisdictionis ſolet referri (***)) con-

(*) vid. ſupra §. 38.

(**) Fundamentum vulgo quærunt in Cap. V. X. de *conceſſ. præbend.* THOMASINUS in *veteri & nova eccleſiæ disciplina* P. II. Lib. I. cap. 47. num. 1. CHRIST. WILH. KOCHII *commentatio de collatione dignitatum & beneficiorum* Sect. I. cap. III. §. 1. p. 43.

(***) PETRUS de MARCA *concordia ſacerdotii & imperii* Lib. VIII. cap. 22. §. 7. & cap. 24. §. 5. KOCH l. c. cap. I. §. 10. p. 24.

conferendi jus ſibi deberi exiſtimarunt. Uti vero tenues ſolent rerum eſſe origines, quæ demum eundo crescunt, ſic Sæculo XI. Hadrianus IV. primum cœpit episcopis perſonas ſibi gratas commendare, ut ipſis beneficia conferrent (*), pauloque poſt ejusmodi quoque preces imperatorum, ad papalium exemplum invaluerunt (**). Frequentiores deinde factæ ut quandoque episcopi eisdem ſatisfacere recuſarent, hæ preces (ut potentioribus moris eſt) in juſſa degenerarunt, ſuccedentibus iis mandatis de providendo, & tandem litteris executorialibus: unde adhuc hodie in ejusmodi indultis varii nominantur a pontifice executores (***). Atque ita quidem ſenſim ſenſimque reſervationibus, mandatis, ipſoque

(*) HEDDERICH diſſert. *ad concordata* ſupra cit. §. 3. p. 142. van ESPEN *J. eccleſ.* Un. P. II. Tit. 23. n. 6. p. 240.

(**) BARTHEL in *annotat. ad univerſum jus Canonicum* Lib. III. T. V. de *præbend. & dignit.* p. 208. quæſt. an papa omnia ab initio contulerit beneficia.

(***) BARTHEL l. c. HEDDERICH cit. diſſ. in faſcic. III. *documentorum ad Concordata* p. 143.

que occupandi jure, ad pontifices ſumma rei devenit.

§. 54. (50.)

Priorem violationem quod attinet, memoria tenendum eſt, quod conditis inter Nic. V. & Frid. III. concordatis, ratione inferiorum beneficiorum diſpoſitum fuerit:

de cæteris vero dignitatibus & beneficiis quibuscumque ſæcularibus & regularibus vacaturis, ultra reſervationes prædictas (majoribus dignitatibus poſt pontificiales in cathedralibus & principales in collegiatis eccleſiis exceptis, de quibus jure ordinario provideatur per illos inferiores, ad quos alias pertinet) placet etiam nobis, quod per quamcumque aliam reſervationem, gratiam expectativam aut quamcunque aliam diſpoſitionem ſub quacumque verborum forma, per nos vel auctoritate noſtra factam vel faciendam, non impediemus nos, quo minus de illis, quum vacabunt de Februarii, Aprilis, Junii, Auguſti, Octobris & Decembris menſibus, libere diſponatur per illos, ad quos horum collatio, proviſio, præſentatio, electio ſeu quævis alia diſpoſitio pertinebat, reſervatione, aliave quavis diſpoſitione, autoritate noſtra factis vel faciendis, non obſtantibus quibuscunque. &c.

§. 55. (51.)

His itaque adeo energicis & claris verbis, ut clariora & magis energica in concordatis non reperiantur (*), *videlicet de cœteris dignitatibus quibuscunque, per quamvis aliam dispositionem sub quacunque verborum forma non impediet — — quo minus de illis libere disponatur — — reservationibus aut promissis ac dispositionibus non obstantibus quibuscunque*, 1) omnis reservatio pontificia ad menses, quos vocant impares, fuit restricta (**) omnis appositio manus æque ac 2) omnis præventio pontificia in mensibus paribus sublatæ fuerunt (***), ut itaque is, qui cum Barone de Collenbach collationem beneficii, quod mense Aprilis vacavit, sedi pontificiæ obrependo impetrat, manifestus existat concordatorum violator.

§. 56. (52.)

Equidem Collenbachius fallaces preces, quibus religionem summi pontificis circumvenit, novis falsiloquiis defendendo pro se allegat, 1) quod in concordatis pontifici *majores* *digni-*

(*) BARTHEL *opuscula recentiora* (sive opusc. T. III.) P. I. Diss. III. de *concordatis speciali* C. IV. §. 10. p. 212.

(**) BARTHEL *opusc. recentiora* l. c. §. 6. p. 206.

(***) IDEM *opusc. rec.* l. c. §. 7. & 8. p. 207.

dignitates poſt pontificiales in cathedralibus eccleſiis & principales in collegiatis reſervatæ fuerint, quod 2) præpoſitura in Hanſinne numero harum dignitatum veniat, quod 3) iſta præpoſitura tamquam beneficium regulare per modum Commendæ laicis concedenda ſit, idque non ab ordinario, ſed a ſolo pontifice per modum diſpenſationis fieri poſſit, 4) quod obſervantia perpetua pontifici jus conferendi iſtud beneficium tribuat. Verum infauſtos iſtos & abortivos cerretis ingenii fœtus deſpiciendos abjiciendosque eſſe, æquo cuique rerum arbitro haud difficile erit perſpectu.

§. 57. (53.)

Si enim ad 1) concordata inſpiciamus, omnia beneficia in menſibus disparibus vacantia ordinariorum collationi adſcripta eſſe patet. Unica adjecta legitur exceptio: *majores videlicet dignitates poſt pontificiales in eccleſiis cathedralibus & principales in collegiatis reſervatæ fuerunt. Verum* NON PONTIFICI, ſed *ut* DE IIS JURE ORDINARIO PROVIDEATUR PER EOS AD QUOS PERTINET (*). De dignitatibus enim

 veris

(*) JOANNES a CHOKIER ad *regulam cancell.* 2. n. 16. & 8. gloſſa 11. n. 3. *Analytica demonſtratio cujusdam Germani* (Nelleri) *ex littera & mente concordatorum Germaniæ præpoſituras quæ ſunt in Germania*

veris ex monachatu repetendis, quibus jus dirigendi actiones reliquorum annexum erat (*), a Capitulis per modum electionis provideri moris erat (**).

§. 58.

Consuetudine ista pontificum bullis e choro depulsa, acerbissimas usque eo querelas Germani de hac pontificis innovatione tulerunt, ut in avisamentis suis anno 1416. exhibitis ne quidem reservationes, quæ per extravagantem *ad regimen* introductæ sunt admittere vellent, multo minus ulteriores per quascunque regulas cancellariæ (†) quarum primam, secundam & tertiam hodie quartam hoc ictu in Cap. 3. succisum iverunt:

Statuatur & ordinetur quod in omnibus beneficiis electivis, sive sint patriarchatus, archi-

mania majores post pontificiales in cathedralibus & principales in collegiatis ecclesiis dignitates, non esse sedi apostolicæ reservatas primum edita 1757. deinde recusa Colon. 1776. in 4. Sect. I. §. 7. p. 11.

(*) BOEHMERI *jus eccles. protest.* T. II. Lib. III. T. V. §. 65. p. 309.

(**) IDEM l. c. §. 69. p. 311.

(†) vid. cit. *Analytica demonstratio* Sect. II. §. 1. p. 26.

ehiepiscopatus, PRÆPOSITURÆ, *primiceriatus, prioratus, archidiaconatus, archipresbyteriatus, decanatus aut alia beneficia inferiora ſerventur jura de electione & poſtulatione in corpore juris contenta cum omnibus eorum capitulis prout poſita & ab antiquo per ſanctos patres practicata ſunt. Quæ autem beneficia electiva ſub* QUACUNQUE GRATIA EXPECTATIVA *cadere non debeant — — — illæ electiones quoties occurrerunt faciendæ, poſtquam factæ ſunt, per immediatos ſuperiores ſecundum formam juris examinentur, & canonice confirmentur — — nullo modo liceat ſummo pontifici quicquam in contrarium attentare* (††).

§. 59.

Itaque Martinus V. videns ſe non poſſe contra univerſales nationum querelas ſalvare in totum regulas cancellariæ, in ſua conſtitutione d. 21. Martii 1418. coram con-

(††) vid. Aviſamenta, quæ dedit GOLDAST in *conſtit. imp.* T. I. p. 391. & ex eo HARDT in *actis conc. Conſtant.* T. I. proleg. C. XV. ut & GEORGI in *bello ſacerd. Rom. & imperii Germ.* Lib. I. cap. V. §. 3.

concilio recitata Cap. 2. in tantum a suis reservationibus recessit, ut 1) episcoporum & abbatum electiones liberas sineret, 2) quoad dignitates autem inferiores prætenderet duas tertias sibi, tertiam vellet ordinariis relinquere. His enim verbis mentem suam explicavit: *De cœteris vero dignitatibus, officiis & beneficiis sæcularibus & regularibus ultra reservationes prædictas* DUÆ PARTES *sint in dispositione* PAPÆ & TERTIA PARS *remaneat in dispositione* ORDINARIORUM (*).

§. 60.

Quum autem & hæc reformationis capita inferiora essent Germanorum exspectatione ac variis ultro citroque agitarentur queremoniis, quinquennalibus tandem concordatis eodem anno cum Martino

(*) Conf. Martini V. Reformatio in capite & curia Romana A. 1418. circa finem mensis Januarii in concilio Constantiensi nationibus oblata apud HARDT l. c. P. XXIII. HARDUIN Tom. IX. concil. p. 877. Cit. *Analytica demonstratio* Sect. II. §. 5. p. 30. KOCHII *commentatio de collatione benefic.* Sect. II. Cap. I. §. 2. p. 61.

no V. initis in specie contra regulam cancellariæ tertiam sic fuit conventum: *De cæteris dignitatibus & beneficiis quibuscunque sæcularibus & regularibus vacaturis, ultra reservationes jam dictas: majoribus dignitatibus post pontificiales in cathedralibus & principalibus in collegiatis ecclesiis* EXCEPTIS: *de quibus* JURE ORDINARIO *provideatur per illos* INFERIORES *ad quos alias pertinet nec computentur in turno seu vice eorum* (**).

§. 61.

Concordatis deinde Constantiensibus quum sæpe contraventum fuisset, exacerbataque his natio Germanica a concilio Basileensi petiisset, ut omnes reservationes exceptis iis, quæ in corpore juris clausæ forent, irritæ declararentur, huic petito concilium in Sess. 23. annuit. Nova deinde subsecuta sunt anno 1448. concordata

 Aschaffen-

(**) vid. Germanicæ nationis & Martini V. Papæ concordata quoad ecclesiastici regiminis emendationem in conc. Constantiensi A. 1418. adornata apud von der HARDT l. c. P. XXIV. add. LEIBNIZ *Cod. jur. Gent. dipl.* P. I. pag. 384. n. 155.

Aschaffenburgensia, concordatorum Constantiensium basi superstrata iisdemque verbis priorum tenorem iterantia.

Quoniam igitur *dignitates majores* post pontificiales in cathedralibus & principales in collegiatis ecclesiis non sunt apostolicæ sedi reservatæ per concordata Constantiensia: ergo neque per Aschaffenburgensia (†), imprimis quum decreta Basileensia quæ inter utraque concordata columnam quasi medianam constituunt, atque quatenus Aschaffenburgensibus immutata non sunt, adhuc subsistunt (††), pontifici omnem de his disponendi potestatem Sess. 23. ademerint, quæ quippe per concordata pontifici non restituta, capitulis ad quæ ex Basileensis concilii decreto pertinebat, mansit.

§. 62.

Historia ista concordatorum penitius inspecta, prono ex illa fluit alveo, eam esse

(†) Demonstratio analytica l. c. §. 5. p. 28. qui pro ratione allegat verba L. 27. C. de *testam. quod non mutatum quare stare prohibeatur.*

(††) vid. supra §. ejusque nota

esse concordatorum mentem, ut collatoribus quidem ordinariis, ex regula omnia beneficia mensibus paribus vacantia adscriberentur, dignitates vero electivæ capitulis reservarentur. Atque hanc reservationem *non pontifici*, sed capitulis hoc loco factam esse, cum diversorum Germaniæ capitulorum observantia (*), tum rerum in judicio imperiali aulico judicatarum auctoritas (**) tum ipsæ bullæ pontificiæ diversis capitulis indultæ (***) tum denique gravamina ulteriora contra attentatas a supremo pontifice ejusmodi dignitatum reservationes & provisiones anno 1479. Frid. III. exhibita (****) & in specie gravamen XIX. inter

(*) Conf. L. B. de CRAMER *obs. jur. univers.* T. IV. obs. MCLXVII. p. 497. & obs. MCCXXVII. p. 689.

(**) MOSER von *der teutschen Religions - Verfassung* III. Buch III. Cap. §. 28. p. 664.

(***) Exemplum ejusmodi bullæ de 1563. vid. in JOANNIS *rer. Moguntiacar.* T. II. p. 292. aliaque in *Documentorum ad concordata nationis Germanicæ integra* Fascic. III. num. XI. p. 109. num. XII. p. 121. vid. etiam cit. *Demonstrat. analyt.* Sect. II. §. 5. p. 31.

(****) LEIBNIZ *Cod. jur. gent. diplom.* P. I. pag. 439.

inter famosa illa centum gravamina de anno 1522. (*****) abunde probant

§. 63.

Ubi itaque 1) non de beneficio, sed de dignitate concedenda quæstio, atque 2) ecclesia quædam vel cathedralis vel collegiata in possessione juris elegendi est, ibi de *dignitate vacante* (non de nudo beneficio vel personatu) inferiores, ad quos pertinet jure ordinario providebunt (*), ubi vero de solo beneficio aut personatu concedendo quæstio est, vel ecclesia sive cathedralis sive collegiata deest, sicque inferiores non sunt, qui jure ordinario electionis providere possunt: ibi firmo stat thalo regula de mensibus ordinariorum stabilita atque ista exceptione non debilitata sed firmata.

§. 64.

(*****) SCHILTER de *libertate eccles. Germ.* Lib. VII. cap. II. p. 872. & *Gravamina N. G. centum in Comitiis* Norimb. ao. 1522. exhibita recusa secundum editionem coævam Colon. ad R. per *Petrum Quendel* Francof. & Lipf. 1778. p. 52.

(*) L. B. de CRAMER l. c. T. IV. obs. MCLXVII. §. 2. p. 497.

§. 64. (54.)

Quemadmodum autem 2) ex superioribus patet, ecclesiam pagi Hansinne nec cathedralem esse nec collegiatam (§. 3.), præposituram porro *personatum* esse, non dignitatem (§. 4.), inferiores denique plane nullos sicque etiam non ejusmodi in ista ecclesia esse, ad quos provisio de dignitate jure ordinario pertineat (§. 3.) ita quoque cuilibet facile erit intellectu, exceptionem istam concordatorum a Barone de Collenbach mirum detortam in modum, non pro eo sed pro Barone de Weichs pugnare.

§. 65. (55.)

Pari quoque modo 3) præpositura in Hansinne, ut supra diximus, beneficium est a) simplex, sicque sine omni animarum cura, b) seculare et non regulare (§. 4.) Quæ igitur de beneficio regulari, deque provisione ejus per modum commendæ, Canonico sæculari a solo pontifice, dispensationis titulo concedenda, pars adversa somniavit, nullius plane momenti sunt. Commendas præterea ex Germania in totum exsortes esse, notissimi juris est. Sin vero beneficium quoddam mense impari vacans contra universalem patriæ consuetudinem commendæ titulo alicui deferendum foret, ejusmodi certe concessio, quidquid etiam Espenius aliique in contrarium dicant, tanto minus a supremi pontificis penderet indulgentia, quanto

quanto certius est, *nullam in concordatis Nationis Germanicae, Curiae Romanae gratia, commendarum factam fuisse reservationem.* Quae autem jura in concordatis supremo pontifici non fuere concessa, ea omnia per supra [§. 40. (38.)] tradita ad episcopos pertinent, ut itaque si collatio praepositurae Hansinnensis etiam contra rerum gestarum veritatem commendarum numero accensenda foret, jura tamen ordinarii collatoris in dubium vocandi, locus non relinqueretur.

§. 66. (56.)

Observantiam denique, in qua Baro de Collenbach se fundat, quod adtinet, neque illa existit, neque si existeret, vim concordatorum imminuere valeret. Dum enim concordata hac clausula munita sunt, *currat haec observantia & duret ordinatio deinceps, nisi in futuro concilio de consensu nationis aliter fuerit ordinatum:* quisque aequus & impartialis rerum aestimator & arbiter facile dijudicabit, 1) contrariis neque constitutionibus pontificum, neque rotae decisionibus, neque quibuscunque rescriptis Romae concedi solitis vim aliquam posse attribui (*), imprimis, quia 2) concordata publicae utilitatis caussa introducta sunt, jus vero publicae utilitatis caussa

(*) BARTHEL *opusc. recentiora* P. I. Cap. I. §. 11. p. 57.

caussa introductum sicut privatorum pactis immutari nequit, ita nec præscriptione vel consuetudine aboleri vel abrogari potest, 3) quia universalis observantia particularem præscriptionem, vi inseparabilis connexionis partium cum toto impedit, tandem 4) quia ejusmodi consuetudines concordatis contrarias mox ab initio summi pontifices improbarunt adjecta concordatis clausula irritante, & postea etiam damnarunt, transgressores decretis pœnalibus ad usum debitum revocantes (*), ut itaque possessio concordatis contraria nec a curia Romana nec a Barone de Collenbach allegari queat.

§. 67. (57.)

Superest altera concordatorum violatio, cujus Baro de Collenbach se reum fecit evocando caussam coram Officiali pendentem, ad prætensum Canonici Antoine forum, sive ad curiam Romanam. Ut enim taceamus, Baronem de Collenbach insidiosis cuniculis suis cum Canonico Antoine actis, jurisdictionem imperii, Principis & Officialis simul offendisse, dum a sacra Cæsarea Majestate celsissimus Princeps, & a celsissimo Principe Officialis jurisdicendi potestatem tenet, atque sic violatio jurisdictionis Officialis, simul violatio territorialis & imperialis sit, de eo certe dubium esse non potest,

(*) NICOLARTS de *concordatis* Tit. III. dub. I. §. 4.

teft, quod Baro de Collenbach ejusmodi evocationem attentando, concordata nationis Germanicæ lethali vulnere adfecerit. Ita enim concordata Conftantienfia de anno 1418. in Afchaffenburgenfium epilogo confirmata §.XVIII. ftatuunt,

quod nullæ cauffæ in Romana curia committantur nifi quæ de jure & natura cauffæ ibidem tractari debebunt,

& quod cauffæ, quæ ad forum ecclefiafticum de jure vel confuetudine non pertinent, per curiam Romanam non recipiantur de illis cognoscendo in curia vel extra committendo (**), quo ipfo itaque cauffæ fæculares ab ejusmodi evocationibus exemtæ fuerunt. Decretum præterea Conc. Bafil. IX. Cal. Febr. anno 1438. emanatum & ab Alberto II. ut fupra §. 41. dictum fuit, acceptatum, deinde vero ab Eug. IV. & in nationis Germanicæ concordatis confirmatum de cauffis ecclefiafticis ordinavit

quod in partibus ultra IV. Diætas a Romana curia diftantibus omnes quæcunque cauffæ exceptis majoribus in jure expreffe enumeratis, & electionum ecclefiarum cathedralium & monafteriorum, quas immediata fubjectio ad fedem

(**) vid. *ifta concordata* apud auctores fupra §. 41. citatos.

dem apostolicam devolvit, APUD *illos judices in partibus, qui de jure aut consuetudine praescripta vel privilegio cognitionem habent, terminentur & finiantur* (*).

Dum itaque Baro de Collenbach a) *caussam saecularem*, quae aqud judicem territorialem terminanda erat, qui de jure, consuetudine praescripta, privilegio, & concordatis cognitionem habet, ad curiam Romanam, & quidem b) *in prima instantia* evocare ausus est, alteram commisit, eamque duplicem ac manifestissimam concordatorum, jurisdictionis, Legumque fundamentalium imperii & edictorum Caesareorum (**) violationem (***).

Caput

(*) vid. *istud decretum una cum acceptatione atque confirmatione ejus & concordatis Aschaffenburg.* apud Auctores supra §. 41. citatos.

(**) vid. R. I. de anno 1512. §. 14. & de a. 1654. §. 164. atque edicta imperatoris in LUDOLFI *Commentat. systen. de jur. cam.* Sect. I. §. 6. n. 19. p. 45. & in append. II. p. 57. nec non ejusdem LUDOLFI differt. de *jurisdictione officialium in caussis civilibus, speciatim de recursu ad Officialem Metropolitanum Coloniensem ab Officiali Leodiensi & Monasteriensi annexam ejusdem Observat. forens.* P. I. obs. 110. conf. etiam ESTOR *vindiciae secundum libertatem ecclesiarum germanicarum postulatae a pontifice Romano contra appellationes ad ejus legatos supremumque tribunal*

Caput IV.

De justitia recursus Baronis de Weichs ad suprema imperii tribunalia.

Conspectus.

§. 68. Ubi quatuor fundamenta recursus Baronis de Weichs allegantur.

§. 68. (58.)

Ita autem comparatus erat incursus ille Collenbachianus, quo & Officialem & Baronem de Weichs in juribus suis interpellabat, ut non modo invasionem possessionis atque juris privati, verum etiam legis publicæ fundamentalis imperii contineret. Concordata namque LL. imperii cardinalium numero venire supra demonstravimus (****). Quotiescunque autem violatio ejusmodi LL. occurrit, toties de ea ad suprema imperii tribunalia deferri posse, ut Fiscus cæsareus munere defungatur suo, exemplo actionum fiscalium edocemur, quas ob facta

nal Romanam, quod Rotam vocant, ad illustrandum R. I. N. §. 164. & cap. XV. Capitul. Caroli VI. Jenæ 1741.

(***) L. B. de CRAMER *Nebenstunden* l. c. P. XLIX. Stück II. §. 6. p. 26. n. 17.

(****) vid. supra §. 36.

facta contra aureæ bullæ vel pacis publicæ dispositionem commissa, instituere moris est (*). Irruptio præterea in fines jurisdictionis imperii facta fuerat, quæ itidem ad supremorum Germaniæ tribunalium cognitionem pertinet, eorumque fundat jurisdictionem (**). Tandem 3) violationibus istis concordatorum, Legum atque jurisdictionis imperii perpetratis eo rerum deventum erat, ut Officiali jam Leodiensi Baronique de Weichs non cum solo Barone de Collenbach, sed cum executore pontificis, sicque cum ipsa curia Romana certamen esset ineundum. Imparem se huic pugnæ sentiens Officialis dubius hæsit, neque jurisdictionem suam digna ejusmodi scelere pœna, adversus Collenbachium tueri ausus fuit. Inde protractio justitiæ enata caussæ ruinam minans, ejusque sic cognitionem ad superioris judicis tribunal devolvens. Cui denique & hoc 4) addendum, quod quum Officiali in executorem papalem imperium non fuerit, inscriptio in crimina ab hoc perpetrata coram supremis imperii tribunalibus

(*) BLUM. *Proc. Cam.* Tit. XXX. §. 8. & 9. p. 213. De LUDOLF *Systema jur. cam.* Sect. I. §. 6. n. 3. 4. p. 40. edit. de 1741.

(**) BLUM. l. c. Tit. XXXIV. §. 137. p. 290. & RODINGII *ff. camerales* Tit. XII. §. 73. p. 215. LUDOLF l. c. S. I. §. 10. n. 52. casu XX. p. 105.

libus peragenda fuerit, ut hæc quam Officialis non posset justissimæ huic caussæ medelam adferrent (***).

Caput V.

De fundata jurisdictione Cameræ imperialis in caussis concordatorum tam quoad possessorium quam petitorium.

Conspectus.

§. 69. Introitus. §. 70. *I.*) Maximilianus I. anno 1495. cum Camera imperiali universalem communicavit jurisdictionis suæ potestatem, §. 71. condito deinde anno 1501. Senatu imperiali aulico is concurrente cum Camera imperiali jurisdictione fuit præditus, §. 72. paria itaque sunt utriusque judicii jura, §. 73. hinc etiam in materia concordatorum concurrentem exercent jurisdictionem. §. 74. *II.*) Camera imperialis a primis suis incunabulis jurisdictionis actus in ejusmodi caussis explicavit, §. 75. et ab initio quidem sola de controversiis super concordatis oriundis iudicavit, §. 76. consilium vero imperiale aulicum demum post annum 1575. in ejusmodi caussis jus dicere aggressum est, §. 77. ast uberiori cum effectu dum conclusis suis sæpe litteræ cæsareæ intercessionales adderentur, §. 78. interim tamen cameræ impe-

(***) Conf. Responsum juris in L. B. de CRAMER *Nebenstunden* P. LXIII. III. Stück quæst. II. p. 136. ibique allegata silva Auctorum.

imperialis poteſtas non abrogata, ſed potius Sæc. XVII. continuata fuit, §. 79. & Sæculo XVIII. imprimis in cauſſa Erbmannorum ſeſe exſeruit, §. 80. imo teſtantibus recentiſſimis exemplis ad hæc usque tempora viget, §. 81. *III.*) Camera imperialis ab ipſo Cæſare atque LL. imperii Judex in materia concordatorum competens deſignata, §. 82. Imo *IV.*) Legibus tuendorum concordatorum gratia ferendis auctor exiſtit, earumdemque executrix nominata fuit; §. 83. *V.* neque diſcrimen eſt inter cauſſas poſſeſſorium & petitorium concernentes *a*) quia lex non diſtinguit, §. 84. *b*) quia ex natura concordatorum fluit controverſias deſuper oriundas proprie petitorium reſpicere. §. 85. *c*) Quia placita imperatorum Cameræ imperiali deciſionem petitorii in ejusmodi cauſſis tribuunt; §. 86. quod *d*) uſu fori comprobatur.

§. 69. (59.)

Probata hactenus tum concordatorum atque legum & jurisdictionis imperii violatione, tum neceſſitate implorandi ſuprema Germaniæ tribunalia ſupereſt, ut videamus, an Baroni de Weichs licuerit ſupplices ſuas manus pro impertienda concordatis protectione imperiali, ad ſupremum cameræ tribunal tendere, & an, quod modo nominavimus, celſiſſimum judicium in cauſſa cum advocatia eccleſiarum Germaniæ connexa concordatorumque violationem concernente, tam quoad poſſeſſorium, quam petitorium competens ſit? In qua quidem diſputa-

putatione instituenda, tum secundum ideam LL. Germaniæ generalem, tum secundum privilegiorum Leodiensium sancita specialia, rem examinabimus.

§. 70. (60.)

Maximilianus I. quum anno 1495. cameræ imperialis tribunal ordinaret, omnem cum eo communicavit jurisdicendi potestatem. Cameræ igitur imperiali integra Cæsarea potestas judiciaria in toto suo ambitu demandata fuit, sicque non modo *universali* a primæva sua origine gaudebat jurisdictione, verum etiam *unicum* tunc temporis, imperii erat tribunal, Cæsaream Majestatem in caussis justitiæ repræsentans. Neque alias caussas arbitrio suo Cæsar voluit esse reservatas, exceptis, 1) *criminalibus*, quas jam majores ejus occasione judicii curiæ exemerant (*). 2) *feudalibus & gratiæ*, quas ad judicis partes non pertinentes, camera nunquam occupaverat (**), *Italicis*, quæ extra can-

(*) TAFINGER *institutiones jurisprudentiæ cameralis* Sect. I. Tit. I. §. 14. p. 10. edit. de 1775. L. B. de HARPPRECHT *Staats-Archiv* I. Theil I. Stück 1. Abhandl. p. 25.

(**) PÜTTER de *concurrente summorum imperii tribunalium jurisdictione* C. II. §. 22. in *opusculis rem judiciariam imperii illustrantibus* p. 354.

cancellos judiciiGermanici ſitæ videbantur (***), cauſſisque *integros principatus*, Comitatus, Dinaſtiasque concernentibus. Harum enim deciſionem ſtatus imperii occaſione conditi regimenti ſoli Cæſari commiſerunt, ea quidem lege, ut *in omnibus reliquis* cameræ imperialis jurisdictio maneret illibata (****).

§. 71. (61.)

Stratis deinde anno 1501. Senatus imperialis aulici fundamentis (*****) celſiſſimum hocce judicium ab initio in discutiendis tum Auſtriacis, tum reſervatis imperatori cauſſis occupatum, ſenſim ſenſimque concurrentem cum Camera imperiali jurisdictionem ſibi vindicavit (*). Factum hoc ab initio reluctantibus fuit imperii ſtatibus (**), donec tandem (***) anno 1512. imprimis vero in inſtrumento pacis Osnabrugenſis Art. V. §. 54. univerſalis ſtatuum

F 3

(***) PüTTER l. c. §. 23. p. 355.

(****) IDEM l. c. §. 26. p 357. HARPPRECHT l. c. T. IV. Sect. II. p. 24.

(*****) Beyträge zu der Lehre von dem Urſprung des Reichs Hofraths in den Hannöverischen gelehrten Anzeigen 1750. num. 42. p. 169.

(*) vid. nota præcedens & PüTTERUS l. c. §. 29. p. 361.

(**) LüNIGII *Spicil. eccleſiaſtic.* I. Th. Fortſez. p. 490. LONDORP *acta publica* T. I. p. 20.

(***) *Rec. imp.* de anno 1512. §. 5.

tuum consensus atque approbatio huic instituto accessit.

§. 72. (62.)

Utrumque itaque hocce tribunal Caesaream Majestatem *aequali auctoritate judicaria* repraesentat (****). Paria hinc sunt utriusque jura, nisi, quod reservatas illas tum in condenda Camera, tum subsequentibus temporibus caussas de quibus §. 60. actum fuit, Caesarea Majestas consilio imperiali aulico explicandas commiserit.

§. 73. (63.)

Quum autem 1) decisio controversiarum super concordatis nationis Germanicae oriundarum a Caesarea Majestate sibi reservata non fuerit, neque 2) ulla lex imperii existat consilio imperiali aulico monopolium quoddam istarum caussarum tribuens, prono exinde fluit alveo, caussas concordatorum e numero illarum esse, in quibus camera imperialis, vi universalis jurisdictionis sibi competentis, concurrentem cum consilio imperiali aulico jurisdictionem exercet.

§. 74. (64.)

Judicialem quoque, quam modo diximus, potestatem in tuendis nationis Germanicae concor-

(****) L. B. de CRAMER *Nebenstunden* P. I. p. 185. & P. L. p. 13.

cordatis a primis suis incunabulis Cameram imperialem explicasse, antiqua rerum testantur monumenta. Quemadmodum enim eamdem illam potestatem hæreditario quasi jure, à curiæ imperialis & antiquo cameræ judicio accepit (*****), quibus in jure dicundo successit, ita jam Maximiliani I. ævo Camera imperialis ineunte Sæculo XVI. *processus* decrevit *tuendorum concordatorum gratia*, & de abolendis evocationibus Romanis sollicita fuit (*). Plura

(*****) Exemplum ejusmodi litis coram antiquo cameræ imperialis judicio anno 1467. ratione collationis beneficii sive loci inter confratres Stulbrüder dictos agitatæ vide ap. LEHMANN in *Chronico Spirensi* Lib. VII. cap. CIX. p. 871. & L. B. de HARPPRECHT *Staats - Archiv* T. I. §. 105. p. 70. nec non ESTOR in suo tractatu *Freyheit der teutschen Kirche* §. 623. p. 571.

(*) Ejusmodi Mandati Cameralis *pro privilegiorum Leodiensium* & GERMANICÆ NATIONIS PACTORUM MANUTENENTIA sub Maximiliano I. a camera emanati mentionem facit privilegium Caroli V. de ao. 1529. supra §. 15. nec non CORTREJUS in *Observat. ad concordata* T. I. *Corp. jur. publ. adjectis* p. 83. qui simul anno 1518. illud emanatum fuisse testatur. Conf. etiam HORIX *ad concordata* T. III. p. 227. Aliud mandatum cameræ imperialis in materia concordatorum adversus Capitulum Trevirense, quod Comitem Virnebergæ Romæ convenerat, anno 1505. emanatum exhibet GOLDAST *Constit. imperial.* T. III.

ejusmodi exempla explicatæ Sæc. XVI. jurisdictionis in cauſſis ſuscepti ad curiam Romanam contra concordata recurſus, allegant SEYLERUS (**), BARTHIUS (***), RULANDUS (****), GYLMANNUS (*****), PFEFFINGERUS (******) atque L. B. de HARPPRECHT (†).

§. 75. (65.)

Atque ſi rem accuratiori mentis trutina ponderamus, ab initio *ſola* camera imperialis iſtiusmodi controverſias decidendas ſuscepit. Quod quidem exploratæ usque eo eſt veritatis, ut non modo a) divus Carolus V. anno 1529. quærelas in episcopatu Leodienſi ratione violatorum

T. III. p. 659. cujus etiam meminit BURGOLDENSIS ad *inſtrument. pacis* P. II. Discurſu 2. §. 19. p. 229. & SCHILTERUS de *libertate eccleſiarum Germ.* Lib. VII. Cap. I. §. 1. p. 820.

(**) SEYLERI *Sententiæ camerales* p. 50.

(***) BARTH. T. I. *Sententiarum cameralium* p. 339.

(****) RULANDI *theſaurus jur. executivi* in tr. de *invocatione brachii ſæcularis* Cap. XIII. num. 3. p. 58. ubi longiſſimam rerum Sæc. XVI. judicatarum invenies ſeriem.

(*****) GYLMANNI *ſymphoremata* in Tom. III. ſive *præjudiciorum* f. 32. & 142.

(******) PFEFFINGER ad *Vitr.* T. III. Lib. III. Tit. III. §. 22. nota *e*) p. 437. ſqq.

(†) L. B. de HARPPRECHT *Staats-Archiv* T. I. p. 10. & T. III. p. 124.

rum concordatorum oriundas privilegio ſuo de 7. Dec. anni 1529. *ſoli cameræ excluſo ſenatu imperii aulico*, decidendas commiſerit (††), verum etiam poſtquam ſtatus imperii in gravaminibus centum anno 1523. comitiis Norimbergenſibus propoſitis de abuſibus jurisdictionis curiæ Romanæ conqueſti inter alia hoc gravamine IX. poſtularent, *ut ſint diſtincti jurisdictionum limites — — quia laici non raro in cauſſis etiam profanis — — et in prima quidem inſtantia — — Romam citarentur* (*), mandato Bruxellis d. 3. Oct. 1548. emanato præcepit, *ut omnes imperio ſubjecti neque ſe neque ſuos Vaſallos & ſubditos ad* EXTERNA ET FORANEA TRIBUNALIA *in jus vocari, trahive ſinerent, & ſi quid* A QUOPIAM EXTRANEO *attentari contigerit — — Cæſaream Majeſtatem &* FISCALEM JUDICII CAMERÆ *citra ullam cunctationem certiorem redderent, quo*

F 5 in

(††) vid. LOUVREX *Recueil des Edits de Liege* T. I. p. 301. edit. de 1750. LüNIG *Spicil. eccleſ.* Cont. II. p. 760. De LUDOLF *Corp. jur. Cam. in app. privil. de non app.* p. 120. Vid. quoque ſupra §. 15. & infra *adj. N. XI.*

(*) SCHILTER de *libertate eccleſ. Germ.* Lib. VII. cap. 2. p. 865. cf. etiam GOLDASTI *Reichs-Sazungen* T. II. fol. 197. et in *Reſcriptis imperialibus* fol. 60. cap. V. VI. XXVII. XL. ad XLV. XLVIII. LII. LIII. LIV.

in omnem casum de congruo remedio possit provideri (**).

§. 76. (66.)

Quid quod ipsum collegium electorale, quum lentiori sæpe gradu in cameræ imperialis tribunali Themis in ejusmodi caussis claudicaret, sacram Cæsaream Majestatem rogavit, accelerandæ justitiæ promovendæque salutis publicæ gratia consilium imperiale aulicum banni processibus (in materia violatorum concordatorum imprimis occurrentibus) adhibere eidemque injungere, ut concurrente defungatur cum camera imperiali jurisdictione (***). Qua demum admonitione præeunte factum est, ut amplissimus ille ordo jurisdicendi in caussis concordatorum provinciam in se susceperit (****).

§. 77. (67.)

Ita autem egregie illam concurrentis jurisdictionis provinciam in se susceptam supremum consilium imperiale gessit, ut quum camera imperialis

(**) vid. illud in FABRI *Staats - Canzley* T. IV. cap. XII. Fascic. II. p. 681. GOLDAST *const. imp.* T. II. p. 339. PFEFFINGER ad *Vitriar.* l. c. T. III. p. 440. & infra in *Adjuncto* sub *Nro. XLIII.*

(***) L. B. de SENCKENBERG *ungedrukte Schriften* P. III. p. 18.

(****) L. B. de CRAMER *Nebenstunden* P. XLIX. II. Stück §. 2. p. 22.

perialis actoribus eam adeuntibus nudis decretis adversus solos cives germanicos directis subveniret: consilium imperiale aulicum mediante voto in ejusmodi caussis imperatori oblato, litteris sæpe Cæsareis ad summum pontificem & protectorem nationis Germanicæ datis, conclusa sua suffulciret. Quo quidem factum est, ut oppressi contra concordata nationis Germanicæ supremum imperii senatum aulicum majoris præsidii radiis corruscantem, insequentibus temporibus ferme solum neglectaque quam maxime camera imperiali adirent (*).

§. 78. (68.)

Neque tamen camera imperialis unquam defuit, vexatis contra concordata judiciali suo præsidio adesse: Cum enim successu temporis nova jurisdictioni Germanicæ vulnera infligerentur, camera imperialis acerrime in eo fuit occupata, ut iis, qui suum auxilium implorarent, succurreret. Cujus quidem rei innumera testimonia ex Sæculo XVII. a Rodingio, Blumio, Pfeffingero aliisque adducuntur, e quibus hic allegare sufficiet judicata.

Anno 1717. in caussa von Harf contra Nicolaum Zischerum & Rupertum Richardi (**).

Anno

(*) L. B. de CRAMER *Nebenstunden* P. XCIX. II. Stück §. 2. p. 22.

(**) De LUDOLF *Sententiæ camerales*, Sent. 552. p. 324.

Anno 1655. 1657. & 1659. in caussa Schencken contra Buren (***) nec non in caussa Linards contra Cours (****).

Anno 1661. in caussa Fiscalis contra L. D. de B. incolam Leodiensem (*****) et in caussa Wenceslai de W. contra E. R. S. Andreæ Coloniensis Decanum & Consort. (******), item de Voes contra de Voes (†).

Anno 1665. in caussa Fiscalis contra Quaden (††).

Anno 1667. in caussa Fiscalis contra Bernardinum (†††).

Anno 1668. in caussa Fiscalis contra D. & consortes (††††) nec non Fiscalis & G. contra S. & conf. (†††††).

Anno

(***) RODING. l. c. §. 30. p. 119.

(****) BOCKEN in *lectione Blumiana sive notis ad Blumii process. cam.* Tit. XLVIII, n. VII. p. 545.

(*****) BLUMII *supplicationes cam.* Tit. IV. n. 4. p. 70.

(******) BLUM. l. c. Tit. XIII. n. 1. p. 457.

(†) BLUM. l. c. n. 2. p. 459.

(††) BLUM. *Processus cameralis* Tit. XXX. §. 1. p. Idemque in *Sententiis Cam. in Mantiss.* num. 24. p. 434.

(†††) HOFMANN *Suppl. cam.* Tit. IV. n. 3. p. 159.

(††††) HOFMANNI *Supplic. camerales* Tit. IV. n. 7. p. 165.

(†††††) Ibidem n. 6. p. 162.

Anno 1669. in caussa Fiscalis contra F. & consortes (*).

Anno 1670. in caussa Fiscalis contra S. (**) & in caussa Petri R. contra Leonardum L. (***).

Anno 1677. in caussa Fiscalis contra Electorem atque civitatem Coloniensem (****).

Anno 1679. in caussa Fiscalis contra Viduam B. (*****).

Anno 1680. in caussa Fiscalis contra Godefridum N. (******), nec non in caussa Fiscalis contra Electorem atque civitatem Coloniensem & Philippum Wilhelmum comitem Palatinum Rheni (†).

Anno 1698. in caussa Catharinæ Mottet contra Waltherum illum Counette in quem camera ultima sua fulmina banni imperialis misit (††).

Anno

(*) HOFMANNI *Suppl. cam.* Tit. IV. n. 9. p. 168.

(**) IDEM l. c. n. 10. p. 170.

(***) IDEM l. c. Tit. IV. n. 4. p. 525.

(****) FABRI *alte Staats - Canzley* T. IV. Fasc. II. §. 5. p. 707. PFEFFINGER ad *vitriar.* T. III. Lib. III. Tit. III. §. 22. nota *e*) p. 441.

(*****) HOFMANN l. c. Tit. IV. n. 16. p. 184.

(******) IDEM l. c. T. IV. n. 24. p. 194.

(†) FABER l. c. PFEFFINGER l. c. p. 442.

(††) Speciem facti hujus caussæ vide in *Justitia declarationis in bannum facta in camera imperiali contra*

Aloy-

Anno 1703. in caussa Trap contra Le Maitre (†††);

ut taceamus illa; quæ incertorum sunt annorum, ut in caussa Fiscalis & Putmanns contra Henrich, item Fiscalis contra Johannem de la Croix, nec non Rudger contra Mastricht (††††):

§. 79. (69.)

Sæculi porro, quo vivimus XVIII. exempla magis adhuc memorabilia sunt. Namque non modo anno 1703. in *caussa Trap contra Le Maitre* processus decrevit, verum etiam famosissimam illam Erbmannorum caussam, in qua Erbmannus de Thingen bulla pontificia, familia de Schenking vero & de Buck judicato rotæ nitebantur, sententia sua definivit (†††††). Quæ quidem sententia quamvis postea & revisorii judicii & recursus ad comitia fata atque instantias fuerit experta & quamvis Princeps Mona-

Aloysium Waltherum Counotte Wezlariæ 1698. nec non in FABRI *Staats - Canzley* T. IV. Fascic. II. p. 656. & PFEFFINGER l. c. T. III. p. 443.

(†††) BOCKEN ad Blumium Tit. XXX. n. 43. p. 317.

(††††) RODING l. c. §. 32. p. 120.

(†††††) Fata hujus caussæ vide im *Bücher - Cabinet* T. II. p. 640. 652. 656. *Monatlicher Staats - Spiegel* mense Dec. 1705. p. 49. mense Febr. 1706. p. 10. FABRI *alte Staats - Canzley* T. XI. c. VII. p. 239. T. XII. p. 690. XIII. p. 285. XV. p. 276. XVI. p. 599.

Monasteriensis ejusque Capitulum jurisdictionis cameralis elidendæ gratià, exceptionem fori ex eo moverent, quod de nobilitate disceptaretur, de qua is solus, qui ejus fons esset, judicare posset, non tamen neque Cæsari, neque imperio, neque revisoribus, neque ipsi denique episcopo Monasteriensi umquam in mentem venit, de competentia cameræ ea dubitare ex ratione, quod caussa cum concordatis affinitatis nexu esset conjuncta. Sententia potius cameralis utpote a judice competente lata victrix e pugna discessit. Hinc MOSERUS (*) in jure publico majori ait: *Endlich ist zu bemerken, daß dennoch aus der ganzen Sache kein Kaiserlich Reservat gemacht werden könne, weilen das Cammergericht zu Wezlar mit Wissen und Willen des Kaiserlichen Hofes im Besiz ist; ebenfalls in dergleichen Fällen zu sprechen, wie aus dem langwührigen bekannten auf den Reichs - Tag gediehenen Proceß zwischen dem Dhom - Capitul und Erbmännern zu Münster zu ersehen.*

§. 80. (70.)

Novissima denique testimonia jurisdictionis in caussis concordatorum explicatæ sunt 1) Mandatum d. 19. Junii 1777. in caussa PRINCIPIS SALMENSIS contra ABBATEM SENONIENSEM

(*) MOSER im *teutschen Staats - Recht* 3 Theil 34 Cap. §. 8. p. 441.

sEM decretum *de non contraveniendo concordatis nationis Germanicæ una cum citatione ad videndum relaxari juramentum ab Abbate & Religiosis congregationis ad S. S. Vitonem & Hydulphum contra nationis Germanicæ concordata nulliter præstitum*, itemque 2) aliud mandatum in caussa de SPIEGEL contra ENGEL ATQUE VICARIUM MONASTERIENSEM IN SPIRITUALIBUS, ad instantiam ejus, qui jure patronatus gaudebat, adversus provisum papalem & Vicarium generalem d. 27. Maji 1777. a camera datum *de non contraveniendo constitutionibus imperii, in specie concordatis nationis Germanicæ & capitulationi Cæsareæ sicque renunciando provisioni apostolicæ & abstinendo ab illicito recursu, restituendo damna & expensas, uti & de manutenendo provisum* (a patrono Spiegel) *Huyenbrock, in possessione obtenti beneficii*, porro 3) Mandatum S. C. d. 11. Jan. 1779. in caussa COMMUNITATIS DE CORTIS contra ABBATISSAM ET MONASTERIUM VALLIS NOSTRÆ DOMINÆ IN PRINCIPATU LEODIENSI SITUM emanatum, de non contraveniendo concordatis nationis Germanicæ atque privilegiis Cæsareis, sicque abstinendo ab illicito recursu adversus sententiam interlocutoriam provisionalem sine - de damnis & expensis refundendis vero cum clausula, denique 4) Mandatum de 8. Martii Ao. 1779. in caussa INCOLARUM VICULI DE MERY patriæ Leodiensis contra PAGIMAGISTROS ET INCOLAS EX

TYLF,

Tylf, nec non Henricum Hotchams matricularium dicti loci et *Canonicum Jaquet judicem commissarium papalem de non contraveniendo legibus* et constitutionibus imperii, *nec non concordatis nationis Germanicæ* & capitulationi Cæsareæ, abstinendo ac sese desistendo ab illicito maximeque temerario ad curiam Romanam, judicemque commissarium deputatum papalem accepto recursu, & a litteris citatoriis & inhibitoriis, aliisque ab hoc papali commissario deputato nulliter impetratis sine - de restituendo damnum & expensas desuper caussatas cum clausula.

§. 81. (71.)

Ne autem quis dixerit, res per trium sæculorum ætatem a Camera imperiali sic gestas; inscio Cæsare, inscio imperio; atque inscio denique Senatu imperiali aulico susceptas fuisse; restat, ut probemus, cameram imperialem ab ipsis imperatoribus & imperii legibus judicem in materia concordatorum competentem disertis constitutam esse verbis. Ita enim 1) in privilegio Leodiensi de anno 1529. vid. supra §. 15. & 75. (65.) 2) in Mandato Caroli V. de anno 1548. vid. cit. §. 75. 3) in legibus regiis imperatorum ab anno 1519. conditis Camera imperialis ejusque Fiscalis vindices concordatorum & jurisdictionis imperii nominantur (*), atque imperator

(*) Capitulatio JOSEPHI II. Art. XIV. §. 1. 2. 3. 4.

perator Ferdinandus III. legatis ſuis ad condendam pacem Weſtphalicam miſſis d. 11. Jan. 1646. reſcripſit: *Wann dieſes die Reichshofraths-Jurisdiction auch zuruck ſchlagen ſollte, wüſten wir nicht, was einem Römiſchen Kaiſer mehr von einem Kaiſerlichen Amt* UND MUNERE ADVOCATIÆ *pro ecclesia & religione catholica ſollte übrig bleiben, denn die Catholiſchen hätten weiter keinen Richter, bey dem ſie ſich Schuz und Troſtes erholen könnten,* WEILEN ES MIT DEN CAMERAL-PROCESSEN VIEL ZU LANGSAM DAHER GEHT (*). Quo ipſo itaque competentia Cameræ diſertis verbis fuit agnita.

§. 82. (72.)

Quid quod Camera imperialis Cæſari & imperio plus una vice auctor exſtitit ſanctionum, quæ pro tuendis concordatis in comitiis fuere conditæ & in quibus Camera imperialis harum legum executrix nominata fuit. Cujus primum quidem exemplum eſt commune decretum de anno 1613. a Camera imperiali publicatum, quo normam appellandi ab Officialibus præfinivit, ſimulque appellationes ad curiam Romanam prohibuit (**). Commune illud decretum poſtquam Viſitatio de anno 1713. ratum

(*) vid MOSERI *teutſches Staats-Recht* P. III. Lib. II. cap. 24. §. 32. p. 273.

(**) De LUDOLF *Corp. jur. cam.* Num. 340. p. 564.

tum habuit (***), atque in renunciatione sua ad Cæsaream Majestatem de eo retulit (****), subsecutum est, decretum commissionis de 24. Maji 1719. ratihabitionis & renunciationis a visitatoribus factæ approbatorium (*****), ut itaque dubium non sit, quin illud hac via, publicæ legis imperii vim atque potestatem sit consecutum.

Alterum exemplum hoc est, quod Camera imperialis postquam sæculo XVII. testante §. 75. nimis frequentibus querelis, violatorum in puncto jurisdictionis concordatorum se sensit oneratam, de his ad deputationem imperii, quæ anno 1643. Francofurti fuit celebrata, retulerit (†), quo facto deputatio imperii ratum habuit

 judi-

(***) vid. *Decretum Visitationis* de 1713. ejusque *Adjunctum Lit. A.* in des *hochlöblichen Kaiserlichen Cammergerichts Bescheiden und andern Raths - Schlüssen.* Wezlar 1714. p. 132. & 133.

(****) FABRI *alte Staats - Canzley* T. XXXIV. cap. XVI. p. 594.

(*****) FABER l. c. p. 557.

(†) Informatio Cameræ de 6. Jun. 1643. his concepta erat verbis: Endlich und pro coronide haben propter commune interesse imperii unsere Schuldigkeit erachtet, zu berichten, daß bey denen Lüttichischen Processen ein sehr groser Misbrauch in recursu ab Officiali ad pontificem, illiusque legatos seu nuncios apostolicos vorlaufet, indem man fast von allen Urtheilen in-

Staats-Bibliothek Bamberg

judicium a Camera de obice istis violationibus ponendo latum, cumque renunciatione sua ad

impe-

indifferenter, es treffe gleich civil = oder profan = Sachen, dahin provociret, jurisdictiones wider die Ordnung turbiret, und civil = Sachen extra imperium zu fremden Gerichten ziehet, die judices auch unter dem Schein quod pium sit, caussas, quas ipsi pro liquidis & claris habent, executioni mandare, jezuweilen durchfahren, daraus nicht allein viel Mandats = Processe de cassando, sondern auch dieses verursacht wird, wie dann auch die Nuncii vielmahls contraria mandata cassatoria, in welchen sie denen Parthenen, die Cammergerichtliche Geboth zu cassiren, bey starcker Geld = Pön, oder geistlichen Censuren und Excommunicationen, anbefehlen, ertheilen; also unsers Ermessens nicht undienlich seyn wollte, da auch hierinn gute Versehung geschehen, und ein gewisser modus præscribiret werden könne, so ohne Maasgebung dergestalt füglich geschehen konnte, wann Ihro Kaiserliche Majestät den Lüttichern (gleichwie vor diesen tempore Caroli V. sub dato den 4. Octobr. 1548. allen Ständen des Reichs die conservatio jurisdictionis imperii, und daß sie ihren Unterthanen an ausländische Judicia sich ziehen zu lassen, nicht gestatten sollen, ernstlich anbefohlen worden) solche Confusiones jurisdictionum und unzuläßige Provocationes hinführo abzustellen, allergnädigst befehlen, benebenst auch mit denen Ständen gesammter Hand ad summum Pontificem gelangen lassen wollten, daß Seine Heiligkeit gleichfalls ihren Legatis dergleichen Lüttichische unverantwortliche Recursus fürterhin nicht mehr zu admittiren, demandiren wollten, wo

deme

imperium, illud concorporavit (*), ex qua renunciatione idem illud judicium iisdem ferme quibus a Camera conceptum & a deputatione approbatum erat, verbis Recessui imperii novissimo §. 164. fuit insertum, addita clausula, ut non modo Senatus imperii aulicus, verum etiam Camera imperialis contra jurisdictionis imperialis sicque concordatorum violatores procederet.

§. 83. (73.)

Nemini etiam pragmaticorum hucusque in mentem venit, inter controversias possessorium concernentes & petitorium tangentes, discrimen quoddam ratione concordatorum intervenire, adeo, ut illæ cameræ communicatæ, hæ solo senatui aulico reservatæ videantur. Silent de ista distinctione leges imperii, cameræ jurisdictionem generatim sicque omnimodam delegantes. (vid. supra §. 34. 70. & 73. [60. & 63.]) ubi autem

 lex

deme aber nicht remedirt, sondern zur Verachtung des heiligen Reichs Jurisdiction ferner mit dergleichen Ungebühr verfahren würde, daß solches keineswegs zu admittiren, sondern in alle Wege, wie ohne das bishero pro conservanda jurisdictione imperii geschehen, zu caßiren, und aufzuheben, bevorstehen sollte. von MEIERN Pte II. der Regenspurgischen Reichstags-Handlungen de 1653. & 1654. p. 28 — 132. & 159.

(*) vid. *Deputations-Gutachten* d. 20. Junii 1644. apud de MEIERN l. c. p. 211. & 453.

lex non diſtinguit, ibi neque doctori neque judici hoc facere integrum eſt. Pugnat præterea ejusmodi hæreſis non modo cum rerum quondam geſtarum memoria, & ipſa concordatorum indole, atque natura, verum etiam cum praxi recentiſſima ſupremorum imperii tribunalium.

§. 84. (74.)

Si enim b) concordatorum nationis Germanicæ natales reſpiciamus, innumeræ disceptationes tum a) inter Cæſaream Majeſtatem atque curiam Romanam ratione inveſtituræ episcoporum, tum b) inter episcopos eccleſiasque Germaniæ atque ſupremum pontificem ratione collationis beneficiorum atque reſervationum pontificiarum annatarumque, tum inter ſtatus imperii in genere, eundemque pontificem, ratione violatæ jurisdictionis ſæcularis per avocationes cauſſarum enatæ, iisdem anſam dederunt. Controverſiæ inveſtituram concernentes pacto inter Henricum V. & Calixtum II. anno 1122. ſopitæ (*) reliquæ vero tum transactione anno 1417. inter Sigismundum et Martinum V. ad quinquennium inita (**) tum decretis

(*) BARONII *annal. eccleſ.* T. XII. ad ao. 1122. §. 11. & 14. p. 149. & 150. PFEFF. ad *vitriar.* T. I. L. I. T. II. §. 8. lit. a) p. 65.

(**) LEIBNIZ *Cod. jur. gent. diplom.* T. I. §. 155. pag. 684. PFEFF. l. c. Tit. XV. §. 23. lit. a) p. 1398.

cretis concilii Basileensis subsecutaque acceptatione Alberti Regis de anno 1439. (***) tum concessionibus ab Eugenio IV. principibus imperii Francofurti anno 1446. factis (****), bullaque ejusdem pontificis hæc concordata anno 1447. insequente (*****) tum denique conventione inter Frid. III. & Nicol. V. anno 1448. celebrata (†) diremtæ fuerunt. His igitur quæ modo enumeravimus diversis pactionibus, concessionibus & concordatis, norma tandem generalis definita fuit, quæ jura singulorum contrahentium certis circumscribens cancellis non possessionis statum, sed proprietatem terminat ipsam.

Quæ itaque proprie & stricte ex concordatis oriuntur controversiæ, JURA, non *possessionem* concernunt, sicque in PETITORIO non pos-

(***) vid. *Concordata nationis Germanicæ integra sive nova & accurata concordati Calixtini & præcipue concordatorum principum sub* Eugen. IV. nec non *concordatorum Aschaffenburgensium sub* Nic. V. *editio in subsidium jurisprud. publ. Germ. adornata præmissa introd. historica caussam eorum & originem breviter sed solide adumbrante* in L. B. de CRAMER *Nebenstunden* T. XLIX. Stück III. §. 16. p. 38.

(****) LEIBNIZ l. c. p. 1400. L. B. de CRAMER l. c. §. 17. 18. 19. p. 38. sqq.

(*****) L. B. de CRAMER l. c. §. 21. p. 43.

(†) IDEM l. c.

possessorio versantur: & quemadmodum Camerae imperiali jus ab antiquo competit de litibus ex concordatis oriundis judicandi, ita certissimum est, eamdem non solummodo quoad *possessorium*, sed quoad *petitorium* quoque ab antiquo esse judicem competentem; quanto certius ex supra §. 33. deductis constat, etiam petitorio ejusmodi controversiarum nihil inesse, quod ad jurisdictionis ecclesiasticae partes pertinere videatur.

§. 85. (75.)

Egregie cum his, quae modo dicta sunt, placita imperatorum conspirant. Ita enim divus Carolus V. in privilegio Leodiensi supra §. 15. & 65. citato sancivit, ut quoties *quisquam praesumeret contra nationis Germanicae concordata in praejudicium ordinariorum collatorum & ab illis factarum collationum quicquam innovare — seu illas turbare — — vel subditos extra dictam patriam evocare per consiliarios principis Leodiensis ad tribunal* CAMERAE IMPERIALIS *in jus vocaretur ad comparendum, dicendumque & allegandum caussas oppositionum, respondendumque Procuratori Fiscali — & alias — ad poenarum & emendarum executionem procedi* (*). Si quis igitur

(*) In dieser Note wird ein groser Auszug aus dem Pri-

tur nodum in ſcirpo non quærat, dubitationi ei locus non erit, quin camera de actione inſtituta & oppoſitionum cauſſis vi hujus privilegii judicatura petitorium decidere queat, jure optimo maximoque.

§. 86. (76.)

Neque etiam deſunt rerum in petitorio a Camera judicatarum exempla. Noviſſima allegare ſufficiet. Si in cauſſa principis Salmenſis contra Abbatem Senonienſem a Camera imperiali decretum fuit non modo *Mandatum de non contraveniendo concordatis nationis Germanicæ*, *verum etiam citatio ad videndum relaxari juramentum ab Abbate & Religioſis congregationis ad S S. Vitonem & Hydulphum contra nationis Germanicæ concordata præſtitum.* Simili modo in cauſſa de Spiegel contra Engel & Vicarium Monaſterienſem decretum fuit mandatum adverſus proviſum papalem *de renunciando proviſioni apoſtolicæ*, vid. §. 70. ex quibus luce meridiana clarius fluit, non interruptum fori uſum Cameræ imperiali jus tribuere, etiam de petitorio ejusmodi controverſiarum cognoscendi.

Privilegio ſelbſt eingerückt, welchen ich um deswillen weglaſſe, weil ich das ganze Privilegium unten abdrucken laſſen werde.

Caput VI.

De fundata speciatim Cameræ imperialis jurisdictione, in caussis concordatorum Leodiensem provinciam concernentibus, ex privilegio Caroli V.

Conspectus.

§. 87. Caroli V. privilegium de anno 1529. caussas concordatorum Leodienses in Camera peragendas esse constituit, §. 88. unica objectio contra jurisdictionem cameralem convellitur, §. 89. ut itaque de foro camerali juste adito dubium non sit.

§. 87. (77.)

Lites certe in episcopatu Leodiensi super concordatis nationis Germanicæ oriundas ad Cameram imperialem devolubiles esse, ibique tam quoad possessionis, quam petitionis justitiam definiri posse, nemo unquam gentium dubitavit. Ut enim taceamus de mandato illo pœnali Maximiliani I. ævo à Camera imperiali *pro privilegiorum Leodiensium & Germanicæ nationis pactorum* MANUTENENTIA AC CONSERVATIONE emanato (*), clarissimum extat Caroli

(*) Sunt verba privilegii Carolini de ao. 1529. quibus istius mandati mentio fit. vid. supra §. 15. & §. 74. (64.) nota (*), nec non §. 85. (75.) nota (*).

roli V. imperatoris privilegium caussas istas solius Camerae decisioni relinquens. vid. §. 75. Si itaque ejusmodi litium monopolio locus esset, certe Camerae imperiali non augustissimo Senatui aulico id tribuendum foret.

§. 88. (78.)

Equidem concordata nationis Germanicae conventio sunt inter Caesaream Majestatem & supremum pontificem inita, atque ita quidem comparata, ut si dubia quaedam circa interpretationem oriantur, quum contrahentium uterque superiorem non agnoscat, sola inter Caesarem atque Pontificem amicabilis compositio litem dirimere queat. Atque hoc quidem principium jurisdictionem Camerae imperialis in quaestionibus petitorii ambiguitate quadam adumbrare tanto magis videtur, quod dum ejusmodi controversias solus Caesar amicabili compositione dirimere possit, solus etiam de iis cognoscere judicialique auctoritate transigere posse videatur. Verum enim vero dubii istius nebulae statim evanescunt, si ex iis quae supra a nobis de judicum territorialium competentia verba facientibus, deducta fuerunt in memoriam revocetur, duplicem visceribus concordatorum inhaerere qualitatem alteram pacti alteram legis publicae & fundamentalis Germaniae. §. 38. &. 39. (36. & 37.) Si ut pactum concordata consideres, dubia certe *inter Caesaream*

ream Majeſtatem ipſam atque imperium Rom. G. ex una, & ſupremum pontificem ex altera parte ratione interpretationis ſuborta, ſola Cæſarea Majeſtas & Germaniæ proceres cum pontifice diriment: ſi ut legem imperii, controverſias *inter Germaniæ Cives* ratione interpretationis & applicationis ortas utrumque ſupremum imperii tribunal deciſione ſua terminabit, cum poteſtas interpretandi LL. imperii utrique, æqua appenſa fuerit trutina.

§. 89. (79.)

Itaque B. de Weichs inſidioſis B. de Collenbach turbationibus iniquiſſimo modo vexatus, dum ad Cameræ imperialis tribunal juſtiſſimas ſuas querelas detulit, ex Legum Germaniæ & privilegiorum Leodienſium præſcripto egit, judicemque adivit, quam maxime competentem, & ſpecialiter ad id aſſignatum.

Caput

Caput VII.

De somnio illo reservati cæsarei caussas concordatorum solius consilii imperialis aulici cognitioni subjicientis (†).

Conspectus.

§. 90. Dubium quidem movet, quod Cæsar sit Ecclesiæ & concordatorum defensor, §. 91. quum autem 1) protectio jurisdictionem non involvat, §. 92. & 2) advocatia Cæsari demandata sit, ut compositione amicabili, non sententia sua transigat, §. 93. idemque 3) Leges imperii & Capitulationes disertis verbis declarent, §. 94. advocatia 4) in privatorum controversiis vim suam exserere non potest. §. 95. Verum eiusmodi caussarum decisio 5) ad suprema imperii tribunalia pertinet, §. 96. præsertim vero 6) in præsenti lite advocatiæ imploratio exulat, quum a violatore concordatorum & contra concordata tentata fuerit, §. 97. hinc præsens caussa Cameræ imperialis decisioni relinquenda est.

§. 90. (80.)

Ab iis jam temporibus, quo Carolus Magnus Patriciatum Romanum in se suscepit, imperatorem advocatum S. sedis creatum (*) fuisse, eum-

(†) In den ausgetheilten Exemplaren ist dieses Blatt umgedruckt und der Titel also gesezt worden: De prætenso illo reservato cæsareo — — subjiciente.

(*) PFEFFINGER ad *vitriar.* T. I. Tit. 4. §. 5. n. a) n. 39. p. 365.

eumdemque quem omnes gentes caput orbis christiani venerabundi nominabant, tam universæ ecclesiæ christianæ, quam speciatim Germanicæ defensorem se omni ævo gessisse (**) atque nominasse (***) inter omnes constat.

Quemadmodum autem statim post coronationem Cæsar jurejurando promittit, *se velle sanctis ecclesiis ecclesiarumque ministris fidelem esse tutorem ac defensorem* (****) quemadmodum porro ipsæ LL. imperii (*****) & capitulationes (******) sacram Cæsaream Majestatem advoca-

(**) PFEFFINGER l. c. T. III. Lib. III. Tit. II. §. 11. nota a) n. 1. p. 100. JOANNIS CHRISTOPHORI THILLII differt. de *advocatia imperatoris ecclesiastica habita præside Schlevogt* Jenæ 1690. Jo. FRANCISCUS BERNDES diff. de *negotiis cæsarea capitulatione annullatis præside Stryck.* Halæ 1703. Cap. II. §. 22. p. 32.

(***) de titulo *defensoris atque advocati ecclesiæ* vid. quæ collegit PFEFFINGER l. c. p. 101. 102. & 103.

(****) MOSERI Tractat von *denen Kaiserlichen Regierungs-Rechten* XIV. cap. §. 3. p. 238.

(*****) ita R. I. Trevir. & Colon. de ao. 1512. §. 4. ait: *Wir als rechter Vogt und Schirm-Herr der christlichen Kirche*, quæ verba repetita occurrunt in *R. I. Augustan.* de 1518. §. 1. R. I. Augustano de 1530. §. 9. R. I. Ratisb. de 1541. §. 19. R. I. August. de 1548. §. 6. & de 1551. §. 6. vid. MOSER von *des Kaisers Regierungs-Rechten* l. c.

(******) ita *Capitulatio Caroli V.* §. 1. & omnes usque ad

vocatum ecclesiæ Germanicæ designant, ejusdemque bonitati atque potentiæ non modo concordatorum tutelam (*), verum etiam delegationem

ad *Capit. Josephi II.* Art. 1. §. 1. *Zum ersten*, dass Wir die Christenheit den Stuhl zu Rom, päbstliche Heiligkeit und christliche Kirche als derselben Advocat in gutem treulichen Schuz halten sollen und wollen.

(*) Verba Capitulationis JOSEPHI II. Art. XIV. §. 1. usque 4. sic sonant: „Wir sollen und wollen auch in künftiger unserer Regierung bey dem heiligen Vater dem Pabst und Stuhl zu Rom, unser bestes Vermögen anwenden, daß von demselben (gleichwie Wir ohnehin des Vertrauens seynd) die concordata principum, und die zwischen der Kirche, päbstlicher Heiligkeit, oder dem Stuhl zu Rom, und der teutschen Nation aufgerichtete Verträge, wie auch eines jeden Erz = und Bischoffen, oder deren Domcapituln, absonderliche Privilegien, hergebrachte Statuten und Gewohnheiten, allerdings beobachtet, und dagegen durch unförmliche Gratien, Rescripten, Provisionen, Annaten der Stift, Mannigfaltigung, Erhöhung der Officien im Römischen Hof, und Reservation, Dispensation, und sonderlich Reservation, dann darauf erfolgende Collation all solcher Präbenden, Prälaturen, Dignitäten und Officien, (welche sonsten per obitum ad Curiam Romanam nicht devolviret werden, sondern jederzeit, ohnerachtet in welchem Monat sie auch ledig und vaciren würden, denen Erz = und Bischöffen, auch Capituln, und andern Collatoren, heim fallen) wie weniger nicht per coadjutorias Prælaturarum & Præbendarum,

tionem Cardinalis Teutonici commendant, qui vice ejus, protectoris Germaniæ atque concor-

darum, Judicatur super statu Nobilitatis, oder in andere Wege zu Abbruch der Stifter, Geistlichkeit und anders, wider gegebene Freyheit und erlangte Rechten, darzu zu Nachtheil des Juris Patronatus und deren Lehen-Herren in keine Weise gehandelt; Noch auch die Erz-und Bischöffe im Reich, wann wider dieselbe von denen ihnen untergebenen Geist- und Weltlichen etwan geklagt werden sollte, ohne vorherige genugsame Information über der Sachen Verlauf und Beschaffenheit, (welche, damit keine sub- & obreptio contra facti veritatem Plaz finden möge, in partibus einzuhohlen) auch ohne angehörter Verantwortung des Beklagten, (wann zumalen derselbe, autoritate pastorali, zu Verbesserung und Vermehrung des Gottesdienstes, auch zu Conservation und mehrerer Aufnahme der Kirchen, wider die Ungehorsame und üble Haushalter verfahren hätte,) mit Monitoriis, Interdictis und Comminationibus oder Declarationibus censurarum übereilet, oder beschweret werden möchten; sondern wollen solches alles mit deren Churfürsten, Fürsten und anderer Ständen, Rath kräftigst abwenden und vorkommen. Auch darob und daran seyn, daß die vorgemeldete Concordata Principum und aufgerichtete Verträge, auch Privilegien, Statuten und Freyheiten gehalten, gehandhabet, und denenselben vestiglich gelebet und nachgekommen, jedoch, was für Beschwerung darinn gefunden, daß dieselbe (vermög gehabter Handlung zu Augsburg) in dem 1530sten Jahr bey abgehaltenem Reichstag abgeschaffet, und hinführo der-

cordatorum, provinciam administret (*) ita exinde argumentum deduci posset, soli imperatori exclusa Camera imperiali, non modo jus protegendi ecclesiam atque singulos, verum etiam quod cum ea connexum est, jus interpretandi atque applicandi concordata sicque etiam dirimendi lites ex iis natas demandatum esse.

§. 91. (81.)

Verum enim vero advocatiæ naturam accuratiori mentis trutina ponderantibus statim in oculos incurret, ejusdem *hunc primarium* esse, si

dergleichen ohne Bewilligung der Churfürsten nicht zugelassen werde. Gleichergestalt wollen Wir, wann es sich etwan begäbe, daß die Caussæ civiles von ihrem ordentlichen Gericht im heil. Reich ab- und ausser dasselbe, ad Nuntios apostolicos und wohl gar ad curiam Romanam gezogen würden, solches abschaffen, vernichten, und ernstlich verbieten, auch dem Kaiserlichen Fiscalen, sowohl an dem Kaiserlichen Reichshofrath, als Cammergericht, anbefehlen, wider diejenige, sowohl Parthien, als Advocaten, Procuratoren und Notarien, die sich hinführo dergleichen anmassen, und darinn einiger Gestalt gebrauchen lassen würden, mit gehöriger Anklage von Amtswegen zu verfahren, damit die Uebertrettere demnächst gebührend angesehen und bestraft werden möchten.

(*) *Capitulatio Josephi II.* Art. XXIII. §. 4 ibique MOSER in *notis* P. II. p. 314. Conf. etiam STRUVIUS in *Corp. jur. publ.* Cap. XI. §. 34. p. 427.

ſi non unicum dicere velis, finem, ut minus potens tutela potentioris ab aliorum oppreſſione defendatur (**). Si autem cum tutelæ munere nulla juris dicendi poteſtas conjuncta eſt, quo quæſo jure advocatiæ, cui maxima intercedit cum tutela cognatio (***), jurisdictionem tribuemus? Ex ipſa igitur advocatiæ idea fluit, nullam hujus qualitatis visceribus inhærere lites judiciali oraculo dirimendi vim (****), verum imperatores quam in cauſſis concordatorum exercent judiciariam poteſtatem non advocati, ſed ſupremi judicis titulo tenere.

§. 92. (82.)

Leges deinde imperii de advocatia imperiali loquentes earumque hiſtoriam evolventibus id facili negotio ſub aſpectum veniet, in concordatorum conſervatione imperatori commendata, de jurisdictione ne cogitaſſe quidem ſtatus. Poſtquam enim gravamina noviora ſtatuum adverſus concordatorum violationes Frid. III. anno 1479. exhibita fuerant, quibus ulteriores ſtatuum querelæ in Comitiis Wormatienſi-

(**) MARTINUS MAGER a SCHOENBERG de *advocatia armata* Cap. VII. n. 13. p. 263. Cap. XI. n. 77. p. 520.

(***) MAGER l. c. Cap. XV. n. 3. p. 647.

(****) MAGER l. c. Cap. X. n. 452. in fin. & 453. p. 489.

tiensibus, Norimbergensibus & Spirensibus (*****) & tandem famosissima illa centum gravamina ao. 1522. successerunt; in Comitiis ao. 1530. celebratis de iis deliberatum fuit (†). Ista autem deliberatione, ordines imperii *non eo* preces suas direxerunt, *ut ipse Cæsar decisionem singuli cujusque gravaminis* atque litis desuper ortæ, *in se susciperet*, verum ut a sancta sede Romana interventu suo *abolitionem plenissimam perpetuamque omnium gravaminum* obtineret, sicque tot quærimoniarum ansa radicitus evelleretur (*).

(*****) R. I. de 1530. §. 132. harum querelarum mentionem facit. vid. infra nota hujus §. ult.

(†) Seriem harum deliberationum exhibet JOAN. MICHAEL DAHM (sive potius resp. BEHLEN) in cit. differt. de *jure comitiorum imperii circa sacra* §. 11. usque 14. in ANT. SCHMIDTI *thesaur. jur. eccles.* T. V. p. 40.

(*) vid. R. J. de anno 1530. §. 132. his verbis conceptus: Als auch teutscher Nation Beschwerden, so sie gegen den Stuhl zu Rom Uns auf dem Reichstag zu Worms fürbracht, und folgends zu gehaltenen Reichstägen zu Nürnberg und Speyer davon auch Anregung beschehen, jezo allhie durch Churfürsten, Fürsten, und gemeine Stände des Reichs, Uns wiederum in Schriften überliefert worden, mit unterthänigster Bitte, solche Beschwerden an päbstlicher Heiligkeit Legaten, so jezo allhie, gelangen zu lassen, darauf zu handeln und Wege zu suchen, damit dieselbe Uns vorbrachte Beschwer-

§. 93. (83.)

Neque alia etiam mens eſt capitulationum Cæſarearum (**), quarum noviſſima fidei Cæſaris de meliore nota art. 14. §. 3. committit, *auch darob und daran zu ſeyn, daß die vorgemelte Concordata principum und aufgerichtete Verträge auch Privilegien, Statuten und Freyheiten gehalten, gehandhabet, und denenſelben veſtiglich gelebet und nach-*

ſchwerden abgewendt werden möchten. Demnach haben Wir päbſtlicher Heiligkeit Legaten dieſelbe Beſchwerden thun fürhalten, und darauf durch Unſere Churfürſten und Stände dazu inſonder verordnete Räth mit ihm derhalben Handlung fürgenommen. Als er aber ſich hören und vernehmen laſſen, daß in denſelbigen Beſchwerungen etliche Artickel begriffen, die in ſeinem Gewalt nicht ſtünden, mit Anzeigung ſeines Bedenckens und gutwilligen Erbietens ꝛc. Alſo daß dißmahls nichts fruchtbares noch endlichs, auf ſolcher gemeiner Stând Begehren hat gehandelt werden mögen: So haben Wir Uns der Sachen zu Gutem und Förderung, gnädiglich unterfangen und bewilliget, durch Unſern Oratorn bey päbſtlicher Heiligkeit mit allem höchſten Fleiß zu handeln, und die Sache dahin zu fördern, damit ſolche Beſchwerden abgeſtellt, und dieſer unſer Nation in ſolchem ihrem billigen Begehren Statt gegeben werde.

(**) vid. Acta electionis diverſorum imperatorum atque deliberationes collegii electoralis condendarum Sanctionum auſpicalium gratia habitæ in MOSERI *Staats-Recht* T. VIII. Lib. II. Cap. 161. p. 453. ſqq.

nachgekommen, jedoch was für Beschwerung darinn gefunden, daß dieselbe (vermög gehabter Handlung zu Augsburg in dem 1730. Jahr bey abgehaltenem Reichstag) abgeschaffet und hinführo dergleichen ohne Bewilligung der Churfürsten nicht zugelassen werde. Cujus interpretationi quam maxime inserviunt litteræ (*), quas collegiales

H 3 vocant,

(*) Litteras istas vide in L. B. de CRAMER *Nebenstunden* P. XLVIII. II. Stück p. 109. MOSER von *der Religions-Verfassung* III. Buch III. Cap. §. 76. p. 746. ubi etiam integrum protocollum deliberationis electoralis leges. Ita autem conceptæ sunt istæ litteræ: „Suprema illa advocatia & protectio, quam Cæsarea vestra Majestas paterna semper sollicitudine exercet, non tantum supra caussas sæculares, sed etiam ecclesiasticas in S. Rom. Imperio sese protendit, ejusque executio maxime necessaria redditur in casibus interesse commune Nationis Germaniæ afficientibus, & ubi de conservatione & defensione concordatorum, unionum ac legum imperii agitur. Gravamina, quæ ab ecclesia Germanica ultra sæculum contra coarctationes, restrictiones & usurpationes suæ libertatis mota sunt, per plurimas coacervatas querelas successive increverunt, quin unquam plenariam medelam invenerint. Quam necessarium idcirco sit, ut istæ continuo latius serpentes molitiones & usurpationes penitus tollantur & imposterum nullo modo tolerentur, demonstrant illæ sequelæ, quæ exinde in interiorem tranquillitatem, in jurisdictionem ecclesiasticam Germaniæ, atque ipsam religio-

vocant, ab electorum Senatu ad ſacram ſuam Cæſaream Majeſtatem hoc ipſo coronationis tem-
pore

ligionem redundant. Veram & genuinam ſummi pontificis intentionem in aliquod dubium vocare non intendimus, quin potius in hac ipſa eam, quæ a veneratione & devotione debita eſt & manet inſeparabilis, fiduciam reponimus. Querelarum noſtrarum moles unice immittitur uſurpationibus Curiæ Romanæ, illisque turbationibus & ſubverſionibus, quas ejus Tribunalia contra jurisdictionem eccleſiaſticam Germanicam & contra judiciorum ac proceſſuum ordinem moliuntur.

Cæſaream Majeſtatem Veſtram allegatione cauſarum & querelarum ſpecialium, quæ in præſens obſervantur, ullo modo moleſtare non præſumimus, ſed unice exoramus veniam, quatenus parti hoc modo gravatæ ad ſupremum & juſtiſſimum Veſtræ Majeſtatis ſolium confugere, & ſpecialiter ad præſentes ſubmiſſiſſimas collegiales Litteras provocare ſemper liceat. Paterna pro ſalute imperii vigilans ſollicitudo Majeſtati Veſtræ Cæſareæ ſine hoc Leges & Sanctiones imperii continuo ob oculos ſiſtit, easque omnes decimus quartus Capitulationis Cæſareæ Articulus in tantum complectitur, in quantum ibidem de conſuetudinaria re judicaria eccleſiaſtica Germaniæ de indebitis trans Alpes Romam ſusceptis evocationibus & appellationibus, de novis & inſolitis ibidem introductis judiciis, & in genere de ea, quæ ad deciſionem controverſiarum privatorum determinata eſt, forma judiciali ſaluberrime providetur. Quapropter nil eſt, niſi effectus ſubmiſſiſſimæ & confidentiſſimæ
noſtræ

pore ſcriptæ, quibus cauſſa Styrumenſis anſam præbuit (**).

§. 94. (64.)

Ex his itaque conjunctim ſumtis apparet, concordatorum atque eccleſiæ Germanicæ defenſionis, quæ imperatoriæ Majeſtati demandata & reſervata fuit, hanc eſſe conditionem, ut non *intra*, verum *extra* judicii cancellos vocatisque ſi res ita ferat, in conſilii partem electoribus vel comitiis ſuſcipienda ſit, neque in iis cauſſis locum habeat, ubi privatorum quoddam inter ſe certamen occurrit, judiciali auctoritate dirimendum, verum ubi latius manata pernicies, ejusmodi discriminis inter ipſum ſupre-

noſtræ fiduciæ, dum harum legum abſolutiſſimum implementum, earumque a ſacratiſſimis Majeſtatis Veſtræ prædeceſſoribus glorioſiſſime defenſam conſervationem Cæſareæ Majeſtatis Veſtræ ſupremæ curæ inſtantiſſime recommendamus, *ſimulque pro conſummatione promiſſæ in Comitiis imperii Auguſtanis anno* 1530. *tractationis, & in hac ulterius ſeſe fundantis, ſed usque huc nondum ratificati concluſi Collegiorum Comitialium de anno* 1719. *demiſſiſſime inſtamus.* Gratiis & favoribus Cæſareis nos ſubmiſſiſſime recommendantes, & cum profundiſſima veneratione perennantes. Francofurti 19. Martii 1764.

(**) PHIL. HEDDERICH diſſertat. ſupra (§. 41. (38.)) citata §. 4. 5. in *Documentorum ad concord.* Faſc. III. p. 212. ſeqq. MOSER von *den Kaiſerlichen Regierungs - Rechten* I. Th. XIV. Cap. §. 12. p. 256.

mum pontificem & nationem Germanicam genetrix fuit, cui transigendo judiciaria potestas impar est (*).

§. 95. (85.)

Quotiescumque igitur controversiæ ex concordatis oriundæ inter solos vel mediatos vel immediatos imperii cives vertuntur, earum decisio ad judicia vel territoriorum vel imperii pertinet (**). Neque tunc ubi ejusmodi caussæ ad

(*) Consentit nobiscum ANTON. SCHMIDTIUS in diatribe de *imperatore Concordatorum protectore ejusdem thesauro jur. eccles.* T. I. inserta §. 5. & 8. p. 393. & 395. atque MOSER l. c. nec non JOANNES GEORGIUS SCHLOER in differt. supra cit. *ad concordata Germaniæ* cap. IV. §. 5. p. 387. in ANTON. SCMIDTII cit. *Thesauro* T. I. §. VIII. p. 395. ubi sequentia monet: Neque hac ratione dici poterunt caussæ ecclesiasticæ ad tribunalia judicesque laicos adversus SS. Canonum placita pertrahi: toto enim inter sese cælo differunt, in caussa quadam proprie spirituali & ecclesiastica ita implorare tribunal laicum, ut illud judicis officio fungatur, cognitionem eo fine instituat, quo litem sententia auctoritate judicis prolata definiat, eamdemque dein executioni mandet; et alterum illud, de quo nobis sermo, principem videlicet tamquam ecclesiæ Advocatum Protectoremve adire, ut is auctoritate sua impediat, ne ipsi ecclesiæ juribusque ejusdem legitima ratione adquisitis vis aut injuria inferatur.

(**) MOSER von *den Kaiserlichen Regierungs - Rechten* I. Theil XIV. Cap. §. 12. p. 256.

ad ſuprema imperii tribunalia deferuntur, Cæſar in iisdem ex reſervato illo atque ſpeciali jure jus dicit, quo tamquam advocatus eccleſiæ utitur, ſed ex generali illo. quo tamquam ſupremus atque univerſalis Germaniæ judex veneratur. Sicuti autem exercitium poſterioris hujus juris utrique imperii tribunali æqua trutina ab imperatoribus communicatum fuit (***), ita quoque ambo imperii tribunalia in ejusmodi cauſſis decidendis concurrente gàudent jurisdictione (*) in cujus actibus explicandis is potior cenſetur, qui alterius jurisdictionem prævenit.

§. 96. (86.)

Et quo quæſo ſub prætextu Baro de Collenbach advocatiæ cæſareæ præſidium in hac cauſſa imploraſſet, quo quæſo obtinuiſſet, *ſi imperatoriam Majeſtatem* ut concordatorum defenſorem *non ut ſupremum cauſſarum controverſarum judicem adiviſſet?* Itane Collenbachius idem ille eſt, qui proviſionem papalem concordatis contrariam impetravit, idemque ille ipſe, in eo occupatus fuit, ut deciſionem litis extra imperii ditionem raperet. Omnium violationum in hac cauſſa obvenientium ſolus Collenbachius ejusque complex Canonicus Antoine

 rei

(***) vid. ſupra §. 72. (62.)

(*) L. B. de CRAMER *Nebenſtunden* P. XLIX. p. 21.

rei sunt nulla abrogationis concordatorum ne umbra quidem Weichsium premente. Oleat, si poterit Collenbachius argumentum quoddam concordatorum, vel si malit unicam eorum litteram, de cujus vel transgressione vel violatione adversus Baronem de Weichs queratur? Ostendat ejusmodi violationem fundamen esse actionis suæ & imploratæ advocatiæ Cæsareæ? Ast frustra illud in omnibus hujus Bellerophontis cum chimera pugnantis scriptis quisquam quæsiverit. Quæ itaque sunt vera ejus instituta ut monstrosam ejusmodi speciem iis præferre necessum duxerit? Certe alius cogitando assequi non potest Collenbachii scopus, quam quod præclusus, sententia officialis in rem judicatam prolapsa, vid. supra §. 9. deque rebus sic desperans suis, desertæ appellationis loco, fabulam imploratæ advocatiæ imperialis in senatu aulico agere atque sub isto advocatiæ obtentu (†) competentiam prioris fori sicque sententiam ejus annihilare, simulque sibi judicem eligere tentaverit, de patriis in familiam Augustam meritis, optima quævis sentientem. Judicent

(†) Die Worte: fabulam imploratæ — — obtentu sind in den andern Exemplaren, wie sie zu Regenspurg ausgetheilt worden sind, ausgelassen und an deren Statt gesezt worden: sub velamine imploratæ & obtentæ advocatiæ imperialis. Um dise Stelle milder zu fassen, wurde das ganze Blatt umgedruckt.

dicent nunc omnes, an in præſenti inter privatos agitata lite vel implorandæ vel exercendæ advocatiæ imperialis locus fuerit? O! ſingularem illam atque præclaram protectionem, ad quam violator confugit, ut a ſe, contra concordata læſus plectatur & ulteriori ſuæ committatur vexationi.

§. 97. (87.)

Quæ igitur a Collenbachio fictæ ſunt vanæ ſpecies, de reſervato quodam Cæſaris, in decidendis ejusmodi controverſiis jure, adhibita prima luce velut ægri ſomnia in totum evaneſcunt, iisque diſſipatis dubium non reſtat ullum, quin Cameræ imperialis jurisdictio in cauſſis concordatorum tam quoad poſſeſſorium, quam petitorium decidendis optime ſit fundata (†).

(†) L. B. de CRAMER *Nebenſtunden* P. XLIX. p. 21. MOSER von der *Religions - Verfaſſung* III. Buch III. Cap. §. 70. p. 732. IDEM im *teutſchen Staats-Recht* III. Th. 34. Cap. §. 8. p. 441. & ſupra §. 79. (69.)

Caput

Caput VIII.

De foro Senatus imperialis aulici decretis cameralibus prævento agit.

Conſpectus.

§. 98. Tranſitus ad tractationem de præventione camerali, qua probatur, §. 99. 1) Cameram imperialem jurisdictionem ſenatus imperialis aulici præveniſſe, §. 100. idque non modo in poſſeſſorio, verum etiam quoad petitorium. §. 101. Prætereaque litem iſtam ob connexitatem cum alia cauſſa in Camera imperiali pendente ibidem fuiſſe terminandam. §. 102. Sicque a conſilio imperiali aulico remiſſionem ad Cameram imperialem atque officialem fuiſſe decernendam.

§. 98. (88.)

His ita ſe habentibus ad ſeptimam progredimur quæſtionem, an videlicet jurisdictio Cameræ imperialis decretis ſuis in hac cauſſa latis, jurisdictionem ſupremi conſilii imperialis aulici prævenerit, ſicque cauſſa, quam B. de Collenbach & non ita multo poſt Berniſius conflictum jurisdictionis malitioſe ſuscitaturi, ad ſacræ Cæſareæ Majeſtatis Senatum imperialem aulicum detulerunt, ad Cameram imperialem officialemque Leodienſem ex Cameræ imperialis præſcripto retromittenda ſit?

§. 99.

§. 99. (89.)

Cujus quidem quæſtionis affirmativam deciſionem, dum aggredimur, ſilentio prætereundum non eſt, quod quemadmodum occupantis ſemper melior quam cœterorum eſt, conditio (*), atque ſic inter plures judices is præferendus venit, qui prior tempore occupavit jurisdictionem (**), ita pragmatici omnes in eo conveniant, inter duo concurrentia fora illud alterum prævenire, quod mediante vel citatione (*) vel ejus analogo quodam (**) jurisdictionem prius occupavit. Neque etiam quisquam inficias ibit, hæc quæ modo dicta ſunt, eo in litteris informatorialibus procedere, ut litteræ tales prius traditæ præferendæ omnino ſint alterius tribunalis veræ citationi aut proceſſibus, ſerius reo traditis (**). Dubium itaque nullum eſſe

(*) L. 52. pr. D. de *peculio*. L. 3. D. quod cum eo qui in aliena poteſt.

(**) PüTTERI Libellus de *præventione atque inde nata præſcriptione fori* Cap. I. §. 2. in *opusc. rem judiciariam imp.* illuſt. l. p. 52.

(*) PüTTER l. c. cap. V. §. 44. p. 76.

(**) IDEM l. c. §. 47. p. 78.

(***) DECHHERR in *proceſſu informativo informato* Cap. II. p. 45. BLUM. *Proceſſ. Cam.* Tit. XXV. N. 55. p. 102. RODING. in *Pand. Cam.* Lib. III. Tit. 19. §. 12. 13. p. 688. PüTTER l. c. C. VIII. §. 122. p. 125.

esse potest, quin Cameræ mperialis celsissimum judicium quippe quod non modo litteras informatorias prius emisit, verum etiam decretum finale suum die 2. Junii adeoque longe prius tulit, & Baroni de Collenbach ejusque Procuratori Dri. de Gülich publicavit, quam prima Collenbachiana Supplica d. 15. Junii sacræ Cæsareæ Majestatis Consilio imperii aulico exhiberetur (vid. §. 17. 19. 22.), jurisdictionem prius occupaverit, sicque supremi judicii aulici forum prævenerit.

§. 100. (90.)

Quumque decretum a Camera imperiali d. 2. Junii 1778. emanatum non modo ea, quæ ab Officiali Leodiensi in possessorio gesta sunt, confirmaverit, verum etiam eidem Officiali provinciam decidendi petitorii disertis verbis demandaverit (vid. supra §. 18.) adeoque non modo possessorium, verum etiam petitorium ordinaverit, hinc prono exinde sequitur alveo, idem illud supremum imperii tribunal tam quoad possessorium, quam petitorium augustissimi Consilii imperialis aulici jurisdictionem anteoccupasse.

§. 101. (91.)

Quibus omnibus novum ex eo accedit robur, quod ad Consilii ordinarii Leodiensis quærelam violatæ ratione beneficii Hansinnensis a Collenbachio & Canonico Antoine jurisdictionis

nis civilis, tam Officiali Leodienſi quam conſilio ordinario competentis: Camera imperialis mandatum C. C. d. 2. Maji decreverit, Collenbachio 13. Junii ſicque ante primam ejus in conſilio imperiali aulico exhibitam Supplicam inſinuatum vid. §. 21. ſupra. Quemadmodum vero iſto mandato quæſtio de violata a Collenbachio & Canonico Antoine jurisdictione ſæculari Officialis Leodienſis ad Cameræ imperialis tribunal devoluta fuit; ita Weichſiana & Collenbachiana controverſia ſuper eodem objecto enata, propter inſeparabilem utriusque controverſiæ connexitatem, in eodem illo foro terminanda erat.

§. 102. (92.)

Et quoniam deinde his non obſtantibus Baro de Collenbach atque Berniſius ſupremum conſilium imperiale aulicum tam quoad poſſeſſorii, quam petitorii quæſtionem adire, conflictumque jurisdictionis quoad utrumque ſuscitare non erubuerunt, §. 21. & 28. atque Collenbachius imperatis Cameræ imperialis de non trahendo cauſſam ad forum imperiale aulicum debitam præſtare obedientiam pertinaci fronte recuſavit §. 24., hinc ulterius ſequitur, a conſilii imperialis aulici æquanimitate retromiſſionem cauſſæ ad Officialem Leodienſem atque Cameram imperialem cum generoſa hujus attentati improbatione & condemnatione Collenbachii in

X.

X. marcas auri puri, L. L. id jubentibus (*) fuiſſe exſpectandam.

Caput IX.

De fundamentis recurſus ad Comitia S. R. I.

Conſpectus.

§. 103. Introitus. §. 104. Fundamen I. ſunt violata jurisdictio territorialis incurvatæque Imperii Leges de quibus querela ad ſenatum legislatorium deferenda eſt. §. 105. Fundamen II. obliquata patriæ privilegia, quorum violatio gravamen ſtatuum commune conſtituit. §. 106. Fundamen III. flexa concordata, de quibus retro flectendis comitia imperii decernere ſolent. §. 107. Fundamen IV. conflictus jurisdictionis ſupremorum tribunalium, cujus dirimendi præter comitia moderator proditus non eſt.

§. 103. (93.)

Poſtquam igitur & originem litis & totius controverſiæ ſtatum & gravamina Leodienſium principi a Conſilio imperiali aulico illata exantlavimus, ſupereſt, ut oſtendamus, ita comparatas eſſe de his gravaminibus querelas, ut non modo ad comitiorum Senatum de iis deferre neceſſitas, verum etiam iisdem remedium parare, publica ſalus poſtulet.

§. 104.

(*) R. I. N. de anno 1654. §. 166.

§. 104. (94.)

Ut itaque de fundamine præsentis ad Comitia imperii universalia acti recursus, verba faciamus, primo loco ex iis, quæ jam supra deducta fuerunt, ad lectorum memoriam revocandum erit, quod a Consilio imperiali aulico per conclusum d. 9. Sept. 1779. latum vid. §. 25. & 27. violata fuerit jurisdictio territorialis primæ instantiæ, dum non hanc modo caussam ad suum tribunal rapuit, verum eodem isto oraculo simul lege quasi in perpetuum valitura statuit, *omnes concordatorum caussas, exclusis foris territorialibus, suæ jurisdictioni* UNICE *subjectas esse*. Quicumque autem solutiori animo nullaque ex parte præstricta acie modo relata intueri velit, is facile deprehendet, hoc ipso concluso non modo *contra ordinationem cameralem*, quæ id genus processuum judicis territorialis competentiæ reliquit, verum etiam *contra instrumentum pacis Westphalicæ* fuisse peccatum, vid. §. 34. (32.) sicque comparatam esse, *illam a legum imperii orbita aberrationem*, ut de ea ad comitia, quibus & LL. ferendarum & custodiendarum provincia a populo est commissa, fuerit deferendum (*).

§. 105.

(*) MOSERI tr. von *Reichstags-Geschäfften* V. Buch IV. Cap. §. 31. p. 533. Plures ejusmodi casus de anno

§. 105. (95.)

Ex antea deductis ulterius fluit, modo allegatum conclusum imperii aulicum privilegio Carolino in provinciæ Leodiensis commoda anno 1529. indulto atque contraria quævis, disertis verbis enuncianti, vim maximam intulisse §. 85. & 87. (75. & 77.) Quum autem statuum Privilegia potestatis eorum firmissimum sint & fundamen & præsidium, sicque iis violatis ipsæ reipublicæ columnæ, decore suo spoliatæ, cumque iis totius imperii atque regiminis forma ruant, facili negotio quisque perspiciet, hoc ipso concluso *omnes Germaniæ archontes communi gravamine fuisse oneratos*, quod sic recursui ad Comitia iterum locum facit (**).

§. 106.

anno 1700. 1705. 1708. 1709. seqq. ubi tria imperii collegia ob violata a consilio imperiali aulico primæ instantiæ jura apud Cæsaream Majestatem intercessere runt, vid. apud MOSERUM l. c. §. 32. p. 535. seqq. & in EJUSD. tract. von *der teutschen Justiz-Verfassung* T. I. Lib. II. Cap. II. §. 25. p. 338. Conf. etiam JO. EM. FLOERKE (resp. KOEPKE) differt. de *consortio imperatoris & statuum imperii in potestate legislatoria & judiciaria, genuino fundamento recursus ad Comitia*, Halæ 1756. nec non quæ principes imperii in diæta anno 1742. Offenbachii habita *de recursibus ex capite violatæ primæ instantiæ* statuerunt apud MOSERUM l. c von *Reichstags-Geschäfften* §. 18. p. 500.

(**) MOSER von *Reichstags - Geschäfften* V. Buch IV.

§. 106. (96.)

Præterea III. de duplici vulnere concordatis nationis Germanicæ inflicto querela est. Namque primum collatoris ordinarii jura, adversus concordatorum litteram, provisione pontificis in mensibus non papalibus facta, imminuta fuere (53.), prætereaque caussa coram judice seculari pendens, ad judicem Romanum, & in prima quidem instantia fuit evocata §. 67. (57). Ejusmodi autem querelæ, (cum universæ Germaniæ quam maxime intersit, ne quidquam detrimenti concordatis inferatur,) non modo ab immemoriali tempore apud comitia habitæ fuerunt, testantibus exemplis supra §. 49. (47.) citatis, & quæ MOSERUS (*) aliique (**) allegant: verum etiam ibidem placitis comitialibus sæpe fuerunt terminatæ (***). Exploratæ hæc

 usque

IV. Cap. §. 31. p. 533. G. LUDW. BOEHMER differt. de *Gravamine communi Sac. Rom. Imp. statuum.* Göttingæ 1743.

(*) vid. MOSERI *Staats-Recht* T. III. Cap. XLII. §. 5. sqq. p. 569.

(**) HEIDEGGER diss. supra citata ad *concordata* §. 4. in *Documentorum ad concordata* Fascic. III. p. 213. Cf. etiam L. B. de CRAMER *Nebenstunden* P. LXXXV. Stück XV. p. 103.

(***) vid. *conclusum trium imperii Collegiorum* de 7. Jul. 1706. in caussa feudali Thornensi Romam evocata in FABRI *Staats-Canzley* T. XI. p. 79. Aliud exem-

usque eo ſunt veritatis, ut & ipſi A. C. addicti ſtatus, quum ao. 1703. B. de Neſſelrodt expectativam papalem in præpoſituram Monaſterienſem obtinuiſſet concordatis adverſantem, collatorum ordinariorum jura ſingulari quadam interceſſione ad ſolium Cæſareum delata, propugnarent, probantes ſua quoque intereſſe, ut ejusmodi contraventionibus obex ponatur, (****) &

exemplum ejusmodi placiti comitialis de 3. Martii 1714. in cauſſa proedriæ inter Abbatem Creuzlingenſem & Petershuſanum Romam evocata, cum ſubſecuta ratificatione Cæſarea exhibet PFEFFINGER ad *Vitriarium* T. III. Lib. III. Tit. III. §. 22. nota b) p. 445. ubi inter alia imperium ſtatuit, daß die gegen dieſes Reichs-Gotteshaus anmaslich vorgenommene (Römiſche) Judicaturen und Facta für izo und ins künftige, weder des Römiſchen Reichs noch deſſen incorporirten Mitſtands habenden juribus, privilegiis & prærogativis im geringſten derogiren und nachtheilig ſeyn ſollen. Plura alia exempla allegat JOANN. MICHAEL DAHM (ſive reſp. BEHLEN) in diſſert. de *jure comitiorum ci ca ſacra* Mogunt. 1747. §. 54. in ANTON. SCHMIDTII *Theſauro jur. eccleſ.* T. V. p. 83.

(****) Litteræ ſtatuum A. C. addictorum d. 18. April. 1703. inter alia hæc habent, „daß durch ſothanen „Eingrif — nicht allein des Münſteriſchen Dhom„Capituls uraltes — — Wahlrecht, ſondern auch „und vielmehr die Privilegia und die Freyheit der „ganzen teutſchen Nation, wider das *Inſtrumen-*

„ *tum*

& collegium electorale in litteris ſuis collegialibus d. 19. Martii anno 1764. exaratis, imperatoriæ Majeſtati *conſummationem* (ut verba ſonant) *promiſſæ in comitiis Auguſtanis anno* 1530.

J 3 *ulte-*

„ *tum Pacis Monaſterienſis & Osnabrugenſis* und ſogar
„ gegen die — — Concordata Germaniæ unverant-
„ wortlich gekränket werden, folglich die teutſche Na-
„ tion und alſo auch die evangeliſche Dohm- und an-
„ dere Capitula und derſelben Religion zugethane
„ Churfürſten, Fürſten und Stände ſich darbey auf
„ vielerley Weiſe hauptſächlich mit intereßirt zu ſeyn
„ erachten, anerwogen in denen jezt angezogenen Frie-
„ dens-Schlüſſen ausdrücklich verſehen, daß in denen
„ Capitulis mixtis, worinn vigore dictæ pacis Mo-
„ naſterienſis & Osnabrugenſis beyde Religionen zu-
„ gelaſſen ſeynd, die evangeliſche Capitulares der Rö-
„ miſch-Catholiſchen in menſe & turno ordinario-
„ rum vacirende beneficia, und hingegen die Rö-
„ miſch-Catholiſche derer Evangeliſchen *in tali*
„ *menſe & turno* vacirende *beneficia* zu conferiren
„ haben ſollen, folglich, wann auf die Weiſe
„ den Römiſchen Päbſten frey ſtehen und nachge-
„ geben werden ſollte, ſich in denen Erledigungs-
„ Fällen bald unterm Prätext ein und anderer
„ päbſtlichen Reſervationen und alſo genannten
„ Affectionen, bald eines nichtigen über ein *Bene-*
„ *ficium* und gerichtliche Dignität der Collation
„ oder Wahl-Recht inſtruirten Proceſſus oder ob-
„ ſchwebender Litispendenz oder auch deren in Teutſch-
„ land niemalen admittirten- ſondern ganz und zu-
„ malen unſtatthaften Römiſchen Canzley-Regeln,
„ wo-

ulterioris hujus materiæ violatorum videlicet concordatorum tractationis, atque ratificationem conclusi collegiorum comitialium de anno 1719. hanc materiam pariter tractantis enixis commendaverit precibus (*). Gravaminum igitur, quæ hoc loco

„ wovon sogar in denen vorgemelten Concordatis selbsten nicht das allergeringste gedacht ist, sondern welche vielmehr demselben zuwider sind, sich darein zu mischen, und solche Beneficia und Dignitates auf eines jeden Privati irriges und der teutschen Nation Freyheit widerstrebendes Angeben zu conferiren, sich fast kein Casus bey allen Erz = oder Dhom = auch Collegiat = Stifftern in Teutschland begeben würde, worinnen nicht um solche vacirende Beneficia oder Dignitates sich ein oder anderer zu Rom angeben, und wann ein Evangelischer jure turni sui einem Römisch = Catholischen ein solches ihme zugefallenes Beneficium conferiret hätte, ein anderer allerhand päbstliche Provisiones und Surrogationes erschleichen, und darüber dem rechtmäsig providirten unbegründete calumnieuse Processus und Litigia erwecken, und folglich sowohl die Evangelische als Römisch = Catholische Ordinarii ihres Wahl = Rechts, juris præsentandi vel conferendi auf die Weise in allen Fällen directe wider das Instrumentum pacis frustrirt und entsezet werden könnten, mithin kein Ordinarius bey seinem jure, noch ein von selbigem providirter Canonicus oder Beneficiatus bey dem erlangten Beneficio oder Dignität mehr sicher seyn würde ꝛc. " vid. SCHAUROTH *Conclusa Corporis Evangelic.* T. I. p. 359. sqq.

(*) vid. supra §. 93. (83.)

loco ad comitia deferuntur, disquisitio & abrogatio ex antecedentium sæculorum usu atque observantia, Cæsarisque simul & imperii unanimi sententia, negotiorum comitialium numero est adscribenda (*).

(*) vid. ANTONII SCHMIDTII Diatribe de *imperatore concordatorum protectore ad illustrandum* Art. XIV. §. 1 — 3. Capitul. Cæsar. Heidelb. 1750. §. XI. & in EJUS *Thesauro jur. eccles.* T. I. p. 397. ubi: Porro imperii universi revera interest, ne detrimenti quidquam concordatis inferatur: res autem juris publici Germanici interpretibus explorata est, non quidem passim in caussis quibusvis privatis ad Comitia recurri permissum esse legibus imperii, id tamen jure fieri posse in iis, ubi per consecutionem ineluctabilem præjudicium ipsis statuum juribus infertur. Si qui de hac re egere, desint, vide BUDERUM in *Repertorio reali pragmatico juris publici & feudalis* ad hanc vocem. Comitia vero quidni pari jure ecclesiæ Germanicæ juribus invigilent? at enim fieri posse, ut Concordatis passim neglectis juribus istis vulnus omnino grave inferatur; rimanti, ut opinor, facile patebit: quare in eo eventu Comitia ipsa rite interpellari posse dubium non est. Huc spectant, quæ jam paulo ante recitavi in Comitiis hac de re acta gravamina, item alia in iis hinc inde proposita. Conf. *R. I.* 1530. §. 132. Norimb. 1524. §. 29. Scripta de hac re recenset STRUV. *Corp. jur. publ.* C. II. §. 14 in not. Comitia hoc modo imploravit pro commendatione apud Cæsarem interponenda in simi-

§. 107. (97.)

Hisce omnibus tandem IV. accedit momentum primo forsan loco nominandum, videlicet litem inter Baronem de Weichs & de Collenbach atque Bernisium motam, genitricem fuisse conflictus jurisdictionis inter utrumque supremum imperii tribunal enati, dum Senatus imperii aulicus quamvis in explicandis actibus jurisdictionis tempore posterior, istam tamen caussam contra capitulationis Cæsareæ sancita (**) ad se rapere conatus fuit. Paris autem in parem non esse imperium constat. Quum itaque media ejusmodi conflictus compescendi hactenus a statibus proposita L. formam & comitiorum approbationem nondum fuerint consecuta (***), ad comitiorum senatum præsens controversia tanto magis agenda fuit (*), quanto

li caussa Legatus Monasteriensis apud PFEFFING. T. III. p. m. 108. Alia vide apud DAHM de *jure Comitiorum circa Sacra*. Mog. 1747. §. LIV.

(**) *Capitulatio Josephi II.* Art. 16. §. 7.

(***) Quæ in hac materia ultimo loco anno 1766. in *denen ohnmasgeblichen Vorschlägen* II. Th. §. 48. porro *deren Prüfung* nec non in *vermehrten und verbesserten Bericht von Visitationen* §. 375. proposita, & in *Comitiis deliberata fuerunt* vide in MOSERI tract. von *der teutschen Justiz - Verfassung* T. I. II. Buch VIII. Cap. §. 31. p. 484.

(*) Ita enim PüTTER de *summorum imperii tribunalium*

to certius ab illustrissimo illo legislatorum ordine, unico ejusmodi dissensionum moderatore atque arbitro, exspectandum est, fore ut ad normam eorum, quæ d. 28. Febr. anno 1671. in caussa *Baronis de Welden & de Holz contra Comites de Mannsfeld atque Hahnios de Seeburg* (**)

lium concurrente jurisdictione Cap. IV. §. 67. in *opusc. rem judiciariam imperii illustrantibus* Tr. IX. p. 395. Anceps, si quod umquam, plerisque in casibus haud immerito existimatur remedium, quod in Recursu ad Comitia frequentius justo quæri solet. Enimvero si modo suprema imperii tribunalia sic revera inter se invicem diffidere, nec alium postremo loco modum superesse consideraveris, quo ejusmodi lites dirimentur, quam ut summa reipublicæ potestas adeatur, quæ a Cæsare & imperio exercetur, in hocce casu magis, quam in quoquam alio, postremus præcludi non poterit iis, quorum interest, ad comitia imperii aditus, modo circumstantiæ patiantur, hacce via sat multa cum efficacitate incedere. Nec etenim pari cuilibet successu licet hanc adire Corinthum.

(**) Conclusum, quo tria imperii Collegia Cæsaream Majestatem rogarunt, ut Senatui imperiali aulico istam caussam ad Cameræ imperialis subsellia retromittere præcipiat, referente MOSERO in tractatu *vom Reichs - Justizwesen* T. I. Lib. II. Cap. VIII. §. 23. p. 481. sic conceptum fuit: „Wasmassen bey gegenwärtiger Reichs-Versammlung von Ludwig Freyherrn von Welden, und Gottfried von Holz, (vermög beykommenden Memorials und dessen Beylagen) beschwerend

nec non die 7. Octobris 1709. in caussa *Principis feminæ de Hadamar ex post de Salm* contra *Comi-*

schwerend angebracht worden: daß, ob zwar in einer an dem Kaiserlichen und Reichs Cammer-Gericht zu Speyer bereits vor 100. Jahren, erstlich von Wenceslao Schlichting anhängig gemachten, und folgends an den von Ponikau gekommenen Rechts-Sache wider die Herrn Grafen von Mannsfeld und die Hahnen von Seeburg, das Urtheil parti actrici zu Gutem ausgefallen, und in rem judicatam erwachsen, weniger nicht darauf die Executoriales, samt verschiedenen Paritoriis, erfolget, auch nachgehends solches Judicatum auf sie, die beyde Supplicanten, devolviret worden, jedannoch die würckliche Vollziehung berührten Urtheils noch nicht zu erhalten gewesen, sondern der Gegentheil vom besagten Cammer-Gericht einen Absprung genommen, und beym Kayserlichen Reichs-Hofrath so viel sub- & obreptitie erschlichen habe, daß an mehrgedachtes Cammer-Gericht sowohl, als die Parthey selbsten, in solcher Sache weiters nicht zu verfahren, Inhibitoriales ergangen; weswegen mehrgedachte Supplicanten gebeten, ihnen, aus diesen und mehr andern in vorberührten dero Memorial angeführten Ursachen, von Reichswegen behülflich zu seyn, auf daß der Weg zur Justiz wieder eröffnet, und sie ohne fernern Anstand ihres erlangten Rechts würcklich theilhaftig werden mögen. Wann nun solches in denen dreyen Reichs-Collegiis in Berathschlagung kommen, und man aus obberührten Actis so viel ersehen, daß allerhöchst-gedacht-Ihrer Kaiserlichen Majestät oft-berührtes Cammer-Gericht selbst die Motiven, warum vorermeldte

von

Comitissas de Sayn & Blanckenheim ex post de Pötting & de Kirchberg (*) aliisque se auctore gesta

von Dero Reichs-Hofrath ausgelassene Inhibition nicht statt haben könne, allschon umständlich allerunterthänigst zu erkennen gegeben; als ist auch vielberührten Supplicanten in ihrem Begehren in so weit an Hand zu gehen, desto billiger erachtet, und solchemnach geschlossen worden: Es seyen mehr-höchsternannt Ihro Kaiserliche Majestät (wie hiemit beschiehet) allerunterthänigst zu ersuchen, die allergnädigste Verfügung zu thun, damit, im Fall obangeführter der Sachen Beschaffenheit, obberührte von Dero Reichs-Hofrath ergangene Inhibition wieder aufgehoben, die Beklagte von Dero Reichs-Hofrath ab- und an gedachtes Cammer-Gericht gewiesen, daselbst der Justiz ihr ungehinderter Lauf gelassen werde, und mithin viel-oft-erwehnten Supplicanten dasjenige, was ihnen von Rechtswegen gebühret, dermalen, und ohne weiteren Aufenthalt, würcklichen gedeyhen möge."

(*) Conclusum trium imperii Collegiorum quo Cæsari exposuerunt desiderium suum, ut ista caussa ad Cameram imperialem retromittatur, vid. in ESTORIS *jur. publ.* T. II. p. 27. ANTON. FABRI (*alte*) *Staats-Canzley* Cap. VI. p. 486. & 542. Conf. etiam PüTTERI tract. de *præventione* Cap. VIII. §. 142. in *opusculis rem judiciariam imperii illustrantibus* Num. II. p. 137. & ADAMI SCHOEPFII *Decisiones Tubingenses* P. I. Dec. CXVII. num. 9. p. 632. Verba Conclusi hæc sunt: „Als man in allen dreyen Reichs-Collegiis die am 2. Octobr. seq. 1704. wie auch 19. Junii 1709. per dictat. publ. Churfürsten, Fürsten und

gesta (*) sunt, etiam præsentem litem terminare, Cameræque imperialis jurisdictioni, atque

und Ständen communicirte Pötting= und Kirchbergische= dann auch Salmische 7. Memorialia, einen dritten Theil der Grafschaft Hachenberg betreffend, durch ordentlichen Vortrag in gehörige Berathschlagung gezogen, und man die beyderseitige Fundamenta in puncto præventionis oder litis pendentis, executionis, und sonsten erwogen: So ist, aller vorkommenden Umständen und der Sachen selbsten reiffer Ueberlegung nach, davor gehalten, daß, nachdem diese Sache von Salmischer oder damahlen Hadamarischer Seiten selbst beym Kaiserlichen Cammer= Gericht angebracht, citatio ad videndum se immitti, nec non restitui, & ad id condemnari, anno 1695. d. 5. Mart. ausgewürcket, den 20. Maji dicti anni insinuirt, und daselbst endlich durch die Pötting= und Kirchbergische litis contestation rechtshängig gemacht, und also bey dem Kaiserlichen Reichs= Hofrath nicht angebracht werden können, also dieselbe an das Kaiserliche und Reichs= Cammer= Gericht billig, wo sie anfänglich rechtshängig gewesen, zu verweisen, und die Partheyen an zweyfachen Gerichten mit Proceß und doppelten schweren Kosten wider die Reichs= Sazungen nicht zu fatigiren, und zu beschweren, sondern an obbemeldtem Cammer= Gericht diese Sache zu erörtern und abzuurtheilen, mithin die vom höchsten Reichs= Richter demandirte Execution bis dahin und zwar absonderlich bis zu der von Kaiserlicher Majestät und dem Reich auf erstattetes Gutachten der zu Wezlar anwesenden Visitations= Deputation erfolgende Interpretation der Cammer= Gerichts=

que periclitantibus principum juribus patrocinium suum indulgere, non dedignetur.

Series

richts = Ordnung Part. II. Tit. 7. zu suspendiren, auch was hiergegen etwa unternommen seyn dürfte, unnachtheilig zu achten, und dieses alles um so mehr und balder Kaiserlicher Majestät durch ein allerunterthänigstes Gutachten (wie hiemit beschiehet) vorzustellen wäre, also sie von selbsten, ihrem höchstgepriesenen Justiz = Eifer nach, allerhöchst erleucht erkennen würden, daß das Anbringen der Pötting = und Kirchbergischen gemeinschaftlichen Räthen in den Reichs = Constitutionen und Cammer = Gerichts = Ordnung sattsam fundiret und dabey Seine Kaiserliche Majestät (wie hiemit beschiehet) zu ersuchen wären, diesfalls nöthige allergnädigste Verordnung an Dero Reichs = Hofrath ergehen zu lassen.

(*) vid. exemplum ejusmodi placiti comitialis de anno 1679. in STRUVII *Corp. jur. publ.* Cap. XXVI. §. 24. pag. 1015. & aliud in caussa Nassau - Idstein contra Nassau - Ottweiler de 14. Jun. 1709. apud MOSER l. c. Lib. II. Cap. 2. §. 25. p. 239.

Series documentorum. (*)

Num. I. Diploma qua præpositura Hansinnensis a Celsissimo Principe Leodiensi B. de Weichs desertur. d. d. Hex. 4. Maji 1777.

Num. II. Diploma institutionis, quo fatus B. de Weichs ab Archidiacono Hansinnensi in possessionem dictæ præpositurae admissus fuit, d. d. 29. Jul. 1777. cum instrumento apprehensæ eodem die possessionis.

Num.

(*) Von den Beilagen will ich nur das Privilegium Num. XII. und das Mandat Carls V. Num. XLIII. abdrucken lassen. Von den Reichsgerichtlichen Erkenntnissen ist das Wesentliche der Deduction eingerückt. Die übrigen betreffen gröstentheils einzelne Umstände in facto, woran dem Publico wenig gelegen ist. Die Gründe, welche in der von Herrn von Zwierlein verfaßten Supplic Num. X. vorgetragen werden, sind noch ausführlicher in der Deduction selbst enthalten. Um auch den andern Theil zu hören, würde ich die Collenbachische Suppliken Num. XVI. sqq. der abgedruckten Deduction beyfügen: wann sie es in Rücksicht auf die rechtliche Ausführung verdienten. In diesem Betracht aber kann ich ihnen unmöglich einigen Plaz einräumen. Das Recht der ausschlieslichen Gerichtsbarkeit des Reichshofraths in caussis concordatorum wird hier nicht erwiesen, sondern als erwiesen vorausgesezt, wie es freilich an dem Reichshofrath auch ohne alles Bedenken geschehen konnte. Wie die in Erklärung der Concordaten ein=

Num. IIIa. Mandatum manutenentiæ ab Officiali Leodienſi in favorem Baronis de Weichs contra quoscunque ad præpoſituram iſtam adſpirantes d. d. 7. Aug. 1777. cum Documento factæ in valvis eccleſiæ Hanſinnenſis affixionis de eodem die.

Num. IIIb. Litteræ proviſionis favore Domini de Bernis a Domino Cardinali de Bernis datæ 9. Maji 1777.

Num.

einschlagende Gegenstände ausgeführt werden, ist daraus zu ersehen, daß darinn die bekannte Stelle derselben: „ majoribus dignitatibus poſt pontificiales in cathedralibus & principalibus in collegiatis eccleſiis exceptis, de quibus jure ordinario provideatur per illos inferiores, ad quos alias pertinet. " also erklärt wird:

„ Genuinus allegati hujus paſſus ſenſus licet ille legatur & relegatur, non alio poteſt collimare, quam quod Nicolaus V. tunc temporis ſummus pontifex, antequam ad partitionem menſium inter S. Sedem & collatores ordinarios in ſubſequente §vo. descenderet, præmittere voluerit, quænam beneficia fundandæ & ſtabiliendæ alternativæ collationi ſubjecta eſſe debeant, & quænam econtrario a facultate ordinariorum in perpetuum libera, ſolique Sanctæ Sedi, in quocumque demum menſe vacaverint, privative reſervata maneant, unde *ultra*, id eſt præter *reſervationes jam dictas* majores quoque *dignitates poſt pontificiales in cathedralibus & principales in collegiatis*

Num. IV. Mandatum Officialis de pendente lite nihil attentando in favorem Baronis de Weichs contra Bernisium, datum d. 27. Aug. 1777.

Num. V. Citatio edictalis cum Mandato de non attentando contra quoscunque prætendentes ad præposituram Hansinnensem decreta 24. Aug. 1777. & affixa valvis ecclesiæ cathedralis ac curiæ episcopalis 30. Aug. e.a.

Num. VI. Mandatum ulterius in caussa præcedente d. d. 28. Aug. e. a. affixum 30. ei. m.

Num.

tis exceptæ, sive soli Sanctæ Sedi, nulla habita mensium quorumcumque ratione reservatæ sunt, de reliquo vero conventum est, ut *de cœteris dignitatibus & beneficiis quibuscumque secularibus & regularibus* (scilicet in mensibus ordinariorum) *vacaturis jure ordinario provideatur &c.*

Mit Ausführungen von dieser Art will ich den Raum nicht ausfüllen. Auf das factum kan ich hier nicht Rücksicht nehmen. Ich will also nur bemerken, daß in der Supplik Num. XVI. §. 17. behauptet werde, daß ein mehr als hundertjähriger Besiz das pabstliche Recht befestige; zu dessen Beweiß auf einige decisiones rotæ romanæ und drei beigelegte, aber nicht abgedruckte provisiones apostolicas von den Jahren 1729. 35. und 45. auch auf zwei sententias officialatus Leodiensis vom 5. Nov. 1745. und 29. Jan. 1746. sich berufen wird.

Num. VII. Sententia definitiva & præclusiva in eadem caussa d. d. 9. Dec. 1777. affixa eodem die.

Num. VIII. Bulla pontificia, qua Baroni de Collenbach præpositura Hansinnensis defertur d. d. Romæ 22. Jun. 1777.

Num. IX. Requisitoriales Canonici Antoine tamquam executoris bullæ pontificiæ ad Officialem Leodiensem, ut is Bernisium in possessionem immittat, d. d. 28. Jan. 1778.

Num. X. Supplica pro Mandato, ut in rubro, a B. de Weichs in Camera imperiali exhibita 20. Febr. 1778. cum adjunctis sub Num. 1. usque 10. incl.

Num. XI. Decretum d. 23. Febr. ad præcedentem Supplicam B. de Weichs a Camera imperiali datum.

Num. XII. Privilegium Caroli V. Leodiensibus indultum, quo inter alia fuit cautum, quærelas de violatis concordatis ad Cameram esse deferendas d. d. Spiræ 7. Dec. 1529.

CAROLUS V. divina favente Clementia electus Romanorum Imperator semper Augustus, ac Rex Germaniæ, Castiliæ, Arragoniæ, Legionis, utriusque Siciliæ, Hierusalem, Hungariæ, Dalmatiæ, Croatiæ, Navarræ, Grana-

ti, Toleti, Valentiæ, Galliciæ, Majoricarum, Hispalis, Sardiniæ, Cordubæ, Corſicæ, Murciæ, Giennis, Algarbiæ, Algezieræ, Gibraltaris, ac Inſularum Balearium, Inſularum Canariæ, ac Indiarum, ac Terræ Firmæ, Maris Oceani, Archidux Auſtriæ, Dux Burgundiæ, Brabantiæ, Lotharingiæ, Styriæ, Carinthiæ, Carniolæ, Limburgiæ, Lucemburgiæ, Geldriæ, Calabriæ, Athenarum, Neopatriæ, Wirtembergæ &c. Comes Flandriæ, Habspurgi, Tyrolis, Barſiloniæ, Artois & Burgundiæ, Comes Palatinus, Hannoniæ, Hollandiæ, Seelandiæ, Ferretis, Kypurgi, Namurci, Roſſilionis, Ceritaniæ & Zutphaniæ, Landgravius Alſatiæ, Marchio Burgoviæ, Oriſtani, Goziani & Sac. Rom. Imperii Princeps Sueviæ, Cathaloniæ, Auſtriæ, & Dominus Friſiæ, Marchiæ, Sclavonicæ, Portus Naonis, Biscajæ, Molinæ, Salinarum, Tripolis & Mechliniæ &c. &c.

Omnibus & ſingulis Principibus, Archiepiscopis, Episcopis, Abbatibus, Prælatis, Ducibus, Comitibus, Baronibus, Militibus, conſervatoribus & Judicibus delegatis & ſubdelegatis, atque aliis ſubditis tam eccleſiaſticis quam ſecularibus, cujuscumque præeminentiæ, dignitatis, ſtatus & conditionis, devotis, & fidelibus nobis dilectis, amicitiam & gratiam Noſtram Cæſaream & omne bonum:

Reve-

Reverendi in Christo Patres, venerabiles generosi Nobiles, devoti ac fideles dilecti: in Nostro Imperialis Cameræ Judicio, honorabilis & peritus & sacri Romani Imperii fidelis dilectus Gaspar Mart, Nostræ Imperialis Cameræ fiscus, seu fisci procurator generalis, gravi cum querela exposuit, quod licet Germanicæ nationis Concordatis nec non certis & specialibus aliis privilegiis & ordinationibus a nunquam delendæ memoriæ Cæsare Maximiliano Avo & Prædecessore Nostro sincere dilecto cuilibet pro tempore Episcopo &c. seu Ecclesiæ ac universo Clero, aliisque subditis civitatis & Diœcesis Leodiensis, motu proprio concessis atque postea per nos gratiose roboratis, inter alia primo specialiter & expresse & sub pœna gravissimæ indignationis Cæsareæ, bannique imperialis & quinquaginta marcarum auri puri pro una fisco seu ærario Nostro alia vero medietate parti læsæ irremissibiliter persolvendarum, censurisque aliis in contraventores ipso facto inflictis sancitum & vetitum sit, ne quis audeat, præsumat vel attentet contra germanicæ nationis concordata privilegiaque memorata in præjudicium ordinariorum collatorum, & ab illis factarum collationum & canonicarum electionum quicquam facere aut innovare, seu directe vel indirecte quibusvis mediis aut practicis illas turbare seu inquietare, similiter ne cui liceat subditos dictæ Civitatis, Patriæ & Diœcesis Leodi-

ensis in quacunque caussa in prima instantia extra dictam patriam evocare, seu ad aliud tribunal præterquam ordinarium ecclesiasticum vel sæculare sui domicilii trahere, & vel in corpore vel bonis arrestare, repressalias & impignorationes contra ipsos concedere: Quamquam etiam pro Jurium sacri Romani Imperii conservatione, dictæque patriæ Leodiensis tranquillitate & omnium bono, motu proprio & ex plenitudine potestatis Nostræ Imperialis sancitum provisum & cautum sit, quod nulli conservatores aut alii quicunque judices, seu executores, vel aliæ quævis personæ, vigore conservatoriarum seu rescriptorum quorumcunque, possint vel debeant aliquam cognitionem, jurisdictionem, seu executionem in caussis profanis realibus seu feudalibus inter se contra laicas personas sibi usurpare, suscipere, seu exercere, justitiisve ac judicibus in quibusvis caussis coram se intentatis & inceptis, ac ad eorum jurisdictionem de jure communi pertinentibus inhibere, subditos, incolas præfatos extra limites patriæ ac Dominorum supra dictorum trahere, seu avocare, aut ad præmissa provocare; Liceat præterea eisdem etiam ordinationibus & concessionibus Imperialibus, sub pœnis & mulctis antedictis ipso facto committendis, omnibus sit inhibitum ac interdictum, ne contra apostolica privilegia a felicis recordationis Eugenio, Pio, Sixto, & aliis Romanis pontificibus

bus dicto Episcopo, ordinariis collatoribus & subditis antedictis quomodolibet concessa, illos molestare seu inquietare præsumat; His tamen omnibus non obstantibus nonnulli edicta privilegia, provisiones & ordinationes Nostras hujusmodi imperiales contemnentes pacta & concordata Germanicæ nationis prædicta multifarie, transgredi seque in possessionem dignitatis seu beneficiorum ad ordinariam collationem seu canonicam electionem, secundum hujusmodi pacta, specialiaque Apostolica & Imperialia indulta pertinentem contra eorundem tenores intrudere & novis interdictarum provisionum practicis indirectisque mediis, tam in præfato imperiali edicto expressis, quam aliis similibus hujusmodi ordinationes, collationes & electiones violare & impedire, alios ordinario jure provisos & canonice electos turbare, suisque possessionibus nonnunquam spoliare. Præterea nonnulli etiam conservatores & extraordinarii ecclesiastici judices in caussarum realium personalium ac profanarum cognitionem inter laicos se intromittere, judiciaque ordinaria dictæ patriæ inhibitionibus, monitionibus, citationibus & processibus impedire, nonnunquam etiam subditos & incolas patriæ & Diœcesis Leodiensis extra eorundem limites in prima instantia & alias contra dictas ordinationes & indulta evocare, non raro in personis rebusque suis arrestare, repressaliasque & pignoratio-

nes concedere, aliquando etiam ordinarios judices tam feculares quam ecclefiafticos in cognitione cauffarum ad eorum forum feu jurisdictionem de jure feu confuetudine aut conceffionum & indultorum prætactorum vigore pertinentem impedire, nec non a fententiis interlocutoriis appellare & prætextu cauffarum principalium progreffum & expeditionem fubterfugere, per hæc eosdem fubditos & incolas vexare, ac alias privilegiis & ftatutis, ordinationibus & provifionibus Noftris præfatis, multipliciter contravenire, non formidaverunt, neque formident in prædictorum prædecefforum & noftrorum privilegiorum, ordinationum & provifionum, nec non Germanicæ nationis concordatorum & pactorum, ordinariorumque judicum & collatorum prædictorum præjudicium & contemtum ac Episcopi fubditorum præfatorum ecclefiafticorum & fæcularium damnum & gravamen intolerabile: & propterea pro fuo officio fibi adverfus dictarum conceffionum, indultorum concordatorum, ftatutorumque & edictorum transgreffores, ex injuncta ei per Nos in tales animadverfione de opportuno juris remedio, præfertim mandato pœnali infrafcripto, provideri, & ad mulctarum & pœnarum contraventionibus inflictarum declarationem procedi enixius requifivit. Quod Mandatum cum fibi decretum fit, idcirco Nos inobedientes, & aufus temerarios ante enumeratos

ratos extirpare, ac mediante juſtitia punire, & refrenare cupientes, petitamque deſuper a Nobis juſtitiam adminiſtrare, vobis omnibus & ſingulis ſupra dictis cujuscumque (ut præfertur) ſtatus aut conditionis fuerint, aut quacunque auctoritate ſeu præeminentia fungentibus, Noſtra imperiali auctoritate hoc publico & generali Noſtro Imperiali edicto ſub cenſuris & pœnis in ſupra memoratis prædeceſſorum Noſtrorum, Noſtrisque privilegiis, ſanctionibus, proviſionibus & ordinationibus, ſtatutis fulminatis intercedimus & prohibemus firmiter & diſtricte, atque volumus, ne deinceps in pactorum & concordatorum ſupramentionatorum nec non ſpecialium indultorum, Episcopo eccleſiæ, clero, ſubditis & incolis patriæ & Diœceſis Leodienſis, ac aliis, quos concernit apoſtolica & imperiali auctoritatibus, quomodolibet conceſſorum derogationis & diminutionis in ordinariorum collatorum ac canonicarum electionum perſonarumque ex ordinariis collationibus ſeu canonicarum electionum, proviſarum & generaliter in ipſius Episcopi Leodienſis ſuæque jurisdictioni ordinariæ tam eccleſiaſticæ quam ſecularis præjudicium ſeu gravamen facere, ſubditos ſeu incolas ejusdem patriæ, extra ſuos limites in prima inſtantia, neque ulterius contra indultorum apoſtolicorum præſcriptorum tenorem, in cauſſam trahere, in corpore vel bonis eorum arreſtare, aut alias in

caussis realibus, profanis, feudalibus vel temporalibus, ad cognitionem jurisdictionis temporalis dictæ ecclesiæ Leodiensis de jure vel consuetudine pertinentis, aut judices ordinarios laicos vel sæculares in jurisdictione sua turbare, impedire vel alias molestare, nec propterea vos conservatores vel alii quicunque judices ecclesiastici ipsis judicibus sæcularibus inhibere, illosque monitoriis inhibitoriis vel citatoriis processibus turbare, aut ordinationibus vel statutis prædictis in aliquo contravenire præsumant, vel aliquis eorum præsumat per se, alium aut alios publice vel occulte, directe vel indirecte, quovis quæsito colore, vel ingenio, ne adversus hujusmodi contraventores ad præfatarum pœnarum declarationem illarumque executionem vel alias graviores pœnas contumacia exigendas procedi oporteat. Præterea attendentes frustra esse, privilegia, ordinationes & edicta concedere ac promulgare, ubi illorum deesset conservatio, debitaque executio & contraventorum coërcitio, Nostroque Imperiali incumbat officio, Sacri Romani Imperii & sua cuique jura conservare, privilegiaque & ordinationes, consuetudines, statuta & edicta pro reipublicæ Nostræ tranquillitate salubriter instituta & promulgata & præsertim a Nobis concessa seu confirmata, firma & illibata conservare debitæque executioni demandare, & propterea vobis omnibus & singulis supra dictis, præsertim

ſertim tenore præſentium ſub pœna graviſſimæ indignationis Noſtræ diſtricte præcipiendo mandamus quatenus conſtito vobis quantum ſufficit de privilegiorum, jurium, conceſſionum, ordinationum & edictorum hujusmodi in toto vel in parte transgreſſione ſeu contraventione, contra moleſtatores, injuriatores, & contraventores quoslibet tam eccleſiaſticos quam ſæculares, quacunque episcopali, ducali aut majori auctoritate fungentes, eorumque complices auxilium vel conſilium præbentes ad pœnarum & mulctarum in prætactis edictis, ordinationibus, & indultis comminatarum & ipſo facto contraventoribus inflictarum declarationum illarumque exactionum debitamque executionem per omnium & ſingulorum bonorum ſuorum, in quibuscunque locis dominorum Noſtrorum & alibi Sacro Romano Imperio conſiſtentium apprehenſionem, arreſtationem, aliasve pœnas graviores viis & modis opportunioribus realiter & de facto procedatis, neque prius arreſtum hujusmodi relaxetis donec prætactas pœnas integraliter perſolverint, & omnia & ſingula in præjudicium dictarum conceſſionum, ordinationum & edictorum quomodolibet facta & attentata indeque ſecuta libere & ſuis expenſis revocaverint, appellationibus ſeu oppoſitionibus non obſtantibus quibuscumque: *in quarum oppoſitionum ſeu appellationum eventum dicti contraventores eorumque procuratores com-*

plices & adhærentes, præmissa per eos attentata revocare, pœnasque & mulctas ipso facto commissas satisfacere recusantes, per devotum nobis dilectum Ambrosium de Herckenstein, Reverendi in Christo Patris Domini Erardi, Sanctæ Romanæ Ecclesiæ Cardinalis, Episcopi Leodiensis, amici Principis & consiliarii Nostri dilecti devoti seu illius Judicii supremum apparitorem ad comparendum certis diebus & terminis competentibus in executionem præsentium præfigendis, coram Nobis, Nostris & Sacri Romani Imperii fidelibus dilectis, Præsidente, seu Judice & Assessoribus Cameræ Nostræ Imperialis, dicendumque & allegandum caussas eorum oppositionum, seu non paritionis, respondendumque Nostro procuratori Fiscali, & alias prout juris fuerit, fieri declarari & decerni atque ad dictarum aliarum graviorum pœnarum & emendarum executionem procedi videndum & audiendum, justitia mediante, contra & adversus dictum procuratorem fiscalem citari & evocari executionisque & seu insinuationis & requisitionis formam & tenorem debite & pertinenter rescribi committimus & mandamus, quos etiam & Nos ad præmissa omnia & singula fieri declarari & exequi videndum, præsentium tenore auctoritate Nostra Imperiali citamus & evocamus, singuli in hoc mentem Nostram & jussionem seriam facturi.

Datum

Datum in Civitate Noſtra Imperiali Spiræ die ſeptima menſis Decembris anno Domini 1529. regnorum Noſtrorum Romani duodecimo, aliorum vero omnium decimo quinto.

Num. XIII. Litteræ informatoriales Officialis Leodienſis cum adjunctis ſub Num. 1. usque 5.

Num. XIV. Humillima Contrainformatio Baronis de Weichs cum adjunctis ſub Num. 11. usque 17.

Num. XV. Decretum Camerale Domino Baroni de Weichs die 2. Jun. 1778. datum.

Num. XVI. Supplica prima Baronis de Collenbach ad Conſilium imperiale aulicum directa de præſ. 15. Jun. 1778.

Num. XVII. Supplica ſecunda ejusdem B. de Collenbach de præſ. 16. Jun. 1778.

Num. XVIII. Supplica tertia ejusdem B. de Collenbach de præſ. 16. Jun. 1778.

Num. XIX. Supplica quarta ejusdem B. de Collenbach de præſ. 24. Jun. 1778.

Num. XX. Copia primi Concluſi imperialis aulici d. d. 30. Jun. 1778.

Num. XXI. Supplica pro mandato de non trahendo cauſſam ad forum judicii aulici d. 20. Octobr. 1778. exhibita.

Num. XXII. Exceptiones Collenbachii adversus Supplicam præcedentem productæ d. 12. April. 1779.

Num. XXIII. Sententia Cameralis paritoria d. 8. Nov. 1779. in præmemorata caussa lata.

Num. XXIV. Sententia paritoria ulterior cameralis in prædicta caussa cum excitatione fiscalis d. 28. Jan. 1780.

Num. XXV. Sententia d. 28. April. 1780. publicata, qua B. de Collenbach in pœnam mandato priori insertam condemnatur & mandatum arctius decernitur.

Num. XXV. Informatio Officialis ad senatum imperii aulicum de 7. Dec. 1778.

Quæ hac pagina sequuntur adjuncta a Num. XXV. usque XXXVI. a. ex typographi errore uno numero distant ab allegatis in examine litis.

Num. XXVI. Conclusum Senatus imperialis aulici d. 9. Sept. 1779.

Num. XXVII. Interventio Celsissimi Principis Leodiensis in Consilio imperiali aulico exhibita 27. Jan. 1780.

Num. XXVIII. Exceptiones fori declinatoriæ a B. de Weichs consilio imp. aulico oblatæ.

Num. XXIX. usque *Num. XXXI.* Conclusa senatus imperialis aulici d. 24. Febr. 1780. in hac caussa emanata.

Num.

Num. XXXII. Supplica Bernisii ad consilium privatum Celsissimi Principis Leodiensis directa, qua Officialem suspecti postulat de exhib. 27. Mart. 1778.

Num. XXXIII. Apostilla ad præcedentem supplicam d. 28. Mart. 1778.

Num. XXXIV. Exceptiones B. de Weichs contra istam Supplicam.

Num. XXXV. Apostilla Principis, qua Bernisio injungitur, ut acta ferendæ sententiæ caussa deponat d. 20. Jun. 1778.

Num. XXXVIa. Extractus ex Supplica Bernisiana ad consilium imperiale aulicum directa, de præs. 1. Mart. 1779.

Num. XXXVIII. Conclusa senatus imperialis aulici in caussa de Bernis contra de Weichs d. d. 9. Sept. 1779. emanata.

Num. XXXIX. Supplica pro Mandato S. C. a B. de Weichs contra B. de Collenbach in Camera imperiali d. 8. Jan. 1780. exhibita.

Num. XL. Decretum prælocutorium ad istam Supplicam d. 24. Jan. 1780.

Num. XLI. Supplica ulterior B. de Weichs d. 19. April. 1780. exhibita.

Num. XLII. Decretum ad Supplicam præcedentem latum 27. April. 1780.

Num. XLIII. Mandatum Caroli V. d. d. Bruxellis 3. Oct. 1548. ut omnes imperio sub-

jecti

jecti neque se neque suos Vasallos ad extranea fora trahi sinerent, & si quid ejusmodi attentetur, fiscalem judicii Cameræ certiorem redderent.

Carolus V. Dei gratia Romanorum Imperator semper Augustus &c. Serio mandamus, ut nostram & Imperii, vestramque superioritatem, jurisdictionem, feuda, bona, & jura conservetis, nec vos, neque vestros Vasallos & Subditos ad externa & foranea tribunalia in jus vocari trahive sinatis, neque externorum Principum jurisdictioni vos aut vestros ratione quorumcunque bonorum Imperii jurisdictioni subjectorum quovis modo submittatis, neque citati compareatis tam ratione personarum, quam bonorum, sed potius antiquos Imperii limites conservare studeatis, & si quid a quopiam extraneo Principe aut quovis alio attentari contigerit, ei pro virili resistatis, Nosque & fiscalem Judicii Cameræ citra ullam cunctationem certiores reddatis, quo in omnem casum de congruo remedio possit provideri.

Datum Bruxellis III. Octobris Anno MDXLVIII. sub pœna indignationis & pœna arbitraria, ratione contemptus & negligentiæ.

II.

Von dem aus Gelegenheit des Rehboomischen Falles entstandenen Streit über das Reichsständische Recht der Obsignation und Gerichtsbarkeit über die zu ihren Gesandschaften am kaiserlichen Hofe gehörigen Personen.

Geschichts-Erzählung, was es mit der von dem Kayserl. Reichshofrathe, nach Absterben des Herzogl. S. Weimar- und Gothaischen Legations-Raths und Gesandtschafts-Secretarius, Fricdrich Carl von Rehboom, zu Wien, über dessen Verlassenschaft sich angemaßten unbefugten Sperre und prätendirten Gerichtsbarkeit, auch denen darüber von beyden Herzogl. Höfen geführten Beschwerden, für eine Beschaffenheit habe, nebst deren rechtlichen Ausführung.

Nach

Nach dem Tode weyland des Herzogl. Sachsen-Weimarischen und Gothaischen Legations-Raths und Agenten zu Wien, Friedrich Carl von Rehboom, sind die Hochfürstlichen Höfe, welchen derselbe bedient gewesen war, mit dem Kaiserl. Reichshofrath in eine Streitigkeit verwickelt worden, bey der es auf den Verlust oder die Erhaltung des Reichs-Ständischen Gesandtschafts-Rechts ankömmt, und die in gegenwärtiger Druckschrift dargelegt werden soll.

Es ist also nöthig,

1) die Geschichte dieser Streitigkeit zu erzählen;

2) das Reichs-Ständische Gesandtschafts-Recht in seiner rechtsbegründeten Beschaffenheit zu zeigen. Man wird aber auch

3) alle diejenige Behelfe anführen, die der Reichshofrath zur Rechtfertigung seines Verfahrens anziehet, und diesen

4) eine überzeugende Widerlegung entgegen setzen.

Erster Abschnitt.

Geschichts-Erzählung.

§. 1.

Friedrich Carl von Rehboom war der Sohn des zu Wien gestandenen Herzogl. Sachsen-Weimarischen und Gothaischen Geheimen Raths und Abge-

Abgesandten, Christoph Johann von Rehboom, und also ein angebohrner Fürstl. Sächsischer Unterthan. So bald er zu Jena seine Studien vollendet hatte, trat er, ohne in irgend eine andere Verbindung zu Wien, oder anderwärts sich einzulassen, in eben die Dienste, welche sein Vater bekleidete. Durch ein, wie bey andern Fürstl. Weimarischen würklichen Secretarien gewöhnliches Decret, welches unter No. 1. hier beylieget, wurde er unterm 4ten May 1764. zum Legations-Secretarius bey dem Kaiserlichen Hoflager zu Wien, und zwar ausdrücklich in der Eigenschaft ernennet, um unter der Direction und dem Beystande seines Vaters die gerichtlichen und ausser gerichtlichen Angelegenheiten des Fürstl. Weimarischen Hauses daselbst zu besorgen; wie Er denn auch in Herzogl. Sachsen-Gothaische Dienste gleichfalls als Legations-Secretarius, um sich, unter der Direction und Anleitung seines Vaters, von den Gothaischen am Kaiserlichen Hofe habenden Geschäften und Angelegenheiten behörig zu informiren und dazu geschickt zu machen, laut des sub No. 2. beyliegenden Decrets unterm 21ten May 1764. aufgenommen wurde, wobey von gerichtlichen Geschäften gar nicht die Frage gewesen. In der Eigenschaft eines Sachsen-Weimarischen Legations-Secretarius, wurde er, wie solches die Beylage No. 3. ausweiset, als er nach Wien sich verfügen sollte, mit der gewöhnlichen Diener- und Unterthanen-Pflicht den 10ten gedachten Monats

beleget, und in Ansehung der gerichtlichen Angelegenheiten mit der unter No. 4. beygefügten, von der Frau Herzogin Regentin Durchl. vollzogenen General-Vollmacht unterm 11ten desselben Monats versehen. In gleicher Qualität eines Legations-Secretarius und Agenten erhielt er ferner unterm 4ten November 1766. die besondere Vollmacht No. 5., um im Nahmen des Herzogl Sachsen-Weimarischen Hauses der hergebrachten gesammten Hand und Mitbelehnschaft coram throno gehörige Folge zu thun, als das Herzogl. Sächs. Gesamthaus, wie hernach den 3ten April 1767. würklich geschah, wegen der von der Krone Böhmen abhangenden Lehen und Regalien der Herrschaft Saalfeld, beliehen werden sollte. Im Jahre 1769. wurde er unterm 1ten Februar, vermöge No. 6. auch zu der Herzogl. S. Gothaischen gerichtlichen Anwaldschafft bestellt und zugleich zum Rath ernannt. Den 4ten desselben Monats starb der Geheime Rath und Gesandte von Rehboom, unter welchem sein Sohn bisher gedient hatte. Da aber bekanntermasen die Eigenschaft eines Legations-Secretarius durch das Absterben des ihm vorgesetzten Gesandten nicht aufhöret, vielmehr zu gedoppelter Thätigkeit gelanget; so gieng auch durch jenen Todesfall mit dem Legations-Secretarius von Rehboom keine Veränderung vor. Gleich jedem andern Legations-Secretarius trat er vielmehr in die Gesandtschafts-Angelegenheiten beyder Herzogl. Höfe unmittelbar ein,

ein, und besorgte sie vorerst, bis die Gesandtschaftsposten wieder besetzt worden, allein. Als aber noch in diesem 1769sten Jahre bey beyden Kaiserlichen Majestäten vom Sachsen-Gothaischen Hofe der Geheime Legations-Rath von der Lith wieder accreditirt wurde, und dieses auch vom Sachsen-Weimarischen in folgendem Jahre mit der Person des Geheimen Legations-Raths Isenflam geschah; so hörte zwar, vorerst in Ansehung Sachsen-Gotha, und hiernächst auch in Ansehung Sachsen-Weimar, des jüngern von Rehboom Verweserschaft auf, jedoch sezte er die Verrichtungen eines Legations-Secretarius nach wie vor fort, und erhielt von S. Gotha unterm 20ten März 1769. und von S. Weimar unterm 15ten May 1770. den Character eines Legations-Raths, respective mit Erhöhung seines Gehalts, durch die unter No. 7. und 8. beygefügten Decrete, welche ihn dabey nahmentlich, neben der Reichshofräthlichen Agentie, noch ferner zu den bis dahin zugleich aufgehabten Geschäften, die vermöge der ersten Decrete, (N. 1. & 2.) die außergerichtlichen Angelegenheiten betrafen, verbanden. Es ist auch um so viel gewisser, daß der von Rehboom, so lange er lebte, zu der Sachsen-Weimarischen und Gothaischen Gesandtschaft gehörig war, als er nicht nur von Zeit zu Zeit solche Aufträge, die einem Gesandtschafts-Secretarius pflegen ertheilt zu werden, von seinen hohen Höfen erhalten und ausgerichtet, auch sich, bis er durch seine kränkli-

 chen

chen Umstände daran verhindert wurde, mit Abcopirung der Acten-Stücke, die in beyde Gesandtschafts-Archive gehörten, und doch nur einfach vorhanden waren, zu Ergänzung der Archive beschäftiget, sondern so gar das ganze Herzoglich-Sachsen-Weimarische Gesandtschafts-Archiv in seiner alleinigen Verwahrung gehabt hat, welches auch bey seinem Absterben unter seinem Nachlasse noch befindlich war. Nimmermehr konnte auch der von Rehboom seine gesandtschaftliche Bestimmung und Eigenschaft an und für sich dadurch verliehren, daß er nach seines Vaters Tode das Prädicat eines Legations-Raths erhalten hatte. Dieses mußte vielmehr solche bekräftigen und bestärken. Das Verhältniß des von Rehboom blieb dabey immer dasselbe. Beym Reichshofrathe fuhr daher auch selbiger bis zu seinem Absterben fort, mit der nämlichen Vollmacht zu agiren, die er gleich anfangs übergeben hatte, und in welcher er Gesandtschafts-Secretarius genennt worden war.

§. 2.

Der von Rehboom war aber nicht allein würklich eine gesandtschaftliche Person, sondern er war auch dafür bis zu seinem Lebens-Ende erkannt worden. In der Eigenschaft eines Sachsen-Weimarischen und nachhero auch S. Gothaischen Gesandtschafts-Secretarius war er, nach den dieserwegen an beyde Höfe verschiedentlich erstatteten Berichten, von seinem Vater, dem Gesandten von

Reh-

Rehboom, sowohl den Kaiserlichen und Kaiserlich-Königlichen, als auch den auswärtigen Herren Ministern zu Wien, so wie den mehresten Herren Reichshofräthen vorgestellt worden. In Gefolg dessen wurde er nachhero bey vielen Gelegenheiten als Gesandtschafts-Secretarius zu den Kaiserlichen und Kaiserl. Königlichen Herren Ministris, Referendariis und Räthen von seinem Vater, dem Gesandten, geschickt und von ihnen in dieser Eigenschaft angenommen. Dieses geschah besonders auch damals, da er, wie in dem vorhergehenden §pho bemerkt worden ist, bey dem Saalfeldischen Belehnungs-Geschäfte gebrauchet werden sollte; und beyde Kaiserl. Majestäten geruheten unterm 12ten März 1767. ihm allergnädigste Audienz zu verstatten. Der Reichshofrath selbst, mit dem man sich nunmehro im Streit befindet, erkannte den von Rehboom in seinen Conclusis als Gesandtschafts-Secretarius, wie dieses das über seine Legitimation gewöhnlichermasen ergangene Conclusum vom 49ten Jul. 1764. welches unter No. 9. hier beygefüget ist, bereits so hinlänglich bezeuget, daß mehrere beyzufügen überflüßig seyn würde. Man will jedoch zwey Conclusa von den Jahren 1765. und 66. unter No. 10. und 11. beylegen, welche bewähren, wie auch bey seiner würklich vollzogenen gerichtlichen Anwaldschaft der Reichshofrath die außergerichtliche Eigenschaft eines Legations-Secretarius an dem von Rehboom nicht verkannt oder vergessen habe. Endlich ge-

noß der von Rehboom bis zu seinem Absterben überhaupt alle Gesandtschafts-Rechte, und nebst seinen Bedienten die damit verbundenen Immunitäten, als unter andern die Sperr-Freyheit an den Thoren, ohne daß er jemals veranlaßt worden wäre, über den Abgang eines ihm zuständigen Vorzugs Klage zu führen.

§. 3.

Stand aber also der Legations-Rath von Rehboom blos in S. Weimarischen und Gothaischen gesandtschaftlichen Diensten, (§. 1.) und war er in dieser Eigenschaft, so lang er lebte, allgemein erkannt worden; (§. 2.) so war nichts natürlicher, als daß seine gnädigsten Herrschaften, auch nach seinem Absterben, in Ansehung seines Nachlasses und des darunter noch darzu befindlichen S Weimarischen Gesandtschafts-Archivs, diejenigen Vorkehrungen durch ihre Geschäftsträger treffen ließen, welche jedem Hof über die zu seiner Gesandtschaft gebrauchten und gehörigen Personen nicht allein zustehen, sondern auch obliegen. Aus diesen Gründen denn nahmen die S. Weimar- und S. Gothaischen bey des Kaisers und der Kaiserin Königin Majestäten würklich accreditirten Geheimen Legations-Räthe, Isenflam und von der Lith, als der Legations-Rath von Rehboom den 30ten October 1770. des Morgens früh um 2. Uhr verstarb, noch an demselben Tage eine gemeinschaftliche Obsignation vor, und

druck-

druckten besonders auf die Schubladen eines Kastens, in welchem sich einige die Herzogl. Sachsen-Weimar- und S. Gothaische Gesandtschaften angehende Schriften und Papiere befanden, ihre beyden Siegel auf.

§. 4.

Niemand konnte vermuthen, daß diesem ausgeübten offenkundigen Gesandtschafts-Recht Eintrag geschehen würde, und daß die Herzogl. S. Weimar- und S. Gothaische Höfe an der weitern Behandlung der Verlassenschaft des verstorbenen Legations-Raths von Rehboom würden behindert werden. Man konnte sich eine solche Besorgnis um so weniger beygehen lassen, als beyde Höfe nichts anders thaten, als was sie noch erst im Jahre 1769. nach Absterben des Gesandten von Rehboom ruhig und ohne den allermindesten Widerspruch gethan und vollzogen hatten. Dennoch erfolgte ein solcher Eingrif, indem den andern Tag nach dem Ableben des Legations-Raths von Rehboom, der Kaiserliche Reichshofrath den Reichshofraths-Secretarius von Stock, nebst einem Canzleyverwandten, in das Quartier des Verstorbenen abordnete, ebenfalls eine Obsignation vornehmen, und auf einen Kasten im Hauptzimmer ein Siegel aufdrucken ließ. Der Reichshofrath war hierzu weder imploriret, noch befanden sich unter den Erben Unmündige oder Abwesende, Umstände, welche jedennoch dem Reichshofrathe keine Ge-

richtbarkeit hätten verschaffen können. Es erlaubte sich also der Reichshofrath dieses Unternehmen ohne irgend einige Veranlassung und willkührlich. Die in eben demselben Zimmer, worinnen der Reichshofraths-Secretarius zu obsigniren für gut fand, befindlich gewesenen Siegel der Geheimen Legations-Räthe Isenflam und von der Lith, verrückte jedennoch derselbe nicht; er that nicht einmal gegen die von ihnen geschehene gesandtschaftliche Versiegelung einigen Widerspruch, sondern er begnügte sich, den Anwesenden überhaupt zu sagen, daß sie keine andere Sperre zulassen mögten; sie zu fragen: ob der Verstorbene ein Testament hinterlassen hätte? wer seine Erben wären? auch ob unter diesen sich Unmündige befänden? und hinzu zu sezen: „wie es des Herrn Reichshofraths Präsidenten, Grafen von Harrach Excellenz, sehr befremdlich vorkomme, daß der Geheime Legations-Rath von der Lith, als des Verstorbenen Schwager, den Todesfall bey dem Kaiserlichen Reichshofrathe nicht habe ankündigen, und um die Obsignation bitten lassen.„ Durch diesen Schritt würde gleichwohl der von der Lith gegen seine Pflichten, gegen Rechte und Herkommen und über dieses noch gegen den in frischem Andenken gewesenen lezten Hergang bey Absterben des Gesandten von Rehboom, seines selbst eigenen Schwiegervaters, vom Jahr 1769. angestoßen haben, und konnte solches demselben um so weniger in den Sinn kommen, als nicht nur die bey die-

sem

sem leztern Falle von den Höfen beliebten Maasregeln durch ihn selbst veranlasset worden waren; sondern er auch selbst bereits im Jahre 1760. (siehe unten §. 36. No. 12.) eine gesandtschaftliche Versiegelung und Erbschafts Abhandlung vollzogen hatte.

§. 5.

So bald die Höfe zu Weimar und Gotha von dem Eingriffe des Reichshofraths unterrichtet waren, vereinigten sich solche, bey des Kaisers Majest. allerunterthänigste Vorstellung zu thun. Die Abschrift davon liegt hier unter N. 12. bey, und zeiget zugleich, wie jedennoch besagte Höfe, die zu keinen Mißhelligkeiten und Streitigkeiten Anlaß geben wollten, sich dabey gegen Sr. Kaiserl. Majestät erklärten:

> daß sie sich für diesesmal und in dem gegenwärtigen alleinigen Falle bey der von dem Reichshofrath einmal gemachten Anordnung mit der Verwahrung begnügen wollten, daß solches fürs künftige zu keiner Consequenz gereichen, oder angezogen werden mögte, auch Se. Kaiserl. Majest. ersuchten, dem Reichshofrathe zu befehlen, daß nunmehro die Sperre auf Anmelden der Erben hinwiederum abgenommen, jedoch wegen der Gesandtschafts-Archive, Acten und Scripturen nichts weiter verordnet, sondern alles den beyderseitigen Herzogl. Geheimen Legations-Räthen, die

sie vorhin schon mit ihren Pettschaften versiegelt hätten, sogleich überlassen und verabfolget werde.

Nur geschah zugleich das allerehrerbietigste Ansuchen:

daß Kaiserl. Majest. sothane an den Reichshofrath zu erlassende allerhöchste Anweisung noch dahin zu erstrecken allermildest geruhen möchten, daß derselbe in Zukunft beym Ableben der am Kaiserlichen Hoflager anwesenden Herzogl. Sächs. gevollmächtigten Räthe und Agenten eine Sperre ihres Nachlasses zu veranstalten, in Gemäßheit der vorhandenen Reichs-Grundgeseze, sich gänzlich zu enthalten habe.

Die Herzoglichen Höfe glauben nicht, daß sie gegen den Reichshofrath mit mehrerer Achtung und mit mehrerer Nachgiebigkeit und überhaupt mit mehrerer Vorsicht hätten zu Werke gehen können, und indem Sie jenes an Se. Kaiserl. Majest. von Gotha aus unterm 21ten December 1770. ergangene Vorstellungs-Schreiben des Herrn Reichs-Vice-Canzlars Fürstl. Gnad. selbst übersendeten, und zum geneigten Vortrag, auch nach vorwaltender Gerechtigkeit zur Unterstüzung empfahlen, erließen Sie nicht nur ein gleichlautendes Empfehlungs-Schreiben an des Herrn Reichshofraths Präsidenten Excellenz, sondern sie ersuchten zugleich

gleich Dieselben, um ja allen Weiterungen vorzubeugen, und alles Aufsehen zu vermeiden:

daß von dieser Angelegenheit nichts in das Anschlagsprotocoll kommen möchte.

§. 6.

Allein der Reichshofrath verfuhr nach ganz andern Grundsäzen. Als Se. Kaiserl. Majest. demselben die Herzoglichen Vorstellungs-Schreiben zum Gutachten zugesandt hatten, begnügte Er sich nicht, deren Gegenstand, wie es ohne allen Zweifel Sr. Kaiserl. Majestät allererleuchteste Absicht gewesen war, und wie man weiß, daß unter allerhöchst Ihrer Regierung in vielen Angelegenheiten geschehen ist, und noch täglich geschiehet, eine zwischen Sr. Kaiserlichen Majest. und ihm bestehende Sache seyn zu lassen; sondern derselbe gab der Angelegenheit die völlige Gestalt einer förmlichen Rechts-Sache, und den, verschlossen, an das Reichs-Oberhaupt gebrachten Herzoglichen Schreiben das Ansehen und den Titel offener gerichtlichen Exhibitorum; er erkannte ein förmliches Votum ad Imperatorem; und gerade dem Herzogl. gut gemeinten Ansuchen entgegen, ließ er die Rubric in das öffentliche Anschlags-Protocoll ausdrücklich sezen, da derselbe dennoch nicht selten aus Glimpf oder auch aus Gefälligkeit sogar für solche Partheyen, die mit Herzogl. Sächs. Höfen in keine Vergleichung zu stellen sind, dieses zu unterlassen pfleget.

In einer so bedenklichen Abmase erschienen die unter No. 13. und 14. hierbeygelegten Conclusa vom 21ten Jänner und 22ten Februar 1771. und das übelste dabey war, daß der Reichshofrath der die Sperre betreffenden besonderen Rubric noch dazu die allgemeine:

Reichshofraths = Jurisdiction
betr.

vorausgesezet hatte. Hierdurch wurde nicht nur der Streit, welcher bisher allein den besondern Gegenstand der Versieglung betroffen hatte, viel ausgebreiteter, wichtiger und weit aussehender gemacht, sondern es wurde auch offenbar etwas als richtig und entschieden voraus gesezt, was noch allererst die Darlegung und den Beweis erforderte.

§. 7.

Die Herzogl. Höfe standen vorhin in der billigen Vermuthung, der Reichshofrath würde die Gerechtsame der Stände des Reichs hinlänglich kennen, und nie aus den Augen sezen, daß er Kaiser und Reiche zugleich und in gleichem Grade mit Eide verpflichtet sey, auch die Vorschrift der Reichshofraths Ordnung

Tit. 1. §. 15. Tit. 2. §. 2.

zu einer Richtschnur aller seiner Entschließungen haben. Sie mußten aber seit diesem unangenehmen Vortritt besorgen, es würde derselbe in seinem Gutachten an Se. Kaiserl. Majest. unternommen

nommen haben, auf solche Begründungen und Erweiterungen der Kaiserlichen Jurisdiction anzutragen, die mit Nachtheil und Abbruch der Reichsständischen verbunden wären. Nichts desto weniger erwarteten sie, voll von Vertrauen auf einen so erleuchteten, als gerechten Kaiser, in dessen Hände sie ihr Interesse gelegt hatten, den Erfolg des Reichshofräthlichen Voti mit Gelassenheit und glaubten, solches um so mehr thun zu können, da ihre Sache die Sache aller Reichs-Stände war, von denen sie auch bereits verschiedene der angesehensten Chur- und Fürstlichen Höfe auf das nachdrücklichste unterstüzt hatten. Der Erfolg schlug auch ihre Hoffnung noch nicht zu Boden. Der Herr Reichs-Vice-Canzlar ließ zwar einige Wochen darnach ihre Geheimen Legations-Räthe zu sich rufen, und gab ihnen zu erkennen:

Es werde ihnen erinnerlich seyn, daß sie vor einigen Monaten Ihm Vorstellungs-Schreiben von Seiten der Frau Herzogin und Ober-Vormünderin zu S. Weimar und des Herrn Herzogs zu S. Gotha an Se. des Kaisers Majest. wegen der vom Reichshofrathe nach Absterben des Herzoglichen Legations-Raths von Rehboom angelegten Sperre übergeben hätten. Kaiserl. Majest. hätten nicht erwartet, daß abseiten dieser Höfe über die in gegenwärtigem Falle vom Reichshofrathe vorgenom-

genommene Sperre Anstand gemacht, dessen Jurisdiction hierinn bezweifelt, und Allerhöchst Dieselbe angegangen werden sollten. Es habe Reichshofrath in diesem Falle nichts gethan, als was er zu thun pflege, wenn ein Fürst und Reichs-Stand selbst hier verstürbe. Werde nun, bey Absterben der Principalen, die Reichshofräthliche Jurisdiction also ausgeübt; so müsse solches auch noch vielmehr bey deren Repräsentanten, Gesandten und Räthen, (besonders wenn sie bey dem Kaiserlichen Reichshofrathe mit Vollmachten versehen gewesen wären, Schriften exhibirt und Geschäfte betrieben hätten) gelten. Und es habe der Reichshofrath hierinn sowohl die Reichsgeseze vornehmlich die Kaiserliche Wahl-Capitulation, als auch eine Menge von præjudiciis, für sich. So wenig demnach Kaiserl. Majest. des Reichshofraths Jurisdiction etwas benehmen könnten; eben so wenig wären Allerhöchst Dieselbe gemeint, der Reichsstände Jus fœderum & legationis zu verringern oder zu hemmen, sondern selbiges vielmehr in allen Fällen zu schüzen. Er, Herr Reichs-Vice-Canzlar wolle ihnen übrigens die Consignation solcher Præjudiciorum, welche unter No. 15. 16. und 17. beyliegen, hiermit behändigen.

§. 8.

§. 8.

Dennoch ließen die Herzogl. Höfe, dieser für sie im Hauptwerke so wenig günstigen Aeusserung des Herrn Reichs-Vice-Canzlers ungeachtet, den Muth noch nicht sinken. Die derselben zulezt beygefügte Versicherung geschah im Nahmen eines Kaisers, dessen Reichskundige Billigkeitsliebe, strenge Gerechtigkeit und treue Verehrung der Geseze und der Verfassung des Reichs sich so vorzüglich unter seinen erhabenen Eigenschaften auszeichnen; eines Kaisers, der viel zu großmüthig denkt, als daß Er die Hoheit seiner oberhauptlichen Würde in der Erniedrigung der Reichs-Stände zu suchen, auch nur den entferntesten Gedanken haben könnte. Dieselbe Versicherung geschah auch allen denjenigen Churfürstlichen und Fürstlichen Gesandtschaften, welche die Herzogl. S. Höfe unterstüzt hatten, und denen noch kurz vorher bezeuget worden war, wie die Sache nicht übereilet, alles wohl untersuchet, auch in der Folge gerne weiter communiciret werden würde. Zu dieser ferneren Communication und weiteren Unterhandlungen öfnete auch den Weg die obgleich abfällig scheinende obangeführte Erklärung des Hrn. Reichs-Vice-Canzlars.

Auf der einen Seite war sie nicht mit einer solchen Kundmachung einer Kaiserlichen Entschliessung durch den Reichshofrath begleitet, als sonst im gemeinen Wege Rechtens, wohin der Reichshofrath die Sache einzuleiten gesucht hatte, (§. 6.)

auf

auf Vota ad Imperatorem zu geschehen pfleget; Und da auf der andern Seite selbige den Grundsaz, worauf sich der Reichshofrath berief, bekannt machte, und Verzeichnisse ausgeliefert wurden, die dieses Reichs-Gericht für sich anzöge; so beruhete es in der Natur der Sache, daß hierdurch zugleich den Fürstl. Sächsischen Höfen eingeräumet war, auf jenen zu antworten, und gegen die in diesen enthaltenen vermeintlichen Beyspiele dasjenige vorzubringen, was sie einzuwenden haben mögten.

Die Fürstlichen Höfe ließen sich dahero auch so fort nichts angelegener seyn, als diesem doppelten Gegenstande Genüge zu leisten; und wäre blos nötig gewesen, die Fehlsamkeit des von dem Reichshofrathe aufgeworfenen Grundsazes zu zeigen; so würden sie damit sehr bald haben zu Stande kommen können. Da es aber zugleich auf die Entkräftung einer nicht geringen Anzahl vermeintlicher præjudiciorum ankam, die eine umständliche Beleuchtung mehrentheils veralteter Factorum und eine weitläuftige Erkundigung bey andern Höfen, die sie betrafen, und bey diesen zuweilen wieder ein mühsames Aufsuchen in den Archiven erheischte; so konnte es nicht anders seyn, als daß darüber einige Monate verstrichen, während welchem jedoch die Herzogl. Sächsischen Geheimen Legations-Räthe nicht unterließen, an gehörigen Orten die vorläufige Anzeige zu thun,

wie

wie an einem Aufsaze gearbeitet und selbiger demnächst eintreffen würde.

§. 9.

Auch unerwartet dieses Aufsazes, schien es indessen im Herbste, als ob die Sache in eine gütliche Behandlung eingeleitet und zu Auskunftsmitteln befördert werden wollte. Nicht nur wurde einigen der unterstüzenden Gesandtschaften zu erkennen gegeben, daß man suchen würde, einen Ausweg zu finden, bey welchem die theilnehmenden hohen Höfe sich zu beruhigen Ursache haben würden, sondern es geschah auch würklich dem Fürstl. Sachsen Weimarischen Geheimen Legations-Rathe selbst, ob zwar nur Gesprächsweise und mit der ausdrücklichen Erklärung:

> daß man es nur für sich, und ohne hierzu einen höhern Auftrag zu haben, thue, wie denn auch Ihro Kaiserl. Majest. eben damals abwesend und auf Ihrer Italiänischen Reise begriffen waren,

der Vorschlag:

> daß der Reichshofraths-Secretarius sich in weyland des Legations-Raths von Rehboom Quartier verfügen, und im Beyseyn der S. Weimar- und S. Gothaischen Geschäftsträger das Siegel wieder abnehmen und erklären sollte, daß der Nachlaß den Erben zur Theilung hiemit überlassen sey; wobey ge-

dachte Geschäftsträger mit ebenmäßiger Abnehmung der von ihnen angelegten Siegel, die jedem Fürstl. Hause zugehörige Schriften und Acten zu sich nehmen könnten; auch sollte in dem dabey zu erlassenden Reichshofraths Concluso ausdrücklich angemerkt werden, daß alles ohne Nachtheil und mit Vorbehalt allerseitiger Gerechtsame geschehen sey.

§. 10.

Vergleichet man mit diesem Antrage die Erklärung, welche die Herzogl. Sächsischen Höfe gleich Anfangs des Kaisers Majest. gethan hatten; (§. 5.) so mögte es beynahe scheinen, als ob selbiger mit dieser gutentheils zusammen träfe, und also auch solchem um so leichter die Hände zu bieten gewesen seyn würden. Allein hätten auch 1) die gedachten Höfe darüber völlig hinaus gehen wollen, daß der Antrag nur als eine privat Aeusserung, und mit dem ausdrücklichen Beysaze, keinen höhern Auftrag dazu zu haben, geschehen war: so hatte sich doch 2) die Lage der Sache bereits wesentlich verändert. Denn, als die Höfe ihre erste Erklärung thaten, war annoch völlig res integra, und es wäre leicht angegangen, in der Maße, wie sich die Höfe freywillig entschlossen hatten, über den in der Stille geschehenen einzigen Actum obsignationis hinweg zu gehen. Nach der Hand hatte der Reichshofrath die Sache geflissentlich verbreitet, mit unläugbarer Zudring-

dringlichkeit gegen die Fürstl. Sächs. Höfe alle Umstände äusserst erschweret, und aus einem besonderen Versieglungs-Zwist eine allgemeine weit aussehende Jurisdictions-Streitigkeit gemacht. 3) Hatten sich die Herzogl. Höfe, dem Reichshofrathe zu Ehren, auf einen einzelnen Fall zu einem Auswege erboten, wenn die Reichsständischen Gesandtschafts-Rechte in Würksamkeit und Thätigkeit auf alle künftige Fälle aufrecht erhalten und sicher gestellt würden. Der damalige Antrag kehrte hingegen dieses gerade um, erlaubte den Fürstl. Sächsischen Höfen in gegenwärtigem Falle Verwahrungen und Vorbehalte, und gab ihnen für das künftige keine andere Aussicht, als sich mehrmahlen dergleichen Verwahrungen und Vorbehalte zu bedienen. Dahin einzugehen mußte ihnen 4) desto bedenklicher fallen, da sie hierdurch selbst mit gewürket haben würden, den Besitzstand zu ihrem unwiederbringlichen Nachtheile zu verändern. Ohne so vieler vorigen Beyspiele zu gedenken, konnte wenigstens der allerneueste ruhige Besiz der Fürstl. Sächsischen Höfe von dem Reichshofrathe nicht in Abrede gestellt werden. Anderthalb Jahre vor dem jezigen Falle, bey dem Tode des Gesandten von Rehboom, hatten selbige die Gesandtschafts-Rechte hieselbst ruhig und ohne mindeste Anfechtung vor den Augen des Reichshofrathes ausgeübet, welche ihnen dieser jezo zu entreissen suchte. Es hätte folglich die Annehmung des Antrags bey allen Verwahrungen, die man ihnen zu-

 gestan-

gestanden, ja die man selbst in das Reichshof-raths-Conclusum eingeschaltet hätte, nur darzu gedienet, dem Reichshofrath in der Folge Beyspiele einer vermeintlichen Observanz zu verschaffen. Oder es wäre dadurch 5) die Anlage zu einem solchen Plane gemacht worden, nach welchem bey jedem künftigen Vorfalle, zum unersezlichen Schaden aller höchsten und hohen Reichs-Stände, der Reichshofrath seine dermaligen Anmaßungen thätig fortsezen, und jenen nichts als zum höchsten fruchtlose Verwahrungen und Vorbehalte anheim lassen könnte. Hierzu kam, 6) daß der Antrag mit solchen Vorschlägen in Ansehung der zugleich obgewalteten Versieglungs-Strittigkeit wegen der Verlassenschaft weyl. der verwittibten Gesandtin von Rehboom verbunden war, in welche die Fürstl. Sächsischen Höfe vollends, ohne allen Vortheil ihrer Sache aufzugeben, sich nicht einzulassen vermogten. Endlich mußten selbige 7) den Antrag aus diesem Grunde auch für unhinlänglich ansehen, weil, so bald die darinn den Erben überlassene Theilung in der Güte nicht zu Stande kommen sollte, die Frage von Bestimmung des gehörigen Richters wieder eingetretten seyn würde, von welcher Eigenschaft sich die Höfe würden noch weit weniger, als von dem bloßen actu obsignationis haben verdringen lassen können.

Dieses waren also auch die Gründe, warum die Höfe zu Weimar und Gotha sich in den ge-

schehenen Antrag nicht einzulassen beschlossen, und der Sachsen-Weimarische Geheime Legations-Rath erhielt, mit Einverständnis des Fürstl. S. Gothaischen Hofs, Befehl, jedoch ebenfalls nur auf dem Fuß einer von ihm privatim, wiewohl mit Vorwissen seines Hofes, geschehenden Antwort zu erklären:

> daß man sich auf das Expediens wegen des Nachlasses des Legations-Raths von Rehboom vorerst nicht einlassen könne, vielmehr auf einer Kaiserlichen Resolution, durch welche die diesseitige Gesandtschafts-Rechte *pro futuro* sicher gestellt würden, bestehen müsse;

eine Antwort, welche auf der einen Seite noch immer den Weg zu Auskunfts-Mitteln offen hielt, und auf der andern Seite darlegte, um was es den Herzogl. Höfen, in einförmiger strecklicher Befolgung des vom Anfang angenommenen Gesichtspunkts, dabey zu thun sey.

§. 11.

Man glaubte in diese Antwort um so eher sich einschränken zu können, da mittlerweile der Aufsaz, womit die Fürstl. Sächsischen Höfe den Ungrund der von dem Reichshofrath aufgeworfenen Säze und Beyspiele darzulegen sich vorbehalten hatten, (§. 8.) fertig, auch des Hrn. Reichs-Vice-Canzlars Fürstl. Gnaden, wie er hier unter No. 18. beylieget, unterm 29ten November

1771. übergeben worden war, und die Hofe sich schmeichelten, ihre Absicht darinn so einleuchtend dargethan zu haben, daß Se. Kaiserl. Majest. ungezweifelt geruhen würden, Ihnen mit der angesuchten Sicherstellung für das künftige, worauf ihnen alles ankam, zu willfahren, hierdurch aber nachhero der gegenwärtige Fall sehr leicht zu einer schicklichen Endschaft zu bringen seyn würde.

Es enthielt dieser Aufsaz die Gründe, auf welchen die Reichsständischen Gerechtsamen beruhen; es war darinn auf den von der Kaiserlichen Gerichtbarkeit über die Stände des Reichs selbst hergenommenen Schluß des Reichshofrathes geantwortet; es war dargeleget, daß von allen angezogenen Beyspielen lediglich nur 7. anschlügen, und auch diese nicht das bewiesen, was sie beweisen sollten; und es war hingegen eine Reihe von 14 Beyspielen beygebracht, die in Absicht auf die Reichsständischen Befugnisse eben so gut den ununterbrochenen Besiz und das Herkommen ausser allen Zweifel sezten, als ihnen Recht, Geseze und Verfassung zur Seite standen.

§. 12.

So bald jedennoch die Höfe die Nachricht erhalten hatten, daß bey der von ihren Geheimen Legations-Räthen bewürkten Uebergabe dieses Aufsazes von dem Herrn Reichs-Vice-Canzlar gegen sie die Aeusserung geschehen wäre:

wie

wie man sich lieb seyn lassen würde, auf eine annehmliche Art aus der Sache zu gelangen, und sie, Geheime Legations-Räthe, bey ihren Höfen dieserwegen den Antrag machen möchten:

und daß dabey verlautete, es hätten Allerhöchst Se. Kaiserl. Majest. selbst von dem Reichshofrathe Vorschläge zu einem provisorischen Abkommen zu begehren geruhet, schöpften die Herzogl. Höfe, denen es nur um Sicherstellung ihrer Gerechtsamen zu thun war, die aber zugleich nichts angelegeners hatten, als alle Weitläuftigkeiten zwischen den Ständen des Reichs und dem Reichshofrathe vermieden zu sehen, welche ein unglücklicher Ausgang dieser Sache voraus sehen ließ, von neuem Hofnung, es würde sich im ministerial-Wege noch ein Mittel finden lassen, ohne Präjudiz für die Reichs-Stände aus der Sache zu kommen. Sie wären in dem Fall mit Freuden über alle jene Bedenklichkeiten hinaus gegangen, welche sie abgehalten hatten, auf die privatim geschehenen Vorschläge (§. 9.) sich einzulassen, und hätten sich daran begnüget, daß ihnen nunmehro der Weg *ministerialiter* geöffnet war; sie würden an statt der anfänglich auch nur auf dem Fuß einer privat Aeusserung gegebenen Antwort (§. 10.) eine Erklärung in ihrem eigenen hohen Nahmen haben ertheilen lassen. Allein es schien vor allen Dingen nöthig, diesem Schritte die Vergewisserung

 voran

voran gehen zu lassen, daß man von Seiten des Kaiserlichen Ministerii einer solchen diesseitigen nä-her tretenden förmlichen ministerial-Aeusserung an-noch Gehör geben werde.

In dieser Gesinnung und Absicht schlug am 6ten Dec. 1771. der Geheime Legations-Rath von der Lith blos für sich und privatim dem Hrn. Geheimen Reichs-Referendario von Leykam ein Projekt Conclusi vor, und sondirte darüber dessen Gedanken.

Obgleich diese nicht ganz beyfällig, sondern ein Membrum des projektirten Conclusi zu ver-werfen schienen, auf welchem das übrige und hauptsächliche beruhete; und ob gleich auch dieses Conclusum eigentlich nur die andere sich gleich-falls mit dem Kaiserl. Reichshofrath angesponne-ne Streitigkeit, der Geheimen Räthin von Reh-boom Nachlaß betreffend, zum Gegenstande hatte; so hätte man doch nunmehro von Seiten der Her-zoglichen Höfe in der Sache weiter gehen, bey-derley Irrungen, in der mütterlich- oder alt-Rehboomischen und in der jung-Rehboomischen Sache, von welcher gegenwärtig die Rede ist, da sie Hr. von Leykam selbst verbunden, auch zusam-men verbinden, und zu obangedeuteter Erklärung schreiten können, würde auch würklich dazu ge-schritten seyn, wäre dazu nur Zeit gelassen worden.

Da aber die Höfe, nach davon erhaltener Nachricht von Wien, noch in der Communication

über

über die weiter zu nehmende Entschließung begriffen waren, so erschien das Reichshofraths Conclusum, wovon gleich hernach die Rede seyn wird.

§. 13.

Wie niederschlagend mußte es bey dessen Beantwortung seyn, daß keine nähere Aeusserung von Seiten der Höfe abgewartet werden wollen, da gleichwohl abermalen einige der angesehensten Chur- und Fürstlichen Höfe denjenigen Aufsaz, welchen die Herzogl. Sächs. Häuser zu Begründung ihrer Gerechtsame dem Herrn Reichs-Vice-Canzlar hatten übergeben lassen, (§. 11.) als eine solche Ausführung, mit deren Inhalte sie einverstanden wären, hatten unterstüzen lassen, mithin den wesentlichsten Antheil an den Fürstl. Sächs. Beschwerden genommen, und auch ihren Gesandtschaften von dem Kaiserlichen Ministerio die beste Neigung, selbigen zur Zufriedenheit aller Interessenten abzuhelfen, zum öftern zu erkennen gegeben worden war. Man weiß wohl, daß dem S. Weimarischen Geschäftsträger hat vorgerückt werden wollen, daß 1) Se. Kaiserl. Majest. auf die von dem Herrn Reichs-Vice-Canzlar im Frühjahr 1771. den Fürstl. Sächs. Geschäftsträgern geschehene Eröffnung (§. 7.), ohne Darlegung der Gründe, welche die Höfe dem Reichshofrath entgegen stellen zu können glaubten, und ohne Antwort so viele Monate hindurch bis zu dem allendlich im Spätjahre überreichten Aufsaze (§. 11.)

gelassen worden wären, daß man 2) von Seiten des Kaiserlichen Ministerii alle mögliche Bereitwilligkeit auch nach der Hand bezeuget hätte, des Kaisers Majest. aber nicht alle Augenblicke Propositiones machen lassen könnten, und daß auch 3) durch die von gedachtem S. Weimarischen Geschäftsträger geschehene Erklärung, sich auf keine Temperamente einlassen zu wollen, (§. 10.) die Sache aus dem Stande herausgesezt worden wäre, daß darinn etwas weiter geschehen können. Allein erstlich sind allbereits (§. 8.) die Ursachen angeführt worden, welche eine frühere Vollendung und Uebergabe des Aufsazes gehindert hatten. Es war auch zu dieser Antwort keine Frist anberaumt, und binnen der Zeit hatten die Fürstl. Sächs. Bevollmächtigten nicht unterlassen, zu verschiedenenmalen jene Ursachen und den jedoch mit allernächstem erwarteten Empfang gedachten Aufsazes vorläufig zu hinterbringen. Zudem waren des Kaisers Majest. den Sommer hindurch abwesend; und gleich nach allerhöchst Ihro Zurückkunft wurde der Aufsaz übergeben. Zweytens waren keine andere Propositiones vorhero geschehen, als diejenigen einzigen, denen der Vorbehalt hinzu gefügt worden war, daß selbige ohne höhern Auftrag geschähen (§. 9.). Niemals aber hatten sich die Fürstl. Sächs. Höfe den Gedanken beygehen lassen, von Sr. Kaiserlichen Majest. immer neue und neue Propositiones zu erwarten. Von höchst Ihro Gerechtigkeits-Liebe hingegen durften sie sich überzeugt

zeugt halten, daß auf den ihnen geschehenen Antrag so zu antworten, wie sie es ihren Befugnissen angemessen finden würden, ihnen eben sowohl vergönnt seyn würde, als Se. Kaiserl. Majest. überhaupt gleichwenig durch ministerial-Handlungen und im Wege gütlicher Auskunftsmittel, als durch den Reichshofrath die Kränkung der Reichsständischen Gesandtschafts-Rechte zu gestatten gemeinet seyn könnten. Drittens war theils die dem S. Weimarischen Geschäftsträger anfänglich auf die ausdrücklich nur *privatim* geschehenen Vorschläge aufgegebene und von ihm hinwiederum auf dem Fuß einer privat-Antwort ausgerichtete Erklärung nicht einmal völlig abfällig, (§. 10.) theils hatte sich ohngefähr zu gleicher Zeit der S. Gothaische Geschäftsträger näher geäussert, und eine neue Aussicht zu einer ministerial-Unterhandlung eröffnet. (§. 12.) Unbegreiflich ist es also, wie der Reichshofrath auf einmal die Oberhand hat gewinnen, und alle diejenigen höchstwichtigen Betrachtungen verdringen können, welche bisher die Sache der Aufmerksamkeit des Kaiserl. Ministerii würdig gemacht hatten. Das von dem Reichshofrath erstattete Votum war nunmehro ein ganzes Jahr ohne allerhöchste Entschließung liegen geblieben. Es mag aber der Reichshofrath gleich in solchem, und in andern, dem Verlaute nach, darauf gefolgten Votis, die Sache vorgetragen, und dabey Gründe untergestellt haben, als er immer wolle; so können sich doch die Herzogl. Sächs.

Höfe

Höfe nimmermehr überreden, daß er sich in eine stückweise und umständliche Beantwortung der in dem ihrer Seits an des Hrn. Reichs-Vice-Canzlars Fürstl. Gnaden gebrachten Aufsaze (§. 11.) enthaltenen Gründe und Beyspiele werden eingelassen haben. Erstere beruhen zu vest und unbeweglich auf den Gesezen und der Verfassung des Reichs, und leztere sind zu unwidersprechlich, als daß der Reichshofrath etwas beyzubringen hätte vermögend seyn können, welches Se. Kaiserl. Majestät in der Zusammenhaltung hätte bewegen mögen, Grundsäze gut zu heissen, die, wenn sie auch der Reichshofrath in einem noch so scheinbaren Gesichtspunkte vorgestellet, jedoch alsdann von Höchst Denenselben als solche würden seyn erkannt worden, die den kostbarsten und unschäzbarsten Gerechtsamen der Stände des Reichs aufs allerempfindlichste zu nahe treten. Die Fürstl. Sächs. Höfe mußten auch dieses Dafürhaltens aus dem Grunde seyn, weil bey allen ministerial-Aeusserungen, die seit der Uebergabe gedachten Aufsazes sowohl gegen ihre Geschäftsträger, als gegen andere Gesandtschaften geschehen sind, auch nicht ein Wort gefallen war, welches die von dem Reichshofrath etwa unternommene besondere Entkräftung eines einzigen in selbigem enthaltenen Grundes oder Beyspiels angedeutet hätte.

§. 14.

§. 14.

Indessen war es das unglückliche Schicksal dieser Angelegenheiten, daß der Reichshofrath sich die Genehmigung des bisher liegen gebliebenen Voti zu Wege zu bringen wußte; und hierauf fuhr er, wie dieses das unter No. 19. beyliegende Conclusum vom 17ten Febr. 1772. darleget, fort, die Sache in eben dem Weg aufs äusserste hinaus zu treiben, welchen er mit nicht geringer Zudringlichkeit bey Erstattung seines Voti eingeschlagen hatte. (§. 6.) Die an Se. Kaiserl. Majest. erlassenen Schreiben, (§. 5.) so wenig als sie für den Reichshofrath, oder zu irgend einer rechtlichen oder gerichtlichen Ausführung bestimmt waren, und ob sie gleich eigentlich nur einen **Vorbehalt** der Reichsständischen Gerechtsame, und einen in Reichs-Fürstlicher Devotion gethanen **Vorschlag**, ohne Weiterungen aus der Sache zu kommen, enthielten, behandelte der Reichshofrath als **ihm** geschehene Vorstellungen, und erkannte ihre positionem ad Acta. Die darinn auf das Reichsständische Gesandtschafts-Recht gethane allgemeine Berufung belegte er schlechterdings und gerade hin mit der Benennung: **angebrachter unstatthafter Einwendungen**, und der von dem Reichshofrathe beschlossene Unglimpf erlaubte demselben nicht einmal, in Ansehung besagten, den Reichs-Ständen unschäzbaren Gesandtschafts-Rechts, eine solche allgemeine beruhigende Erklärung einfließen zu lassen, als gleichwohl

wohl Se. Kaiserl. Majest. allerhöchst selbst in den ersten ministerial = Antworten hatten thun lassen, und als der Reichshofrath, wenn er auch schon die Schreiben der Höfe gerichtlich behandeln wollte, nach unzähligen Beyspielen anderer Rechtssachen, selbst in dem Falle hätte hinzu fügen können, wenn er geglaubt hätte, daß jenes Recht in gegenwärtiger Sache nicht einschlüge.

Die angelegte Sperre wurde bestätiget, und die fernere Abhandlung der Verlassenschaft dem Reichshofrathe vorbehalten. Selbst in Ansehung ihrer eigenen Briefschaften und Akten, an deren baldigen Erlangung jedoch, wie leicht zu erachten, den Herzogl. Höfen sehr viel gelegen war, konnten selbige der Geringschäzung und der Zudringlichkeit des Reichshofraths nicht entgehen. Sie hatten in den selbsteigenen Schreiben, welche der Reichshofrath ad Acta decretirte, bereits gebeten, solche ihren Geheimen Legations = Räthen verabfolgen zu lassen. Dem ohngeachtet wurde in dem Concluso den Herzoglichen Höfen ein so genanntes: gebührendes Ansuchen aufs neue zugemuthet. Diese Akten waren noch darzu nicht von dem Reichshofraths = Secretarien versiegelt, sondern von den Herzogl. Geschäftsträgern theils versiegelt, theils in Beschluß genommen worden. Reichs = Stände sollen also nicht einmal ihr Eigenthum, ja ihr in eigener Gewahrsam gehaltenes Eigenthum, ohne Erlaubnis des Reichhofraths,

an sich nehmen dürfen, und Briefschaften und Papiere, die ihrer Natur nach nicht allein gemeine Gerichtshändel, oder auch Reichsständische Rechtsachen, sondern zum öftern auch die wichtigsten dem Reichshofrath und seiner Erkenntnis nicht unterliegenden, ja nicht einmal zu seiner Wissenschaft gehörigen Staats- und Hauß-Angelegenheiten betreffen, soll der Reichshofrath den Höfen so lange zu entziehen die Befugnis haben, bis sie denselben um ihre Wiedererstattung angerufen, sich auch wohl einem, wie im gegenwärtigen Falle, nach Jahr und Tag geschehenden Ansinnen der Wiederholung dieses Gesuchs gefügt haben würden, mit einem Worte, bis es dem Reichshofrathe gefällig wäre, den Ständen Papiere wieder zu vergönnen, aus deren auch nur kurzer Zurückhaltung für sie nicht selten der wesentlichste Schade entspringen kann.

§. 15.

So war das Reichshofraths Conclusum beschaffen, womit diese Reichsständische Gesandtschafts-Angelegenheit erledigt seyn sollte. Und wenige Tage darauf gab ferner der Herr Reichs-Vice-Canzlar den zu diesem Ende berufenen Herzogl. Geheimen Legations-Räthen zu erkennen:

Se. Majest. der Kaiser hätten die in dem überreichten Aufsaze (§. 11.) vorgelegten Gründe nicht überführend gefunden, und daher die Ent-

Entschliessung gefaßt, die Sache dem Reichshofrathe zu weiterer rechtlichen Verfügung zu überlassen. Höchst Dieselben hätten gewünscht, dessen entübrigt zu seyn, und daß die Herzogl. Höfe, nachdem von Seiten des Kaiserlichen Ministerii ihren Geschäftsträgern an Hand gegeben worden wäre, auf annehmliche Auskunftsmittel bey ihnen anzutragen, auch sich vergnüglich hierauf geäussert hätten. Da aber solches bis anhero nicht erfolgt wäre: so wären zwar Se. Majest. gar nicht gemeint, weder alle Stände überhaupt, noch einen in particulari an ihren Gerechtsamen zu verkürzen; Sie hätten sich jedoch auch verbunden erachtet, nach Maßgabe der Wahl-Capitulation und dem Herkommen, Ihr Kaiserl. Amt hier eintreten zu lassen, und die Sache Dero Reichshofrathe zu übergeben.

Diese Eröffnung konnte die Höfe nicht anders, als in die größte Bestürzung versezen. Wäre ihren Geschäftsträgern nur der allermindeste Fingerzeig gegeben worden, was Sr. Kaiserl. Majest. Allerhöchster Ueberzeugung in Ansehung des oftererwähnten Aufsazes im Wege stehe, und ob denn der Reichshofrath die Gründe und Beyspiele desselben, nicht etwa nur allgemein in Abrede gestellt, sondern pünctlich und standhaft widerlegt habe; so würden die Höfe entweder sich gleichwohl haben beruhigen müssen, wenn sie hieraus erkannt

erkannt hätten, aus welchen entgegen stehenden wichtigen Ursachen kein Anspruch auf alle diese Gründe und auf alle diese Beyspiele von ihnen gemacht werden dürfe, oder es würde dieses die Gelegenheit eröffnet haben, einem so gerechten und unpartheyischtn Kaiser, der unter dem bloßen Ansehen eines Reichs-Gerichts den Ständen des Reichs wahre Gerechtsame, geschweige eine der alleredelsten, entziehen zu lassen, nimmermehr gemeinet ist, alle Zweifel, so wie Höchst Derselbe in einem solchen Falle selbst wünschen wird, vollends zu benehmen.

Wie bereits (§. 12.) dargelegt worden, waren die Herzogl. Höfe geneigt, Auskunftsmitteln Raum zu geben; sie waren schon würklich in Deliberation und Communication darüber getreten; ihre Bereitwilligkeit hierzu sollte desto weniger bezweifelt, mithin die erforderliche Zeit zur Gegen-Aeusserung ihnen desto sicherer vergönnt worden seyn, als sie in den an Kaiserl. Majest. erlassenen sub No. 12. oben beygefügten Schreiben das Reichshofräthliche Verfahren in der jung-Rehboomischen Sache für diesmal und reservatis reservandis hingehen lassen zu wollen, sich erklärt, mithin diese Irrung gleichsam voraus gütlich beseitiget hatten. War aber die Sache überhaupt so beschaffen befunden worden, daß Auskunftsmittel anschlagen konnten, so mußte den Herzoglichen Höfen äusserst betrübt fallen, solche nunmehr auf

einmal in der Maße an den Reichshofrath verwiesen zu sehen, als ob dieser der ganz unstreitige Richter darinn wäre, und als ob dessen Grundsäze, die doch genau den eigentlichen Gegenstand der Irrungen ausmachten, ganz unzweifelhaft wären, in welchem Falle niemals von einem Auskunftsmittel die Frage hätte seyn können. In der Wahl-Capitulation konnten sie keine einzige Stelle finden, worinn der Reichshofrath zum Richter der Reichsständischen Gesandtschaften ernannt wäre, und sollte es zu Begründung seiner Gerichtbarkeit auf das Herkommen ankommen; so hätten sie dargethan, daß wenigstens von beynahe 80 Jahren solches demselben entgegen stehe.

Höchst schmerzlich mußte es hiernächst den Herzogl. Höfen seyn, daß, als auf ihren Befehl zu Vermeidung alles Mißverständnisses die beiderseitigen Geschäftsträger nach der Hand um die schriftliche Mittheilung der von dem Herrn Reichs-Vice-Canzlar geschehenen Eröffnung sich bewarben, und einem derselben solche von dem Herrn Geheimen Reichs-Referendario von Leykam abgeschlagen wurde, dieser auf die fernere Frage: ob die gedachte Eröffnung für die final Resolution, und damit die Haupt-Frage für entschieden anzusehen wäre? sich eben so wenig weiter herauslassen wollte, sondern erklärte: wie er mit der Sache weiter nichts zu thun hätte.

Den-

Dennoch hatte auch der Herr Reichs-Vice-Canzlar seit jener Eröffnung vermieden, die Fürstl. Sächs. Geschäftsträger zu sprechen, und einen von ihnen blos an den Herrn Geheimen Reichs-Referendarium verwiesen.

Die Höfe sahen sich also beynahe alle Wege abgeschnitten, in der Sache weiter fortzukommen, und gerade demjenigen Reichs-Gericht allein überlassen, welches ihre kostbarsten Rechte mit so besonderer Anwendung verlezte, und bey welchem sie, ohne solche demselben selbst aufzuopfern, sich einzulassen nicht vermochten.

§. 16.

In diesen Umständen konnte sie die erleuchteste Einsicht und die Gerechtigkeit des Kaisers allein ermuntern, und ihr Vertrauen wurde auch mitten unter allen diesen bedenklichen Vorgängen dadurch aufgerichtet, daß gleichwohl Se. Kaiserl. Majest. ihnen aufs neue hatten versichern lassen, wie Allerhöchst Dieselben von Verkürzung der den Reichs-Ständen überhaupt und einem jeden insbesondere zustehenden Gerechtsamen weit entfernt wären. (§. 15.) Um also nichts unversucht zu lassen, beschlossen die Höfe zu Weimar und Gotha an das Allerhöchste Reichs-Oberhaupt neue allerunterthänigste Vorstellungs-Schreiben gleichlautend zu erlassen, und es geschahe dieses hiernächst ungesäumt in der Maße, als es die hier-

bey gefügte 20ste Nummer enthält. Der ganze Hergang und die Zudringlichkeit des Reichshofräthlichen Betragens wurde Sr. Kaiserl. Majest. im ganzen Zusammenhange dargelegt, die Reichsständischen aus dem Gesandtschafts-Rechte fliessenden Gerechtsame der Versiegelung und der Befreyung ihrer Gesandtschaften von dem Reichshofräthlichen Gerichtszwange wurden bewiesen, das Herkommen wurde umständlich dargethan, und ein jeder bekannter Einwurf des Reichshofraths wurde in aller seiner Stärke vorgetragen und beantwortet. Die Herzogl. Höfe bezeigten auch hierbey abermal noch alle nur mögliche Nachgiebigkeit. Sie wiederhohlten die Erklärung, es für diesesmal bey der Anordnung des Reichshofraths bewenden lassen zu wollen; noch jezo wollten sie geschehen lassen, daß von demselben die fernere Abhandlung auf Anrufen der Erben vollzogen würde; nur darum baten sie, daß, nachdem der Reichshofrath in dem lezten Concluso über die Sicherstellung ihrer Gesandtschafts-Gerechtsame hinaus gegangen wäre, vielmehr die auf das Jus legationis Statuum gegründete Einwendung schlechterdings für unstatthaft erklärt hätte, den Fürstl. Sächs. Höfen eine Kaiserliche Versicherung gegen alle Consequenz ertheilet, dem Reichshofrathe die vormals sich schon ausgebetene Weisung für das künftige gegeben, und im übrigen an beyderseitige Geschäftsträger, ohne allererst aufs neue zu thuendes judicial-Ansuchen, die Verabfolgung der Gesandt-

sandtschaftlichen Archive, Akten und Scripturen vollzogen werden möchte. Mäßiger, nachgiebiger, und anständiger glaubten die Herzogl. Höfe nicht, bitten zu können. Und welchen allendlich günstigen Ausschlag schmeichelten sie sich erwarten zu dürfen, da sie bey diesem Schritte noch darzu abermal von den mit angesehensten Chur- und Fürstl. Mitständen auf das nachdrücklichste unterstützt wurden, wie denn unter andern die Chur-Bayerische, Chur-Sächsische, Chur-Brandenburgische, Chur-Pfälzische und Chur-Braunschweigische Gesandtschaften auf ausdrücklichen Befehl ihrer höchsten Höfe dem Herrn Reichs-Vice-Canzlar die dringendsten Pro Memoria übergaben.

§. 17.

Allein auch diesesmal schlugen die untrüglichst geschienenen Hoffnungen fehl. Der Herr Reichs-Vice-Canzlar, ob er schon die Schreiben zur Beförderung an Se. Kaiserl. Majest. übernahm, äusserte zugleich aufs neue:

> wie Se. Kaiserl. Majest. sehr lang zugewartet hätten; da aber von den Herzoglich-Sächs. Höfen in so langer Zeit nichts zum Vorschein gekommen wäre; so hätten Allerhöchst Dieselben, um den Partheyen endlich zu ihrem Rechte zu verhelfen, hierinnen Verfügung machen müssen.

Es ist jedoch bereits angezeigt worden, (§. 13.) daß die Höfe auch nicht den allermindesten Verzug sich hatten zu Schulden kommen lassen; von Partheyen, die gegen selbige um Recht angerufen hätten, war wenigstens in gegenwärtiger Sache der Fall nicht einmal vorhanden; und die Erben des Legations-Raths von Rehbeom würden ihre Erbschaft längst zu sich genommen haben, wenn das höchste Reichs-Gericht sich nicht ohne alle Noth und Veranlassung in die Versieglung gemischt, und dadurch allein die Theilung gehindert hätte. Allein der Reichshofrath, an welchen hiernächst jene Schreiben gesandt wurden, gieng ohne die geringste Achtung in den gegen die Fürstl. Sächs. Höfe sich erlaubten Maasregeln fort. Er behandelte die Schreiben nicht nur wiederum auf den Fuß gerichtlicher Exhibitorum, und gab ihnen, wie auch einem von des Herrn Marggrafen von Brandenburg Durchl. an Se. Kaiserl. Majest. dieser Angelegenheit wegen abgelassenen Vorstellungs-Schreiben, selbstgefällige gerichtliche Rubriquen, sondern, ohne sich nur einmal mehr mit einem Voto ad Augustissimum aufzuhalten, darinn von dem auf allen Seiten höchstwichtigen Inhalte der Schreiben Vortrag zu thun, und solchen gleichwohl, wenn er es vermocht hätte, zu widerlegen, mithin Seine Kaiserliche Majestät von dem Grund oder Ungrunde der von zwey angesehenen Fürstl. Häusern nicht bey dem Reichshofrathe gegen ihn selbst, sondern bey des Reichs

Ober-

Oberhaupte gegen denselben angebrachten, und von so vielen andern, und darunter auch von 5. großen Churfürsten des Reichs angelegentlichst vorgetragenen, folglich in allem Betrachte weit aussehenden Beschwerden gesezmäßig zu überzeugen, eilte er ohne Umschweif zu, die Grundsäze derselben, wie solches das unter No. 21. anliegende Conclusum vom 27sten Jul. 1772. darlegt, geradehin wieder als unstatthaft zu verwerfen, und es bey dem neuesten vom 17ten Febr. d. J. zu lassen; und obgleich dabey die Ausantwortung der Herzoglichen Briefschaften und Scripturen zugestanden wurde; so sollte jedoch diese durch den Reichshofraths-Secretarius, und um die Höfe in eine neue Verlegenheit zu sezen, als in Gefolg eines allererst in den jezigen Schreiben gethanen Ansuchens, geschehen. Alles, was die Sicherstellung fürs künftige betrift, faßte der Reichshofrath dahin zusammen, daß führohin jedesmal so gleich vor der Obsignation, der Principalen Handschriften und Acten separirt, und gegen Recognition sodann in Actu obsignationis den anwesenden Gevollmächtigten verabfolget werden sollten: Gewiß, eine sonderbare Verfügung! Können Handschriften und Acten separiret und als Herrschaftlich erkannt werden, ohne daß man sie durchgehe, betrachte, einsehe? und sind Reichs-Stände schuldig, einem Reichshofraths-Secretarius nicht etwan blos über gemeine Rechts-Händel, sondern auch über die innersten Angelegenheiten ihres Hau-

 ses,

ses, über Staats-Sachen, die sie oder auch andere Höfe betreffen, und woran sie am Kaiserl. Hoflager oder auswärts Antheil nehmen, die Papiere in die Hände zu geben, oder auch nur den Gegenständen und äussern Rubriquen nach bekannt zu machen?

§. 18.

Inzwischen gelang es dem Reichshofrath, auch diesem seinem vermeintlichen Erkenntniß eine ministerial-Unterstüzung zu Wege zu bringen, indem wenig Tage, nachdem von den beyden Herzogl. Sächs. Geschäftsträgern unterm 15ten und 19ten October des leztgemeldeten 1772sten Jahrs des Herrn Reichs-Vice-Canzlars Fürstl. Gnaden durch eigends übergebene P. M. mit Beziehung auf die ergangenen Herzogl. Schreiben, um abermahligen geneigten Vortrag bey Kaiserl. Majest. zu Auswürkung einer allerhöchsten gerechten Entschliessung, nach Ausweis des von der Lithischen unter No. 22. hier beygefügten P. M. geziemend waren ersucht worden, denselben sowohl als den übrigen Gesandtschaften, welche sich auf Befehl ihrer Höfe in der Sache verwendet hatten, die Erklärung geschah, und abgegeben wurde, welche wörtlich also lautete:

Ihro Kaiserl. Majest. seyen nach Dero angestammten Gerechtigkeits-Liebe, gesammter Stände des Reichs Gerechtsame zu bewahren

ren und aufrecht zu erhalten fest entschlossen, durch eben diese Gerechtigkeits-Liebe aber auch geleitet, nicht geschehen zu lassen, daß der Stände des Reichs gesandtschaftliche Rechte gegen den Buchstaben der Reichsgeseze und gegen die Verfassung des Reichs zum Nachtheil allerhöchst Ihro Reichsoberhauptl. Jurisdiction ausgedehnet würden; dahin aber gleichwohl Sorge tragen wollten, daß bey Bevollmächtigten und gesandtschaftlichen Personen jedesmalen die ihre Reichsständischen Höfe betreffenden Scripturen nicht mit unter die Sperre genommen, sondern ohne genommene Einsicht sofort an die dazu Bevollmächtigte extradirt, auch, wenn sich das Vermögen der an Kaiserl. Majestät förmlich accreditirten, niemalen am Kaiserl. Reichshofrath in gemeinen Processen gerichtlich legitimirten gesandtschaftlichen Personen in territoriis Statuum befinden sollte, die am Kaiserl. Hoflager vorgefundenen Mobiliar-Habseligkeiten, so fort nach gefertigter Consignation, gegen Recognition an die Reichsständische Behörde ausgehändiget würden.

§. 19.

So unglücklich ist der Ausgang dieser Sache gewesen, welche nicht nur für die Herzogl. S. Weimar und Gothaischen Höfe von der alleräussersten Wichtigkeit ist, sondern die auch, wie bereits

5. weltliche Churhöfe mit andern Reichsfürsten daran Theil genommen haben, der bedenklichsten Folgen halber nunmehro alle und jede Reichs-Stände aufs genaueste angehet.

§. 20.

Es bleiben also dreyerley Beschwerden übrig, welche die Herzogl. S. Weimar- und Gothaischen Höfe, da sie zugleich eben so viel gravamina communia Statuum Imperii in sich begreifen, an das unter seinem glorwürdigsten Oberhaupte versammlete ganze Reich zu bringen sich genöthiget sehen.

I. Die Verlezung oder vielmehr die gänzliche Entziehung des Reichsständischen Gesandtschafts-Rechts, indem der Reichshofrath nicht nur sich des hieraus entspringenden Versieglungs-Rechts bey Sterbfällen gesandtschaftl. Personen anmaßet, sondern sogar eine allgemeine Gerichtbarkeit über dieselbe an sich zu ziehen suchet, die jedoch gegen das Wesen und die ersten Begriffe einer Gesandtschaft streitet.

II. Die Vorenthaltung der gesandtschaftlichen Archive und Papiere, und das für das künftige allendlich angewiesene höchstbedenkliche Mittel, dieselben, vor der von dem Reichshofraths-Secretarius vorzunehmenden Versieglung der Verlassenschaft, separiren und den Bevollmächtigten gegen Recognition aushändigen zu lassen, welches des

Zusazes

Zusazes ohngeachtet, daß dieses ohne genommene Einsicht geschehen solle, jedoch nach der Natur der Sachen dieses leztere unumgänglich nothwendig machet. Und

III. der, mit Aufstellung eines in den Gesezen nirgends gemachten Unterschieds zwischen solchen Reichsständischen gesandtschaftlichen Personen, die zugleich zu den Reichshofräthlichen Geschäften gerichtlich legitimirt sind, und die es nicht sind, geäusserte Grundsaz, daß nur bey Todesfällen der leztern, und wann sich das Vermögen der Versterbenden in territoriis Statuum befindet, die Mobiliar-Verlassenschaft dahin ausgeantwortet werden solle, welches denn sowohl in den Fällen, wo kein solches Vermögen in territoriis Statuum sich befindet, bey den nicht legitimirten, als überhaupt bey den gerichtl. legitimirten, ausser der Verlezung des Gesandtschafts-Rechts, auch den Reichsgesezwidrigsten Eingriff in die Landesherrlichen Hoheits-Rechte mit sich führet.

Um nun die Wichtigkeit dieser drey Beschwerden darzulegen, wird nunmehro in dem zweyten Abschnitte das Reichsständische Gesandtschafts-Recht in seiner rechtsgegründeten Beschaffenheit ausgeführt werden. Im übrigen fällt von selbst in die Augen, daß bey allen drey Beschwerden der Reichshofrath sich die Vorschrift und Anordnung ganz neuer so wie die willkührliche Interpretation bereits vorhandener Geseze erlaubet, und sich durch-

aus

aus so betragen habe, als ob die gesezgebende Macht im Reiche bey ihm stünde.

Zweyter Abschnitt.

Ausführung des Reichsständischen Gesandtschafts-Rechts.

§. 21.

Das Wohl aller Völkerschaften, der Stand des Krieges und des Friedens, die Freundschaft der Völker, die Erziehung, Erhaltung und Beförderung gemeinschaftlicher Vortheile, Handel und Gewerbe, die Beylegung ihrer Zwistigkeiten, ihre Bündnisse, ihre Sicherheit, alles was nur immer zu dem Wesen der Völkerschaften gehören und ihrer Aufmerksamkeit würdig seyn mag, bringet es nicht nur mit sich, sondern machet es in unzähliger Absicht zu einer durchaus nothwendigen Sache, daß selbige mit einander in Unterhandlung treten, Geschäfte treiben und wechselsweises Vernehmen pflegen. Weder die Völkerschaften selbst, noch auch ihre Oberhäupter können aber unmittelbar mit einander Vernehmen pflegen, Geschäfte treiben, Unterhandlungen anstellen. Hieraus entspringet die wesentliche Nothwendigkeit, es durch Bevollmächtigte zu bewerkstelligen, oder das Recht und die Verbindlichkeit jeder Völkerschaft, Gesandten zu schicken und anzunehmen; mit einem

Wort:

Wort: das Gesandtschaftsrecht; und dieses ist also im allgemeinen Völkerrechte gegründet.

Grot. de I. B. et P, Lib. II. c. 18.

Wicquefort Ambassadeur Liv. 1. Sect. 1. et 27.

Bynkershoeck Iuge competant de l' ambassadeur Cap. III. §. 12. VII. §. 5.

Vattel Droit des Gens Liv. IV. Chap. 5. §. 55. et 56.

§. 22.

Es folget aber auch hieraus, daß alle freye Völkerschaften oder ihre Oberhäupter dieses Gesandtschafts-Recht haben und haben müssen. Wer ihnen solches zu entziehen unternimmt, macht sich nicht allein einer schweren Beleidigung gegen diejenige Völkerschaft, die sie betrift, sondern so gar überhaupt gegen die allgemeine Ruhe und das Wohl aller Völker schuldig. Selbst diejenigen Völkerschaften, die durch so genannte ungleiche Bündnisse sich mit einer andern mächtigern verbunden haben; Völkerschaften, die unter dem Schuz anderer stehen; Völkerschaften, deren Schwäche sie nöthiget, andern Tribut zu bezahlen; ja Völkerschaften, die in einer Art von Unterwürfigkeit stehen, können, in so weit sie nicht unterwürfig sind, von diesem Rechte nicht ausgeschlossen werden. Ungleiche Bündnisse, Schuz mächtigerer Völkerschaften, Tribut und Unterwürfigkeit in einigen Stücken heben dasjenige an und für sich nicht auf, worinn das Wesen freyer Völker und

Fürsten

Fürsten in Absicht auf die Beförderung des innerlichen und äusserlichen Wohls ihrer Länder besteht; Nur alsdann, wann ein ungleicher Bundsverwandter, ein von einem Mächtigern beschüzter, einer, der Tribut zu zahlen verbunden ist, einer, dessen Unabhängigkeit in einigen Stücken eingeschränkt ist, sich ausdrücklich des Rechts begeben hat, mit andern Völkerschaften unmittelbar zu unterhandeln, kann ihnen ein zu dem Wesen und der Wohlfahrt der Staaten so unzertrennlich gehöriges Recht, als das der Gesandtschaft ist, abgesprochen werden. Hinwiederum ist das, was den weitesten Umfang der allerhöchsten Oberherrschaft ausmacht, nicht so untheilbar, daß nicht selbst diejenigen, welche selbige anerkennen müssen, durch die Verfassung des Staats, worzu sie gehören, oder durch Vorbehalt und Vertrag, eines derjenigen Rechte sollten besizen können, welches gewöhnlicher Weise der allerhöchsten Herrschaft zuzukommen pflegt. Und alsdann ist es natürlich, daß ihnen auch die Ausübung solcher Rechte in allen ihren Würkungen und Folgen gebühre, so weit nur immer diesen Würkungen und Folgen nicht wieder besondere Ausnahmen im Wege stehen.

Grot. L. II. c. 18. §. 1. & 2.

Wicquefort L. cit. & Sect. 2.

Vattel L. IV. c. 5. §. 1. 57. 58. 59.

§. 23.

Wie das Recht der Gesandtschaft in dem Völkerrechte gegründet ist; so leget dasselbe auch den Gesandten dererjenigen, denen selbiges zustehet, zween Vorzüge bey: die Unverlezlichkeit und Sicherheit ihrer Person; und die gänzliche Unabhängigkeit von der Gerichtbarkeit und dem Ansehen des Staats, an welchen sie geschickt sind. Und es sind beyde so sehr in der Einstimmigkeit der bewährtesten Lehrer des Völkerrechts und in dem allgemeinen Einverständniß und Gebrauch aller Völker gegründet, daß man sich blos auf diese beyde berufen darf. Selbst die ungesittesten und wildesten Völker, von der wesentlichen Nothwendigkeit dieser Vorzüge überzeugt, beobachten solche auf das heiligste, und die Staaten von Holland und Westfriesland haben dahero kein Bedenken getragen, in Absicht auf selbige nicht nur des Völkerrechts, sondern sogar des Rechts der Barbaren zu gedenken.

Grot. L. II. c. 18. §. 4.

Wicquefort Part. I. L. I. Sect. 27.

Bynckershoeck Ch. I. §. 6. 7. ch. V. VII. §. 5. &c. VIII. &c.

Vattel L. IV. Ch. 7. §. 81. 82. 92. 101. 103. 106. VIII. §. 110.

§. 24.

Man will hier den Vorzug der Unverlezlichkeit, welcher gesandtschaftlichen Personen gebühret,

bühret, bey Seite sezen, und bey ihrer Unabhängigkeit von dem Gerichtszwange des Staats, in welchem sie sich aufhalten, stehen bleiben. Diese Unabhängigkeit ist dann offenbar in dem Wesen und in der Natur der Sache selbst gegründet. Man will dieses mit den Worten einiger der bewährtesten Lehrer des Völkerrechts beweisen, welche sich darüber so gründlich ausdrücken, daß man nicht nöthig hat, etwas hinzuzusezen. Der erste derselben ist Grotius, welcher folgendermaßen sich herausläßt: Sehr unsicher würde es mit den Gesandtschaften aussehen, wenn sie von ihren Handlungen jemand andern Rechenschaft zu geben verbunden wären, als demjenigen, von dem sie abgesandt sind. Diejenigen, welche Gesandten abschicken, und die, welche sie annehmen, denken meistens so verschieden, und zum öftern auf eine selbst so einander zuwiderlaufende Art, daß sich beynahe allezeit etwas finden lassen würde, welchem man die Gestalt eines Verbrechens sollte geben können.

L. II. c. 18. §. 4.

Wicquefort bemerkt, daß, wenn ein Gesandter von einem andern, als seinem Herrn, wegen seiner Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden könnte, so würde selbiger eines Theils zwo Gerichtbarkeiten unterworfen seyn, und andern Theils seinem Herrn ganz unbrauchbar werden. Hat ein Fürst die Freyheit, gegen einen Gesandten, der

mit

mit ihm seines Herrn wegen zu thun hat, um welcher Ursache willen, und unter welchem Schein es immer sey, einen Gerichtszwang auszuüben, so können die, welchen er nicht ansteht, bald einen Vorwand finden, seiner los zu werden; es ist mit des Gesandten Sicherheit geschehen, und ein Herr, der seinen Diener nicht gegen alle Arten von Beleidigungen zu decken vermag, kann niemals gut bedienet werden.

L. I. Sect. 27. p. 390. 391.

Gleich gründliche Anmerkungen machet Bynkershoek. Man erlaube nur einmal, sagt er, die Verbrechen eines Gesandten zu untersuchen, und zu bestrafen; keiner von ihnen wird mehr in Sicherheit seyn. Ihre Verrichtungen bestehen darinn, das Beste ihres Herrn auf alle mögliche Art zu befördern; vielleicht gebrauchen sie dabey Mittel, die genau betrachtet, nicht die anständigsten seyn mögen. Darf man sie aber alsdann deswegen vor Gericht fordern; darf man sie strafen, so bald sie irgend eines solchen Dings überführt sind; so ist es eben so gut, den Gebrauch der Gesandtschaften völlig abzuschaffen. Und wenn ein Gesandter auch hierinn sich nichts zu Schulden kommen ließe, wird nicht alsdann, auch schon bey gemeinen Verbrechen die gefängliche Verhaft, und alles das gerichtliche Verfahren, welches über ihn verhänget werden möchte, seinen Briefwechsel stören, und die Vollziehung seiner

Aufträge hindern? Ja, wie wird es selbst in dem gemeinsten Rechtshandel mit einem Gesandten aussehen? gesezt, daß er sich weigerte, einem gegen ihn ergangenen Rechtsspruche sich zu fügen, wird man ihn mit der Execution belegen, ihn einsperren? Ohne Zweifel müßte ihn dieses hindern, seine gesandtschaftlichen Obliegenheiten zu erfüllen.

Chap. VII. §. 5.

Bynkershoek redet noch darzu von lauter solchen Fällen, worinn ein Gesandter die Gerechtigkeit gegen sich haben könnte. Allein es ist nicht einmal nöthig, solche Fälle anzunehmen. Man kann ihm hundert Rechtshändel auf den Hals werfen, worinn er völlig unschuldig wäre. Ueberhaupt kann, wie Vattel sehr wohl auseinander sezt, der Zweck von Gesandtschaften nicht erreichet werden, wenn solche nicht mit Sicherheit, mit Freyheit und mit Treue ausgerichtet werden können. Allein, ohne Unabhängigkeit von dem Staate, in welchem sich der Gesandte befindet, ist jene so unumgänglich nöthige Sicherheit sehr schwankend. Tausend Vorwände lassen sich erfinden, einen Gesandten zu beunruhigen, ihn zu verfolgen, ihm übel zu begegnen. Oft hat er Aufträge, die dem Hofe, an welchen er abgeschickt ist, unangenehm sind. Hat nun dieser eine Gewalt oder gar eine Gerichtbarkeit über ihn, wie steht zu hoffen, daß der Gesandte die Befehle seines Herrn mit der nöthigen Treue, Standhaftigkeit und Freyheit des Geistes voll-

vollziehen werde? Es liegt alles daran, daß er keine Fallstricke zu befürchten habe, daß er durch keine Ränke von seinen Amtsverrichtungen abgezogen werden könne, daß er von dem Hofe, an welchem er gesandt ist, eben so wenig zu hoffen, als zu fürchten habe. Um die Würksamkeit seines Amts zu versichern, muß also ein Gesandter von der obersten Macht eines solchen Hofs, von dem Gerichtszwange des Landes in civilibus & criminalibus unabhängig seyn. Würden sich auch Personen von Stand und Ansehen zu Gesandtschaften gebrauchen lassen, wenn ein solcher Auftrag sie einer fremden Botmäßigkeit unterwürfig machte, und dieses sehr oft bey Völkern, die dem ihrigen wenig hold sind, und wo sie unangenehme Forderungen zu vertheidigen, und in solche Erörterungen hineinzugehen haben, die sehr leicht zu Heftigkeiten ausschlagen? Kann endlich ein Gesandter um gemeiner Verbrechen halber belanget, kann criminaliter gegen ihn verfahren, kann er in Verhaft genommen und gestraft, kann er civil-Sachen halber vor Gericht gefordert werden, so wird ihm sehr oft weder das Vermögen, noch die Zeit, noch die Freyheit des Geistes übrig bleiben, welche seines Herrn Geschäfte erfordern. Und von keinem Herrn ist zu vermuthen, daß er seinen Gesandten einer fremden Macht habe unterwerfen wollen. Indem ihn diese annimmt, so willigt sie also auch ein, ihn auf dem Fuße der Unabhängigkeit anzunehmen, und dieses ist ein stille

 schwei-

schweigender Vertrag, welcher der natürlichen Verbindlichkeit eine neue Stärke giebt.

L. IV. Ch. 7. §. 92. Ch. 8. §. 25. §. 110.

Ein jeder Gesandter bleibt also unter der Gerichtbarkeit und Botmäsigkeit seines Herrn; Und wie das Völkerrecht annimmt, daß ein Gesandter seinen Herrn vorstelle, so wird auch nach dem Völkerrechte ein Gesandter so angesehen, als wenn sein Aufenthalt ausserhalb des Staates wäre, in welchem er sich der Gesandtschaft halber befindet. Nun kann kein Fürst über einen andern Fürsten sich eines Gerichtszwangs anmaßen; also auch nicht über den, der ihn vorstellt. Und kann kein Fürst seine Gerichtbarkeit weiter erstrecken, als auf die Personen und Güter, welche seiner Herrschaft unterworfen sind; Kömmt bey jedem Gerichtszwang alles auf die Unterwürfigkeit an, und fällt aller Begriff eines Gerichtszwangs hinweg, so bald Urtheile und Befehle nicht gehandhabet zu werden vermögen; wie sollte ein Gerichtszwang gegen den statt haben können, der nach dem einstimmigen Grundsaz aller Völker zu einem fremden Staate gehört, und der, ob er wohl Gesandtschafts halber abwesend ist, dennoch mit stillschweigender und ausdrücklicher Bewilligung derselben so angesehen wird, als ob er seinen Wohnplaz nicht verändert habe?

Grot. L. II. c. 18. §. 4.

Wic-

Wicquefort. Part. I. L. I. Sect. 27. p. 389 - 90.

Bynkershoeck Ch. II. §. 2. Ch. V. §. 7. VIII. §. 1. 2.

§. 26.

Diese Unabhängigkeit vom fremden Gerichtszwange, da sie mit den allerersten Begriffen einer Gesandtschaft wesentlich verbunden ist, muß dahero auch allen Gattungen der Gesandten zu gut kommen. Botschafter, Gesandten, Residenten und Bevollmächtigte, von welchem Range sie immer seyn, haben darauf ein unverlezliches Recht.

Wicquefort T. I. L. I. Sect. 5.

Bynkershoeck Ch. 1. §. 6. 7. 8. XIII. §. 1.

Vattel Ch. 6. et 7.

Auch Agenten, wenn sie zu öffentlichen Angelegenheiten gebraucht werden.

Wicquefort T. I. L. I. Sect. V. p. 52. 59. 60. XXVII. p. 384.

Bynkershoeck Ch. 13. §. 2. & 3.

Vattel L. IV. Ch. 6. §. 75.

Legations-Secretarien,

Wicquefort T. I. L. I. Sect. V. p. 68.

Bynkershoeck l. c. §. 5.

Vattel L. IV. Ch. 9. §. 122.

Die Frau, die Familie und das ganze Gefolge eines Gesandten,

Grot. L. II. c. 18. §. 8.

Wicquefort T. I. L. I. Sect. 28.

Bynkershoeck Ch. 15.

Vattel. L. IV. Ch. IX. §. 120. & 121.

§. 27.

Eben so gehöret weder das Haus, noch alles was ein Gesandter, als Gesandter, mit sich führet, besizet und gebrauchet, unter den Gerichtszwang des Staats, worinn er sich befindet;

Grot. l. c. §. 8. 9.

Bynkershoeck Ch. 16.

Noch vielmehr werden seine Papiere, Briefschaften und Archive, als eben so viel Stücke, die wesentlich zur Gesandtschaft gehören, heilig seyn und bleiben müssen. Sind selbige der mindesten Gefahr ausgesezt, so kann der Zweck der Gesandtschaft nicht erreicht werden, und der Gesandte ist unvermögend, mit gehöriger Sicherheit sein Amt zu verrichten.

Vattel L. IV. Ch. IX. §. 123.

§. 28.

So bald aber die Unabhängigkeit von dem Gerichtszwange des Staats, an welchen ein Gesandter abgeschickt ist, in dem Völkerrecht, und in dem Wesen des Gesandtschafts-Rechts gegründet ist (§. 23. 24.); so bald alle Völker darüber einig sind, daß Gesandten unter der alleinigen Gerichtbarkeit ihres Herrn bleiben, und daß ein Gesandter

sandter so angesehen werden müsse, als ob er ausser dem Staate, worinn er sich Gesandtschafts halber aufhält, und in dem Lande seines Herrn sich befände (§. 25.); so bald auch seine Familie (§. 26.) sein Haus, seine Habschaften, seine Papiere und Briefschaften (§. 27.) an dieser Befreyung Theil haben; so fällt es in die Augen, daß auch nach dem Tode eines Gesandten, oder einer andern gesandtschaftlichen Person, von Seiten des Hofs, an welchem er bey Lebzeiten gestanden hat, keine Versieglung seines Nachlasses vorgenommen werden könne, die als eine Würkung oder als ein Beweis einer Gerichtbarkeit gelten solle. Dieses würde einen Widerspruch mit sich führen, der auf keinerley Art aufzulösen wäre, und also die höchste Verlezung des Völkerrechts in sich begreifen. Würde eine solche Versieglung noch darzu auf die Papiere und Archive erstrecket; so würde vollends an dasjenige die Hand gelegt, was bey einer Gesandtschaft das heiligste und unverlezlichste seyn muß, (§. 27.) und was die allergrößte Bescheidenheit und Entfernung von Seiten des Hofs, an welchen der Verstorbene geschickt war, billig erfordert.

§. 29.

Ohne allen Zweifel muß aus obigen Gründen das Recht der Versieglung in dem Bezirke der Gesandtschaft selbst bleiben und von der Gerichtbarkeit abhängen, welche allein dem Herrn der Ge-

sandtschaft über diese zustehet. Die Versieglung gebühret also dem Gesandten, Residenten und Geschäftsträger, wenn jemand von dem ihm untergeordneten, oder ihm zugegebenen zur Gesandtschaft gehörigen Personen, von seiner oder ihren Familien, oder von dem Gefolge stirbt; und gehet der Gesandte selbst mit Tode ab, so gebühret sie dem, auf den die Verwaltung der Geschäfte fällt, und dem nunmehro im Namen ihres gemeinschaftlichen Herrn die Aufsicht über die Gesandtschaft obliege. Natürlicherweise stehet auch dem Herrn der Gesandtschaft frey, zu Ausübung seiner Versieglungs-Gerechtsame, der Gesandtschaft eines andern Hofs Auftrag zu thun. Ja, es ist kein Zweifel, daß, in Ermangelung eines solchen Auftrags, ein Gesandter, dem seines Herrn Wille und Interesse am besten bekannt seyn muß, nicht sollte jemanden zur Versieglung nach seinem Tode ernennen können, um dadurch nicht allein seinem Nachlasse, der unter die Gerichtbarkeit seines Herrn gehöret, sondern vornehmlich seinen Briefschaften und dem Gesandtschafts-Archive diejenige sichere, und von der Gerichtbarkeit des Landes, worinn er stirbt, unabhängige Verwahrung zu schaffen, deren Nothwendigkeit in den wesentlichsten Begriffen einer Gesandtschaft lieget. So haben es auch jederzeit die Höfe gehalten, und sich nachdrücklich allen Versieglungen widersezt, die nach Absterben ihrer Gesandten von Seiten desjenigen Hofs, an welchem sie sich befanden,

den, zuweilen versucht wurden. Man darf sich hierinn auf das allgemeine Herkommen, und an statt aller besondern Beyspiele, auf die sorgfältige Vorsehung berufen, die deswegen die Herren General-Staaten im Jahre 1720. in Ansehung ihrer Gesandtschaft am Kaiserlichen Hoflager getroffen haben.

Mosers Staats-Recht Th. VI. p. 185.

Fabers Staats-Canzley Th. 45. S. 561-569.

§. 30.

Ein einziger Fall ist, wo nach Absterben eines Gesandten, der Hof, an welchem er sich befunden hatte, die Versieglung vorzunehmen befugt ist, wenn sich nemlich niemand zur Stelle befindet, dem solche im Namen des Herrn des Verstorbenen zu vollziehen zustehet. Denn ein Gesandter kann keinen Legations-Secretarius bey sich gehabt haben; es können andere in gesandtschaftlichen Pflichten stehende Personen ermangeln; von dem Herrn des Gesandten kann kein Auftrag oder keine andere Verfügung geschehen seyn, und der Gesandte selbst kann vor seinem Absterben unterlassen haben, Vorsehung zu treffen. Alsdann ist kein Zweifel, daß der Hof, an welchem derselbe verstirbt, zur Versieglung nicht nur befugt, sondern daß er so gar schuldig sey, sie vorzunehmen. Allein in einem solchen Falle geschiehet die Versieglung nicht Kraft einer über den Verstorbenen gehabten Gerichtbarkeit, und zum Beweise dersel-

ben, sondern aus folgendem in den vorangeführten Gesandtschafts-Rechten selbst liegenden Grunde.

So bald nehmlich ein Hof einen Gesandten annimmt, so ist er diesem, seinem Gefolge, seinen Habschaften, und wie vielmehr seinen Papieren allen möglichsten Schuz zu geben und die höchste Sicherheit zu verschaffen verbunden, und das Völkerrecht nimmt an, daß sich hierzu ein Hof von der Zeit an, da er einen Gesandten bey sich angenommen und dafür erkannt hat, durch einen stillschweigenden Vertrag anheischig gemacht habe.

Grotius L. II, c. 18. §. 5.

Vattel L. IV. Ch. VII. §. 82.

Dieses ist der Grund und Titel, welcher alsdann eintritt, wenn Niemand vorhanden ist, der im Namen des Herrn des verstorbenen Gesandten die Versieglung vorzunehmen im Stande wäre. Es geschiehet also blos in dieser Rücksicht und um dessen sämmtlichem Nachlasse noch eben die gebührende Sicherheit, als wenn der Gesandte lebte, zu gewähren, daß solcher durch Verfügung des Landesherrn versiegelt wird, woraus jedoch zugleich folgt, daß, so bald Verfügungen von dem Herrn des Verstorbenen einlangen, jenes provisionelle Versieglungs-Recht wieder verlösche, und die nur inzwischen angelegten Siegel wieder abzunehmen seyn.

§. 31.

§. 31.

Bisher hat man einen ächten Abriß des allgemeinen Gesandtschafts-Rechts entworfen, wie selbiges in dem Völkerrecht und in dem Herkommen bey freyen Mächten und Völkern gegründet ist. Nunmehro wird man zeigen, daß alle Züge desselben auch insbesondere ihre Anwendung auf die Stände des Reichs und ihre Gesandten finden und finden müssen. Es würde eine unnöthige und überflüßige Beschäftigung seyn, sich bey dem Beweise aufzuhalten, daß das Recht der Gesandtschaft den Ständen des Reichs an und für sich zukomme. Die Geseze und die Verfassung des Reichs sind in diesem Stücke jedermann bekannt: und Se. Kaiserl. Majest. haben selbst in der gegenwärtigen Angelegenheit so oft und viel den Fürstl. Sächs. Höfen und den hohen Reichs-Mit-Ständen, welche sich ihrer angenommen haben, versichern lassen:

> wie Höchst Dieselbe den Ständen des Reichs ihr Jus legationis zu entziehen, oder zu schmälern nicht gemeint, vielmehr solches aufrecht zu erhalten jederzeit bereit wären, (§. 7. 15. 18.)

daß man diesen Punkt als völlig ausgemacht voraussezen kann. Die Frage schränkt sich dahin ein:

> Ob den Reichsständischen Gesandtschaften am Kaiserlichen Hoflager alle diejenigen Befugnisse,

nisse, welche sonsten mit dem Gesandtschafts-Rechte verbunden sind, ebenfalls zukommen, und ob sie in Folge derselben insbesondere die Befreyung von der Gerichtbarkeit sich zueignen können?

Und daß dieses eine Frage sey, welche durchaus bejahet werden müsse, wird 1) aus dem Sprachgebrauche und den ersten Regeln der Auslegung 2) aus den wesentlichsten Begriffen des Gesandtschafts-Rechts, 3) aus den Gesezen, und 4) aus dem Herkommen dargethan werden.

§. 32.

Was erstlich den Sprachgebrauch betrift, so wird niemand in Abrede stellen, daß mit dem Worte: Gesandter und Gesandtschaft gewöhnlicher Weise jederzeit die Begriffe von jenen Befugnissen, und besonders von der oben ausgeführten Unabhängigkeit in Ansehung der Gerichtsbarkeit verbunden zu werden pflegen. Nun werden die Reichsständischen Gesandten nicht nur im gemeinen Leben, nicht nur am Hofe des Kaisers, ja nicht nur in den Häusern seiner hohen Minister, sondern in ihren Creditiven an den Kaiser, in ihren Recreditiven von demselben, in den Schriften, die sie dem Kaiser, seinem Ministerio, oder dem Reichshofrath übergeben, in den darauf erfolgenden Kaiserlichen Decreten, ministerial-Gegen-Noten und Antworten und Reichshofraths-

Con-

Conclusis mit dem Namen von Gesandten und Gesandtschaften genau eben so und nicht anders belegt, als in Ansehung anderer Auswärtigen geschiehet. Ja, die Reichsgeseze selbst sprechen an einem und eben demselben Orte von Gesandten auswärtiger Potentaten, Fürsten und Republiken, und Reichsständischen Gesandten, ohne in der Benennung den geringsten Unterschied zu machen,

Wahl-Capitulat. Art. III. §. 21. 22.

welchen sie hingegen, wenn sie zugleich von Reichsständischen Gesandten und von den Geschäftsträgern der Reichs-Ritterschaft reden, sehr wohl beobachten, und die einen Gesandte, die andern Abgeordnete heißen

Art. XXIII. §. 2.

aus der sehr bündigen Ursache, weil die Stände des Reichs das Gesandtschafts-Recht haben, der Reichs-Ritterschaft hingegen dasselbe nicht zustehet. So lang also kein Reichsgesez aufgewiesen werden kann, wordurch festgesezt worden, daß das Wort: Gesandter und Gesandtschaft, so bald es von Reichs-Ständen gebraucht wird, einen ganz andern Sinn und Verstand, eine ganz andere Bedeutung habe; so erheischen alle Regeln der Auslegung, daß solches eben so zu verstehen, und eben derselbe Begriff damit zu verknüpfen sey, als wenn es von Gesandten auswärtiger Mächte gebraucht wird.

§. 33.

§. 33.

Und dieser Saz erhält vollends eine unumstößliche Gewißheit, wenn nun zweytens die wesentlichen Begriffe des Gesandtschafts-Recht in Betrachtung gezogen werden. Denn, alles, was oben in Ansehung derselben aus der Natur der Sachen mit den Worten eines Grotius, eines Wicquefort, eines Bynkershoeck, und eines Vattel hergeleitet worden ist (§. 24.) tritt hier in voller Maße ein. Es ist der Mühe werth, davon eine umständliche Anwendung zu machen, und der Gegenstand ist zu wichtig, als daß man dieses nicht mit aller der Freymüthigkeit thun sollte, ohne welche sich der ganze Umfang derjenigen Aussichten nicht zeigen läßt, worauf es hierbey ankommt. Man darf also getrost behaupten, daß es eben so unsicher mit den Reichsständischen Gesandtschaften, als mit jedem andern Gesandten aussehen würde, wenn sie jemand andern von ihren Handlungen Rechenschaft zu geben schuldig wären, als demjenigen Reichs-Stande, von dem sie abgeschickt sind. Bey allgemeinen Gesezen, bey Gesezen, die auf alle Zeiten, in allen Umständen gelten sollen, bey einer Verfassung, die Jahrhunderte bestehen soll, kann es nicht auf Begriffe ankommen, die nur diesem oder jenem besondern Zeitpunkt angemessen sind, einem Zeitpunkt, in welchem ein gerechter und erleuchteter Kaiser des Reichs Oberhaupt ist, und demselben ein Kaiserliches Ministerium, ein Kayserl. Reichshof-

hofrath zur Seite stehen, die beständig und in allen Angelegenheiten geradehin Recht und Billigkeit, Geseze und Verfassung zur Richtschnur sich dienen lassen; einem Zeitpunkt, in welchem Ruhe, Friede und Eintracht herrschen. Es muß auf alle mögliche Fälle gesehen werden; Die Vorsicht kann auch solche Zeiten beschlossen haben, worinn das Gegentheil aller dieser günstigen Voraussezungen eintrift. Und wie würde es alsdann mit der Reichs-Stände Gesandtschaften, mit ihrem Gesandtschafts-Rechte selbst aussehen, wenn dieses blos nach jenen Voraussezungen seine Bestimmung haben sollte? Es ist nur allzusehr bekannt, wie verschieden, und auf welche gerade einander zuwiderlaufende Art nicht selten am Kaiserlichen Hof oder bey dem Reichshofrath auf der einen Seite, und von den Ständen des Reichs auf der andern gedacht worden ist. Bald kreuzen sich die Vorrechte des Kaisers und die Hoheiten und Gerechtigkeiten der Stände, bald legen das Kaiserl. Ministerium, der Reichshofrath und die Stände die Geseze des Reichs, jeder Theil auf eine andere Art aus; bald entsteht die Verschiedenheit der Denkungsart aus der Verschiedenheit der Religion oder der Begriffe von den jedem Religionstheile zustehenden Gerechtsamen. Ist nun der Reichshofrath Richter der Gesandten; so wird sich in unzähligen Fällen etwas finden und aufbringen lassen, dem die Gestalt eines Verbrechens könnte gegeben werden. Auch ein Reichsständischer Gesandter

sandter würde alsdann, wenn er die Gerichtbarkeit des Reichshofraths anzuerkennen gehalten wäre, zwo Gerichtbarkeiten unterworfen seyn. Denn ihn der Gerichtbarkeit seines Herrn, der Verbindlichkeit ihm von seinen Handlungen Rede und Antwort zu geben, völlig entziehen zu wollen, wird hoffentlich dem Reichshofrathe nicht beyfallen, und diese zwo Gerichtbarkeiten würden bey den angezogenen Umständen ihn noch darzu sehr oft nach Grundsäzen beurtheilen, die völlig mit einander in Widerspruche stünden. So würde denn aber auch ein Reichsständischer Gesandter seinem Herrn völlig unbrauchbar werden. Hat der Reichshofrath die Freyheit gegen einen Gesandten, der bey ihm oder dem Ministerio im Namen seines Herrn zu thun hat, unter welchem Vorwand es hiernächst sey, einen Gerichtszwang auszuüben: so werden sich sehr bald Wege finden, sich von einem Gesandten loszumachen, der dem Reichshofrath oder dem Ministerio nicht anstehet, nicht ihre Sprache, sondern die Sprache der Stände redet. Ist der Diener eines Reichs-Stands nicht vor allen Zudringlichkeiten und Beleidigungen des Reichshofraths und des Ministerii sicher; so ist es unmöglich, daß die Stände des Reichs von ihren Dienern gut bedient werden. Eben gegen das Betragen und gegen die Personen des Ministerii und des Reichshofraths müssen ja nicht selten Reichsständische Gesandten reden, schreiben und handeln. Wie kann also der Reichshofrath ihr Richter seyn?

Könnte

Könnte man jemahls vermuthen, daß sie die Befehle ihrer Herren mit der nöthigen Treue, Standhaftigkeit und Freyheit des Geistes vollziehen würden? Es ist offenbar, und man darf es also gerade heraus sagen, daß sie vom Kaiserlichen Hof und vom Reichshofrath eben so wenig zu hoffen als zu fürchten haben müssen, wenn sie ihre Aufträge in der Maße vollziehen sollen, als es der Wille und das Interesse ihrer Herren erheischet. Ja, es läßt sich nicht einmal gedenken, wie ein Reichs-Stand auch nur das geringste Vertrauen in seinen Gesandten sollte sezen können, wenn er ihn auf der einen Seite ausser seinen Augen und durch die Entfernung ausser seiner Gewalt wissen müßte, und auf der andern Seite der Kaiserliche Hof und der Reichshofrath die einzigen seyn sollten, die seinem Gesandten Furcht und Hoffnung würksam beyzubringen vermöchten. Die Reichs-Stände haben noch dazu mit dem Kaiser nicht allein solche Geschäfte, welche ihre Reichsständischen Verhältnisse mit demselben betreffen, sondern auch solche Bündnisse und Verträge zu behandeln, wobey sie in keiner andern Gestalt, als jeder anderer freyer auswärtiger Hof betrachtet werden können. Und die Betrachtung wird dermalen um so wichtiger, wenn man in Erwägung ziehet, daß die Reichsständischen Gesandten am Kaiserlichen Hoflager zugleich auch Gesandten an dem Hofe der Kaiserin Königin Majest. mithin am Hofe theils eines höchsten Reichs-Mitstands ihrer Herrn, theils

theils einer fremden Macht sind. Welche Aussicht würde vollends jene Art von Geschäften erhalten, wenn diejenigen, welche darinn gebraucht werden, nicht ihrem Herrn allein, sondern dem höchsten Gerichtshofe desjenigen, mit welchem sie solche verhandeln und schließen sollen, oder der mit jenem Hof in dem allergenauesten Interesse stehet, unterworfen wären? Und alles dieses bey Seite gesezet, wo würde überhaupt das Vermögen, die Zeit, die Freyheit des Geistes bleiben, die auch ein Reichsständischer Gesandter, so wie jeder anderer, zu Betreibung seiner Geschäfte gebrauchet, wenn er bey dem Reichshofrath auf jede gerichtliche Klage sich einlassen müßte, wenn er wohl gar in diesem oder jenem Falle gefängliche Verhaft, wenn er Executionen gegen ihn erfolgter Rechtssprüche zu erwarten hätte? Alles dieses würde ihn jeden Augenblick an Vollziehung seiner Aufträge hindern, aus dem freyen Umgange sezen, von dem Zutritt an den Orten, wo er nöthig fände, sich einzufinden, ausschließen, seinen Briefwechsel stören, mit einem Wort, ihn seiner Gesandtschaft entsezen, und also die Dauer und Würksamkeit des Reichsständischen Gesandtschafts-Rechts selbst vereiteln. Ja, man darf auch mit allem Fug in Ansehung Reichsständischer Gesandten fragen: welche Personen von Ansehen und Stande sich darzu gebrauchen lassen möchten, wenn sie dadurch auf einmal ihrer angebohrnen Landesherren, der Verfassung ihres Vaterlands,

der

der Vorzüge, die sie darinn haben, und aller ihrer Befugnisse sollten entäussert, und unmittelbar der Botmäsigkeit eines Gerichtshofs unterworfen werden, dessen Abneigung sie etwa bey Betreibung ihrer Geschäfte sich zugezogen hätten, der vielleicht nach Zeit und Umständen ihnen, ihrem Vaterlande, ihrem Landesherrn abhold geworden wäre, wie denn auch Fälle entstehen könnten, wo sie in solche Erörterungen mit Reichsständischer Freyheit hinein zu gehen hätten, die sehr leicht zu Heftigkeiten ausschlagen oder dafür ausgedeutet werden können. Was sollte einen Gesandten antreiben, nach seinem Tode, wenn noch darzu die Durchsehung seiner Papiere die Abgeneigtheit gegen sein Andenken vermehret hätte, Wittib, Kinder und Vermögen lieber einem solchen aufgebrachten Gerichtshof, als einem Landesherrn, der ihm und den Seinigen Schuz, Erkenntlichkeit, Dank und Belohnung schuldig wäre, zu überlassen? Man betrachte also die Sache, auf welcher Seite man wolle, so bleibt es unstreitig, daß, mit der Befreyung Reichsständischer Gesandten von der Gerichtbarkeit des Reichshofraths, das Gesandtschafts-Recht der Reichs-Stände selbst stehe oder falle, in so fern solche zugestanden oder abgesprochen wird. Die wesentlichen Begriffe dieses Rechts erfordern ersteres, und den Gesandten die Gerichtbarkeits-Befreyung nehmen, ist eben so viel, als die Gesandtschafts-Rechte selbst ihnen streitig machen.

Auch alles dasjenige, was das Völkerrecht zum Behufe der Unabhängigkeit der Gesandten überhaupt annimmt, (§ 25.) findet seine Anwendung bey Reichsständischen.

Man nehme an, daß auch diese ihre Herren vorstellen, und daß auch sie sich ausser dem Staate befinden, worinn sie sich ihrer Gesandtschaft halber aufhalten: hieraus wird folgen, daß wie der Reichshofrath weder eigentlich eine persönliche, noch, in Sachen, eine uneingeschränkte, allgemeine oder durchaus in erster Instanz gegründete Gerichtbarkeit hat, also auch solche demselben über ihre Gesandten weder in Ansehung ihrer Personen, noch in Absicht auf ihre Angelegenheiten geradehin gebühre, und daß so wenig dem Reichshofrath der Reichs-Stände Lande und Unterthanen ohne Mittel unterworfen sind; eben so wenig ein solcher Diener derselben, der auf Gesandtschaft stehet, eben deswegen aber noch zu dem Lande, woraus er abgeschickt worden ist, gerechnet wird, unmittelbar unter dem Reichshofrathe stehen könne.

§. 34.

Es sind auch drittens die Reichsgeseze mit diesem Saze der Unabhängigkeit Reichsständischer Gesandten von der unmittelbaren Gerichtbarkeit des Reichshofraths völlig verstanden. Schon überhaupt ist demselben verboten, die Stände des

Reichs

Reichs an ihren Hoheiten, Gerechtigkeiten, Macht und Gewalt zu verkürzen

Capit. Art. I. §. 2.

oder ihre Landsassen, ihnen mit oder ohne Mittel unterworfene Unterthanen, und mit Landesfürstlichen auch andern Pflichten zugethane Eingesessene und zum Lande gehörige, von deren Botmäßigkeiten und Jurisdictionen unter einigem Scheine zu eximiren und zu befreyen

Art. XV. §. 2.

sie von ihren ordentlichen Rechten zu dringen, zu erfordern, oder vorzubescheiden.

Art. XVIII. §. 3.

Es soll derselbe vielmehr einen jeden bey der ersten Instanz und seinen ordentlichen unmittelbaren Richtern, mit Aufheb- und Vernichtung aller der bis daher etwan dagegen, unter was Schein und Vorwand es seyn möge, beschehenen Contraventionen bleiben lassen, und dagegen nicht eingreifen.

§. 4. & 5.

Und er ist ausdrücklich angewiesen, nicht blos allein die Kaiserliche Hoheit, sondern auch der Stände, und der mittel- und unmittelbaren Unterthanen Privilegia der ersten Instanz aller Gebühr nach sorgsamlich in Acht zu nehmen, und den Reichs-Ständen unberührt verbleiben zu lassen.

Reichshofraths-Ordn. T. 2. §. 2.

Sollte also dem Reichshofrath erlaubt seyn, das Reichsständische Gesandtschafts-Recht, (welches ohne Zweifel eines der vorzüglichsten Stücke von den Hoheiten und Gerechtigkeiten der Reichs-Stände ist,) in den gezeigtermaßen wesentlichsten Grundsäzen und Bestandtheilen zu verlezen oder demselben allenfalls Gränzen und Schranken zu sezen, von denen die völlig allgemein und ohne Einschränkung redenden Reichsgeseze, deren Auslegung dem Reichshofrathe nicht zukommt, keine Sylbe enthalten? Sollte der Reichshofrath das den Reichs-Ständen so theure Vorzugs-Recht der Gesandtschaft darzu mißbrauchen können, ihre Unterthanen und Diener, die er schon überhaupt unmittelbar sich nicht unterwerfen darf, um die erste Instanz, ihre ordentliche Botmäßigkeit und ihre unmittelbaren Richter zu bringen, und soll also die gesandtschaftliche Würde den, der damit bekleidet wird, in schlechtere Umstände sezen, als worinn er sich vorher befand? oder wenn man die Gesandten als Repräsentanten der Reichsstände ansieht, soll der Reichshofrath abermals jenes theure Gesandtschafts-Recht darzu mißbrauchen dürfen, leztere selbst in eine dem Reichshofrath entweder überhaupt nicht, oder wenigstens nicht allgemein, unbedungen und uneingeschränkt, gebührende Gerichtbarkeit zu zwingen? Sollte der Reichshofrath nicht bedenken, daß er auch bey dieser ganzen Frage nicht nur auf die Kaiserliche Hoheit, sondern auch auf der Stände Gerechtsame

zu

zu sehen verpflichtet sey, und daß jene viel zu weit ausgedehnt werde, diese aber verlohren gehen, so bald ihnen das wenige entzogen wird? Allein es ist auch noch insbesondere und buchstäblich in den Reichsgesezen vorgesehen, daß der Reichs-Stände Gesandten, Residenten und Agenten von aller Jurisdiction, auch so viel die Obsignation, Sperrung, Inventur, Editiones der Testamente, Versorgung ihrer Kinder und deren Tutelen und dergleichen betrift, allerdings befreyet seyn sollen.

Capit. Art. XXV. §. 7.

Und man wird unten zeigen, daß wenn auch der Reichshofrath hiebey nicht mit Namen, sondern nur das Kaiserliche Hofmarschall-Amt, die Landes-Regierung und andere Gerichte und Beamte genannt sind, der Reichshofrath jedennoch darunter ebenfalls verstanden werden müsse. Im übrigen wird bey dieser Gelegenheit nicht unschicklich seyn, eine von weyland Kaisers Karl VI. Majest. an das Oesterreichische Wechselgericht ergangene Verordnung unter No. 23. einzuschalten, worinn höchstgedachter Kaiser, dem der Sinn und Innhalt der Reichsgeseze und der von ihm beschwornen Wahl-Capitulation gewis bekannt war, ausdrücklich bezeuget, wie nicht nur die von fremden Kronen, sondern auch die von denjenigen Höfen, welche das Jus legationis haben, und also auch von den Reichsständischen, nach Wien kommenden Ge-

Gesandten, sich keinem fremden Gerichtszwang unterwerfen könnten. Denn es ist besonders merkwürdig, daß ob schon zugleich der Unterwürfigkeit der Reichshofräthe unter die Jurisdiction ihres Collegii Meldung geschiehet, jedennoch dieselben von den Gesandten der das Jus legationis habenden Höfe völlig abgesondert, und leztere durchaus mit den Gesandten der fremden Kronen, die unstreitig einer vollkommenen Befreyung genießen, in eine Classe gestellt werden.

§. 35.

Was, in Ansehung der Befreyung der Reichsständischen Gesandtschaften von der Gerichtbarkeit des Reichshofraths, sowohl die Natur der Sache, als die Geseze mit sich bringen, findet sich aber auch viertens durch das Herkommen vollkommen bestätigt. Die folgenden Beyspiele zeigen solches unwidersprechlich.

Man ist in Ansehung derselben bey der Befreyung von der Versieglung bey Todesfällen stehen geblieben. Theils ist diese der erste Gegenstand und die Veranlassung des gegenwärtigen Streits, und theils will der Reichshofrath selbige als eine Würkung und als einen Beweis seiner Gerichtbarkeit gelten machen. So bald also das Herkommen der Forderung des Reichshofraths, bey Absterben Reichsständischer Gesandten zu versiegeln, entgegen stehet, so widerspricht es auch

der-

derjenigen Gerichtbarkeit überhaupt, welche sich der Reichshofrath anzumaßen unternimmt. Man bemerkt im voraus, daß ohne Zweifel noch viel mehr Beyspiele könnten beygebracht werden, wenn es nicht eine zu weitläuftige Sache wäre, bey allen und jeden Reichs-Ständen darüber in den Archiven von so langen Jahren her nachsuchen zu lassen, und wenn nicht auch nach dem Zusammenhange der Umstände von manchen Fällen sich in den Archiven nichts aufgezeichnet finden dürfte. Es sind also nur 16. Beyspiele, die man sich begnüget, hier anzuführen. Man hat jedoch nicht nöthig, sich blos auf die jüngern Zeiten einzuschränken, sondern man kann diese Beyspiele schon von dem vorigen Jahrhunderte bis auf die jezigen Zeiten herführen. Denn als

I. im Jahr 1694. die Ehefrau des Chur-Braunschweigischen Residenten von Huldenberg mit Tod abgieng, meldete sich zwar das Kaiserliche Hofmarschall-Amt zur Versieglung an. Da aber derselbe seine Immunität dagegen einwandte; so ließ es das Hofmarschall-Amt so gleich dabey bewenden, und dem Reichshofrathe fiel nicht einmal ein, einige Anforderung zu machen. Doch noch viel wichtiger ist

II. das Beyspiel, welches sich nach Absterben der zweyten Ehefrau gedachten von Huldenberg, der nunmehro Abgesandter geworden war, ereignete. Wichtiger wegen der besondern Umstände,

 die

die dabey einschlugen, indem die verstorbene von Huldenberg ein Oesterreichisches Landeskind war, ansehnliche Güter und unbewegliches Vermögen in Oesterreich hinterließ, und Töchter vorhanden waren, die nach dem Heyraths-Vertrag in der katholischen Religion erzogen werden sollten; noch wichtiger aber deswegen, weil in diesem Falle die Reichsständischen Gesandtschafts-Gerechtsame dennoch, und der allerheftigsten Bewegungen ungeachtet, selbst in contradictorio durchgesezt wurden. Die von Huldenberg starb den 1ten Julii 1714. Gleich den andern Tag erschienen zween Abgeordnete des Oberstenhofmarschall-Amts, um die Sperre vorzunehmen. Der Abgesandte von Huldenberg that dagegen Vorstellungen, und berief sich unter andern auf das mit ihm selbst vor 20. Jahren vorgefallene obige Beyspiel. Allein der Kaiserliche Herr Obersthofmarschall blieb auf seinem Ansinnen bestehen, und als der von Huldenberg den 9ten Julii auf das Land gegangen war, machte derselbe sich diesen Umstand zu Nuze, indem er in des Gesandten Wohnung den Amts-Secretarius abschickte, der, nachdem ihm mit gutem Willen von den Bedienten kein Zimmer hatte geöffnet werden wollen, durch Androhung der Gewalt, die Oeffnung eines derselben zuwege brachte, und hienächst an einem kleinen Käßigen die Versieglung vornahm. Der Gesandte aber übergab gleich nach seiner Zurückkunft dem Herrn Obersthofmarschall eine feyerliche Verwahrung, und hier-

hierüber wurde aus der Sache eine Angelegenheit, die von dem Kaiserlichen Hof auf das alleräusserste hinausgetrieben wurde. Anfänglich zwar ließ man die Sache auf sich beruhen. Zu Anfang des Aprils des folgenden 1715ten Jahrs aber wurde sie mit desto größerm Nachdrucke gereget. Man berief den von Huldenberg zu dem Reichshofraths-Präsidenten bey welchem sich zugleich der Reichs-Vice Canzlar und der Oberſthofmarschall mit dem Reichs-Referendario eingefunden hatten, und in dieser Zusammenkunft that der Reichs-Vice-Canzlar, Namens des Kaisers, dem von Huldenberg einen umständlichen Vortrag, welcher dahin abzielte, daß derselbe die Gerichtbarkeit des Hofmarschalls anerkennen, und Se. Kaiserl. Majest. nicht nöthigen möchte, andere Maasregeln gegen ihn zu ergreifen. Und als der von Huldenberg sich dagegen auf die Reichsständischen Gesandtschafts-Rechte berief, vermöge welcher die Reichsständischen Gesandten unter der Gerichtbarkeit ihrer Herren stünden, und in dieser Maße alles weitere viele Zureden der Kaiserlichen Herrn Minister bey ihm ohne Wirkung blieb; So wurde nicht nur der Umgang mit dem von Huldenberg beynahe völlig aufgehoben, und ihm alle Audienz und aller Zutritt bey Hofe äusserst erschweret, sondern es wurde auch Kaiserlicher Seits zu London so gar die Zurückrufung desselben nachdrücklichst begehret. Allein eben hierdurch ist die Sache zu einer solchen Sprache gekommen, daß in der Folge die Reichs-

ständi-

ständischen Gesandtschafts-Rechte vielmehr in contradictorio behauptet und festgesezet wurden. Königs Georg I. von England Majest. verbaten die gesuchte Zurückberufung des von Huldenberg, billigten es, daß dieser die Gerichtbarkeit des Hofmarschall-Amts nicht anerkannt hatte, und blieben in gewissen Säzen, welche dem Kaiserlichen Residenten bey der Antwort ausgehändiget wurden, dabey bestehen, daß gegen die Gesandten und die Ihrigen durchaus keine Jurisdictions-Sperren statt finden könnten. Und hierauf wurde Kaiserlicher Seits weiter nichts mehr gereget, und weder ferner auf der Abrufung bestanden, noch auch auf jene Säze nur eine Sylbe geantwortet. Vielmehr wurde zu Wien auf allerhand Weise sich bemühet, einen glimpflichen Ausweg in der Sache zu finden; und es ist merkwürdig, daß, ausser dem Prinzen Eugen von Savoyen, sich vorzüglich der Reichshofraths-Präsident hierzu verwendete. Es blieben jedoch auch alle diese Bemühungen ohne Würkung, weil bey den geschehenen Vorschlägen der von Huldenberg immerhin mehr oder weniger befürchten zu müssen glaubte, daß bey deren Bewerkstelligung wenigstens von ferne einige Gerichtbarkeit anerkannt worden zu seyn scheinen möchte. Endlich aber wurde diese Angelegenheit im October 1715. auf eine Weise geendiget, welche eine solche Vermuthung vollkommen ausschloß. Der von Huldenberg war bey dem Kaiser in Ansehung der Art seines persönli-

chen Betragens, besonders bey der im April mit ihm gehaltenen ministerial-Zusammenkunft verunglimpfet worden, und der König hatte von allem Anfang an, da der von Huldenberg bey ihm verklagt worden war, dem Kaiserl. Residenten bezeugen lassen: daß, wofern er sich hierinn sollte etwas haben zu schulden kommen lassen, derselbe zu aller Ehrerbietung angewiesen wäre. Der von Huldenberg hatte daher auch gar kein Bedenken, in einem eignen Memoriale gegen Se. Kaiserl. Majest. seine Unschuld zu erklären, und weil dem Kaiser ferner beygebracht worden war, als ob er seinen Kindern ihr mütterliches zu entziehen und die Töchter evangelisch erziehen zu lassen gedächte, zugleich auch den Ungrund dieses Vorgebens darzulegen. Diesem allen ungeachtet nahm der von Huldenberg die größte Vorsicht, auch hierbey sich in nichts verfängliches einzulassen. Er übergab das Memorial weder dem Oberſthofmarschall, noch dem Reichs-Vice-Canzlar, noch einem andern Minister, ohne irgend ein diesfalls geschehenes Anerbieten, sich damit beladen zu wollen, anzunehmen, sondern er machte die Einleitung dahin, daß der verwittibten Kaiserin Amalia Majest. solches dem Kaiser zuzustellen geruheten. Und selbst in Ansehung der wegen seiner Töchter ihm gemachten Beschuldigungen verantwortete er sich darinnen nicht unmittelbar bey dem Kaiser, sondern er begnügte sich Sr. Kaiserl. Majest. die Abschrift derjenigen Verantwortung vorzulegen, die

er darüber an den König, seinen Herrn, hatte gelangen lassen, welches natürlicher Weise eben so viel war, als auch noch gegen des Kaisers höchst eigene Person darauf zu bestehen, daß es der König allein sey, dem er Red- und Antwort zu geben hätte. Was aber die Haupt-Angelegenheit, nehmlich den Streit wegen der Sperre betraf, so sezte er solchen als eine den König, seinen Herrn, angehende Sache in diesem seinem Memoriale völlig beyseite, und er ließ hiernächst blos geschehen, daß die Oberſthofmarschallischen Siegel ohne sein Zuthun in seiner Abwesenheit und eben so heimlich wieder hinweggenommen wurden, als sie angelegt worden waren. Weder die Inventur noch einige sogenannte Abhandlung und Vertheilung der Erbschaft, oder die Bevormundung der Kinder wurde von dem Kaiserlichen Hofmarschall bewerkstelliget, oder auch nur weiter gesucht, während daß quoad bona immobilia die Sache, so wie es sich nach der Ordnung gebührte, ad fora austriaca verwiesen wurde. Der Reichshofrath erschien bey der ganzen Sache durchaus nicht, ausgenommen, daß er im Jenner 1715. ein vom Kaiser abgefordertes Gutachten erstattet hatte, worinn er das Verfahren des Obriſthofmarschalls rechtfertigte, denselben, nicht aber sich, als denjenigen aufstellte, der die Kaiserliche Gerichtbarkeit über die Reichsständischen Gesandtschaften auszuüben hätte, und alle diejenigen Schritte anrieth, die hiernächst in Ansehung

sehung der angeordneten ministerial-Zusammenkunft mit dem von Huldenberg, dessen Anklage zu London, und so weiter, mit so widrigem Erfolge geschahen. So wurde dieser Streit geendiget, und es ist wohl nicht auszudenken, wie die Reichsständischen Gesandtschafts-Rechte stärker, kräftiger und würksamer hätten selbst in contradictorio behauptet und durchgesezt werden können. Und seit dem haben sich die Churfürsten und Fürsten des Reichs in diesem so standhaft behaupteten Besiz auch noch ferner auf das sorgfältigste erhalten.

§. 36.

III. Noch im Jahr 1714. hatte, nach Absterben der Herzoglich-Würtembergischen Abgesandtin von Schütz, der Oberschofmarschall ebenfalls die Sperre mit Gewalt durchgesezt. Der von Schütz gieng aber gar so weit, daß er die Siegel desselben wieder abreissen, darüber eine Notariats-Urkunde verfertigen, und die 4 abgerissenen Siegel mit einer Protestation durch Notarium und Zeugen dem Herrn Obersthofmarschall zurückgeben ließ. Die Sache wurde hierauf gegen den von Schütz gleich heftig, ja noch heftiger, als gegen den von Huldenberg, betrieben, da selbiger weit über die Schranken hinaus gegangen war, welche lezterer Glimpfs halber beobachtet hatte. Inzwischen blieben die Siegel abgerissen, es wurde keine neue Versiglung unternommen, am allerwenigsten

nigsten an Inventur, Verhandlung der Erbschaft und dergleichen gedacht, und alles, worzu sich der von Schütz bequemte, bestand darinn, daß er die Absendung des Notarii und der Zeugen an den Oberstهofmarschall entschuldigte. Allein nach diesem und dem Huldenbergischen Falle wurde der Besiz auf Seiten der Stände des Reichs vollkommen ruhig und unangefochten fortgesezt.

IV. Den 19ten August 1720. starb der Chur-Braunschweigische und zugleich Bischöflich-Osnabrückische Rath und Agent von Reck. Hätte der Obersthofmarschall oder der Reichshofrath, nach dem so widrig erfolgten Ausgange der Huldenbergischen und Schützischen Fälle, gleichwohl geglaubet, noch einiges Recht zu den Versieglungen behalten zu haben; So war es bey diesem Absterben gewiß wesentlich nöthig, solches auf alle Art geltend zu machen, und um desto nöthiger, da sich der Fall bey eben der Gesandtschaft wiederum zutrug, welche selbiges zulezt und mit so gutem Erfolge streitig gemacht hatte. Allein es geschah nicht die mindeste Bewegung weder von Seiten Reichshofraths, noch des Obersthofmarschalls, und eben der Gesandte von Huldenberg, gegen welchen dieser damals nichts auszurichten vermocht hatte, übte nunmehr die Gesandtschafts-Rechte so ruhig aus, daß der Obersthofmarschall und Reichshofrath sich nicht unterfiengen, selbige auch nur in Anspruch zu nehmen.

V. Um

V. Um eben diese Zeit starb der Chur-Brandenburgische Resident, Königl. Preuß. Hof- und Cammergerichts-Rath Burchardi, welcher auch des Königl. Chur-Hauses Geschäfte am Reichshofrathe besorgte. Hierbey blieb der Reichshofrath abermal ganz stille, und das Hofmarschall-Amt both sich zwar zur Versieglung an, zog sich aber auf Verweigerung sogleich wieder zurück. Dennoch lies dasselbe in eben dem 1720ten Jahre die Versieglung, selbst nach Absterben eines auswärtigen Gesandten, des Dänischen von Weyhburge vollziehen, und zwar mit Recht, weil hierbey genau der Fall einer provisional-Sperre eintrat, indem der gedachte Gesandte niemanden von Seiten seines Hofs bey sich hatte. Und mit allem dem wurde jedoch selbst dem geschwornen Reichshofraths-Agenten von Schlegel, der die Judicialia des Dänischen Hofes hieselbst besorgte, erlaubet, sein Siegel mit beyzudrucken.

VI. Im Jahr 1734. suchte das Kaiserliche Hofmarschall-Amt bey dem Absterben des Chur-Brandenburgischen Legations-Secretarius Reidt zu sperren; der Gesandte Graf von Gotter verwahrte sich aber dagegen, und hierauf stand dasselbe alsogleich ab.

VII. Im Jahr 1739. starb der Marggräflich-Brandenburg-Onolzbachische Legations-Secretarius Sauerzopf. Hiebey verlangte weder der Reichshofrath, noch das Obersthofmarschall-Amt

sich einzumischen, sondern sie überließen dem Gesandten von Staudach Sperre und Abhandlung der Verlassenschaft ohne Widerspruch. Besonders merkwürdig ist hiernächst

VIII. Der Fall, welcher sich bey dem den 17ten Merz 1748. erfolgten Tode des Chur-Braunschweigischen Raths und Agenten Pilgram, der so wie der zum IVten Beyspiele angeführte von Reck mit einer förmlichen Vollmacht beym Reichshofrathe legitimiret war, ereignete. Seit den lezten Beyspielen war durch die Wahl-Capitulationen der beeden Kaiser Karl VII. und Franz I. in Ansehung des Hofmarschalls eine buchstäbliche Vorsehung geschehen, daß selbiger nicht mehr wagen durfte, mit seinen vorgegebenen Versieglungs-Befugnissen hervorzutreten. Hätte nun der Reichshofrath, so wie er jezo behaupten will, das Recht und die Pflicht gehabt, an seine Stelle zu treten; so war dieser neue Vorfall bey der Chur-Braunschweigischen Gesandtschaft gewiß der Zeitpunkt, wo er nicht unterlassen durfte, seine Gerechtsame, die eigentlich höchstwichtige Gerechtsame des Kaisers selbst gewesen seyn würden, auszuüben. Und dieser Vorfall war dem Reichshofrathe keineswegs verborgen. Ueberhaupt werden solche Todesfälle in Wien auf so vielerley Art bekannt, und vornehmlich fallen protestantische Begräbnisse, wegen ihrer Besonderheit, so in die Augen, daß es sich nicht vorzustellen ist, wie keinem einzigen Mitgliede

gliede des Reichshofraths davon einige Kenntnis hätte zukommen sollen. Allein stand überdieß der verstorbene Rath Pilgram mit verschiedenen der angesehensten Reichshofräthe beyder Religionen in täglichem genauen Umgange, und er war ein so beliebter Mann, daß ihn selbst der Reichshofraths-Präsident, Graf von Wurmbrand, gern um sich hatte. Nichts desto weniger that nach seinem, also weder dem Präsidenten, noch den Reichshofräthen unbekannt gebliebenen Todesfalle, der Reichshofrath so wenig, als der Obersthofmarschall den mindesten Schritt, und der Chur-Braunschweigische Gesandte von dem Busche ließ Versieglung, Inventur, öffentlichen Verkauf des Nachlasses und alles übrige ungestört von Gesandtschaftswegen beobachten. Nicht nur aber betrug sich der Reichshofrath so ruhig und stillschweigend bey diesem Fall, er benahm sich eben so in den mehr als 20 Jahren, die auf selbigen sowohl unter fernerer Regierung des höchstseeligen Kaisers Franz, als unter der Sr. jezt glorreichst regierenden Kaiserl. Majest. folgten. Denn so machte der Reichshofrath weder

IX. beym Absterben des Chur-Brandenburgischen Residenten von Gräve im Jahr 1750. noch

X. bey dem Tode der Chur-Brandenburgischen Residentin von Diest, im Jahr 1753. die mindeste Bewegung, ob gleich sowohl der von

Gräve, als der von Diest die *Judicialia* des Königl. Churhauses besorgt hatten. Als

XI. im Jahr 1757. der Chur-Pfälzische Gesandte von Hake auf seiner Reise nach Wien starb, vollzog der damalige Resident und jezige Gesandte Freyherr von Ritter, ohne mindeste Einrede, die Versieglung, und da er darüber mit dem Malthe-ser Orden, von welchem der Verstorbene Commandeur war, Streit bekam, reclamirte er den hohen Beystand des Kaiserlichen und Kaiserlich-Königlichen Ministerii, die ihm auch solchen versprachen und gewährten. Würde solches insonderheit von Seiten des Kaiserlichen Ministerii geschehen seyn, oder würde nach der Hand der Freyherr von Ritter die ganze Verlassenschafts-Sache so ruhig, als es geschah und ohne mindesten Widerspruch nicht allein des Kaiserl. Hofmarschalls, sondern auch des Reichshofraths haben zu Ende bringen können, wenn durch die neuesten Wahl-Capitulationen von 1742. und 45. zwar ersterer von der Jurisdiction über die Reichsständischen Gesandtschaften und von den Versiegelungen ausgeschlossen worden, die demselben abgesprochene Befugnis aber dem Reichshofrathe zugewachsen wäre? Es starb

XII im Julio 1760. Johann Adam Burkel, ein Canzellist des damaligen Hochfürstl. Brandenburg-Onolzbachischen Hofraths und nunmehrigen Geheimen Legations-Raths von der Lith. Dieser

ver-

versiegelte so fort dessen Nachlaß, ließ denselben inventiren und antwortete solchen nach der Hand dessen Geschwistern aus, wovon ein Bruder unter der Kaiserlichen Armee, als Hauptmann stund, andere aber in den Marggräflichen Landen angesessen waren. Auch hiebey machte so wenig der Reichshofrath, als der Hofmarschall die mindeste Einwendung, obgleich besagter von der Lith neben dem Gesandtschafts-Posten zugleich *ad judicialia* des Marggräflichen Hofes beym Reichshofrathe bevollmächtiget war, auch der verstorbene Canzellist häufig in den die Processe betreffenden Verrichtungen gebraucht worden. Und wollte man diesen Vorfall gegen alle Wahrscheinlichkeit dadurch entkräften, daß er vielleicht dem Reichshofrath unbekannt geblieben wäre; so ereignete sich

XIII. wenige Jahre darauf ein neuer Fall bey der Chur-Braunschweigischen Gesandtschaft, welchem dieser Einwurf gewis nicht kann entgegen gesezt werden. Es starb den 7 Junii 1765. der Gesandte von Steinberg, ein sehr beliebter und angesehener Minister, der täglich in Gesellschaften gewesen, und in der großen Welt gelebt hatte, und dessen Tod mit allen seinen Umständen das Mitleid und Bedauern des ganzen Hofs und des gesammten Adels erregte; ein Gesandter, der besonders auch mit vielen Reichshofräthen und dem Præsidio selbst in Freundschaft und Verbindung stand, welchen allen auch so, wie sämmtli-

chen einheimischen und auswärtigen Ministern und dem ganzen Adel, der Tod auf die gewöhnliche Art durch gedruckte Zettel bekannt gemacht wurde. Ist es zu glauben, daß bey einem auf so vielfache Art dem Reichshofrathe bekannt gewordenen Todesfalle dieses höchste Reichsgericht völlig unthätig geblieben seyn würde, oder wäre dieses gegen seine ihm aufliegenden Pflichten zu verantworten gewesen, wenn selbiges das allermindeste Recht sich hätte beygehen lassen, bey Todesfällen Reichsständischer Gesandtschaften zu versiegeln, und das, was mit Voraussezung einer ihm zukommenden Jurisdiction daraus folgen würde, zu beobachten? Nichts desto weniger ist es zuverlässig, daß der Chur-Braunschweigische damalige Legations-Secretarius, der zugleich *ad Judicialia* beym Reichshofrathe legitimiret war, die Versieglung und die nachherige ganze Auseinandersezung der Verlassenschaft ruhig vollzog, ohne daß der Reichshofrath sich auch nur im allergeringsten meldete. Vieles von dem Nachlasse wurde auf Anordnung besagten Legations-Secretarius öffentlich verkauft und verschiedene der Herrn Reichshofräthe wohnten diesem öffentlichen Verkauf in dem Gesandtschafts-Quartier bey; sahen, daß solcher von Gesandtschafts wegen geschahe, unterhielten sich davon mit besagtem Legations-Secretarius, und keinem fiel es ein, weder ihm Gesprächsweise einigen Zweifel über die Befugnis, der von ihm in dieser Maße ausgeübten Gerichtbarkeit zu erkennen

nen zu geben, noch auch nach der Hand bey ihrem Collegium einige Bewegung zu veranlassen. Nur das Hofmarschallamt hatte besagtem Legations-Secretarius seine Bemühung mit vieler Höflichkeit angetragen, sich aber auch, so bald lezterer selbige verbeten, eben so höflich zurückgezogen. Endlich vollzog

XIV. nach dem am 4ten Februar 1769. erfolgten Absterben des Herzoglich-Sachsen-Weimar- und Gothaischen Gesandten von Rehboom, des Vaters eben desjenigen Legations-Raths von Rehboom, über die Versieglung dessen Nachlasses die gegenwärtige Streitigkeit entstanden ist, nach ausdrücklichem deshalb von Seiten des Sachsen-Gothaischen Hofs erhaltenen Auftrag und Vollmacht, die Chur-Braunschweigische Gesandtschaft ebenfalls die Versieglung, Publicationem testamenti, Confectionem Inventarii, Convocationem Creditorum und nachherige Auseinandersezung der Erben ungestört; und es geschah dieses so öffentlich, als wenig überhaupt der Todesfall des Gesandten von Rehboom verborgen war. Derselbe lebte mit verschiedenen Reichshofräthen in besonderer Freundschaft, er wohnte auf einer Strasse, in welcher, und neben welcher verschiedene derselben ihre Wohnung hatten, und der Legations-Rath von Rehboom unterließ nicht, gleich nach dem Begräbnistage, wie dem Herrn Reichs-Vice-Canzlar und dem Kaiserl. Königlichen Herrn

Hof- und Staats-Canzlar, also auch dem Herrn Reichshofraths-Präsidenten die Aufwartung zu machen, und von dem erfolgten Tode seines Vaters die Anzeige zu thun, welche bereits vorher gleichfalls durch gedruckte Zettel geschehen war. Gleichwohl verlangte der Reichshofrath zu keiner Zeit die Versieglung vorzunehmen, oder sich in das Verlassenschafts-Geschäfte einzumischen. Der Obersthofmarschall aber betrug sich eben so, als in dem vorher angeführten Steinbergischen Falle, wie solches die damals von dem Privat-Secretarius des Gesandten verfaßte Registratur, die unter No. 24. hiebey lieget, mit mehrern darleget. Und als

XV. die hinterlassene Wittwe gedachten Gesandten von Rehboom den 24ten November 1770. ebenfalls mit Tode abgieng, verrichtete der Sachsen-Weimarische Geheime Legations-Rath Isenflamm, welchem, da der Sachsen-Gothaische Legations-Rath von der Lith mit der ältesten hinterlassenen Tochter und Mit-Erbin derselben verehlicht ist, nach dem zwischen den Sachsen-Weimar- und Gothaischen Höfen getroffenen Einverständnisse, der Auftrag dazu geschehen war, im Namen des Sachsen-Weimarischen Hofs die Versieglung, ohne mindeste Störung, obgleich der Reichshofrath bey dem allererst einige Wochen vorhero erfolgten Absterben ihres Sohnes sich angemaßt hatte, die Versieglung vorzunehmen. Dieses

ses höchste Reichs-Gericht mußte also damals noch keine allgemeine Befugnis bey Todesfällen Gesandtschaftlicher Personen zu besizen sich eingebildet haben. Jene Sachsen-Weimarische alleinige Versieglung blieb auch bis in den Februar 1772. bestehen. Inzwischen kann das Absterben der Geheimen Räthin von Rehboom so wohl in Absicht auf jenen Umstand, der kurz vorhero angelegten Sperre bey deren Sohnes Nachlaß, als auch, weil gedachter Sachsen-Weimarischer Geschäftsträger der Auslieferung des Testaments halber also gleich nach dem Tode derselben mit einem der Herrn Reichshofräthe in Streit verfiel, und überdieß die jüngeren Töchter schon den 21ten Januar 1771. beym Reichshofrath um die Obsignation gebeten hatten, als ein diesem höchsten Reichsgericht unbekannt gebliebener Fall nicht angegeben werden. Ja, es erfolgte

XVI. noch in dem 1771ten Jahre der Tod der Genuesischen Gesandtin Doria, ohne daß der Reichshofrath die Sperre angelegt, oder anzulegen versucht hätte. Dennoch ist bekannt, wie nachdrücklich dieses höchste Reichsgericht die Kaiserliche Gerichtbarkeit über die Republik Genua behauptet, und es ist also von jener Unthätigkeit der Grund nicht darinn zu suchen, daß Genua eine auswärtige Republik sey.

§. 37.

Diese 16. Beyspiele sind, ohne daß es nöthig wäre, mehrere aufzusuchen, hinreichend zu beweisen, daß der Befreyung der Reichsständischen Gesandtschaften von der Gerichtbarkeit des Reichshofraths und daher auch insbesondere von Versieglungen ihres Nachlasses auch das Herkommen vollkommen zur Seite stehe.

Es bleibt allein übrig zu zeigen, daß diese Befreyung eben sowohl den Agenten der Reichs-Stände, und insbesondere allen denen, die am Reichshofrathe deren Rechtsangelegenheiten betreiben, als solchen characterisirten Gesandten und Residenten derselben, die diese Besorgnis nicht auf sich haben, zustehe. Man muß dabey blos bemerken, daß hierunter diejenigen nicht gemeinet sind, welche ordentlich geschworne und bey dem Reichshofrathe verpflichtete Agenten, hiernächst aber von Ständen des Reichs mit Vollmachten zu Betreibung ihrer Rechtsangelegenheiten versehen sind, sie mögen nun mit welchen Titeln, als es immer sey, von selbigen dabey begabet seyn oder nicht. Die Rede ist allein von denen, welche eigends zu solchem Endzweck abzuordnen und am Reichshofrathe zu halten den Reichs-Ständen erlaubt ist.

Reichshofraths-Ordn. Tit. VII. §. 9.

Und daß diese jene Befreyung von des Reichshofraths Gerichtbarkeit genießen, ist in der Natur

der

der Sache, den Reichsgesezen und dem Herkommen gegründet.

§. 38.

Wie unsicher würde es auch mit solchen Agenten aussehen, wenn sie jemanden andern von ihren Handlungen Rechenschaft zu geben hätten, als allein demjenigen Reichs-Stande, von dem sie bevollmächtiget sind! Auch in Ansehung ihrer ist es kein geringfügiger Umstand, daß nicht selten auf eine sehr verschiedene, ja gerade einander zuwiderlaufende Art von Seiten des Kaiserlichen Hofs oder des Reichshofraths, und von Seiten der Stände des Reichs gedacht werde. Hätte der Reichshofrath die Gerichtbarkeit über einen solchen Agenten, so würde sich in unzähligen Fällen etwas finden und aufbringen lassen, dem die Gestalt eines Verbrechens auch in Ansehung ihrer gegeben werden könnte. Was für Ungemache würde darüber ein Agent ausgesezt seyn! Und entweder müßte er zwo Gerichtbarkeiten über sich erkennen, die seines Herrn und die des Reichshofraths, in welchem Falle lezterer sehr oft ihn anders, als ersterer beurtheilen würde; oder er würde vielmehr in der That und in der Wahrheit der Gerichtbarkeit des Reichshofraths allein unterliegen; und wie leicht würde alsdenn ein jeder, der dem Reichshofrathe nicht anstünde, hinweggebracht werden können, oder seinem Herrn verdächtig oder unbrauchbar werden. Eben gegen das Betragen und

die Personen des Reichshofraths müssen die Agenten der Stände oft reden, schreiben und handeln; Unmöglich ist es also, daß diese ihre Richter seyn können! Worinn sollte in einem solchen Fall der Vorzug bestehen, welchen die Geseze den Ständen des Reichs einräumen, eigene Agenten am Reichshofrathe halten zu dürfen? Die Freymüthigkeit, die Standhaftigkeit, um welcher willen Stände des Reichs lieber eigene, als allgemeine dem Reichshofrathe verpflichtete Agenten zu den Angelegenheiten gebrauchen, die ihre Lande, Leute und Unterthanen, ihre Hoheiten, Ehren und Würden betreffen, würde ja guten theils hinwegfallen, wenn selbige von dem Reichshofrath etwas, und beynahe mehr, als von ihren eigenen Herren, zu fürchten und zu hoffen haben sollten. Es liegt so gar ein Widerspruch in dem Ausdrucke; eigen, oder den Ständen des Reichs allein verpflichtet, und in dem Ausdrucke: der **Reichshofräthlichen Gerichtbarkeit unterworfen.** Man seze aber auch alle diese höchstwichtigen Betrachtungen bey Seite; so würde ein Stand des Reichs schon deswegen von seinem so genannten eignen Agenten, wenn er die Reichshofräthliche Gerichtbarkeit anerkennen müßte, wenig sicher seyn, daß selbiger sich nicht alle Tage auf jede gegründete oder ungegründete gerichtliche Klage einlassen, mit einem jeden, der sich ihm zudränge, in Verhandlungen und Schriftwechsel treten, und am Ende wohl gar gefängliche Verhaft oder Execution gegen sich

erge-

ergehen lassen müßte: lauter Wege, die Freyheit des Geistes zu verlieren, um Zeit und Muße zu Vollstreckung seiner Geschäfte zu kommen, und nicht selten alsdann, wann seine Würksamkeit am nothwendigsten wäre, derselben entsezt zu werden.

§. 39.

Was aber schon die Natur der Sache mit sich bringet, wird von den Gesezen des Reichs noch insbesondere vorgeschrieben. Es ist bereits angeführet worden, daß, indem die Reichshofraths-Ordnung den Ständen des Reichs zugestehet, eigne Agenten zu halten, nothwendig dabey die Befreyung von der Gerichtbarkeit des Reichshofraths vorausgesezt werden müsse, weil sonst kein Vorzug zu erdenken stehe, den die Reichs-Stände in ihren eignen Agenten vor andern ordentlichen Agenten finden könnten. Und hiermit kömmt der Unterschied überein, mit welchem die Reichshofraths-Ordnung in Ansehung der erstern, und in Absicht auf die leztere spricht. Erstlich leget sie jenen den Eid nicht auf, welchen diese bey Antritt ihrer Agentschaft ablegen müssen; und eben diese Beeidigung ist dennoch dasjenige, worauf die Reichshofraths-Ordnung

Tit. VII. §. 3. 4.

die Gerichtbarkeit des Reichshofraths über leztere gründet. Es ist dieses ein offenbares Zeichen, daß ein eigner ständischer Agent eine von diesem

Gericht

Gericht abgesonderte Person bleibe. Daher ist ein solcher hiernächst auch dem Examini nicht unterworfen, welchem die geschwornen Reichshofraths-Agenten sich fügen müssen.

Tit. cit. §. 1. 2. & 9.

Und so erfordert Drittens selbige zwar von diesen, wann sie verreisen wollen, daß sie um Erlaubnis bitten, und Substitution thun

§. 5.

von den eignen Agenten hingegen nicht jenes, sondern nur dieses;

§. 9.

jenes nehmlich sezet eine Gerichtbarkeit und Oberbotmäsigkeit voraus, dieses aber ist zu der Ordnung und zu Fortsezung der Rechtsangelegenheiten erforderlich, der Geschäftsträger stehe unter welcher Gerichtbarkeit er wolle. Die Wahl-Capitulation ist aber vollends entscheidend, da sie

Art. XXV. §. 7.

den Agenten eben so buchstäblich und ausdrücklich, als den Gesandten und Residenten der Stände die Befreyung von der Jurisdiction, Obsignation, Inventur, Edition der Testamente, Versorgung ihrer Kinder und derselben Tutelen beyleget.

§. 40.

Endlich bestätigt das Herkommen, was auf diese Art Rechtens ist. Denn gehet man auf die

oben

oben (§. 35. u. 36.) angeführten Beyspiele zurück; So ist der Chur-Braunschweigische Resident und nachmalige Gesandte von Huldenberg, der bey dem Absterben seiner ersten Frau der gesandtschaftlichen Freiheiten ruhig genossen, und nach dem Tode seiner zwoten Frau selbige in contradictorio auf die stattlichste Weise durchgesezt hat, zu beyden Zeiten beym Reichshofrathe legitimiret gewesen. Und eben diese Beschaffenheit hatte es mit dem Chur-Braunschweigischen und Osnabrückischen Rath und Agenten von Rek 1720., mit dem Chur-Brandenburgischen Residenten von Burchardi um eben dieselbe Zeit, mit dem Chur-Braunschweigischen Rath und Agenten Pilgram im Jahr 1748., mit den Chur-Brandenburgischen Residenten von Gräve und von Diest in den Jahren 1750. und 1753., und mit dem Brandenburg-Onolzbachischen damaligen Hofrathe von der Lith im Jahre 1760. Acht Beyspiele, welche durch einen Zeitlauf von beynahe siebenzig Jahren bis auf die neuesten Zeiten bewähren, daß der Reichshofrath von der Legitimation bey diesem Reichsgerichte keine Befugnis hergeleitet habe, Churfürstliche und Fürstliche Agenten unter seinen Gerichts-Sprengel zu ziehen, oder bey Todesfällen sich die Versieglung zuzueignen.

§. 41.

So bleibet es also keinem Zweifel unterworfen, daß, wie das Völkerrecht allen Gesandten über-

überhaupt die Befreyung von aller Gerichtbarkeit an dem Ort ihrer Versendung versichert (§. 21. = 30.) auf eben diese Art solche, und besonders auch die Befreyung von Versieglung bey Todesfällen, nach den unstreitigen Regeln der Auslegung (§. 32.) nach der Natur der Sache (§. 33.) nach den Reichsgesezen (§. 34.) und nach dem Herkommen (§. 35. u. 36.) den Reichsständischen Gesandtschaften insbesondere gebühre; hiervon auch der Stände des Reichs eigene, dem Reichshofrathe nicht verpflichtete Agenten nicht ausgeschlossen werden können (§. 37. = 40.). Hiemit schmeichelt man sich, dem Gegenstand des IIten Abschnitts Genüge geleistet zu haben.

Dritter Abschnitt.

Reichshofräthliche vermeintliche Gründe.

§. 42.

Man schreitet nunmehro zu dem dritten Abschnitt, in welchem man sich anheischig gemacht hat, diejenigen Gründe darzulegen, womit der Reichshofrath sein Benehmen zu rechtfertigen suchet. Fände man sich in dem Stand, die Vota des Reichshofraths mitzutheilen; so würde man solche hierbey freymüthig abdrucken lassen, um dadurch jenen vermeintlichen Gründen an ihrem Werthe nichts zu benehmen. Da selbige aber als Geheimnisse

nisse der Kenntnis der Partheyen entzogen werden; so muß man sich begnügen, auf dasjenige Votum, welches der Reichshofrath in der Huldenbergischen Sache den 7ten Jenner 1715. erstattet hat, zurückzugehen, als welches in öffentlichen Büchern gedruckt bekannt gemacht worden ist

Princ. Proc. Jud. Imp. Aul. Formularbuch I. Th. no. 7. und anderwärts.

Und man muß dieses um so mehr thun, da der Reichshofrath auf selbiges noch immer und besonders in der gegenwärtigen Angelegenheit sich vorzüglich berufet, es überall voraussezet und zum Grunde leget, ja beynahe damit aller weitern Ausarbeitung überhoben zu seyn glaubet. Aus diesem Voto nun, und aus den geschehenen ministerial-Aeusserungen sowohl, als aus demjenigen, was die Herren Reichshofräthe hin und wieder Gesprächsweise zu erkennen zu geben beliebt haben, wird man jene vermeintlichen Gründe herausziehen. Und man wird dieses mit aller Treue thun, indem man keinen derselben wissentlich zurücklassen, und hiernächst jedem alle Stärke, mit welcher er vorgetragen worden ist, oder deren man ihn nur mit der größten Partheylichkeit für fähig halten kann, geben wird.

§. 43.

Erstlich leugnet der Reichshofrath in dem angezogenen, und von ihm annoch als überaus

bündig angegebenen und zum Grunde gelegten Voto, was nach dem Grotio und andern Lehrern in Ansehung der allgemeinen Befreyung der Gesandtschaften von der Gerichtbarkeit des Ortes, wohin sie abgeordnet sind, für Völkerrechtens und Herkommens angesehen wird. Es sezet derselbe solchen Grundsäzen die Meinung Cocceji

Diss. de legato sancto, non tamen impuni.

entgegen, vermöge welcher, wenn gleich nicht nach einem ungewissen und willkührlichen Völkerrechte, jedennoch nach dem Naturrechte selbst, Gesandte zwar heilig und unverlezlich wären, dieses Naturrecht aber sie blos für allem Unrechte, nicht aber für der Vollstreckung des Rechts sicher stelle. Welches gekrönte Haupt, sagt nach Anleitung der Coccejischen Meinung der Reichshofrath, würde sich einfallen lassen, daß es, um einen fremden Gesandten sicher und ruhig schlafen zu machen, sich selbst, seine Lande und Unterthanen unzählbarer Gefahr, Ungelegenheit, Schaden und Mörderey untergeben müsse? Cocceji und des Reichshofraths Meinung nach, ist es nicht zu vermuthen, daß sich ein Herr, an welchen ein Gesandter abgeschicket ist, seines Rechts mißbrauchen, und auch die gesandtschaftlichen Handlungen unter seinen Gerichtszwang ziehen möchte; und wer hierinn das natürliche Recht hintan zu sezen im Stande wäre, würde sich auch durch eine völkerrechtliche Befreyung nicht abhalten lassen. Die

Vor-

Vorstellung, daß ein Gesandter mit seinem Herrn für eine Person, und jener mithin so angesehen werde, als ob er sich ausser dem Staate befinde, worinn er sich Gesandtschafts halber aufhalte, soll für das Völkerrecht zu gekünstelt seyn, und wenn auch die erste zugelassen würde, daraus noch nicht die zweyte oder dieses folgen, daß, wenn der Herr des Gesandten selbst gegenwärtig wäre, solcher von dem Gerichtszwange des Orts nichts zu befürchten hätte. Der Schluß aber, der aus allem diesem gezogen wird, ist dieser, daß die Unabhängigkeit vom Gerichtszwange, welche Grotius und andere nach dem Völkerrechte den Gesandten in Ansehung des Orts ihres Aufenthalts beylegen, eine Sache sey, die nach Wohlgefallen bald auf diese, bald auf eine andere Art eingerichtet werden könne. Und in der That möchte man überdieses sagen, es sey dem also, daß ein Gesandter seinen Herrn vorstelle; Dieses bedeutet doch nichts anders, als wenn ein jeder Gewaltträger den, der ihm die Gewalt giebt, in allen ihm aufgetragenen Geschäften vertritt; Man muß ihn also allerdings in seinen Verrichtungen nicht hindern; Wie er aber keinen Auftrag hat, eigne Geschäfte zu treiben, noch weniger böses zu thun; wie sollte er nicht ohne Beleidigung seines Herrn, unter derjenigen Gerichtbarkeit stehen können, unter welcher er contrahiret, oder ein Verbrechen begangen hat? Kann man zulassen, daß er durch Contracte andere in Verbindlichkeit seze, ohne sich selbst zu ver-

verbinden? andere gerichtlich zu belangen vermöge, ohne selbst belangt werden zu können? ungestraft die Unterthanen des Orts seines Aufenthalts betrügen dürfe? Hat er Zeit zu allen diesen Händeln, so wird er sie auch zu den daraus entspringenden Rechtsangelegenheiten haben.

Bynckershoeck Ch. VII. §. 2.

§. 44.

Zweytens behauptet der Reichshofrath, daß, wenn auch jene Befreyung Völkerrechtens wäre, selbige dennoch auf Reichsständische Gesandtschaften keine Anwendung fände; Die Verfassung des Reichs beruhe nicht auf dem Völkerrechte, sondern auf den Gesezen; Die Stände bedürfen auch des erstern nicht, da ihnen leztere für ihre Wohlfarth und Sicherheit Bürgen seyen. Von des Reichs Oberhaupte sey ferner der allenfalls vom Völkerrechte zwischen freyen Mächten besorgliche Mißbrauch der Gerichtbarkeit über die Gesandtschaften des Reichs nicht zu vermuthen, da derselben ihre Herren sogar Land und Leute, und was ihnen nur immer kostbar seyn kann, anvertrauen müßten, und da auch die Stände des Reichs kein freyes Gesandtschafsrecht, wie unabhängige Völker, besässen, sondern nach den Gesezen ihr Gesandtschaftsrecht nicht wider Kaiser und Reich, und wider die Pflichten, womit sie beyden verbunden sind, auszuüben befugt sind.

I. P. Art. VIII. §. 2.

Wäre

Wäre endlich die angenommene Einheit der Personen zwischen einem Gesandten und seinem Herrn, und die Vorstellung, daß der erstere als immer sich in den Ländern des leztern aufhaltend angesehen werde, auch würklich in dem Völkerrechte gegründet; was, sagt der Reichshofrath, könnte dieses den Reichsständischen Gesandtschaften nuzen? wollen sie für eine Person mit ihren Herrn angesehen werden, so müssen sie erkennen, daß diese selbst unter der Gerichtbarkeit des Kaisers stehen. Und gesezt, sie müßten alsdann, wenn sie am Kaiserlichen Hoflager stehen, angesehen werden, als ob sie sich in ihrer Herren Landen aufhielten, an welchem Ort im Reich könnten sie sich einbilden, ausser dem Gerichtszwange des Kaisers zu leben? Es ist also, sagt der Reichshofrath, offenbar, daß das Völkerrecht auf die Reichsständischen Gesandtschaften keine Anwendung finde; und **Wicquefort** selbst, der so eifrige Vertheidiger der Gesandtschaftsrechte, gestehet ein

L. I. Sect. 27. §. 404.

daß solche ihre Sicherheit nicht im Völkerrechte, sondern in der öffentlichen Treue zu suchen habe.

§. 45.

Drittens, suchet der Reichshofrath, wenn man nur die Sache nicht nach dem, angeblich hier keine Anwendung findenden Völkerrechte, sondern nach der Verfassung und den Gesezen des

Reichs betrachtet, eben jene Gerichtbarkeit des Kaisers über die Reichs-Stände überhaupt als einen Grundsaz aufzustellen, warum auch ihre Gesandten am Kaiserlichen Hoflager solche erkennen müssen. Kann ein Repräsentant eines Reichs-Stands, sagt man, wegen der Person dieses Reichs-Stands und in seinem Namen mehr Gerechtsame fordern, als dieser Reichs-Stand selbst hat? Vermag er sich über Beeinträchtigungen zu beklagen, wenn man ihn genau so behandelt, wie sein Herr schuldig ist, sich selbst behandeln zu lassen? Nun ist der Kaiser ohne allen Widerspruch der Reichs-Stände Richter, und was insbesondere die Versieglung nach ihrem Tode betrift; so läßt solche der Kaiser vollziehen, so bald Reichs-Stände an seinem Hoflager sterben. Müssen denn nicht also auch ihre Gesandten und Repräsentanten des Kaisers Gerichtszwang gegen sich gelten lassen, und kann man die Versieglung ihres Nachlasses bey Todesfällen dem Reichshofrathe streitig machen? Das Kaiserl. Reichs-Obristrichterliche Amt, mithin das ganze Band zwischen Haupt und Gliedern, folglich die Verfassung des Reichs selbst würde aufgehoben werden, wenn das Reichsständische Gesandtschaftsrecht dahin ausgedehnet werden dürfte, daß es die Gerichtbarkeit des Kaisers über die Gesandten verdränge. Dieses würde eine Gleichstellung mit freyen Mächten, ja mit dem Kaiser selbst voraussezen und mit sich führen. Beydes ist den allerersten Begriffen der Reichs-Verfassung

gerade

gerade zuwider. Diese fällt über den Haufen, so bald ein Reichs-Stand das ist, was eine freye Macht ist; und wo bleibt des Kaisers Würde und Ansehen, wenn Er und die Stände einerley Recht haben?

§. 46.

Hingegen giebt viertens der Reichshofrath vor: leidet das Gesandtschaftsrecht bey und neben der Kaiserlichen Gerichtbarkeit über die Reichsständischen Gesandten nicht. Denn, sagt der Reichshofrath in dem wegen des Huldenbergischen Falles erstatteten Voto, man gründe gleich jenes Recht, worauf man immer wolle, so rührt doch nicht allein alles Ansehen, welches die Stände des Reichs besizen, von der Verleihung des Reichs-Oberhaupts her; sondern es ist auch keine einzige Gerechtsame derselben zu finden, die sie anders als abhängig vom Kaiser auszuüben befugt wären. Indem hiernächst die Reichsständischen Gesandten am Kaiserlichen Hoflager pro domesticis und die sich gleichsam in domo patris befinden, angesehen werden; so können sie auch nicht begehren, was fremden freyen Mächten in Ansehung der ihrigen geschiehet. Und Kulpis selbst

de jure Leg. Stat. c. 2. §. 15.

erkennet den Unterschied zwischen denen, die das Gesandtschaftsrecht aus eigner Befugnis und vollkommen besizen, und denen, die bey ihrer übrigen

Unterwürfigkeit es durch Vergünstigung und mit Abhängigkeit erhalten haben. Die Gerichtbarkeit des Reichshofraths, sagt dieser ferner, thut der Ausübung des Gesandtschaftsrechts keinen Eintrag, weil die Reichs-Stände eben sowohl Gesandten schicken können, wie sie wollen, und sie niemand in ihren Geschäften einschränken wird. Auch nach dem Tode der Gesandten erkläret man sich, die ihre Höfe betreffenden Schriften nicht unter die Sperre ziehen, sondern ohne genommene Einsicht so fort an die dazu Bevollmächtigten aushändigen zu wollen. Ja, wenn das Vermögen der Verstorbenen sich in Reichsständischen Landen befände, so sollten die am Kaiserlichen Hoflager vorgefundenen mobiliar-Habseligkeiten so fort nach gefertigter Consignation gegen Recognition an die Reichsständische Behörde ausgehändiget werden.

§. 47.

Fünftens, sagt der Reichshofrath, die Reichsgeseze selbst sprächen klar zum Vortheile der Reichshofräthlichen Gerichtbarkeit über die Reichsständischen Gesandten. Es sey wahr, daß die Wahl-Capitulation

Art. XXV. §. 7.

ihre Befreyung von den Landesherrlichen Gerichten und von dem Kaiserl. Hofmarschall verordne, allein indem selbige sie hierinn den Reichshofräthen gleich stelle, so sey, da diese die Gerichtbarkeit

des

des Reichshofraths anerkennen müssen, eben hiedurch solche in Ansehung der Gesandtschaften ebenfalls bestätigt. Und es sey dabey besonders merkwürdig, daß, als bey der Wahl Kaisers Karl VII. die Befreyung der Gesandtschaften von der Gerichtbarkeit des Kaiserl. Hofmarschalls zum erstenmal in die Capitulation eingerückt worden, zugleich der Vorschlag geschehen: hinzu zu fügen, daß selbige unter ihrer Principalen unmittelbaren Jurisdiction lediglich verbleiben sollten, dieser Vorschlag jedoch nicht angenommen worden sey, ein Umstand, zu dessen Begründung sich der Reichshofrath auf

Mosern ad Capit. Carol. VII. Th. III. S. 294.

berufet, und welche verschiedene Herren Reichshofräthe nicht wenig zu erheben gesucht haben. Was aber diejenigen betrift, die zu den Reichsständischen Rechtsangelegenheiten beym Reichshofrathe legitimiret sind; so beziehet sich der Reichshofrath darauf, daß, wenn gleich solche keine geschworne Reichshofraths-Agenten seyn, jedennoch die Reichshofraths-Ordnung

Art. VII. §. 9.

selbst der Reichshofräthlichen Gerichtbarkeit ausdrücklich unterwerfe. Die Stände des Reichs sollen dagegen kein einziges Reichsgesez für sich anzuführen wissen, indem alle die Stellen, welche sie anziehen, blos allgemein verordneten, sie bey

ihren Hoheiten, Würden und Rechten zu lassen, und ihre Unterthanen und Diener ihrer ordentlichen Gerichtbarkeit und Botmäsigkeit nicht zu entziehen.

§. 48.

Endlich sechstens, beziehet sich der Reichshofrath auf das Herkommen, welches bestätige, was derselbe in dieser Maße aus den Reichsgesezen erwiesen habe, und es ist bereits angeführet worden (§. 7.) wie den Fürstlich-Sächsischen Geschäftsträgern dreyerley Verzeichnisse (Beyl. 15. 16. u. 17) zugestellt worden sind, die den Beweis davon führen sollen. Das erste enthält nehmlich 4. Fälle vom Jahr 1707. an bis 1770. in welchen nach Absterben Reichsständischer Personen selbst von dem Reichshofrathe die Versieglung geschehen sey; Das zweyte begreift zwey solche Beyspiele von Todesfällen Reichsständischer Gesandten aus den Jahren 1673. und 1682. in sich; und das dritte, welches mit dem Jahre 1677. anfängt und mit dem Jahre 1765. aufhört, bringt 31. Fälle vor, in welchen nach Absterben anderer Reichsständischen besonders solcher Bevollmächtigten, die beym Reichshofrathe Rechtsangelegenheiten betrieben haben, der Reichshofrath ein gleiches gethan habe. Vornehmlich erhebet der Reichshofrath den Fall, welcher sich im Jahr 1714. nach Absterben der Chur-Braunschweigischen Gesandtin von Huldenberg zugetragen hat, als wobey die Kaiserliche

Gerichtbarkeit durch den Hofmarschall, an dessen Stelle dieses Reichsgericht seiner Meynung nach nunmehro tritt, des von dem Gesandten geschehenen Widerspruchs ohngeachtet, ausgeübt worden sey. Hat gleich diese Sache am Ende einen andern Ausgang gewonnen, indem der Hofmarschall seine Siegel abgenommen hat, ohne zur Abhandlung der Verlassenschaft, zur Bevormundung, oder andern dergleichen Ausübungen von Gerichtbarkeit zu schreiten, so soll daraus doch nur so viel folgen, daß alles solches nach der Hand, den vorgefundenen Umständen nach, für unnöthig müsse angesehen worden seyn. Und dem Einwurfe, daß gleichwohl auch nach diesem Falle der Reichshofrath bey keinem einzigen Todesfall eines Reichsständischen Gesandten die Versieglung verfüget, und damit seine Gerichtbarkeit bewiesen habe, begegnet derselbe damit, daß bis zur Wahl-Capitulation Kaisers Karl VII. selbige annoch dem Obersthofmarschall zugestanden habe, bey den Gelegenheiten aber, die sich nach der Hand ereignet hätten, das Absterben der Gesandten niemals dem Reichshofrathe wäre angezeigt worden, und also auch selbiger sein Amt nicht habe verrichten können. Auf diese Weise fertiget der Reichshofrath die Beyspiele ab, die ihm von den, durch die Gesandtschaften selbst binnen diesem Zeitlauf geschehenen Versieglungen entgegen gestellet worden. In Ansehung solcher aber, die beym Reichshofrathe legitimiret gewesen, will derselbe nach der Capitulation

tulation Kaisers Karl VII. wie vorher, die Versieglung sorgfältigst beobachtet haben.

§. 49.

In diese sechs Punkte faßt sich dasjenige zusammen, was der Reichshofrath zum Behuf seiner vermeintlichen Gerichtbarkeit über die Reichsständischen Gesandtschaften und der Versieglung bey ihren Todesfällen anführet. Man hat alles vielleicht mit mehr Ordnung, Klarheit und Stärke auseinander gesezt, als es von dem Reichshofrathe selbst bisher annoch geschehen ist, und man darf also den Vorwurf nicht befürchten, daß man nach diesem Vortrage seiner Gründe kein hinreichendes Urtheil von ihrem Gewichte fällen könne. Dennoch sind alle diese Gründe, in ihrer größten Stärke genommen, so beschaffen, daß kein einziger derselben dem Reichshofrath in der That zu statten kömmt. Dieses zu zeigen ist der Gegenstand des nunmehro folgenden leztern Abschnitts.

III.

Von der Verbindlichkeit eines Regierungsnachfolgers aus den Handlungen seines Vorfahrers.

Ein Auszug aus der Deduction der Familie von Ditfurth wider den Herrn Landgrafen zu Hessencassel.

§. 17.

Die Frage: de obligatione successoris in principatu ex facto antecessoris, ist von allzugroßem Umfange, als daß davon hier ein mehreres als was gerade zu unserer Materie erfoderlich ist, beygebracht werden könnte, und so viel gewiß, daß sie in ihrer ganzen Generalität nie ganz bejahet und nie ganz verneinet werden könne, wohl aber principia ex jure publico universali und aus den Reichsgesezen, auch gemeinen Rechten sich zum Grunde legen lassen, die so lange als regelfest stehen müssen, bis ein Anderes aus besondern verbindlichen Verträgen und Ver-

Verfassungen dargethan werden kann. Den Klägern ist nie eingefallen zu behaupten, daß ein ex pacto & providentia majorum succedirender Landesherr ad omnia facta seines Antecessoris verbunden sey. Allein 1) läßt sich dieser Saz so ganz ohne alle Bestimmung nicht annehmen, und 2) ist die Frage der Erfüllung einer Lehnsexpectanz eine ad jus feudale gehörige Materie, bey der man, wenn sie auch im jure publico nicht entschieden wäre, die Gründe zu ihrer Entscheidung aus den Lehnrechten würde nehmen müssen. Quoad 1mum läßt es sich ohne der höchsten Würde, Hoheit, Bestimmung und Ansehen der Durchlauchtigsten Fürsten des deutschen Reichs, die zu Regenten ihrer Staaten bestimmt sind, denen nebst dem Wohlstande ihres Durchlauchtigsten Hauses, das Wohl eines Staats mit dessen zahlreichen Bewohnern obliegt, zu nahe zu treten und ihre hohe der Majestät gleichkommende Rechte mit den Rechten gemeiner Privatleute zu verwechseln, nicht so schlechterdings ohne alle Ausnahme behaupten, daß der Sohn eines Fürsten und Regenten, qua Successor universalis, ex principiis juris romani & ex 2. feud. 45. alle und jede Verbindlichkeiten seines Durchlauchtigsten Vaters, ohne alle Ausnahme, von welcher Art solche auch immer seyn mögen, erfüllen müsse; dahingegen der Agnat, oder, à fortiori, der Wahlfürst in den deutschen Stiftern und Erzstiftern, um deswillen weil er Successor singularis sey,

keine

keine einzige der von seinem Vorgänger über-nommenen Verbindlichkeiten zu genehmigen, gehalten seye. Ein Saz, der in seiner Generalität nichts weniger als den Umsturz der größten Fürstlichen Häuser und Erz- auch anderer Stifter auf die eine oder die andere Art nach sich ziehen und die gröste Verwirrung in dem Reichssysteme und der Regierung der darinn befindlichen Fürstlichen Staaten, wenn er je Anwendung finden könnte, veranlassen müste. Gewiß dachte der Verfasser der Recursschrift daran nicht, daß er seinem Durchlauchtigsten Fürsten durch generale Behauptung dieses Sazes von der Unverbindlichkeit des successoris agnati weit mehr an Höchstderoselben Macht und Grösse und der Gewalt für das Wohl Ihres Durchlauchtigsten Hauses und Staaten zu sorgen benehme, als er Höchstdenenselben durch die Ihnen nach natürlichen und positiven Gesezen ungegründete richterliche Gewalt in Sachen, worinn Sie selbst Parthey, ja sogar Beklagter sind, beyzulegen geglaubt hat; ingleichem, daß er in der Anwendung dieses Sazes auf unsern Fall das Andenken eines großen Königs aus Fürstlich-Heßischem Geblüte, und Oheim seines Durchlauchtigsten Herrn, dem sein Durchlauchtigstes Hauß, dessen Staaten und Unterthanen und überhaupt ganz Deutschland unendlichen und unvergeßlichen Dank schuldig ist, über die Maße herabseze.

§. 18.

§. 18.

Die regierende Fürsten des Reichs können, wenn sie als Regenten ihrer Staaten handeln, ceteris paribus, nicht nach den juribus privatorum beurtheilt werden; der Staat ist unsterblich, und der Regent, als solcher betrachtet, stirbt eben so wenig (*a*). Jeder Nachfolger in dieser Dignität ist Successor universalis, er mag Sohn, Agnat oder Wahlfürst seyn, in allem, worinn sein Vorgänger als Regent und in Gemäsheit dieser Dignität gehandelt hat. Er ist also auch Erbe aller seiner Verbindlichkeiten, die ihm für des Staats Beste einzugehen nöthig schienen (*b*) und ebenfalls wegen der Versprechungen und Belohnungen, die er Dienern des Staats um deswillen ertheilte, weil sie sich um den Staat verdient gemacht hatten (*c*).

Es

(*a*) Die Könige in Frankreich sterben nicht, sagte der Kanzler Silleri, als er Ludwig XIII. seiner Mutter Maria Medicis, kurz nach der Ermordung Heinrichs seines Vaters, präsentirte.

Kahrel Naturrecht Theil 18. Cap. 6. §. 14. Dessen Völkerrecht Theil 1. Cap. 3.

(*b*) HUGO GROTIUS de *jure belli & pacis* lib. 2. cap. 14. §. 11. & 12. PUFFEND. lib. 8. C. 10. §. 8.

(*c*) Dignitas non moritur, ideoque nec contractus ejus gratia celebratus extinguitur, cum magis realis quam perso-

Es würde gewiß jedem Staate übel gerathen seyn, wenn derjenige, dem Wahl oder Geburth dessen Verwaltung ertheilt hat, keine Verträge eingehen, keine Verdienste belohnen, nichts in der Welt versprechen, oder zu des Staats Besten keine Gelder aufnehmen könnte; ohne alles dieses der Gefahr auszusezen, daß es sein Successor, wenn er nicht etwa sein Sohn wäre, wieder aufheben und ungültig erklären werde. Er würde gezwungen seyn, den Staat bey eintretenden Unfällen hülflos und zu Grunde gehen zu lassen, weil Niemand sich auf sein Wort verlassen und die benöthigte Hülfe leisten könnte; Jede nüzliche Unternehmung, die Geldaufnahme und Verpflichtung des Staats dafür erfoderte, würde er aufgeben müssen, und endlich würden Wenige dem Staate mit wahrer Anhänglichkeit dienen, weil sie wegen Entschädigung ihres dabey gehabten Auf-

personalis sit. *Alias nemo cum principibus contrahere, nemo illorum promissis & verbis fidem habere posset, & sic publica fides, dignitas honosque principum* collaberetur &c. KLOCK Tom. 3. Conf. 155. n. 90. WERNHER Vol. VII. Obs. Supplem. nova ad *Plen.* V. Obs. CLXI. p. 622. ,,quia cum dignitas cum persona ,,non intereat, sed cum omni sua caussa in successo- ,,rem, *etiam per electionem* devolvatur, consenta- ,,neum est, onus quoque ejusmodi obligationis, una ,,cum dignitate ad successorem transire. v. Cramer Wezl. Nebenst. Th. 113. p. 37.

Aufwands und zu hoffender Vergeltung keine Sicherheit hätten, da ihnen der Regent durchaus gar nichts versprechen könnte (*d*).

Es ist daher nichts billiger, als daß ein Nachfolger, er mag singularis oder universalis seyn, diejenigen Verbindlichkeiten eines wohl regierenden Vorgängers, die er in Ansehung des Staats und des Fürstlichen Hauses, aus dessen Geblüt der Nachfolger abstammt, eingegangen hat, ohne alle Ausnahme erfülle. „Ein Regierungsnachfolger, sagt der Etatsrath Joh. Jacob **Moser** (*e*) „ist „ordentlicherweise schuldig, Staats- und andre „Handlungen seines Vorfahren genehm zu hal- „ten,„ und der Geh. Justizrath Joh. Stephan **Pütter** (*f*): „Successor in territorio quicun- „que

d) KLOCK. Tom. 3. Conf. 155. à n. 64. bis 79. incl. et n. 90. seq. Daher er denn auch Conf. 154. ibid. n. 47. den Successorem clericum in Ansehung dessen, was er als Regent that, verbunden hält.

(*e*) Tom. 2. des persönlichen Staatsrechts Buch 3. Cap. 10. §. 3. p. 213.

(*f*) In *prim. lineis jur. princip. priv.* lib. 1. Cap. 10. §. 67. Dasselbe sagt Kemmerich in *introd. ad jus publ. imp.* Tom. 2. lib. 8. cap. 16. §. 3. 4. 5. 6. ITTER de *feudis imperii* C. 18. §. 8. SCHMAUS *Compendium jur. publ.* lib. 2. cap. 16. §. 26. REINKING de *regimine seculari & ecclesiast.* lib. 1. class. 3. cap. 10. n. 25. MYLER ab EHRENBACH *Nomolog.*

„ que demum fuerit, ea quæ anteceſſor tanquam dominus territorii in vim obligandi perpetuam peregit, *indiſtinctè* præſtare tenetur. „

Und wie könnte ein Regent mit Billigkeit verlangen, daß sein Nachfolger, wenn er auch sein Sohn wäre, diejenigen Verbindlichkeiten, die er selbst des Staates wegen einzugehen für nöthig und ersprießlich erachtet, oder die Belohnungen, die er wegen dem Staate geleisteter Dienste austheilet und verspricht, erfüllen sollte, wenn er selbst diese Verbindlichkeiten seines Vorgängers unkräftig und unwürksam erklärt, welches nicht an-

molog. ord. imper. cap. 10. §. 3. ſeq. & cap. 14. §. 3. ſeq. KLOCK de *Contribut.* cap. 8. n. 68. ſeq. TABOR de *obligat. ſucceſſ. in republ.* cap. 5. n. 21. NATTA Conſil. 122. n. 3. lib. 1. VULTEJUS in *Conſ. Marburg.* Vol. 3. Conſ. 35. n. 116. BALDUS Conſ. 159. n. 3. & 4. ubi: „ *Imperator in perſona mori poteſt, ſed ipſa dignitas, officium, imperium* „ eſt immortale. Sicuti pontifex moritur non pontificatus, cujus ſedes eſt æterna. Quæ faciunt itaque reges, non nomine ſuo, ſed regni id eſt gentis, illa obligant gentem & principem ejus ſucceſſorem. Der Kanzler Ludewig (a parte adverſa pro ſe citatus) lib. 1. *opuſcul. miſc.* opuſc. 8. cap. 2. §. 1. nota *t.* cap. 4. §. 2. item not. *b.* & *t* ad h. §. ibid. ZIEGLER de *jur. majeſt.* lib. 1. cap. 4. §. 28. item cap. 14. WERNHER in *obſ. for.* Part. 5. obſ. 161. pag. m. edit. in 4to. 252.

ders als unter der vorausgesezten Beschuldigung, daß er dem Staate übel vorgestanden, mithin diesen nicht verbindlich gemacht habe, geschehen kann. Pabst Gregorius I. sagt daher: „Justitiæ ac rationis ordo suadet, ut qui a successoribus desiderat mandata servari, decessoris sui proculdubio voluntatem & statuta custodiat (*g*)„ und ferner: „Si ea destruerem, quæ antecessores nostri statuerunt; non constructor sed eversor esse juste comprobares, testante veritatis voce, quæ ait: *omne regnum in se ipse divisum non stabit:* et omnis scientia et lex adversus se divisa destruerentur. (*h*)„ und verbindet daher jeden Successorem clericum der gewiß Successor singularis im eigentlichsten Verstande ist, ad facta, die der Antecessor intuitu dignitatis & pro bono ecclesiæ gethan hat.

§. 19.

(*g*) Caussa XXV. quæst. 1. Can. 15.

(*h*) cit. caussa XXV. quæst. 2. Can. 4. Der Autor *consil. Marburg.* sagt daher: „Si princeps gesta & placita sua a successoribus observari cupit, conveniens est, ut & ipse prædecessorum suorum gestis atque placitis *venerationem* præstet eaque observet & custodiat.„ Vol. III. conf. 35. in nota *f.* alleg. Principes ut acta antecessorum legitima rata habeant, a civitate obligantur & non poterunt consilium Tiberii sequi, qui superiorum beneficia non aliter rata habuit, quam si & ipse dedisset. MASCOV. diss. de *expectativis in feuda imp.* §. 40.

§. 19.

So gewiß es daher zwar auf der andern Seite ist, daß ein Regent, der Privatschulden blos zu seinem personellen Vergnügen ohne alle Beziehung, Rücksicht und Vortheil für den Staat (sogenannte Chatoulschulden) macht, oder aber partes integrantes des Staats, oder Aemter und Domainen verkauft und die daraus gelößte Gelder ohne Rücksicht auf den Staat verschwendet, oder an notorisch unwürdige durchaus kein Verdienst habende Leute verschenkt, seinen Nachfolger, wenn solcher nicht etwa zugleich Allodialerbe seyn will, nicht verbindlich mache; So hat doch ein sonst wohldenkender Fürst schon die Vermuthung für sich, daß er zum Besten des Staats gehandelt habe, & quod probabilem habuerit caussam. „Si „enim Princeps, sagt der vom hohen Gegentheil zum Beweis seiner Säze allegirte **Ludewig** (*a*) „ceterum laudate vixerit, si abfuerit a luxu „nimio, si usus fuerit proventibus regni tan„tum ordinariis, si rem publicam reliquerit „florentem opibus, tum certe vix exempla „supersunt, principem successorem facta an„tecessoris obligatione destituisse. Contra si „decessor prodigus fuerit & effusus, si prin„cipatum reliquerit successori enervatum &

 „exan-

(*a*) in *opusc. miscell.* lib. 1. opusc. 8. cap. 4. §. 6. nota *bb.* columna 579.

„ exanguem, tum demum, regulæ juris pro-
„ feruntur in medium, ad delenda nomina
„ decessoris & liberandum ab illis successo-
„ rem &c. „ Läßt sich Lezteres wohl auf den Allerdurchlauchtigsten Oheim Sr. Durchlaucht des beklagten Herrn Landgrafen, dessen Asche Höchst-denenselben theuer ist, anwenden? Hat wohl der in Gott ruhende Schwedische Monarch aus Hessischem Geblüte die Einkünfte des Staats zu unzweckmäßigen Absichten verwendet? Haben Sie die Ihnen von Ihren Durchlauchtigsten Vorfahren aufgeerbte Fürstenthümer, Graf- und Herrschaften, aus denen die Landgräflich-Heßischen Lande zusammengesezt sind, deteriorirt, Domainen veräussert, oder einen dieser Ihnen anvertraut gewesenen Staaten abhanden gebracht? Wo ist wohl irgend etwas dergleichen von diesem unvergleichlichen, in der Geschichte unsterblichen Monarchen gehört worden? Ist nicht vielmehr das Gegentheil land- und geschichtskündig? Ist nicht notorisch, daß des höchsten Herrn Gegentheils Höchstseeliger Herr Vater, Landgraf Wilhelm VIII. das Land in größtem Flor und Aufnahme erhalten haben, als Höchstdieselben nach Ableben dieses Monarchen die Regierung selbst angetreten. Und gleichwohl sezt die Behauptung des Landgräflichen Schriftstellers, daß sein Durchlauchtigster Herr Principal die von Allerhöchstgedachtem König auf ein *feudum infeudari solitum* ertheilte Expectanz, als Successor singularis zu erfüllen nicht gehal-

ten seye, alles jenes vom König zum voraus, welches, da Könige und Regenten ihrer Regierung halber die Präsumtion löblicher und weiser Regenten für sich haben, den strengsten Beweis erfodern würde.

Es kommt also hier gar nicht auf Entscheidung der Frage an, ob ein Successor singularis oder universalis seines Vorgängers facta, weil er entweder ex pacto & providentia majorum oder seinem Vater succedirt, zu prästiren, oder die ohne Anführung einiger Ursache ertheilte Lehnsexpectanzen zu erfüllen gehalten sey? Sondern es kommt auf die Frage an, ob ein Regent, der einen Staat regieren soll, seinen Nachfolger, er mag singularis, ja sogar Wahlfürst seyn, zu den Mitteln, ohne welche die Regierung zu führen, entweder nicht möglich, oder nicht nüzlich war, und den daraus entsprungenen Verbindlichkeiten nicht verbinden könne, und ob hierunter nicht die Belohnung dem Staate geleisteter Dienste zu rechnen seye (*b*). Hugo Grotius führt in der allegirten

(*b*) Es ist schon oben angeführt, daß ein Staat sehr übel dran seyn würde, wenn der Fürst sich nicht länger als er lebt, verbindlich machen könnte. Ein alter Autor (zum Beweis daß dieser Saz nichts weniger als neu sey) Cluten in *Sylloge rerum quotidianarum* thes. 18. in fine sagt: „At si princeps prædecessoris sui contractus annihilaret, eligeret viam, per quam ejus-„dem

girten Stelle (*c*) diese Verbindlichkeit der Nachfolger in Königreichen, die noch weit weniger als die deutsche Reichsfürsten für Universalerben ihres Decessoris gehalten werden können, dergestalt aus, daß ob zwar der Regent ἀμέσως oder directe von seinem Vorgänger nicht verbunden werden könne, weil er die Regierung nicht von diesem, sondern vom Volke habe, so werde er es doch ἐμμέσως per interpositam rempublicam, welche diese Verbindlichkeit per necessariam consequentiam transferendo imperium, auf seinen Nachfolger in der Regierung devolvire. „Sicuti fährt er fort: „ergo leges non quævis subditos obligant, possunt enim extra eas quæ jubent quod illicitum est, esse quædam evidenter *stultæ atque absurdæ* (*d*), sic & contractus regentium, ita obligant subditos, *si probabilem habeant rationem*, *quod in dubio*

„ ob

„ dem quoque acta impugnarentur & everterentur.
„ Deinde nemo facto proprio contravenire potest.
„ Sed princeps *priorum principum* contractus rescindens proprium factum impugnat. Nam facta vel
„ contractus demortuorum principum, hodierni principis esse censentur, *eadem enim est respublica*.

(*c*) §. 18. nota *b*.

(*d*) Dieß wird doch der Landgräfliche Schriftsteller vom Höchstseel. Könige zu behaupten, die Frechheit nicht haben?

„ *ob regentium auctoritatem, præsumi debet* (*e*);
„ quæ distinctio multo melior est, quam illa
„ quæ à multis afferri solet de exitu modicæ
„ aut immodicæ læsionis (*f*). *Non enim exi-*

(*e*) Kayser Nerva hat aus Achtung für seinen Vorgänger, den in der Geschichte nicht vortheilhaft geschilderten Domitian, alle dessen Gnadenbezeigungen bestätigt, und Trajan erachtete es der Regentenwürde angemessen, daß er hinwieder dieses Nerva Versicherungen, auch da wo er sich geirrt haben möchte, erfüllte; ja selbst die *imagines*, die er Privatpersonen zu Ehren hatte stellen lassen, in Ansehen und Ehren hielte. PLINIUS lib. 10. epist. 66. 67. & 68. Es ist also zu vermuthen, daß Se. Hochfürstl. Durchlaucht, sobald Sie nur besser von der Sache unterrichtet wären, es mit Ihrem Allerdurchlauchtigsten in Gott ruhenden Oheim nichts anders halten und Ihre Versprechungen, Zeugnisse (die Sie noch dazu unter dem Siegel des Staats ausstellten) und die imagines, die Sie Privatpersonen ihrer Verdienste halber stellten, erfüllen und gelten lassen würden; wenn sich gleich Leute finden sollten, die Ihnen vorspiegeln wollten: der König habe sich geirrt.

(*f*) Auch diese Distinction würde der klagenden Familie günstig seyn, da es Niemand pro læsione, noch weniger pro immodica læsione halten wird, wenn ein König, der als Fürst aus seinen Erbfürstenthümern 24000. Mann ins Feld stellen kann, ein feudum infeudari solitum, das zu Belohnung für Kriegsdienste eigentlich bestimmt, an sich aber ein für einen Fürsten unbeträchtliches Privatguth ist, an einen dem Staate treu dienenden Diener schenkt.

„ *tus in hac re* sed probabilis ratio rei gerendæ „ spectanda est. Quæ si adsit, & populus „ ipse obligabitur, si quo casu sui juris „ esse cœperit (g), *et Successores ut populi capita.* „ Und Puffendorf in der ebenfalls oben allegirten Stelle: „Princeps ex facto „ & promisso decessoris omnino obligatur, „ uti etiam *res publica si forte extincta regia stirpe*, summam rerum illa recipiat, nisi „ fuerint *manifeste* absurda aut iniqua. Præstat „ hoc dicere, quam distinctione uti inter „ læsionem modicam & enormem aut enormissimam. „ Womit denn die Scriptores des juris publici universalis übereinkommen, und wie

(g) Mithin wenn sich auch die Form des Staats sogar veränderte und aus einer Monarchie eine Aristocratie oder Democratie würde, so würde Aristocratie und Democratie die Verbindlichkeiten, die der Monarch des Staats halber eingegangen und die Belohnungen, die er wegen diesem geleisteter Dienste versprochen hätte, erfüllen müssen. Und dieses beweiset ZIEGLER de *juribus majestatis* lib. 1. cap. 12. §. 13. seq. und WERNHER Part. 5. obs. CLXI. „ daß ein Successor „ in regno vel principatu eandem und nicht aliam „ potestatem, mit dem vorigen Landesherrn habe, „ folglich dasjenige, was dieser als Caput civitatis gethan, „ abzuändern nicht vermöge. „ Eben dieß hält auch das Hessen-Casselische Oberappellationsgericht dafür in *Decisionibus* dieses Gerichts Tom. 2. decis. 312. p. 644. n. 15.

wie bereits §. 18. angeführt worden ist, auf unsere Durchlauchtigste Reichsfürsten, in so fern sie Regenten ihrer Staaten sind, weil das Wohl dieser Staaten selbst unmittelbar an die Anwendung dieser in die Augen fallenden wahrheitsvollen Lehre gebunden ist, angewendet werden muß, und wie die oben allegirten Moser und Pütter bezeugen, würklich von jeher auch nach den allerneuesten Beyspielen sogar auf Wahlfürsten in den deutschen Erz- und andern Stiftern angewendet ist und noch angewendet wird, wovon Klock und Moser (*h*) die Beyspiele anführen. In Hessen gilt dieses noch weit mehr, weil sich dieses Durchlauchtigste Hauß die Erfüllung der factorum der Vorgänger in der Erbverbrüderung mit Sachsen und Brandenburg vorbehalten hat (*i*); mithin da es sogar auswärtige Successores verbunden wissen will, das sichere axioma voraussezt, daß die Successores desselben Stamms uns Geblüts, um so viel mehr an die facta ihres Vorgängers gebunden seyn müssen. Und was kann wohl für Fürsten

(*h*) KLOCK Conf. 154. & 155. tom. III. und Moser im persönlichen Staatsrecht Th. 2. Buch 3. Cap. 10. Man verbinde hiermit des leztern 2. Bände vom reichsständischen Schuldenwesen, und man wird finden, daß dasjenige, was der Fürst ratione & intuitu dignitatis that, von jeher für jeden Nachfolger verbindlich gehalten worden ist.

(*i*) Mosers Staatsrecht 17ter Band p. 22. 43. & 66.

sten und Nationen glorreicher seyn, als die Erfüllung gegebenen Worts und Versprechens!

§. 20.

Kann also ein Regent überhaupt, mithin auch ein deutscher regierender Reichsfürst, jeder seinen Nachfolger in denjenigen Handlungen, die er in Rücksicht auf seinen Staat vornimmt, verbindlich machen, ja ist dieses sogar nothwendig, wenn sonst die Wohlfahrt, die Aufnahme und Erhaltung des Staats selbst nicht leiden soll, so muß es auch in seiner Macht stehen, verdiente Männer, die sich dem Staate aufopfern, zu belohnen und da, wo es des Staats Convenienz nicht ist, ihnen sogleich würkliche Belohnungen zufliessen zu lassen, für seine Successores verbindliche künftige Belohnungen zu versprechen (*a*). „Munera crede mihi, placant hominesque deosque; placatur donis, Jupiter ipse datis &c. sagt Ovidius (*b*) und ein Regent der allzu sparsam ist,

(*a*) Die Lehen sind eigentlich zur Belohnung solcher Verdienste seit uralten Zeiten bestimmt; sie verbinden dem Staate die Generationes verdienter Familien Jahrhunderte hindurch, deren Successores das Verdienst ihrer Vorfahren immerhin anfeuert, ihnen gleich zu kommen und der Besiz des in dieser Absicht erhaltenen Lehens, welches des Staats Beste zu ihrem eigenen macht, daran erinnert.

(*b*) de *arte amandi* lib. 3. vers. 653. seq.

ist, wird, da Menschen einmal Menschen sind und bleiben, auch derjenige, welcher dem Staate dienet, nicht immer die Mittel hat, bey dem besten Willen den damit verknüpften Aufwand ohne sich in Dürftigkeit zu stürzen, zu bestreiten, nie etwas dem Staate Nüzliches, wozu große Anstrengung erfoderlich ist, ausführen. „Es können aber, sagt der verstorbene Churbraunschweigische Vicekanzler Struben, „die Rechte eines die Lan-
„deshoheit zu Lehn tragenden Fürsten nicht so
„enge eingeschränkt werden, als anderer Lehnleu-
„te, weil die Wohlfahrt des Staats erfodert,
„daß man den Regenten mehrere Gewalt beyle-
„ge, und insonderheit muß er das Vermögen ha-
„ben, wohlverdiente Leute auf eine dem ge-
„meinen Wesen am wenigsten lästige Art, zu be-
„lohnen. Freylich thut ein Minister und General
„nur, was seine Schuldigkeit erfodert, wenn er
„seinem Herrn auf das beste dient (c); Aber wir
„Menschen sind nicht so vollkommen, daß man
„von

(c) Aber auch derjenige, der seine Schuldigkeit vorzüglich thut, verdient Erkenntlichkeit, zwar nicht de jure perfecto, sondern ex æquitate, die ein jus perfectum wird, so bald die Erkenntlichkeit durch eine versprochene Belohnung an den Tag gelegt wird. Dieses ist die Natur der in den Rechten so sehr verbindlichen unter keinem Vorwand revocablen donationis remuneratoriæ, die auch der Successor singularis nach der vom Casselischen Oberappellationsgericht bewiesenen Meinung

„ von ihnen aus dem bloßen Trieb des Gewissens „ außerordentliche Bemühungen erwarten kann (*d*). „ Dazu müssen sie durch hoffende Vortheile ange„ reizt werden. Mancher arbeitet viermal so viel „ als andere. Er richtet die wichtigsten Geschäfte „ mit der grösten Weisheit und Sorgfalt, zum „ Nuzen des Herrn und der Unterthanen aus. „ Um denselben Ehre zu machen und den ha„ benden Endzweck füglicher zu erreichen, „ verzehrt er auf Gesandtschaften einen grossen „ Theil des Seinigen. Ein Feldherr über„ nimmt die schwerste Arbeit und das gröste Un„ gemach, wagt Leib und Leben, und führt „ die Kriegsheere mit solcher Klugheit an, daß „ dadurch der Staat vom Untergange erret„ tet wird. Wer würde sich dazu entschließen, „ wenn

nung nicht revociren darf. *Collect. decis. supr. trib. appellat. Hasso-Cass.* Tom. 2. dec. 203. p. 138. n. 21. seq. & dec. 312. p. 644. n. 15.

(*d*) Ipse decor recti facti, si præmia desint, non movet & gratis poenitet esse probum. CICERO in *epist. ad Brutum* 15. Quis virtutem amplectitur ipsam præmia si tollat. Und Leyser tom. 4. *medit.* p. 1277.: Errant qui putant rem publicam sine præmiis florere posse. Indessen hat gleichwohl die von Ditfurthische Familie seit des Königs Tode und der ihnen nachher vorenthaltenen Belohnung ungeachtet, vom J. 1751. an, über 30. Jahr ihre treue Dienste fortgesezt und mit Aufopferung ihres Vermögens, Lebens und Gesundheit in den Schlachtfeldern geleistet.

„ wenn er keine außerordentliche Belohnung, und
„ nicht mehr, als seine viel weniger Arbeit sich
„ unterziehende Collegen, zu erwarten hätte. Ti-
„ tel und Ehrenzeichen schäzt man höher als Reich-
„ thümer, aber sie gereichen demjenigen zur
„ Last, der seiner erlangten Hoheit nicht gemäß
„ leben kann (e) und fürchten muß, die Sei-
„ nige in Armuth zu hinterlassen. Vielfältig
„ sind die Veräusserungen der Kammergüther dem
„ Landesherrn verboten und er kann ohne seine
„ und des Landes Beschwerden die ihm geleistete
„ Dienste, welche eine Vergeltung erfodern, mit
„ Geschenken nicht hinlänglich belohnen (f). Als
„ die Königinn Christine in Schweden solches that,
„ gerieth sie in Armuth. Heimgefallene Lehen
„ aber

(e) Gerade so gieng es dem Vater des mitklagenden K. Gerichts Assessors, dem Fürstl Heßischen General Lieutenant Friedrich Ludwig von Ditfurth, der in Dürftigkeit starb.

(f) Und dies war des Königs Fall, er hatte dem um den Staat verdienten Franz Dieterich von Ditfurth Titel und Rang gegeben — Ja ihm zum Zeichen seiner Zufriedenheit mit ihm und gegen ihn hegenden allerhöchsten Gnade, einen goldnen Degen und eine mit Silber beschlagene Flinte unv Pistolen geschenkt; das reelle sein Vermögen vermehrende Präsent aber konnte er mit keiner Domaine machen, den Schaz und die Einkünfte brauchte er sonst. Er expectivirte ihn also mit einem zu infeudiren gewöhnlichen Lehn einer auf den Fall stehenden Familie.

„ aber theilen dem Regenten das Vermögen mit, „ auf eine dem Staate nicht beschwerliche Art, „ seine Dankbarkeit zu erweisen ꝛc. „ (g) Welchen Strubenschen Worten man noch hinzu fügen kann, daß wir Menschen meistens mit der zärtlichsten Liebe für unsre Descendenz eingenommen und für sie mehr als für uns selbst besorgt sind, mithin eine solche Expectanz, die der Descendenz eines meritirten Mannes ein ansehnliches Guth hoffen läßt, ihn oft mehr als eine sogleich zur Erfüllung kommende Belohnung reizet; dem Staate also mehr als diese nuzt, und wie es hier unser Fall ganz eigentlich ist, noch seine Kinder und Kindeskinder, die Verdienste fortzusezen, aufmuntert.

§. 21.

Da man hier einen Landessuccessorem qua talem, nebst demjenigen was er qua talis gethan hat, vor Augen gehabt hat, so will man sich um unqualificirte, aus bloßem Leichtsinn an unwürdige Günstlinge gegebene Belohnungen oder Anwartschaften nicht bekümmern. Es hat keinen Zweifel, daß der Nachfolger eines deutschen regierenden Fürsten, dessen Vorgänger aus Schwachheit oder von Schmeichlern hingerissen, Domainen, ganze

(g) Strubens rechtliche Bedenken tom 1. Bedenken 115., woselbst er hiernächst viele Beyspiele, daß dergleichen Expectanzen von Successoribus singularibus erfüllt werden müssen, beybringt.

ganze Aemter und andre Einkünfte des Staats, oder auch nur feuda infeudari solita an solche unmeritirte, nur des Fürsten personellem Vergnügen, dem Staate aber nicht dienende Leute verschenkt hätte, eine so zweckwidrige, den Staat durchaus nichts angehende Veräusserung zu halten, keineswegs gebunden seyn würde; daß ihn der titulus successionis universalis dazu durchaus nicht verpflichten würde (a); daß er solchergestalt Begnadigten nicht nur dieses alles mit dem besten Rechte wieder abnehmen, sondern sie noch über dieses wegen des Mißbrauchs, den sie von seines Vorgängers Gnade gemacht hätten, würde bestrafen lassen können, wenn er auch gleich der Sohn dieses Vorgängers wäre. Ja! es wird kein Publicist daran zweifeln, daß sogar der Sohn des Decessoris in diesem Fall den mit dem Staat ganz außer Zusammenhang stehenden oder übermäßig aus den Mitteln des Staats beschenkten Leuten, wodurch der Staat in Schulden gestürzt oder

(a) In dieser Rücksicht gab François II. den Schweizern, die die von seinem Vater Heinrich II. gemachte und ohne Absicht auf den Staat verschwendete Schuld foderten, zur Antwort: „Er habe zwar das Reich nicht „erbweise, sondern per legem Regiam, und sey da„her zu keinen andern, als zu den für den Staat ein„gegangenen Verbindlichkeiten schuldig; er wolle je„doch seines Vaters Treue und Glauben retten ꝛc.„ BODINUS de *republ.* cap. 8.

oder das Land ruinirt wurde, solches wieder abnehmen und zum Staatsvermögen wieder zurück bringen könne (*b*). Wenn hingegen ein Regent oder Fürst einem erfahrnen Minister oder General, und zwar so viel leztern betrifft, einem Officier, in dessen Begleitung er Siege erfechten hilft, die ganz Europa in Verwunderung sezen und in der Geschichte unvergeßlich bleiben; Siege, die die Ketten, welche ganz Deutschland drohten, zerbrachen und daher zu gleicher Zeit von den Staaten, die Er selbst beherrschte, eine der drohendsten Gefahren abwendeten; wenn dieser Fürst einem solchen Officier, um ihn zu fernern treuen Diensten aufzumuntern, nicht etwa eine Domaine oder übermäßige Belohnung, sondern eine Expectanz auf ein *feudum infeudari solitum* ertheilt, das in seiner ersten Entstehung und Qualität zur Belohnung für Kriegsdienste bestimmt war, auch an sich kaum den

b) Ist indessen der Vorgänger in der Belohnung solcher Leute, die doch einmal in der besten Welt ihre angewiesene Rolle haben, nicht über die Schranken gegangen, hat er das Verhältnis ihrer Bestimmung und ihres Verdienstes mit der Belohnung nicht überschritten, so wird auch der Successor singularis, weil ein Fürst allerdings auch Vergnügen haben muß, das Andenken seines Vorgängers, dessen Stelle er izt selber einnimmt und dessen Ehre und Achtung die Seinige ist, nicht beflecken; sondern selbst diesen Werkzeugen der Zerstreuung dasjenige halten, was ihnen versprochen ist.

den Vermögensaufwand ersezet, den ein solcher dem Fürsten nicht qua privato, sondern *qua tali* und dem Staate selbst, auch dem ganzen Fürstlichen Hauße dienender Officier gemacht hat: So wird gewiß Niemand bezweifeln, daß der Nachfolger in der Regierung dieses Versprechen zu halten verbunden sey, er mag nun Successor singularis oder universalis oder aber gar Wahlregent seyn (c).

(*c*) Ludewig sagt daher in *Opusc. miscell.* cit. opusc. cap. 2. §. 1. nota *A*: „Pudet enim nunc jurispru- „tiæ naturalis scriptores, publica principum jura, „respondere ex privatis Romanorum legibus, ex „cap. 4. §. 2. ibid.: Nam quæ superior princeps fe- „cit juste ac legitime ex usuque reipublicæ, ad il- „la omnino quoque Successor obligatur, cum præ- „standa, tum conservanda, & nota *B.* ibid.: „Nam „quæ princeps juste fecit, non suo sed populi no- „mine fecisse credendus est. Facto igitur æternitas „conciliatur ex æternitate ipsius reipublicæ, & nota „*C.* ibid.: Ita scilicet statuendo: facta regis extin- „gui cum vita ejus, neque obligationem vel in suc- „cessorem derivari vel in rem publicam. Quodsi „esset, haud dubie nemo cum principe ageret, „contraheret, pacisceretur que nisi auctoritate con- „sensuque populi aut procerum, qui eum repræ- „sentant. *Sed tam angustos limites principibus non* „*ponit philosophia civilis. Ideo probatione opus est* „*illi, qui his legum angustiis eum volunt circum-* „*scribere.*

§. 22.

Hier haben wir eine Expectanz vor uns, die einem alten Heßischen General-Lieutenant gegeben worden ist, der dem Hochfürstl. Hauße von Kindesbeinen an bis nahe an sein achzigstes Jahr mit dem Degen in der Faust gegen seine und seiner Alliirten Feinde diente, der seinen Herrn in den Feldzügen gegen die Feinde der deutschen Nation, mithin auch der Hessischen Staaten begleitete und bey den Lorbeern, die Dieser als **Erbprinz** zu Hessen-Cassel für sich und seine Nation davon trug, kein unthätiger Zuschauer war; Einem Officier, der von seinem Herrn ein dreymal wiederholtes und durch das Siegel des Staats, bekräftigtes beurkundetes Zeugnis **seiner von langen Jahren her dem Fürstl. Hauße Hessen geleisteten nüzlichen und treuen Dienste** vor sich hatte, mithin einen Beweis **wahrer Verdienste um das gesamte Hochfürstl. Hauß und dessen Staaten**, gegen welchen kein Gegenbeweis möglich ist, weil er dem entschiedenen Ruhme eines großen Königs widersprechen würde (*a*); Einem Officier endlich, dem sie außer **wegen der bereits geleisteten,**

(*a*) Es ist daher auch der Ausdruck des Verfassers der Recursschrift: „ daß der General-Lieut. von Ditfurth „ gewuſt habe, eine Expectanz vom Höchstseel. Kö„ nige zu erhalten,„ eine Beleidigung gegen den König

steten, auch wegen noch zu leistender Dienste gegeben wurde und der diese weitere Bedingung vollständig und weiter als seine Schuldigkeit gieng, erfüllt hat, mithin auch er oder seine Erben ihrer Seits die Erfüllung des ihnen im Namen des Staats gethanen Versprechens, de jure perfecto fodern können. Der König führte die Kriege, in welche Ihm der expectivirte Franz Dietrich von Ditfurth folgte und die folgende, in welche lezterer seine Söhne schickte, so daß ihrer zuweilen fünf in einer Schlacht waren, zur Wohlfahrt des Reichs und folglich auch Seines Hochfürstl. Haußes und der Demselben zugehörenden Staaten, und erwarb lezteren wegen der dem ganzen Reiche durch die Hessischen Kriegsvölker geleisteten Dienste, die wesentlichsten Vortheile, versicherte dem Fürstlichen Hauße mächtige Alliirte, auf deren Schuz und Beystand Sie wieder Anspruch machen konnten, und bereicherte die Schazkammer des Staats durch die Subsidien, die zum Nuzen des Fürstlichen Haußes wieder angelegt wurden und handelte daher gewiß als Regent qua talis, und als ein Sein ganzes Hauß repräsentirender Fürst, für welches also auch diese Handlungen, so lange noch ein Prinz davon übrig ist, ja für diesen Staat

nig und für die expectivirte Familie; (den in dem übrigen Inhalt dieser Note geführten Beweis hievon lasse ich, als nicht zu dieser rechtlichen Ausführung gehörig, hinweg.)

selbst verbindlich bleiben. In diesen Kriegen brauchte Er den expectivirten Franz Dieterich von Ditfurth, und seine Söhne, als dieser alt und schwach wurde; Und alle diese leisteten ihre Dienste nicht sowohl des Königs individueller Person, oder Höchstdenenselben als privato betrachtet, sondern dem ganzen Fürstl. Heßischen Hauße und dem Staate selbst.

Dieses ist es auch (keineswegs aber personelle Privatdienste, Affection oder dergleichen) welches dem Franz Dietrichen des Königs Majestät attestirt; der in Gott ruhende Monarch sagt nicht: wegen mir von langen Jahren her nüzlich und treu geleisteter, sondern wegen dem Fürstlichen Hauße Hessen nüzlich und treu geleisteter Dienste. Dies ist ein Königliches dreymal mittelst Staatssiegels beurkundetes testimonium veritatis (*b*), welches den vollständigsten Beweis ausmacht und den Staat nebst dem izt regierenden Hochfürstlichen Hauße, mithin des Herrn Landgrafen Durchlaucht selbst verbindet. Verdienste und

(*b*) Fürstliche Zeugnisse über Privatleute haben ohnehin die Kraft eydlicher Versicherungen und Fürsten, noch weniger Könige, schwören in Privatsachen nie, sondern versichern nur auf ihr fürstliches Wort „GAIL. „ I. Obs. 101. & II. obs. 59. „ Es ist also dieses dreymal geminirte so gut als ob der König dreymal geschworen hätte.

und keine erschlichne Gnade sind es also, um derentwillen diese der Familie von Ditfurth so schwer gemacht werdende Expectanz in vim donationis remuneratoriæ gegeben wurde; selbst noch nach ertheilter Anwartschaft fortgesezte Verdienste, mittelst welcher diese Familie diejenigen Vortheile, welche das Hochfürstl. Hauß Hessen-Cassel aus jenen Kriegen erworben hat und unter diesen namentlich das zur Vergeltung der in dem Oesterreichischen Succeßionskriege nach Bayern gesendeten Kriegshülfe, wobey sich drey miterpectivirte Söhne des Franz Dieterichs von Ditfurth (*c*) befanden, erhaltene *privilegium illimitatum de non appellando*, (welches der Verfasser der Recursschrift izt zur Vereitelung der von Ditfurthischen Ansprüche gebrauchen will) mit ihrem Blute und Leben mit erringen half, und daher nach göttlich-positiv-natür-und bürgerlichen Rechten nichts billiger ist, als daß ihnen dafür die vom Könige im Namen seines Haußes dessen Haupt, und des Staats, dessen Regent er damals war, versprochene Belohnung zu Theil werde. Unde enim commodum acceperit respublica, inde etiam ut onera ferat par est (*d*).

(*c*) Und unter diesen des mitklagenden K. Gerichts-Assessors Vater Friedrich Ludwig von Ditfurth, als damaliger Rittmeister.

(*d*) LUDEWIG in *Opusc. miscell.* l. c. cap. 4. §. 6. n. *p*.

Auch hofft man nicht, daß bey irgend Jemand ein Zweifel übrig bleiben könne, daß sie diese mit Guth und Blut und solchemnach mit unschäzbarerer Münze als Geld, erworbene Gnade, unter deren gewissen Voraussezung sie und ihre respective Väter und Oheime sich in Leib- und Lebensgefahren begaben, ihr Vermögen an kostbare Equipagen und Kriegsgeräthschaften verwendeten und ihre Gesundheit durch Strapazen zusezten, ohne sich einer Zudringlichkeit schuldig zu machen, fodern können, nunmehr, da man sie dazu aufgefodert hat, durch öffentlichen Druck bekannt machen und diese Foderung in den Reichsprotocollen unvergeßlich machen.

§. 23.

Es ist bisher klar erwiesen, daß ein Nachfolger in der Regierung seines Vorgängers facta, die er als Regent und intuitu dignitatis verrichtete, in regula genehm halten müsse. Gegen diese allgemeine Regel spricht über dieses kein Hessischer Vertrag. In dem testamento inter liberos Philippi Magnanimi und dem Erbvertrag seiner Durchlauchtigsten Herren Söhne de dato Ziegenhayn den 28ten May 1568. ist nicht eine Sylbe, die den Nachfolger von dieser Verbindlichkeit losmache, zu finden, vielmehr aus dem 5ten Artickel des leztern zu entnehmen, daß der Besizer zu Abwendung eines Schadens oder zur Beförderung eines grössern Nuzens partes territorii, als Schlösser,

Schlösser, Städte, Aemter; Dörfer 2c. 2c. angreifen und auf Wiederkauf versezen könne, wenn er sie nur seinen Agnaten vorher und ehe er sie an Auswärtige überläßt, anbietet, hiernächst aber an keinen König, Fürsten oder Reichsstand versezt; woraus der Schluß a majori ad minus nothwendig folgt, daß er Lehnanwartschaften auf würklich schon constituirte Lehen, welcherhalb in allen Hessischen Verträgen keine Einschränkung befindlich, um so gewisser ertheilen könne, und daß sie der Nachfolger in der Regierung halten müsse. Die Lehen die ein regierender Reichsstand zu vergeben hat, hat er unstreitig intuitu dignitatis suæ zu vergeben, mithin auch die Anwartschaften; er handelt also hier als Regent qua talis, gerirt negotia des Staats und seines Haußes, hat die Präsumtion vor sich, daß er sie utiliter gerirt habe und verbindet daher seinen Nachfolger (*a*). „Ein „Regent hat in Regierungssachen freye Hände, sagt der Herr Etatsrath J. J. **Moser** (*b*) „so „fern ihm keine pacta u. s. w. selbige binden, „nur müssen denen Specialpactis und Herkom„men auch noch die allgemeine Reichsgeseze bey„ge-

(*a*) de *natura & officio principis & infeudare* ROSENTHAL cap. 10. Concl. 38. n. 37. BALDUS in L. 1. ff. de *Constit. principum.*

(*b*) in dem persönlichen Staatsrechte 2ten Theil 3ten Buch Cap. 10. §. 29. p. 235.

„ gefügt werden, als denen freylich das alte Her„kommen weichen muß.

Es würde also zulezt noch darauf ankommen, ob etwa die Lehnrechte dem Nachfolger, der seines Vorgängers Zusage zu erfüllen sich nicht verbindlich erachtet, günstiger sind; welches man, so wenig auch jura privatorum in dem Falle, wenn ein Fürst als Beherrscher seiner Staaten handelt, eintreten, noch zum Ueberfluß zu untersuchen gedenket.

§. 24.

Das Oberappellationsgericht zu Cassel bezeugt, daß das Longobardische Lehnrecht in Hessen gemeinüblich sey (*a*). Es muß also auch hier in Ermanglung anderer speciellerer Geseze die norma in decidendo bleiben. In diesem finden sich hauptsächlich sechs ausführliche Texte, die von der Verbindlichkeit des Nachfolgers zu denen von seinem Vorgänger ertheilten Expectanzen handeln.

I.) 1. *Feud.* 3. „ Si vero Archiepiscopus, „ Episcopus, Abbas vel Abbatissa investitu„ram ejus feudi, quod alius detinebat, eo „ tenore alicui dederit, ut post decessum ejus, „ qui possidet, habeat, & ante decessit archi„episcopus, quam ille qui feudum posside„ bat,

(*a*) in *Decis. supr. trib. Appell. Hasso - Cass.* Tom. I. decis. 31. pag. 94. n. 1.

„ bat, ſucceſſores eorum non coguntur, eam
„ inveſtituram facere vel confirmare, ni-
„ ſi ille, qui inveſtituram acceperit, nomine
„ ejus feudi in poſſeſſionem miſſus ſit eo con-
„ ſentiente qui detinet. *Laici vero* iisdem mo-
„ dis omnibus, quibus ſupra diximus, *ſi aliis*
„ *inveſtituram dederint*, *hæredes eorum*, ſi ratio-
„ nibus claruerint, omni modo eam adimple-
„ re compelluntur.

II.) I. *Feud.* 9. „Si quis inveſtitus fuerit
„ de alieno feudo, poſt mortem ejus, (qui
„ poſſidet) inveſtitor vel inveſtitoris hæredes,
„ tenentur inveſtito vel hæredi ejus, venien-
„ te tempore, hoc ita eſt, niſi fuerit facta ab
„ aliqua eccleſiaſtica perſona, tunc enim, ſi
„ præmoriatur inveſtitor antequam feudum
„ tenens, non obligatur ſucceſſor.

III.) I. *Feud.* 25. „Si Dominus qui inve-
„ ſtivit forte ſit Clericus & contigerit, ut
„ ante moriatur, quam vaſallus poſſeſſionem
„ feudi nanciſceretur, exinanitur feudum,
„ quod generaliter in omnibus Clericis qui
„ feudum dant, obſervatur.

IV.) 2. *Feud.* 26. *Cap.* 2. „*Moribus receptum*
„ *eſt*, Dominum de feudo militis ſui in alium
„ militem inveſtituram facere poſſe, quæ in-
„ veſtitura tunc demum capiet effectum, *cum*
„ *feudum domino ſuo*, *aut hæredi fuerit apertum*,

„ secus in ecclesiasticis personis, nam si eccle-
„ siastica persona talem faciat investituram,
„ non aliter valebit, nisi sibi, non etiam suc-
„ cessori suo, feudum aperiatur.

V.) 2. *Feud.* 35. „Clerico investituram fa-
„ ciente de suis bonis ejus successor omnisa-
„ riam cogitur eam adimplere, cumque de
„ bonis ecclesiæ ipse & ejus successor ipsam
„ adimpleant, si possessio rei, pro beneficio
„ investituræ penes eum fuerit, *quod etiam in*
„ *Laicis contingit* (*b*). Ubi vero de alterius
„ feudo fecerit investituram sub conditione,
„ si feudum sibi aperiatur, valebit investitu-
„ ra etiam sine voluntate vasalli facta: Si ta-
„ men ante decesserit investitor antequam feu-
„ dum ad eum revertatur, successor non co-
„ gitur eam ratam habere.

VI.) 2. *Feud.* 58. §. 2. „item hæredes ejus
„ necesse habent tenere firmam investituram,
„ quam pater fecit.„

§. 25.

Diese sechs Texte sollen die Verbindlichkeit des Nachfolgers, die von seinem Vorgänger er-theilte

(*b*) So weit ist also die Regel allgemein, und da der Titel: *de clerico investituram faciente;* rubricirt ist, so ist das folgende die Ausnahme pro Clerico, quæ firmat regulam in casu non excepto.

theilte Investituram zu erfüllen, bestimmen; Der erste Text führt daher die Inschrift: „*qui Successores feudum dare teneantur* ganz ausdrücklich und der zweyte ist ebenfalls: „*qui Successores teneantur* betitelt, und diese beyde Titel sind es auch, wo diese Fragen eigends abgehandelt werden. In beyden wird gar deutlich bestimmt, daß der Successor clericus dazu nach der Regel nicht gehalten sey, wohl aber der hæres laicus. Ob nun aber das Wort hæres hier blos *filium* bedeute, ist eine Frage die man denen, welche simple expectantias von der Verbindlichkeit des Successoris agnati gern ausnehmen wollen, zu gefallen unentschieden lassen kann; da man diesseits eine qualificatam ob bene merita datam für sich hat, die sogar der Successor clericus erfüllen muß. Es lässet sich jedoch aus dem ganzen Zusammenhange der Texte nichts anders herausbringen, als daß das Longobardische Recht jeden Successorem laicum zur Erfüllung der von seinem Vorgänger ertheilten Eventualbelehnung verbinden wolle. Gegen alle Regeln der Logic würde es anstossen, wenn das Gesez auf der einen Seite alle Successores clericos zusammen nehmen, auf der andern aber nur eine einzige Gattung der hæredum laicorum zum Gegenstand haben und es wegen der übrigen in 6. verschiedenen Texten, unter welchen wenigstens 2. von der Materie ex professo handeln sollen, unentschieden lassen wolle, ob sie zu der datione feudi gehalten

ten sind oder nicht? Es ist daher nichts natürlicher, als daß durch das Wort hæres hier ein jeder hæres feudalis, qui jure agnationis succedit verstanden werde; da im ganzen Longobardischen Recht, mithin auch in diesen Texten von feudis die Rede ist, so kann auch von keinen andern als von hæredibus feudalibus, die *jure sanguinis* ins Lehn succediren, die Rede seyn, welche den Successoribus clericis, die durch **Wahl** zur Nachfolge kommen, und so wenig im allgemeinen als besondern Verstande hæres genennt werden mögen, entgegen gestellt werden. Ein Agnatus, ein Weib das in ein Weiberlehn succedirt, ihr Descendent der dem ultimo masculo succedirt, sind eben so gut hæredes in feudo, als der Sohn, und da das Gesez nicht unterscheidet, so ist kein Grund vorhanden, der den Richter zu distinguiren nöthigen könnte. In obigen Lehntexten werden alle Laici den Clericis contradistinguirt, freylich laici *hæredes*, denn andre succediren nicht; sondern in re allodiali der Fiscus und in re feudali der Dominus directus, mithin muste es hæres heissen; Woraus an sich klar ist, daß alle und jede Successores laici in feudo die investituras prædecessorum zu halten verbunden sind.

Der Text: *moribus receptum* est &c. legt solches eben so deutlich an den Tag, denn in der ersten Hälfte, wo er den Clericum ad adimplendam

dam investituram prædecessoris verbindet, sezt er hinzu: „*quod etiam in laicis contingit &c.* also so weit sind die Rechte der Clericorum und Laicorum gleich, und nun macht er im Nachsaz bey dem Clerico die Ausnahme, daß, wenn der Investitor vor Eröffnung des Lehns sterbe, so solle der Nachfolger die Expectanz zu erfüllen nicht gehalten seyn; hierbey steht aber nicht, *quod etiam in laicis contingit*, es geht also blos auf den Clericum, von dem mittelst des rubri und dem Inhalt des Texts selbst allein die Rede ist, und befestigt die Regel in casu non excepto; daß nemlich der Successor laicus auch in diesem Falle zur Erfüllung der Investitur gehalten sey (*a*). Dieses wird

(*a*) Nicht einem einzigen der Glossatoren ist eingefallen, es anders zu verstehen, die doch in diesem Falle reichen Stoff zum Glossiren gehabt haben würden, weil der lex über einen ganzen Ordinem der Successorum nichts disponirt gehabt hätte. Dieses fanden sie aber so wenig darinn, daß im Gegentheil BALDUS den textum 1. *feud.* 3. dergestalt auszieht und zusammenfaßt: „ Successor prælati non cogitur investituram à „ prædecessore factam et non expletam de feudo „ quod alius tenet ratam habere, nisi eo consentien- „ te qui feudum tenet, si alius investitur. Inve- „ stiens autem cogitur eam adimplere feudo sibi „ aperto. *Sed laici* SUCCESSOR *cogitur indistincte* „ *adimplere investituram à prædecessore factam.* „ Hieraus erhellet, daß es zu Baldi Zeiten noch Niemand ein-

wird noch evidenter, wenn man die Stelle 2. *feud.* 3. §. 1. dazu nimmt: „*Sed etiam res cujus alie-*„*natio prohibetur, nec per beneficium dare con-*„*ceditur*, nisi in casibus: ut ecce si quis ex „agnatis tuis rem quæ à communi parente „per successionem ad eum pervenerit, alie-„nare voluerit: *non permittitur ei etiam secun-*„*dum antiquam consuetudinem alii eam vendere*, „nisi tibi vel alii proximiori pro æquali pre-„tio accipere volenti: *per feudum tamen cui-*„*libet dari potest*, nisi fiat in fraudem nostræ „consuetudinis vel legis novæ bonæ memo-„riæ Lotharii vel Friderici Imperatoris, tunc „enim rescissa investitura, reddito à te vel „ab alio proximiori, videlicet secundum an-„tiquam consuetudinem pretio, si quod de-„derit, is qui investituram accepit compella-„tur rem tibi restituere,„ woraus folgt, daß sogar erlaubt seyn soll, nova beneficia oder feuda ex bonis, deren Alienation sonst verboten ist, zu errichten, und daß der Nachfolger solches, wenn es nur nicht *in fraudem* (*b*) geschehen ist, genehm halten müsse.

Der

einfiel, hæredem laicum pro filio blos zu halten, sondern daß hæres pro successore genommen wurde. Folglich ist jene dem juri longobardico aufgedrungene Distinction eine Erfindung neuer Zeiten.

(*b*) Den man nie vermuthen kann, am allerwenigsten aber bey regierenden Fürsten.

Der Grund liegt unstreitig darinn, weil das jus longobardicum die dationem in feudum für keine Alienation hält, wie es denn auch die *de veteri beneficio* im eigentlichsten Verstande nicht war, daher auch der Minorennis sogar valide ein solches feudum conferiren konnte (*c*). Die Lehen musten wieder bemannet werden, es involvirte also solches keine Alienation, sondern kam blos darauf an, ob der neu beliehene Mann zu dem Manndienste tüchtig war.

§. 26.

Nach der Rechtsregel (*a*) quod cujuscunque rei initium spectandum sit, kann man in Lehnrechten vorkommende Fälle und die darauf anzuwendende Geseze nicht nach den heutigen Principien der fürstlichen Renth- und Domainenkammern, die sich die Regel abstrahirt haben, die Lehen wären nur um deswillen da, um bey jedem Eröffnungsfalle die Finanzen des Staats damit zu vermehren, beurtheilen. Nach diesen Begriffen, welches aber nicht die der Legislatorum juris feudalis waren, würde nun freylich die Vergebung eines aperten Lehns eine wahre Veräusserung seyn. Man ist weit entfernt, diese Vermehrungs-

(*c*) 2. feud. 3. in *pr.*

(*a*) L. 1. pr. ff. de *orig. juris* & POMPONIUS in L. 15. ff. de *negot. gest.*

rungsquelle der fürstlichen Revenüen, wenn sie ohne eines Andern jus quæsitum zu verlezen gebraucht wird, abzuleiten. Wo aber rechtliche Ansprüche auf ein solches Lehn gemacht werden, wo es noch Leute giebt, die ex investituris ein jus quæsitum auf solches Lehn haben, das ex legibus antiquis feudalibus entschieden werden muß, da können nicht neue Begriffe zu Auslegung dieser Geseze, sondern es müssen die alten Notionen, welche die Verfasser der Geseze vor Augen hatten, nach allen Regeln einer gesunden Hermeneutik zum Grunde gelegt werden. Die Lehen waren in ihrer ersten Entstehung die Belohnung für Kriegsdienste und ihr Sold, darnach wurde der ganze Zuschnitt gemacht, und hiernach richteten sich auch in der Folge die übrigen anomalischen Lehen, die keine Kriegsdienste zum Gegenstande hatten. Die Duces, Marchiones & Comites musten ihre Anzahl Mannen complet haben und sie dem Feinde entgegen führen, wenn ein Aufgebot sie ins Feld rief. Sie musten also auch darauf bedacht seyn, ihre Lehen gehörig zu bemannen, so wie der Kaiser die Stellen der Ducum, Marchionum und Comitum wieder zu besezen. Dies geschahe anfänglich bey Absterben jedes Vasallen, ohne auf dessen Söhne zu sehen; denn bekanntlich waren die Lehen in den älteren Zeiten nicht erblich. Es war aber nicht Jeder tüchtig unter die Mannen aufgenommen zu werden, er muste militärische Tugenden besizen und

von solcher Geburt seyn, daß sich die *Pares*, das ist seine Mitmannen, die darum gefragt werden musten, nicht schämen durften, mit ihm zu dienen. Wenn nun der alte ausgediente Vasall seinen Sohn dazu angezogen und solchen mit sich ins Feld genommen hatte, so war nichts natürlicher, als daß ihm der Herr theils zur Belohnung die Freude machte, theils aber auch zu seinem eigenen Vortheil, weil er keinen bessern Mannen haben konnte, diesem Sohn das Lehn des Vaters wieder zu geben, und so wurden die Lehen gar bald erblich. Als einige Lehnherrn dieses einführten und daher Successionsordnungen entstunden, so waren die übrigen darinn nachzufolgen genöthigt, wenn sie anders ihre Ritterschaft vollzählig erhalten wollten. Eben diese Ursache brachte in vielen Lehnhöfen die Lehen auch auf die Töchter des abgelebten Vasallen, die sich einen tüchtigen Mann nehmen musten, der ihnen die Lehen vortragen, das ist, die Mannsdienste für sie verrichten muste; und so wurden die Erbfolgen in feudis masculinis & femininis eingeführt und dasjenige, was in Ansehung des Lehnherrn ehedem freyer Wille und Gnade gewesen war, wurde nachher Recht und Nothwendigkeit. Eben diese Ursache, welche den Herrn bewogen hatte, die Erblichkeit auf Söhne und Agnaten, ja gar auf Töchter einzuführen, brachte sie zu dem weitern Entschluß, wenn der Vasall keinen Sohn, Agnaten, und bey dem Weiberlehn keine Tochter hatte, ei-

nen tüchtigen und brauchbaren Mann mit dem Lehn eventualiter auf das Absterben des leztern unbeerbten Vasallen zu investiren, damit das Lehn nicht unbemannet bleiben möge. Dies muste in Gegenwart und mit Vorwissen der parium curiæ geschehen. Der investirte Vasall war nunmehr gebunden, nach eröffnetem Lehn den Mannsdienst zu übernehmen, und der Herr nebst seinem Successore schuldig, die natürliche Besizergreifung geschehen zu lassen. „Atque hæc investitura eventualis „voce Geding in dignitate antiqua illa Germanica simultanea investitura, seu conjuncta „manus est, secundum jus Saxonicum feud. „verbis:

„Zween Mann mag der Herr ein Guth leyhen, also daß einer die Gewehr daran habe, der andere aber das Gedinge, als ob „dieser ohne Lehnserben stürbe, der das Guth „in Gewehren hat,„

„Saxonicæ noviori contradistincta, si quidem „hæc, minimæ vero illa renovationem requirit, per tradita *Jo. Koeppen* & ipsius *Kochii*; „*Schilterus* quoque testimonium præbens, vocabulum Geding pro investitura sub conditione accipi, addit: quæ ipsa investitura expectativa sive superinfeudatio differt a simultanea investitura, in eo vero utraque convenit, *quod condominium quæsitum & radicata jura realia à nemine expectativato auferri*

„*pos-*

„ *possint etiamsi per mille manus feudum ambulaverit, dum hæc jura non in spe, sed actu constita, solo exercitio suspenso.* Hinc nullum dubium esse ait B. *de Ludewig* teneri facto Bertholdi etiam Episcopos successores &c. „ Dieß sind die Worte des seel. K. Gerichts-Assessors Frhrn. von Cramer (*b*) und der dabey angeführte Fall in caussa von Steinberg contra Herrn Clemens August Churfürsten zu Cölln als Bischofen zu Hildesheim, ist völlig nach diesen Principien entschieden worden. Es muste auch allerdings den Fürsten als Lehnherrn, wenn sie, wie es vordem nöthig war, ihre Lehen wieder bemannen sollten, frey stehen, sich bey Zeiten nach einem andern Vasallen umzusehen, wenn der noch lebende im Besitz des Lehns befindliche Vasall unbeerbt war und der Exspectant und oft eventualiter investirte Vasall würde sehr übel dran gewesen seyn, wenn er durch das Geding seiner Seits gebunden, der Successor des Lehnherrn aber zu nichts gehalten gewesen wäre; mithin die Eventualinvestitur, die von ihm würklich abgeschworne fidelitas und das hierdurch mit dem Lehnherrn geknüpfte Band, weiter nichts als ein breve testatum hätte würken sollen. Es haben daher die Alten nicht einmal daran gedacht, die Expectanz zumal die mit Eventualbeleh-

(*b*) Tom. 3. opusc. 20. de vocabulo GEDING &c. pag. 533. seq.

nung (*c*) von der Verbindlichkeit des Nachfolgers auszunehmen.

„Poteſt enim dominus, ſagt Gail lib. 2.
„ obſ. 155. n. 2. feudum ſibi nondum apertum
„ in eum eventum quo caducum ſit, alteri
„ concedere *puta ſi vaſallus ultimus ſit familiæ*
„ *& agnationis ſuæ* (*d*). So einer der lezte ſeines
„ Nahmens und Stammes iſt, kann oder mag deſ-
„ ſen Lehn von dem Lehnherrn ausgebeten, und
„ einem andern die Anwartung vergönnt werden,
„ idque procedit ſciente vel ignorante vaſal-
„ lo (*e*).„ Dieſe Inveſtitura eventualis iſt von der

(*c*) In gegenwärtigem Fall wurde ſogar Lehnwaare entrichtet.

(*d*) Und dieß war Lüdder zu Loßhauſen, auf deſſen Leben Franz Dieterich von Ditfurth expectivirt wurde; er hatte keine Hofnung zu männlicher Deſcendenz, auch iſt mit ihm der Name dergeſtalt ausgeſtorben, daß kein Lüdder ſeines Schild und Helms mehr in der Welt iſt.

(*e*) Eben dieſes ſagt Rüdinger Cent. 1. obſ. 30. und alle alte Commentatores, die daſelbſt allegirt ſind:
„Illud etiam hic annotandum, fährt Rüdinger fort,
„ quod ejus modi conditionalis inveſtitura ad hære-
„ des *active* & paſſive transeat, active ut ſi dominus
„ qui feudum in caſum mortis poſſeſſoris alteri con-
„ ceſſerat, ante poſſeſſorem debitum naturæ ſolvat,
„ *heres ejus* inveſtituram hanc facere, eamque omni-
„ no adimplere tenetur. Quod tamen obtinet locum
„ *in ſucceſſore ſecularis domini.* Namque aliud ju-
„ ris ſtatuitur, in ſucceſſore in Eccleſiaſtica digni-
„ tate

der bloßen Versicherung de investiendo, die nur ein jus personale giebt, sehr unterschieden und das Longobardische Lehnrecht kennt diesen Unterschied nur allzugut, was auch der Kammergerichtsprocurator Dr. von Zwierlein in seinen Nebenstunden pag. 31. dagegen einwendet; welches Alles der Kammergerichtsprocurator Dr. Hofmann in sei-

„ tate &c.; „ wobey er aber doch auch dieses Successoris Verbindlichkeit anführt, si investituram fecerit de suis bonis allodialibus, vel si investitus nomine ejus feudi in possessionem missus sit eo consentiente qui detinet. Und eben nach diesen Principiis hat das Kammergericht bereits vor 200. Jahren in caussa von Mynsinger à Frundeck contra Herrn Bischoffen zu Hildesheim teste KLOCK tom. 2. cons. 4. gesprochen, welcher Casus dem neuern de ao. 1741. bey Cramern *in opusc.* Tom. 3. p. 482. und 539. und zugleich dem diesseitigen so ähnlich als ein Ey dem andern ist. Die Fälle in neuern Zeiten, worin pro expectativa gesprochen worden, sind 1) am Kammergericht, a) von Trott contra v. Trott, b) Oberg contra Hildesheim, c) v. Cramm contra v. Cramm und Fürstl. Braunschweigische Lehnkammer, d) v. Steinberg contra v. Plettenberg, und Chur-Cölln; 2) am Reichshofrath a) v. Hanxleden contra Corvey, das Gut Mengeringshausen betr., b) v. Schulenburg contra die Frau Aebtißin zu Gandersheim wegen des Guts Bornhaußen, c) v. Roth contra Anhalt-Cöthen; welche den Successorem agnatum, ja sogar Clericum condemnirende Judicata, wenigstens so viel beweisen und wenn auch

nen im J. 1778. zu Wezlar gedruckten zwo Abhandlungen: „von der Verbindlichkeit des Landes- und Lehnsnachfolgers an die von Vorfahren ertheilte Anwartschaft und Eventualbelehnung, und über den Text des Lombardischen Lehnrechts *I. f.* 3. und nach ihm der Recensent in der Berliner allgemeinen Deutschen Bibliothek 2ten Stück 37ten Band p. 373. seq. sehr gründlich widerlegt hat, so daß man sich dar-

nur ein einziges da wäre, daß der Successor singularis nicht regulariter alle expectantias seiner Vorgänger widerrufen könne und daß die Reichsgerichte darinn allerdings zu sprechen haben. Diese bewiesene Affirmativa wird dadurch, daß auch andere Judicata den Lehnherrn wieder absolvirt haben, so wenig aufgehoben, als wenig deswegen der Contractus emti venditi für einen unverbindlichen Contract gehalten werden kann, weil etwa einmal ein Emtor oder Venditor, der aus einem solchen Contract verklagt wurde, absolvirt worden ist. Die Umstände einer Sache können nie machen, daß ein Judicatum eine Generalregel werde, aber das erweiset ein einziges Judicatum, daß das Negotium aus dem geklagt wird. in sich verbindlich ist, L. 12. Cod. de LL. (v. Cramer Beyträge, Th. 3. p. 160.); oder daß dessen etwanige Unverbindlichkeit keine allgemeine Regel sey. Und mehr war hier nicht zu erweisen, weil wir hier eine Expectanz vor uns haben, die jeder Successor singularis, wenn anders ein Fall möglich ist, daß er Verheissungen seiner Vorgänger zu erfüllen angehalten werden kann, zu halten verbunden ist.

darauf blos beziehen kann und unnüz seyn würde weiter zu zeigen, daß das jus longobardicum zwischen der investitura eventuali und dem sogenannten breve testato sehr deutlich distinguire und mit jenem dingliche Rechte verknüpfe. Es hat also keinen Zweifel, daß Successores laici noch heut zu Tage dergleichen Anwartschaften und Eventualinvestituren, ceteris paribus, wenn sie nicht an unwürdige Leute geschehen sind, oder damit ein verderblicher Handel getrieben worden ist, erfüllen müssen (*f*); wie dieserhalb die judicata beyder Reichsgerichte sowohl in alten als neuen Zeiten den völligen Beweis darlegen, welche zum Theil bey dem Etatsrath v. Moser von der teut-

(*f*) Wenigstens wenn man den Fall, wie er hier zum Grunde liegt, annimmt, daß der Vasallus possidens keine Nachfolger hat, der lezte vor Heimfallung des Lehns ist, kein anderer Expectivatus cum investitura dazwischen ist und der Beanwartete nicht inhabilis ist; welches denen brieflichen Belehnungen auf Lehen, wo noch so viel Agnaten und andere Successores vorhanden sind, daß der Fall fast als unmöglich bey des Lehnsherrn Leben eintreten kann, himmelweit unterschieden und Lezteres alsdann ad abusus zu rechnen ist. Die gegenwärtige ist aber eine Anwartschaft der ersten Art; Lüdder war älter als der König und der Fall war, da Lüdder unbeerbt war, bey des Königs Leben zu vermuthen, wenigstens nicht unwahrscheinlich, auch der Beanwartete zu Kriegs- und Lehndienste habilis und mehr als der gute alte Landedelmann Lüdder selbst.

schen Lehnsverfassung Lib. 3. pag. 744. nachgeschlagen werden können.

§. 27.

Dieses stimmt mit der Analogie der Reichslehen vollkommen überein. Es ließen sich nemlich die Durchlauchtigsten Kurfürsten in dem Wahlvertrage Kayser Carls V. Artic. 24. versprechen: „Wenn Lehen dem Reiche bey seiner Regierung „eröfnet und ledig heimfallen würden, so etwas „Merckliches ertragen, als Fürstenthum, Graf„schaften, Herrschaften, Städte und dergleichen, „die sollen und wollen Wir ferner Niemand ver„leyhen, sondern zu Unterhaltung des Reichs Un„sern und anderer nachkommender König und „Kayser behalten, einziehen und incorporiren, bis „so lange dasselbige Reich wieder zu Weesen und „Aufnehmen kömmt rc.„ In der Capitulation Ferdinandi II. art. 28. wurde noch hinzugesezt: „Auch Niemanden eine Expectanz oder Anwar„tung, darauf geben rc.„ welches in den folgenden Capitulationen wiederholt und noch beygefügt ist: „auch denen von unsern Vorfahren am Reich „denen Ständen *propter bene merita* ertheil„ten und denen damahligen Reichsconstitu„tionen gemäßen Anwartungen auf künftig „sich erledigende Reichslehen an ihrer Kraft „und Bindlichkeit ohnschädlich rc.„ „*Capitul.* „*noviss.* art. 11. §. 12.„ Der ganze Zusammenhang dieser dem Kaiser abgefoderten Versicherungen,

rungen, nebst den dabey befindlichen Einschränkungen, läßt keinen Zweifel übrig, daß die Verbindlichkeit des Successoris im Kaiserthum die von seinem Vorgänger ertheilte Anwartschaften zu erfüllen, zum voraus gesezt sey, und daß eben darum in Zukunft keine Expectanzen mehr auf Reichslehen gegeben werden sollten, weil die vorigen Kaiser damit zu freygebig gewesen waren und alle Reichsländer verschenkt hatten. Ja daß diese Einschränkungen nur so lange dauren sollen, bis dasselbige **Reich wieder zu Weesen** und Aufnahme **komme** ꝛc., welches abermalen die Verbindlichkeit in thesi voraussezt; und endlich, daß es **den von den vorigen Kaisern** *propter bene merita* ertheilten, **den damaligen Reichsconstitutionen gemäßen Anwartungen**, unnachtheilig seyn solle ꝛc.; welches leztere man nicht stipulirt haben würde, wenn diese Anwartungen nicht an und für sich verbindlich gewesen wären, wie die Worte: **den damaligen Reichsconstitutionen** gemäs ꝛc. zum Ueberfluß energisch ausdrücken; und daß sie also die Einschränkung der Kaiserlichen Befugnis in Ertheilung der Lehnsanwartschaft, so wie jedes neue Gesez, nur auf künftige Fälle verstanden wissen wollten. Die Verbindlichkeit ist also hier anerkannt und blos wider den Mißbrauch fürgesehen. Anwartschaften auf kleinere Lehen vergeben Kaiserliche Majestät unbedenklich. Noch im Jahr 1771. haben die Herrn Fürsten von Schwarzburg eine Anwartschaft auf die Reichsmannlehen

des von Hutten zu Franckenberg erhalten (*a*). Sind diese lehnherrliche facta der Kaiserl. Majestät, die als Wahlregent gewiß nicht Successor universalis in sensu juris privatorum sind, verbindlich, auch da wo Sie nicht einmal jure agnationis succediren, in regula verbindlich, macht davon die Wahlcapitulation nur blos eine gewisse bestimmte Ausnahme; so müssen Sie bey Reichsständen, die jure sanguinis erben, wo keine dergleichen eine Ausnahme machende Regierungsverträge vorhanden sind, noch weit stärkere Verbindlichkeit haben; wenn anders die Expectanz nicht an Unwürdige gegeben worden ist, noch auf Verschwendung hinausläuft, welches aber nicht präsumirt wird, sondern bewiesen werden muß und gegen einen weisen und wohldenkenden ruhmreichen Monarchen als Friedrich Königs in Schweden Majestät waren, nicht denkbar ist.

§. 28.

Dieß mag genug seyn die Verbindlichkeit des Lehnsherrn bey einfachen oder auch mit eventueller Belehnung verknüpten Expectanzen, darzuthun (*a*). In

(*a*) Mosers Staatshandbuch *ad annum* 1771. pag. 155. und überhaupt Dessen Werk von der deutschen Lehnsverfassung 1tes Buch 7tes Capitel.

(*a*) Cardinalis JO. ANTON. de St. GEORGIO in *Commentar. in feudor.* lib. 3. rubrica: *quid sit in-vesti-*

In gegenwärtigem Falle liegt aber überdem eine expectativa propter bene merita zum Grunde, die nach dem jure publico universali, nach den Lehnrechten und den juribus privatorum, die hierinn sämtlich übereinstimmen, jeder Successor, er mag seyn wer er will, erfüllen muß, sie mag mit der Investitura eventuali verknüpft seyn oder nicht, oder auch nur in einem bloßen Versprechen bestehen: „Ratio enim hæc est perpetua, & „ejusmodi contractus remuneratorii à successore principe tam seculari quam ecclesiastico „servandi sunt„ (*b*). Hier ist der Beweis der bene meritorum durch ein dreymal wiederholtes Königliches Zeugnis und durch des Hochfürstlichen Herrn Beklagten eigenes höchstes Zeugnis Lit. H. vorgelegt. In diesem Falle hält Schrader (*c*) den

vestitura. N. 4. p. m. 226. (Francof. 1629.) Eventualiter investito jus in re eventuale in feudo adquiritur, quod simulac eventus accidit purum efficitur & a quocunque successore in dominio directo tribuendum est per feudi aperti traditionem G. L. BOEHMER diss. de *obligatione successoris ex exspectativa feudali antecessoris*. §. 17. ROTH *pandect. feudal*. c. 12. qu. 30. 36. 39. ESTOR diss. de *inaugurat. beneficiar*. §. 26. 28. Et *jure German. adquiritur dominium absque possessionis traditione*. SCHILTER *Exerc. ad π*. 13. §. 27.

(*b*) DE CRAMER in *opusc*. Tom. 3. p. 554.

(*c*) *de feudis* Parte 3. cap. 2. n. 38. & 39.

den Successorem clericum, sogar in dem Fall verbunden, wenn der Vorgänger eine sonst zu veräußern nicht erlaubte und zu infeudiren nicht gewöhnliche Sache, in feudum conferirt, oder eine Expectanz darauf ertheilt hätte. „Si dominus „ ecclesiasticus, sagt er, propter bene merita „ sua, *de feudo* viventis investierit: tunc enim „ *Successor illius indistincte hanc investituram con-* „ *firmare tenetur* (d). Huc accedit *quod res alio-* „ *quin* alienari prohibitas, propter bene meri- „ ta recipientis alienare licet (e). Alle Lehnrechtslehrer machen bey dem Successore clerico, oder wen sie etwa sonst zur Erfüllung einer Lehnsanwartschaft nicht gehalten wissen wollen, die Ausnahme: nisi propter bene merita fuerit concessa, und verbinden in diesem Fall jeden Successorem, er mag jure proprio als Wahlfürst oder jure

(*d*) Hieher gehört Caussa 12. qu. 2. can. 66. und cap. 10. X. de *Donat.*, nach welchem leztern dem Successori donantis nicht einmal vergönnt seyn soll, die Donation ex capite ingratitudinis zu revociren, so bald solche remuneratoria gewesen.

(*e*) Noch mehr muß also der von Ditfurth Expectanz, die keine Domaine, keine rem alienari prohibitam, sondern ein auf dem Fall stehendes feudum infeudari solitum betraf, bey Kräften bleiben. „ vid. der Reichshofr. v. Braun diss. de *re infeudari solita*, p. 114. & 125. „ BARTHEL *opusc. jurid.* Tom. 2. p. 625.

jure hæreditario succediren (*f*). Der Grund liegt natürlich darin, daß die Schenkung ob bene merita, nicht für eine bloße einseitige Freygebigkeit gehalten, sondern den contractibus onerosis gleich geschätzt wird; derenthalben jeder Nachfolger, ja der Staat selbst, der an den Verdiensten mit Theil genommen hat, verbindlich bleibt, wie dieses der ehemalige Kammergerichts-Assessor v. Cramer im 113ten Theil 3ten St. seiner Nebenstunden, die abermal einen nach diesen Principien entschiedenen Fall, eine ob bene merita von des Herrn Fürst-Bischofs zu Hildesheim Vorgänger ertheilte Expectanz enthält. Die Lehre des Römischen Rechts, die die donationes remuneratorias irrevocabel macht, erstreckt sich über alle sonst untersagte Arten der Schenkungen und Solennitäten, bey denen die bey Privatpersonen 500. Solidos übersteigen, wie dieses aus Müllern ad Struvium (*g*) zu ersehen ist. Sie muste sich

(*f*) STRUV. in *Syntagm. jur. feud.* cap. 7. aphor. 9. n. 7. & 15. HELLFELD *Elem. jur. feud.* cap. 7. §. 152. p. 163. STRYCK de *bene meritis* cap. 2. n. 63. sqq. MARTINI de *Caratis laudensis* lib. 1. tit. 3. n. 10. sqq.

(*g*) Exercit. 40. them. 17. nota *B*. y. & d. Ja der Referent beym Gyllmann Tom. 4. P. I. Vol. 30. n. 203. seq. beweiset: „quod privilegia ob merita „concessa ad onera, etiam publicæ necessitatis caus- „sa

sich also auch natürlicherweise über das Lehnrecht mit verbreiten und auch diejenigen Lehnsconcessiones,

„ sa inducta extendantur, & quod inde privilegia in „ contractum transeant, nec unquam revocari possint, adeo, ut princeps nequidem ex plenitudine „ potestatis ea revocare possit. Eben dieses hält auch das Oberappellationsgericht zu Cassel in eftallegirten *Decision.* dafür: Tom. 2. decis. 203. p. 138. n. 20. seq decis. 312. p. 643. ubi: „Sodann ist aber „ auch das gegenwärtige Privilegium, wenn es gleich „ pro gratuito zu achten wäre und die concessiones „ ex mera liberalitate profectæ nach derjenigen Do- „ ctorum Meynung, welche solches doch zugleich „ für unanständig erklären, wieder aufgehoben wer- „ den könnten, dennoch um geleisteter treuer Dien- „ ste *in remunerationem* ertheilet worden, folglich „ eben so verbindlich, wie eine andere *donatio re-* „ *muneratoria*; und überhaupt ist dasselbe als ein „ solcher verbindlicher Contract anzusehen, wo- „ von der *Princeps* so wenig wie ein *Privatus* ab- „ gehen kann. item pag. seq. 644. n. 9. Kann ein „ Princeps concedens so wenig ein Privilegium ex li- „ beralitate profectum selbst aufheben, wie bereits „ oben rat. dec. 3. angeführt worden, als weniger „ der *Princeps successor* solches so schlechterdings „ wieder einziehen kann 2c.„ Daß aber die in unserm Falle vom Könige dreymal, ja von dem Herrn Landgrafen selbst attestirte, an sich notorische Verdienste, keines weitern Beweises bedürfen, darüber beziehet man sich noch zum Ueberfluß auf STRYCK de *bene meritis* cap. 2. n. 63. und KLOCK Tom. 2. Cons. 4. n. 96.

siones, die außerdem von keiner Gültigkeit gewesen wären, in diesem Falle gültig machen, quia salus reipublicæ suprema lex est, der dem Nachfolger und jedem Andern heilig seyn muß, und von dem er so wenig als der Staat selbst wieder abgehen kann. Man hat sich also diesseits eigentlich darum nicht zu bekümmern, ob Se. Hochfürstl. Durchl. der Herr Landgraf bloße Gnadenbezeugungen Ihres Oheims des Höchstseel. Königs Majestät für unverbindlich ansehen, oder ob ein Successor singularis in regula expectativas, auch solche, die mit würklichem Geding oder Eventualbelehnung verknüpft sind, zu erfüllen verbunden seyn, oder nicht (*h*). Hier hat man eine ex-

(*h*) Selbst Augustin Leyser, der mit so wenig Grund und in Widerspruch mit sich selbst, die Expectantias bald verwirft, bald aber unter den nemlichen Umständen wieder gutheißt und daher in dieser Materie nie einiges Gewicht gehabt hat, wird da ihr Apologete, wenn bene merita zum Grunde liegen; „Quæ necessitatis (sagt derselbe §. 47. & 48. de *iniquitate & recto usu expectantiarum* Tom. 4. in fine meditat.) „ea „quoque utilitatis publicæ est ratio. Poscit hæc interdum, *ut boni fortesque viri ad bene merendum* „*spe præmiorum excitentur*, *vel etiam si jam bene* „*meruerunt*, *mercedem accipiant*; Si consuli illis „alia ratione potest, ad expectantias deveniri non „debet. *Aliquando autem nihil est in rei publicæ* „*patrimonio*; *ex quo illis satis fiat*. Tunc vero ne- „cessi-

expectativam qualificatam für sich, deren Privilegium sie über alle Distinctiones oder Subdistinctiones erhebt und von jedem Successore, er mag Wahlfürst, Clericus, Successor singularis oder universalis seyn, gehalten werden müste, deren hervorstehendes Privilegium dergestalt in die Augen fällt, daß man nur die Beylagen lesen darf, um die Verbindlichkeit für jeden Nachfolger und Regenten zu fühlen und sich genugsam zu überzeugen, daß Se. Hochfürstl. Durchlaucht diese so wenig zu Gesicht bekommen haben müssen, als Sie überhaupt von der Sache Höchstselbst Einsicht genommen; sondern solche Ihrer Dienerschaft überlassen haben, die es auch allein ist, der man solche Aufzüge in dieser an sich so gerechten Sache zuzuschreiben hat.

§. 29.

Allein die Concessio propter bene merita ist es nicht allein, welche diese Expectanz so sehr über

„ cessitatis quoque erit, expectantias concedendi,
„ concessasque servari, ne homines defectu præmiorum a reipublicæ servitio abstrahantur, *aut dum*
„ *vident, alios bene meritos, spe sua frustrari, ejusdem* INGRATITUDINIS *metu absterreantur.* „

Hier ist nun der casus in terminis, welchen Leyser, dem sonst Niemand in Anfechtung der Anwartschaften gleich kommt, expreß ausnimmt ꝛc. (Der weitere Inhalt enthält nur die Anwendung auf den Ditfurthischen Fall.)

über alle andere Anwartschaften erhebt, sondern auch der Umstand, daß Sr. Hochfürstl. Durchlaucht des Herrn Landgrafen Höchstseel. Herr Vater und Vorgänger Landgraf Wilhelm VIII. die ganze Allodialverlassenschaft des Königs in Schweden zu sich genommen haben, mithin da Sie so wenig verbis als factis irgendwo declarirt haben, daß Sie Allerhöchstdesselben Erbe *in allodio* nicht seyn wollten, für Erben in feudo & allodio zu halten, folglich ad omnia ejus facta, sie mögen von Natur und Eigenschaften seyn, wie sie immer wollen, gebunden sind.

Wenn also alles bisher Ausgeführte auch nicht wäre, wenn der Regent als Successor singularis auch nicht ein einziges factum seines Vorgängers zu halten verbunden wäre, wenn der hæres in feudo alle Expectantias antecessoris widerrufen könnte und hier kein bene meritum, auch das verschenkte Guth ein pars integrans principatus wäre, so würden Sie dennoch als hæres in feudo & allodio zu allen Verbindlichkeiten des Königs, mithin selbst zu Erfüllung einer viel weniger privilegirten Expectanz gehalten seyn. „Denique, sagt Georg Adam Struv (*a*), Successor in feudo ex pacto & providentia defuncti concessionem adimplere obligatur, si „fue-

(*a*) In *Syntagm. jur. feud.* Cap. 7. Aphor. 9. n. 15. & ibi subdiv. 6.

„ fuerit ſimul ejus hæres in allodialibus (*b*). Und der von ihm allegirte Klock (*c*): „Cum Succeſſor apprehendendo *vel minimam rem hereditariam*, eo ipſo hereditatem adiiſſe jura „ concludunt, arguit enim aditio partis aditionem totius.„

Man will hier einsweilen annehmen, daß die Heſſiſche Territoria, ſo wie ſie ſich bey der Theilung zwiſchen Philippi Magnanimi Söhnen befunden haben, ohne Ausnahme aus ſolchen, in quibus ex pacto & providentia datur ſucceſſio, beſtanden und der Schwierigkeiten nicht gedenken, die v. Cramer im 15ten Theil der Nebenſtunden S. 98. ſo evident vor Augen legt, daß bey Incorporation vieler Arten von zuſammen vererbten und acquirirten Landen, die nicht alle unius ejusdemque qualitatis ſeyn können, die Application des principii ſucceſſionis ex pacto & providentia majorum bey vielen Fürſtenthümern nicht wohl ſtatt finde (*d*), welches der Etats-

(*b*) Allegando MASCARDUM, TABOR & KLOCK.

(*c*) Tom. 3. Conſ. 154. n. 38. addatur SCHRADER de *feudis* P. III. Cap. 2. n. 43.

(*d*) Das Fürſtenthum Heſſen iſt kein Ducatus originarius; die ältern Herrn Landgrafen ſchrieben ſich Landgrafen in Thüringen und Domini in Haſſia. Pagus in Haſſia war ihr Eigenthum und mochte wohl ein ſehr unbe-

Etatsrath v. Moser im 2ten Theil seines persönlichen Staatsrechts 3ten Buch 10ten Capitel §. 29. noch weitläuftiger ausführt, auch in diesem Tractat sowohl, als in dem vom Reichsständischen Schuldenwesen mit häufigen Beyspielen und Judicatis belegt.

unbedeutender Theil desjenigen seyn, was izt Hassia heißt. Durch eine Tochter kam es an einen Prinzen aus dem Hauße Brabant und wurde in feudum offerirt, wo sich allererst dieses Hauß Landgravios in Hassia zu nennen anfieng. Die Grafschaften Ziegenhayn, Reichenbach, Nidda, Cazenellenbogen, ein Theil von Diez, die Grafschaft Battenberg, Königsberg, Beilstein, Schauenburg, das Fürstenthum Hersfeld, die Herrschaften Pleß, Itter, Gudensberg, Treffurth, Frankenstein, Blankenstein, Helsenberg und viele andere mittel = und unmittelbare Länder und Güther, diversæ qualitatis & originis, ja ein ganzer Strich Landes an der Werra, den Herzog Albrecht von Braunschweig ao. 1261. an Hessen abgetretten hat, sind die einzelne Stücke, aus denen die izige Fürstl. Heßische Lande, zum Theil noch post pacem Westphalicam respective zusammengesezt und vermehrt worden sind. Nicht zu gedenken, daß die regierende Landgrafen nach und nach eine Menge Oeconomien, Landgüther und dergleichen von Privatis dazu gekauft und acquirirt haben. Sind dieses alles feuda ex pacto & providentia majorum quæsita, und haben sie bey jeder Acquisition ihre originelle Qualität ausgezogen und diese angenommen? Auch diejenigen Güther, welche lang nach dem

Man will ferner die Frage hier nicht berühren, in wie fern alle nachherige Hessen-Casselische Acquisitiones, die dem jedesmaligen Regenten zur Indemnisation der an den fructibus principatuum (die doch jure proprio & allodiali sein eigen waren) erlittenen Schäden wegen geleisteter Kriegshülfe, bey Friedensschlüssen und erst nach dem Brüdervertrage zu Theil geworden sind, über welche keine weitere Verträge, so wenig mit den Durchlauchtigsten Fürsten des Haußes Hessen-Cassel, als etwa mit den Landständen vorhanden sind, dazu noch gerechnet werden können.

Auch will man mit Stillschweigen übergehen, daß die ganze Grafschaft Schauenburg ex ipsa con-

Brüdervertrage, wie Hersfeld und Schauenburg, nicht titulo hæreditario, sondern durch öffentliche Friedensschlüsse dazu gekommen sind? Haben alle nach jenem Vertrage gekaufte und acquirirte Oeconomien und Privatgüther diese Qualitatem feudalem angenommen? Man entscheidet hier nicht, sondern excerpirt blos was Struv de *allodiis imperii* Cap. 3. §. 39. sagt: „Hassiæ Landgraviatus ex multis terris tam allodialibus „quam feudalibus consistit, *ita ut ipsi principes illud* „*agnoverint, sicut apparet ex Guilielmi Landgravii* „*Confessione*, in *actis caussæ Nassovicæ:* „Daß das „ganze Fürstenthum Hessen von vielen Particulairstücken, sowohl Allodial als Lehn zusammen gebracht „und ein Corpus individuum und Fürstenthum daraus gemacht worden.„

confessione des Herrn Landgrafen, ein pures Erblehn sey, und daß daher dieses allein denjenigen, welcher in dieselbe mit succediren will, ad præstanda omnia facta sui antecessoris verbinde (*e*). Alle diese auf die Entscheidung der Frage: Ob Se. Durchlaucht und Dero in Gott ruhender Herr Vater, Ihren Vorgänger den Höchstseel. König in Schweden für unfähig, etwas zu versprechen, ex principio successionis ex pacto et providentia majorum erklären können? so viel Einfluß habende Vorfragen will man der=

 malen

(*e*) Der Hochseel. Landgraf Carl, Sr. izt regierenden Durchlaucht Herr Großvater declarirten von der Grafschaft Schauenburg in einem den 18ten März 1702. an das Kammergericht abgelassenen in *Elect. jur. publ.* befindlichen Schreiben: „daß die Grafschaft Schauen„burg bey der vorigen Grafen Zeiten eine freye Erb„grafschaft des Reichs gewesen. Ferner: daß drey „Aemter derselben cum omni superioritate territoria„li, durch Absterben Graf Otto ao. 1640. an das „Hauß Hessen gekommen. Nicht weniger, daß des „lezten Grafen Mutter den übrigen Theil an ihren „Bruder per donationem inter vivos überlassen ha„be ꝛc., dieser aber durch den im Münsterischen Frie„den confirmirten Vertrag ebenfalls auf Hessen, doch „dergestalt, daß Graf Philipp einen Theil davon als „Heßisches Lehn behalten, erb = und eigenthümlich „gefallen sey. Daß das Hauß Hessen sothane Graf„schaft bisher als eine freye Erbgrafschaft besessen „und

malen auf die Seite schieben und nur blos jedem Unpartheyischen zu bedenken geben: Ob denn wohl der König in Schweden/ gar nichts Eigenes nachgelassen? nicht einmal so viel, als das geringe Privatguth, so hier das objectum litis ausmacht, werth ist? Das ist unglaublich und ein seltenes Beyspiel in der Geschichte, das ohne den strengsten Beweis nicht angenommen werden kann, und wo ist Höchstdesselben Activ- und Passivetat aufgenommen und producirt? Wo ist separatio feudi ab allodio geschehen? wo ist etwas dergleichen zu finden? Wo ist die Anzeige Herrn Landgraf Wilhelm VIII. p. m., daß Sie Ihres Bruders Majestät Allodialerbe, welches Sie ab intestato mit waren, nicht seyn wollten, und wo ist sie coram competente und binnen gehörigem Zeitraum geschehen? Ist ferner alles dasjenige, was der Höchstseel. Herr Landgraf von des Königs Nachlassenschaft in Besiz genommen, Lehn, Fideicommiß

„ und solche weder quoad regalia noch sonsten von Ih-
„ rer Kaiserl. Majestät und dem Reich zu Lehn em-
„ pfangen habe.

Hier ist also reine Declaration, daß wenigstens die Grafschaft Schauenburg ein pures *Allodium* sey, worinn der Successor alle Facta sui antecessoris prästiren muß, als woran bey einem Allodio, welches sogar die Mutter des ultimi masculi erben und inter vivos verschenken kann, nicht einen Augenblick gezweifelt werden kann.

commiß oder Staatseigenthum gewesen? Waren die Meubeln, Pretiosa, Gemählde und Naturalienkabinette, Equipagen, Pferde und Inventarien auf denen Lustschlössern und des Königs Privathäußern, Lehen oder Staatseigenthum? Ja waren es alle diejenige Mo- und Immobilien, die Sie mit denen Ihnen eigenen fructibus principatuum erkauft hatten? Und wo ist der Beweis hierüber? denn so etwas läßt sich nach der Lehre von Präsumtionen eben so wenig vermuthen, als daß ein König durchaus nichts Eigenes haben und nach seinem Tode über Nichts sollte disponiren können; sondern alles, Mo- und Immobilien, Acquisita & Nonacquisita schlechterdings den Händen seines Nachfolgers überlassen müssen. Wo sind aber die Haußverträge, die alles dieses mit einem Fideicommisso perpetuo belegen, jedem Durchlauchtigsten Herrn Landgrafen etwas Eigenes, worüber er nach seinem Tod disponiren könne, zu haben verbieten? Und da sich diese gewiß nicht finden, so sind der Hochseel. Herr Landgraf, mithin auch des izt regierenden Hochfürstl. Durchlaucht, da Sie des Königs sämtliches Mobilarvermögen, wenigstens den größten Theil und namentlich Dessen Lustschlösser, Privatgüther, Gärten nebst Inventarien, Naturalien- und Münzcabinette, Pretiosa, Equipagen, Pferde und dergleichen, deren zehenter Theil vielleicht zwanzig Foderungen als die vorliegende ist, abzuführen hinreichen würde, geerbet, auch verbunden, die so bündigen Verspre-

chungen des Höchstseeligen Königs zu erfüllen. Ex qua enim persona quis lucrum capit, ejus factum præstare debet. L. 149. ff. de *Reg. jur.* Der Hochseel. Landgraf Wilhelm VIII., deren Universalerbe des izt regierenden Herrn Landgrafen Durchlaucht sind, haben lucrum ex persona fratris & regis gehabt. Sie können sich daher auch nicht entziehen Ihr Factum zu prästiren, sondern sind in den Rechten verbunden, die von dem Höchstseel. Könige mit den verbindlichsten Ausdrücken: für sich, seine Erben und Nachkommen (*f*) ertheilte Expectanz zu erfüllen, wenn solche auch keinen einzigen derjenigen empfehlenden und hervorstehenden Vorzüge, die sich bey gegenwärtiger würklich finden, hätte.

(*f*) vid. SCHRADER in supr. alleg. P. 3. Cap. 2. n. 43.

IV.

Vergleich zwischen Marggraf Rudolph von Baden und Graf Ulrich von Würtemberg, das Flösen auf der Würm, Nagold, Enz und Neccar betreffend, vom J. 1342. *)

Wir Marggraff Rudolph von Baden, vnnd Wir Graue Ulrich von Würtemberg verjehen offentlich an diesem Brieff für Vns, Vnser Erben, vnndt all vnser nachkommen, vnndt thuen kundt allen den, die In Immer ansehendt, lesendt, oder hörendt leßen, daß Wir durch nutz vnndt frommen, Vnser, Vnserer Erben, vnnd aller Vnser Nachkommen, vnnd auch durch Bitt der Ersamen weißen Leut, der Burgermeister, das Rhats vnnd der Burger gemeinlich zu Hailbron seyn vbereinkommen, vmb das Flossen uff der Würm, vff der Nagolt, vff der Entz, vnndt vff dem Nekher, also das Wir dieselben Waßer vnnd auch die Straßen, vff

*) Aus der Badenschen Deduction: Beweis der Landsäßigkeit des Lehens der Vasallen von Gemmingen im Hagenschies ꝛc. unter den Beylagen Num. 1. S. 1.

vff denselben Wassern haben geoffnet, vnnd gevffet, vnd daß es Immermehr, ewiglich ein geoffnete, vndt gevffente Straß vff denselben Wassern sein soll vndt bleiben zu gleicher Weiß als hernach geschriben stett.

Von Erst so haben Wir die Würm geuffent, biß geen Pfortzheim in die Entz, vnnd wer darauf Flossen will, der soll von jedem Hundert Zimmerholtz, oder von jedem Hundert Dilen geben zu Zoll, zu Liebenegge an dem Were sechs Heller.

Darnach haben Wir die Nagolt gevffent, bis gehn Pfortzheim in die Entz, vnnd wer darauff Flossen will, der soll von Jedem hundert Zimmerholtz oder von Jedem hundert Dilen geben zu Liebenzell an dem Were zu Zoll sechs Heller, vnndt zu Wißenstein zehen Heller.

Darnach so haben Wir die Entz gevffent, alß fern man darauf geflossen mag bis ghen Bessigkheim in den Nekher. Darnach so haben Wir den Neckher gevffent zu Bessigheim bis gehn Hailbronnen an die Stattmauer, mit solcher Bescheidenheit wer darauf flossen will, der soll von Jedem hundert Zimmerholtz, oder von Jedem hundert Dilen geben, zu der Newenburg zu Zoll von zweyen Wehren zwantzig Heller, darnach zu Pfortzheim von vier Wehren viertzig Heller, zu Vtzingen von einem Wehr vier Heller, zu Nüffern von einem Wehr vier Heller, zu Dürmüntze von einem

Wehr

Wehr vier Heller, zu Lomerßheim von einem Wehr vier Heller, zu Mühlhaußen von einem Weer vier Heller, zu Rossenwage von einem Wehr vier Heller, zu Vayhingen von zweyen Weeren zwantzig Heller, zu dem obern Rixingen von einem Wehr zehen Heller, zu den nidern Rixingen an einem Weer vier Heller, zu Rennickheim von einem Wehr vier Heller, zu Bussingen von einem Wehr vier Heller, zu Bessigkheim von zweyen Wehren, zwanzig Heller; Es ist auch geredt zu welchem Wehr man Zoll gibt alß vorgeschriben stehet, da soll Jeder Herr, oder Jeder Armmann, dem man den Zoll gibt, Schutzbretter an dasselb Wer machen, das zwischen den Seulen sey zwölff Schue weit, vnndt sollen die Schutzbretter bawen vnnd machen, on der Fuhrleüt schaden. Man soll auch zu keinem Vischs vahe, noch Jendert anders, dan alß vorgeschriben ist, keinen Zoll, noch nichts zu geben, were auch, das daß Waßer Jendert vergruße, oder vergrundt würdt, oder sonst vnnütz würde, das man nicht wol geflossen möchte, bey weß Wehr oder Mühlen das geschehe, der soll es vffrichten vnndt vertig machen ohn der Furleüt schaden. Es ist auch geredt, was vff den flossen leit vngeuerlich von Holtzes, es seye vff dem Zimmerholtzs, oder vff den Dilen, oder Wehre das man schelleich, oder Legschiff an die Floß henck, das soll alles freilichen, und ohn allen Zoll faren, vnnd geen, vnnd soll auch niemandt den andern vorbietten, noch bekümmern, das an den Flössen ge-

geirren oder gehindern möchte, in keinen Weeg ohn alle geuehrde.

Es ist auch geredt was vff den Flossen lige von Holtzs, oder was darauf fehrt von Freileuten, das soll vff und ab fridt vnnd Gleidt haben, vor allermenniglich, es seye in Krieg, oder ohne Krieg, dasselb Gleidt sollen auch die Kauffleut die Holtz kauffendt, oder vngefehrlich kauffen wollen, sie fahren vff den Flossen, oder sie gangen, oder sie Reiten vff dem Landt vff oder ab haben ohn alle geuehrdt, Wehre aber darwider thett, vnnd den Friden und das Gleidt vberführe oder breche, das sollen Wir Marggraff Rudolff von Baden, vnndt Wir Graff Vlrich von Würtemberg, vndt Vnser Erben, vnnd all Vnsere Nachkommen, weren vnnd wenden, alß fern Wir künden und mögen ohn alle Geuehrde. Deß zu Vhrkundt vnndt zu einer ewigen Gezeugnuß, haben Wir Marggraff Rudolff von Baden, vnnd Graue Vlrich von Würtemberg, die vorgenandten, diesen Brieff besigelt mit Vnsern Insigeln, die daran hangende, der geben ist zu Stuttgartten an dem weissen Sontag da man zhalt von Christi Geburth, dreyzehen hundert Jare, vnndt in dem zwey vnndt vierzigsten Jare.

V. Ver=

V.

Vertrag zwischen den Fürstlichen Häusern Würtemberg und Baden wegen des Geleits vom 30. Sept. 1581. *)

Zu wissen vnd kundt sey hiemit in Krafft diß gegenwärtigen Abschiedts, Alls sich endtzwischen dem Durchleuchtigen Hochgebornen Fürsten vnd Herrn Herrn Ludwigen Hertzogen zu Würtemberg vnd Teckh Grauen zue Mümppelgarth ꝛc. Sodan Herrn Ernnst Fridrichen, Herrn Jacoben vnd Herrn Georg Fridrichen allen Gebrüdern vnd Marggrauen zu Baden, vnd Hochberg, Landtgrauen zu Susenberg, Herrn zu Rötteln vnd Badenweiler ꝛc. vnd anstaat derselben, ihrer F. G. Fürstliche Vormundtschafft verordnet Statthalter, Cantzler und Räthen zu Carlspurg, des Gleits vnd selbiger Grentzen halber, vonn Pfortzheim aus,

*) Aus der Badenschen Deduction: Beweis der Landsäßigkeit des Lehens der Vasallen von Gemmingen im Hagenschies unter den Beylagen Num. CLXXXII. S. 247.

aus, auff und durch Frioltzen rc. Was nachpurliche Jhrrungen vnd mißuerständt erhalten. Derohalben man sich dann allerseits vermög deren deßwegen gegen einander ergangenen Zuschreiben, freundtlichen verglichen, weil dieser Zeit, ohne das ein Zusammenschickhung, beeder Herrschafften Räth, anderer Nachpurlicher Gebrechen wegen, gehaltten, das zugleich auch diese Glaits Irrung in ein guetliche Handlung zuziehen, vnd durch selbige, wo möglich in ein endliche vnd bestendige Richtigkheit zu bringen vnd zumahl auch das Brückhlin zwischen Metlingen vnd Haugstetten als ein vonn Allters bekandtliche Glaitsvndermarckh gepurlichen zuerneweren. Allso seyen dem zu beyderseits gegebnen sonderbaren Beuelchen nach, die zu end vnderschriebene abgeordnete Räth, den 30sten Sept. bis noch wehrenden 81sten Jahrs zu Fridltzheim zusammen kommen, vnd nach eingenohmenen Augenschein auch hinc inde ferners einander derowegen gethonen vnd empfangenen Bericht vnd Gegenbericht, vnd gehapter freundlicher Collation, sich mit einander beyder abgeordneter Puncten halber, Abschiedsweise vff hindersich bringen jedoch, vnd gnediger ratification, hochernandt ihrer F. Gn. allerseits vereinbarth vnd verglichen, wie hernacher specifice begriffen, zu sehen ist.

Unnd erstlichen, die Glaitsgrentz zwischen Metlingen vnnd Haugstetten vff Liebenzell zu belangendt, ist abgeredt, das es nachmahlen bey dem

Vndermarkh des Bruekhlins daselbsten vor dem Dorff Mettlingen nun hinfüro vermög der Zuschreiben noch in Lebzeiten weilundt Herrn Carl Marggrauens zu Baden ꝛc. hoch = vnnd christsehliger Gedechtnus in Anno ꝛc. 72. ergangen, verblieben, vnd dergesthallt zuhalltenn, das jeder Herrschafften je zu Zeiten verordnete Glaitsreutter nicht vber berürt Bruckhlin ziehen, sondern an dem Orth desselbigen (Alls daselbsten sich auch das Glait endet) hallten, vnd allso andere gepurende Glaitsgerechtigkeythen gebrauchen sollen.

Weil aber solch bemellt Bruckhlin biß anhero allein von Holtz gemachet, leichtlichen abgehen, oder sonsten sich verendern möchte; So solle dieses abermahlen in Crafft erstberürter Zuschreiben zu mehrer Versicherung vnd besserer Beständigkeyt mit ehesten, es zu geschehen möglich, von Newem mit Steinen gemachet, vnd gewölbet, vnd der Ohncost, was es vber die schuldige Frohn der Vnderthonen, anlauffen würdet; von des gemeinenn Hailigen einkhommen erstattet und bezahllt werdenn.

Was dann den andern Glaitsspann bey Frőltzheim betreffendt thutt, indem die Herrn Marggrauische Abgesandte vermeinet, das die Vnderziehlt desselbigen in den dreyen obern, vom Dorff Leonberg zu, heraußer gehenden wegen, so Nußdorff Flächtemer vnd Haimsemer genandt, den andern vndern bekhandtlichen vnd vnstrittigen

Glaitsmarckhen uff der Strassen von Dieffenbronn heraus gestrackhs herausser gleich zumachen, insonderlicher Betrachtung solches hiebeuor im exercitio schonn allso zugebrauchen angefangen.

Dem aber zu entgegen, die Würtembergische fürgewandt, das diese gemeldte drey Oberweg, vonn Alters für Glaitstraßen niemahlen gehalten, wie sie auch dergesthallt, vön keiner Herrschafft gebrauchet, sondern vor wenig vndt benandtlichen vor sechß Jahren hero allererst allso fürgenohmen worden sey, das es auch mit den vndern Glaitsziehlen (in Ansehung der Marggraffschafft, der Enden Grund Bo... vnnd Aygenthumb, heroben aber alls in Frölzheimer Marckhung ihrer F. G. zu Würtemberg ꝛc. Alle Obrigkeyth zugehörig) weit ein ander Gelegenheit, deßgleichen die vorige exercirte Actus, so mehr vonn Freundschafft, dann einicher Gerechtsame wegen, allso passiert, vnnd fürüber gelassen, darumben dann selbige auch, in keinn solche vnd so præjudicierliche consequentiam zu ziehen.

Als ist diesem allen nach, Mittelsweise fürgeschlagen, vnnd Abschiedtlichen angenohmen, waser die berurte drey Oberwege, bey Fröltzheim, für aus durch Fürsten oder Herren von Stuttgarten vß, vff Pforzheim vnd herwieder von Pfortzheim vff Fröltzen zu, wegsame vnd besserer Gelegenheit halber (dan es sonsten anderer Handells, vnd Glaits Reuth wegen bey der allten Glaitsstrassen

straſſen billich verbleiben ſolle) beſucht und gebraucht wurde, das nun fürterhin der Glaitgrenntz vor mehr gedachten Dorff Frölzheim heraußer Pforzheim zu, oben vff der Höhe, bey dem Muhlweg, vff der linckhen Handt, ſo ſich nach Dieffenbronn lencket, dan auch vff die rechten, oben an Aeckhern bey einem hohen Marckſtein, ſo ein Vndermarckh zwiſchen Frölzheim vnd dem gemeinen Hagenſchieß beſtimpt vnd vnderſchaiden, daſelbſthin auch jede Herſchafft, oder ann Statt ſelbiger deren verordnette, beglaiten, vnd anders was ſich dannenhero gebuhrt, fürnehmmen, handlen, vnd verrichten ſollen vnnd mögen.

Wölches alles, wie obſtehet, auff ihrer, der Herrſchafft gnedige Approbation Beliebung zu oder abſchreiben (ſo vom Dato an, inner Monaths friſt geſchehen ſoll) abſchiedlichen verhandlet und beſchloſſen.

Deſſen zue Vhrkhundt iſt dieſer Abſchiedt, mit der vonn beeder Theilen abgeordneten Räthen, aignen Handen, vnderſchrieben. Geſchehen zu Frölzheim den 30. Sept. Anno ꝛc. 81.

VI.

Von der Spauerschen und Witgensteinischen Ehesache.

Vertheidigte Eheverbindung des Katholischen Herrn Grafen Johann von Spaur, gewesenen Domizellars zu Salzburg und Brixen, mit der Reformirten Gräfin Karoline Leopoldine zu Sayn-Wittgenstein, nebst rechtlicher Ausführung, daß, wie gegen Sie, den Lutherischen Ort und Pfarrer, wo und von dem Sie kopuliret worden, die katholische geistliche Gerichtbarkeit im Westphälischen Frieden Art. V. §. 48. suspendiret ist, also auch der Pabst diese vermischte, nach Katholisch- und Protestantischen Grundsäzen ganz giltige Ehe Reichsverfassungs- und Friedenswidrig nicht aufheben, weder anmaßlich davon dispensiren könne. Zur Begründung

des von der Gräfin und ihrem Vater Grafen August zu Sayn-Wittgenstein, an die allgemeine Reichsversammlung ergriffenen Rekurses.

Geschichte der Spaurischen Eheverbindung und der daraus entstandenen Irrungen.

§. 1.

Graf Johann von Spaur, Domizellar zu Salzburg und Brixen, verliebt sich im Jahre 1780. in die Comtesse Karoline Leopoldine, jüngste Tochter des zu Wezlar wohnenden appanagirten Grafen August zu Sayn-Wittgenstein.

§. 2.

Die Aeltern des Grafen Johann wissen den vertrauten Umgang, den sie fast täglich mit Augen ansehen; Sie lassen durch veranlaßte gesellschaftliche Schauspiele (die mit ihrer Liebesgeschichte sehr übereinstimmen, in denen beyde immer die Verliebte mit vielem Beyfall und Händeklatschen der Aeltern sehr gut spielen, (a) die Liebe sich zusehens anfachen, und zulezt in Flammen sezen. Der alte Graf Wittgenstein sieht dem Ding ruhig zu, und läßt die Leutchen sich lieben;

ben; weil er glaubt, die Aeltern des Grafen Johann seyen mit dieser standesmässigen Verbindung zufrieden. — Hätten Sie ihm ihre Unzufriedenheit darüber zu erkennen gegeben, würde er seiner Tochter den fernern Umgang verbotten haben.

(a) In der Elvire war die Kopie so schön, daß sie verdiente Original zu seyn. Sie ward es auf der Stelle fast in den Augen des Parterre und der Aeltern, die der Kopie in die Hände klatschten, und nicht wußten, daß sie dem Original Beyfall zulachten.

§. 3.

Graf Johann giebt ihr seine Heurathsabsichten und daß er nicht geistlich zu werden gedenke, zu erkennen, obschon ihn sein Herr Vater gegen seine Neigung dazu widmen; und in den Wissenschaften wolle unterrichten lassen, die ihn dazu bilden sollen. — Der Herr Kammerrichter meynt zwar als Vater, im Stande zu seyn, für ihn das Beste zu wählen. (a) Allein in Berufssachen mus die Neigung der Kinder zu Rath gezogen; ihnen darinn ihre Freyheit und eigene Wahl gelassen werden. Graf Johann giebt seine Abneigung gegen diesen Stand, wider den sich seine ganze Natur empöre, (§. 9.) auch oft genug seinem Herrn Vater selbst durch andere zu erkennen.

(a) S. Salzburg. Rekurs: *P. M. Lit. M. §. 2.*

§. 4.

Da alle Vorstellungen keinen Eingang finden, und sein Herr Vater von dessen Bestimmung zum geistlichen Stande nicht abzubringen ist; da er immer dazu ernstlichere Anstalten macht, ergreift der Sohn endlich ein Mittel, welches er für das einzige hält, dieses auf einmal zu vereiteln. Im Jahre 1780. verlobt er sich mit der Comtesse Karoline Leopoldine (§. 1.) und weil er 1781. auf einmal von ihr getrennt, und nach Marburg, um zum katholischen geistlichen Stande sich zu befähigen, geschickt werden solle, läßt er sich den 28. May von dem Lutherischen Pfarrer zu Blasbach in Gegenwart einiger Zeugen mit ihr noch vorher in der Stille kopuliren.

§. 5.

Sie wollen ihre Eheverbindung bis zu einem anständigen Etablissement geheim halten, und binnen dieser Zeit durch Vorbitten guter Freunde, durch eigene Submission von den Aeltern nach und nach Verzeihung, den väterlichen Segen, ihre Gnade und Einwilligung erhalten.

§. 6.

Durch den bey der Kopulation zugegen gewesenen Zeichenmeister Caude wird aber alles zu frühzeitig verrathen. — Anstatt es izt noch Zeit

gewesen wäre, zu einer geschehenen Sache die Einwilligung zu geben, und ihn seine Präbenden geschwind resigniren zu lassen, oder sie wenigstens im Weg der Gnade für den zweyten Sohn zu erhalten, ergreift der Herr Kammerrichter Maasreglen, die gewiß die besten nicht sind, die vielmehr zu weit aussehenden Irrungen den unangenehmsten Anlaß geben. Als es zu spat ist, schlägt er erst den Weg der Gnade ein, jedoch in einer so hohen und beleidigenden Sprache, daß er sich unmöglich einen guten Erfolg davon versprechen konnte, wenn es auch in den Mächten des Herrn Erzbischofs gewesen wäre, wider die geistlichen Rechte dem Sohn Gnade zu erzeigen.

S. *Act. Cam.* (20).

§. 7.

Doktor Häberlin (der bey dem Eheverspruch zugegen, und seitdem ihr geheimester Confident und Vermittler ihrer jeweiligen Liebeszänke war) macht sich jezt ein treuloses Geschäft daraus, ein Band zu verreisen, das er selbst hat binden helfen, und wovon er genau weiß, daß es auch priesterlich geknüpfet ist. (§. 4.)

Er geht selbst nach Marburg, wohin Graf Johann gleich andern Tages nach der Kopulation gereiset war, und mit Hülfe des daselbst auch anwesenden Grafen Joseph von Spaur zwingen sie ihn, daß er seiner Gemahlin den Trau-

schein

schein zurückfodern muß. — Häberlin weiß ihr diesen sowohl, als dem Pfarrer zu Blasbach den ihm von den Verehlichten ausgestellten Revers auf eine listige Weise aus den Händen zu spielen, und die verrissene Stücker dem Herrn Kammerrichter zuzuschicken. — Damit nicht zufrieden, sucht er die Zeugen zu entfernen, und die Gräfin ängstiget er so sehr, daß sie vor den Verfolgungen des Herrn Kammerrichters nicht sicher zu seyn glaubet. Sie reiset deswegen mit den Zeugen nach Basel, um da Sicherheit zu finden, und ihrem Gemahl desto näher zu seyn, den man mit Gewalt nach Brixen zu seinem Herrn Oheim dem Fürstbischoffe gebracht hatte, um daselbst gegen seinen Willen, als ein Staatsgefangener, seine geistliche Residenz zu machen. — Häberlin sucht sogar den Pfarrer zu bereden, daß er die Kopulation nicht in das Kirchenbuch einschreiben solle. — So meynt er mit einem Schlage dieses vor Gott geknüpfte Eheband zu trennen, und den Beweiß davon zu vernichten.

§. 8.

In Wezlar ist aber schon alles zu sehr bekannt, als daß sich der Ruf davon nicht bald auswärts und nach Salzburg verbreiten sollte. — Im September wird doch erst dem Fürstlichen Agenten aufgetragen, von dem Pfarrer zu Blasbach einen Kopulationsschein, oder Extract aus dem Kirchenbuch zu begehren. Dieser gibt den

2. October selbigen sowohl, als eine Abschrift des vorangeführten Reverses her, wie sie *Num.* 1. & 2. hiebeygeben. Und weil er dabey entdeckt, daß er über diese Verehligung von dem Fürstlich = Darmstädtischen Consistorio zu Giessen schon sey zur Rede gestellt worden, (Es soll auch von der Gemein = Herrschaft zu Hohensolms geschehen seyn) so wird an jenes von dem Erzbischöflichen Vikariat geschrieben, und den 23. October geht *Num.* 3. die Bestätigung ein, daß der Pfarrer zu Blasbach den jungen Grafen von Spaur mit der Gräfin zu Sayn = Wittgenstein in Gegenwart zweyer Zeugen den 28. May wirklich kopulirt habe.

§. 9.

Graf Johann erhält in seinem Verbannungsort Brixen endlich so viel Freyheit, den 22. September (*Num.* 4.) seine Gemahlin versichern zu können: „daß er ihr ewig treu bleiben werde, so „sehr man sich auch bemühe, ihn von ihr „abwendig zu machen. Es sey wider seinen „Willen geschehen, daß er ihr geschrieben, den „Trauschein herzugeben; Häberlin habe den Brief „aufgesezt, den er mit Gewalt und unter vielen Drohungen (ohne ein Wort zusezen zu „dürfen) habe schreiben müssen. (§. 7.) Er sey „verzweiflungsvoll zu seinen Aeltern nach „Warthausen gebracht worden; da habe er anders reden, und gegen seine Ueberzeugung

„hand=

„ handlen müssen, als er gedacht; dem Wil-
„ len seines Vaters habe er sich ganz über-
„ lassen müssen, weil er der Gewalt nicht hät-
„ te widerstehen können. Von da sey er nach
„ Brixen geführt worden, wo er sein Leben
„ elend und kummervoll zubringe; innerer
„ Schmerz und Verzweiflung verzehrten ihn.
„ Man wolle haben, er soll geistlich wer-
„ den, ein Stand, gegen den er von Natur,
„ die sich von Tag zu Tag mehr dagegen
„ empöre, einen Widerwillen habe. — Und
„ wie könne er geistlich werden? er habe ja
„ eine Frau, mit der er vor Gott ehelich
„ zusammen gegeben sey, die vertausche er
„ gegen tausend Präbenden nicht. (Das
„ zeigt gewiß keinen animum clericandi an.)
„ Er beschwert sich über den Caude, der dem
„ Häberlin alles entdeckt habe. (§. 6.) Wenn
„ er ihren Aufenthalt zu Basel gewußt hätte,
„ (§. 7.) würde er in ihre Arme geflogen seyn.
„ Sie wollten mit einander leben, wie sie
„ das Recht von Gott durch die Kopulation
„ erhalten hätten. Seine Liebe wachse von
„ Stund zu Stund, Gott sey sein Zeuge.
„ Er bittet sie ruhig zu seyn, und ihren Ge-
„ mahl (denn der sey er) nicht unglücklich zu ma-
„ chen. Sie sey seine Frau; unter diesem zärtli-
„ chen Namen sey er ihr alles schuldig. Sie solle
„ ihn lieben, wie er sie liebe, und versichert seyn,
„ daß er stets seyn werde ihr ewig Getreuer.

§. 10.

§. 10.

Von jenem Rufe, und den davon eingegangenen Beweisen (§. 8.) lassen Seine Hochfürstliche Gnaden dem Fürstbischoffe zu Brixen durch Ihren Hofkanzler vertrauliche Nachricht, und dabey zu erkennen geben, daß Sie bewandten Umständen nach mit Vergebung der Präbende länger nicht ansehen könnten; worüber Sie auch von Ihrem Domkapitel ein Gutachten begehren.

S. das erste Salzburgische Rekurs *P. M. Lit. A.* bis *D.*

§. 11.

An Statt von dem Grafen Johann aus der Quelle die zuverlässigste Auskunft zu erhalten gewesen wäre, verlangen sie der Herr Fürstbischoff zu Brixen von ihrem Bruder dem Herrn Kammerrichter zu Wezlar. — So viel aus den nachherigen Antworten des Fürstbischoffs vom 17. October und 14. November zu entnehmen, hat jener die Verehligung seinem Herrn Bruder nicht geläugnet; Dieser hält es daher für eine jugendliche Ausschweifung, für einen angemaßten Schritt; die Ehe sey aber ungültig; sie ziehe den Verlust der Präbende nicht nach sich.

S. daselbst *Lit. F. H.*

Er trägt jedoch allenfalls darauf an, daß der Erzbischoff auf seine Anempfehlung eines andern Subjecti Rücksicht nehmen möge. Es wird damit

mit auf den zweyten Sohn Graf Joseph gezielt. — In dem Schreiben vom 25. October bittet der Herr Kammerrichter ausdrücklich:

daß Seine Hochfürstliche Gnaden in dem unerwarteten Fall, daß sein Sohn Johann sich der Präbende verlustig gemacht hätte, die Gnade haben mögten, sie seinem zweyten Sohn Joseph zu konferiren.

Es war aber schon zu spat; es waren frühere Empfehlungsschreiben eingegangen; Man hätte keine fünf Monath schweigen und eher darum ansuchen sollen.

S. daselbst *Lit. G. H. I.*

§. 12.

War dieses nicht ein stillschweigendes Geständniß der Ehe? — Nichts desto weniger heißt es in seinem Schreiben: „Es sey keine Ehe vor„handen; sie existire gar nicht; es sey ein „erfundener Ruf; der Extract aus dem Kir„chenbuche sey unbedeutend, irrig und falsch; „es sey ein bloßes Stadtmährchen, ein lee„res Geschwäz, ein erbärmliches nichtsbe„deutendes Gewäsche, das nichts erweise, das „nicht die mindeste Rücksicht und Glauben ver„diene; es sey eine Misgeburt des Fürstli„chen Agenten, dem er, wie dessen Schreiber „und dem Pfarrer alle Glaubwürdigkeit beneh„men will. Er droht sogar mit weitern Maas„regeln,

„ regeln, die ihnen theuer zu stehen kommen dürf-
„ ten. Er habe ein gegentheiliges Zeugnis des
„ Pfarrers in Händen, das jenen Extract verei-
„ tele; Er könne mit unverwerflichen Zeugen
„ beweisen, daß sein Sohn den 28. May, wo die
„ Trauung zu Blasbach geschehen seyn solle, den
„ ganzen Tag an einem weit davon entfernten
„ Ort gewesen sey.

S. *Lit. G. M.*

§. 13.

Merkwürdig ist es, daß er in diesem Schreiben vom 25. October sich auf ein schriftliches Zeugniß der Gräfin beruft, daß keine Ehe unter ihnen bestehe, daß sie ohne älterlichen Konsenz nicht bestehen könne, und daß beyde nicht einmal in Gedanken gehabt hätten, sich zu verehlichen.

Wie reimt sich dieses mit jenen Beweisen und den eigenen Geständnissen? (§. 8. 9.) Der Herr Kammerrichter muß damals schon damit umgegangen seyn, der Gräfin so ein Zeugniß abzulocken.

Erst den 18. December 1781., mithin fast zwey Monate nach diesem Schreiben, als sie von Basel wieder zurück gekommen ist, (§. 7.) weiß der reformirte Pfarrer ihr ein Zeugniß abzulisten:
„ daß verschiedenes wegen einer mit ihr dem Ru-
„ fe nach eingegangenen Heurath dem Grafen Jo-

„ hann

„ hann fälschlich angedichtet worden,„ (Nach jenen Beweisen und Geständnissen ist alles die reine Wahrheit. §. 8. 9.) „Es sey ihr nicht eingefallen, ohne älterlichen Konsenz eine Ehe einzugehen„; (der war auf ihrer Seite vorhanden, (§. 47.) und auf der andern war er nicht nöthig. §. 44.)

Der Pfarrer verschwendet seine ganze Beredsamkeit, um sie zu überführen, daß ihre Ehe nicht bestehe, oder daß sie ungültig sey. Als ein schuldloses, der Rechte unerfahrnes Frauenzimmer, glaubt sie ihrem Beichtvater, in dessen Einsicht und Redlichkeit sie ihr einziges Vertrauen sezet. Durch Versprechen einer Pension, und daß man ihr in ein Stift verhelfen wolle, läßt sie zur Unterschrift eines Scheins sich bereden, dem die erwiesene, die gestandene Wahrheit offenbar widerspricht, und der nun mit einer unwürdigen Zweydeutigkeit will entschuldiget werden:

> Er hätte es so nicht verstanden, daß die Ehe ungültig sey, sondern daß sie nicht bestehe, weil sie nicht zusammen lebten.

Gute betrogene Gräfin! Musten Sie denn ein Opfer ihrer Leichtglaubigkeit seyn, und von einer Seite hintergangen werden, wo sie es am wenigsten vermuthet hatten?

Perditissimi hominis est, saget Cicero, amicitiam dissolvere & *fallere eum, qui læsus non* *esset,*

esset, nisi credidisset. — Man enthält sich, hierüber weitere Anmerkungen zu machen, die jedem selbst beygehen werden. — Ein Zug, der den ganzen Mann schildert, und den die Einbildungskraft leicht auszeichnen kann! — Bester Leser! kannst du es vor gerechtem Eifer, so mahl diese Gruppe völlig aus, und geb ihr alsdann die verdiente Aufschrift.

S. *Num.* 7. des Salzburg. Rekurs *P. M. pag.* 30.

§. 14.

Die Fallstricke waren schon lange gelegt. Eine falsche Freundin (man weiß ihre Beweggründe) muß ihr, als einer jungen die Welt nicht kennenden Person, theils Schreckbilder, theils leere Hofnungen vormahlen; ihre Briefe werden aufgefangen; Graf Fritz nöthigt seinen Bruder unter den schauervollesten Ausdrücken und Drohungen, seiner Gemahlin einen Absagbrief zu schreiben. Den 4. December 1781., so bald er nur dazu Freyheit erhält, erklärt er aber, *Num.* 5.: „daß er ihn gezwungener Weise geschrieben „habe; sein Herz, das nur voll von ihr sey, „habe nicht daran gedacht. Er habe Tag „und Nacht gesonnen; wie er es ihr beybringen „solle. Er schwöre, daß er alles das schändliche Zeug, so ihm sein Bruder auf eine listige und die gezwungenste Art in die Feder gegeben, auf das feyerlichste widerrufe; er wie-

„derhole

„ derhole aufs neue und stärkste, was er in sei„nem ersten Brief (§. 9.) ihr aus seinem Ver„bannungsort zugesichert habe.

„Er betheure bey Gott, daß er ihr ewig „ewig treu verbleiben und seine Gesinnungen „nie ändern werde. Dieses wiederholt er am „Ende bey Gott auf das feyerlichste.

Bey dieser Zusicherung hielt sie jenen Schein um so weniger anstössig, als sie dessen ohngeachtet sich auf seine Treu verlassen konnte. — Sie besorgt aber nun viel zu sehr, daß man ihn bey ihrem Gemahl werde gemisbraucht haben; denn seit dem hat sie von ihm keinen Brief mehr empfangen; entweder, weil er dazu keine Freyheit hat, oder weil man ihm weiß gemacht, die Gräfin habe sich alles Anspruchs auf ihn begeben. — Aus seinem ersten Briefe Num. 4. und dem nachfolgenden Num. 7. läßt sich abnehmen, daß man es mehrmalen versuchet hat, sie zu trennen und ihn von ihr abwendig zu machen. (§. 9. 15.)

§. 15.

Den 30. October wird ihm schon vorher eine Carta bianca auf seinen Herrn Vater abgenöthiget, worin er ihn bitten muß, zur Aufrechthaltung der Salzburgischen Präbende alles gerichtlich und aussergerichtlich fürzukehren, was der Sache Liegenheit erfordere.

S. des Herrn Kammerrichters erstes *Promemoria Num.* I.

Allein auch diese erklärt er den 15. Dec. in einem Schreiben an die Frau Gräfin zu Wied-runkel *Num.* 6. für Zwang; „Es möge in die-„ses leere Blatt hinein geschrieben werden, was „es wolle, so bleibe er ohnveränderlich bey „seinen Gesinnungen, die er in seinem vori-„gen Briefe geoffenbaret habe. Diese Erklä-„rung gelte für alles, was seinem besten „Mädchen von seinen Verwandten könne „zugemuthet werden. (§. 14.) Sie soll da-„bey denken, daß, wenn es seine eigene Schrift „sey, er es aus Zwang habe schreiben müs-„sen, oder sonst eine untergeschobene Sache „sey. Er habe jederzeit als ein ehrlicher Mann „gehandelt, und werde ferner als ein sol-„cher die Zeit seines Lebens handeln. Die „Pflichten zu erfüllen, die ihm die Natur selbst „eingegeben, sollen ihm ein unverbrechliches Ge-„sez seyn. Daß ihn davon nichts in der Welt „abbringen werde, schwöre er zu dem ge-„rechten Gott.

Das vorhergehende Schreiben, worauf dieses sich beziehet, ist vom 4. December und geht *Num.* 7. hiebey. In diesem versichert er: „daß seine „Liebe gegen die Karoline von Tag zu Tag „zunehme. Er beklagt sich, daß man ihn von „ihr trennen = und seine Pflichten vergessen „machen wolle, die nur der Tod aus seiner „Seele reissen könne. Er liebe sie unaussprech-„lich;

„ lich; Er werde sie nimmermehr sizen las„ sen, wenn die ganze Hölle wider ihn auf„ stünde. Dazu würde man es nicht brin„ gen.„ (Gott gebe, daß feindselige Menschen nicht endlich ihren Zweck erreicht haben!)

§. 16.

Indessen erwarten Seine Hochfürstliche Gnaden noch immer die Gegenbeweise, wozu der Herr Kammerrichter sich selbst erbotten hat. (§. 12. 13.) In dem Schreiben des Freyherrn von Kürsinger vom 12. October an den Fürstbischoff zu Brixen, und in dem Erzbischöflichen Dekret an das Domkapitel wird dieses deutlich geäussert. Der Herr Domdechant fodert ihn förmlich dazu auf; bis dahin mit der provisorischen Vergebung deswegen noch über zwey Monath eingehalten wird.

S. Salzburgisches Rekurs *Promemoria Lit. C. D.*

§. 17.

Seine Hochfürstliche Gnaden können aber, (weil sie binnen dieser Zeit nicht eingehen, und die gesezmässige Frist der neuen Benennung zu Ende läuft) damit länger nicht anstehen; Sie sind jedoch weit entfernet, dem Grafen Johann den Rechtsweg zu benehmen; Sie behalten ihm, wie Sie in einem Schreiben nach Brixen sich äussern, seine Rechte ausdrücklich vor, wenn er noch in der Folge erweisen könne, daß der Ruf der

vollzogenen Ehe ungegründet gewesen; daß weder eine eheliche Einsegnung geschehen, weder den 28. May habe geschehen können. (§. 12.) In welchem Fall sie ihn mit Vergnügen in seine Rechte wieder einführen würden, die er durch eine unbeschehene Handlung nicht verlohren habe. Allein bis dahin könne die einsweilige Nomination eines andern bey jenen Beweisen und Geständnissen länger nicht aufgehalten werden.

S. das. *Lit. I.*

§. 18.

Da das Domkapitel, von dem Sie ein Gutachten begehret hatten, (§. 10.) dafür hält, daß zwar Graf Johann durch die schon fünf Monath andauernde Ehe seiner Präbende sich ipso facto verlustig gemacht habe, und Seiner Hochfürstlichen Gnaden, als *Summo Collatori* freystehe, mit Vergebung derselben fürzuschreiten; der neu ernennte aber so lang nicht aufschwören könne, als über die Spaurische Ehe noch Streit sey; lassen Seine Hochfürstl. Gnaden sich dieses gefallen. Aus besonderem, Ihnen nachher sehr übel verdanktem Menagement für die Spaurische Familie, verleihen Sie deswegen den 23. December 1781. dem Herrn Grafen von Waldstein diese Präbende noch zur Zeit nur *provisorie*, und behalten dem Grafen von Spaur die ihm darauf zustehende Rechte vor, wenn er sich beschwert zu seyn

glaube,

glaube, und dieses gründlich erweisen könne. (§. 16. 18.)

Billiger und behutsamer konnten Sie nicht gehen, wenn Sie nicht auf der einen Seite ihr Nominationsrecht der Gefahr einer Devolution aussezen; auf der andern aber ihrem Erzstift keine üble Nachrede zuziehen, und keine öffentliche Aergernisse veranlassen wollten. (*a*)

S. Salzburg. Rekurs: *P. M. Lit. E. K.*

(a) Minoristis (saget Lancellot in seinen *Instit. jur. can. Lib.* I. *tit.* 24. §. 3.) matrimonium contrahere minime interdicitur, sed eo casu *beneficiis privandi erunt, quæ sine pravo exemplo & gravi scandalo retinere nequeunt.*

§. 19.

Der Fürstbischof zu Brixen, dem der Erzbischoff diese Entschliessung bekannt macht, ist in seiner Antwort vom 26. December wohl damit zufrieden; Er hält diesen Vorbehalt für eine besondere Gnade, und versichert deswegen, der Herr Kammerrichter werde seine Rechtsbehelfe coram Judice competente nachzubringen ohnermanglen.

S. daselbst *Lit. I.*

§. 20.

Dieser sammelt auch verschiedene Gegenbeweise. Er will

1) mit unverwerflichen Zeugen darthun, daß sein Sohn den 28. May, wo die Trauung zu Blasbach geschehen seyn solle, den ganzen Tag an einem weit davon entfernten Ort gewesen sey. (§. 12.)

2) Bezeugt der Notarius Kraft den 31. December: „Es sey ein Zeugniß des Pfarrers zu „Blasbach vorhanden, der dem Extract aus „dem Kirchenbuch und dessen Aussage zu Giessen (§. 8.) widerspreche; indem daraus zu ersehen sey, daß selbiger keine gräfliche Personen kopulirt habe, und der 28. May der „Tag nicht gewesen sey, an welchem eine Kopulation vorgegangen, die er ohnedies nach den „Grundsäzen seiner Religion ohne Aelterlichen „Konsenz nicht habe verrichten können. (s. §. 46. seq.)

3) Soll er dem Kandidat Buff nach dessen Zeugniß vom 25. December gesagt haben: „er „hätte im May keine gräfliche Personen, sondern einen Kaufmannssohn und ein fremdes Fräulein getrauet.

4) Wird noch ein Zeugniß des Dr. Häberlin vom 3. Jenner 1782. beygebracht, nach welchem den 24. Junius 1781. diese Heirath in das Kirchenbuch zu Blasbach nicht sey eingetragen gewesen.

S. Salzburg. Rekurs *P. M. Num.* 3. 4. 12. *pag.* 28. und 36.

Er

Er führt zwar noch mehr Gegenbeweise an; weil sie aber in die Giltigkeit der erwiesenen Ehe einschlagen, sollen sie erst bey der zweyten Frage geprüft werden. (§. 46. seqq.)

„ Diese, meynt der Herr Kammerrichter, „ liessen keinen Schatten eines Zweifels übrig; „ sie erschöpften alles, was nur Ueberzeugung „ bringen könnte.„ Er schickt sie deswegen den 30. December 1781. in einem weitläuftigen P. M. und den 12. Jenner 1782. in einem Nachtrage an das Domkapitel, und gibt zugleich dem Erzbischoffe Nachricht davon. Damit glaubt er zu erweisen, „ daß zwischen seinem Sohn und der „ Gräfin keine Ehe bestehe, daß sie gar nicht „ existire, daß sie ganz unerfindlich, und davon keine Probe vorhanden sey. (s. §. 8. 9.) „ Daß sie also unmöglich den Verlust der Präbende nach sich ziehen könne; denn dieser seze „ ein Verbrechen voraus, welches hier nicht vorhanden sey. (In seiner nachherigen Supplik pro mandato §. 22. behauptet er das Gegentheil: Es sey kein Verbrechen, die Privation geschehe nicht *in pœnam*, sondern nur wegen des mit dem Geistlichen nicht vereinbarlichen Ehestandes.) „Allenfalls hätte sein Sohn vor dem ordentlichen Richter mit seinem Gegenbeweise erst „ müssen gehöret; und darüber gesprochen werden. (Das ist bey der *privatione ipso jure* nicht nöthig; die Rechte entscheiden anstatt des Richters

ters §. 67.) „Bey nicht erwiesener Ehe, bey „dem klaren Beweiß des Gegentheils, (wo ist „dieser Beweiß?) könne aber von keinem *delicto*, „von keiner Privation die Frage seyn, (davon ist ja auch keine Frage, sondern nur von der Privation des mit dem Geistlichen nicht vereinbarlichen Ehestandes.) „zumal kein Kläger vorhanden, „der eine Ehe prätendire, oder eine Foderung „darauf mache, indem beyde einig seyen, daß „zwischen ihnen keine Ehe bestehe. (Das Gegentheil erhellet aus den §. §. 9. 14. und 15.) „Ueber diese nicht vorhandene Ehe könne allen„falls Niemand, als der Erzbischoff von Trier, „in dessen Dioces Wezlar liege, erkennen, wenn „darüber Klage entstehen sollte.„ (S. den §. 79.)

S. Salzburg. Rekurs P. M. Lit. M. §. §. 25. 28. 34. 36. & Lib. N. O.

§. 21.

Zu Salzburg erwartet man als noch, (§. 16.) der Herr Kammerrichter werde bey der dasigen geistlichen Behörde (denn der Erzbischoff von Trier kann ja über die Salzburgische Präbende nicht Richter seyn) in Gemäßheit der von dem Fürstbischoffe zu Brixen geschehenen Zusage, (§. 19.) die gerühmte Gegenbeweise vorbringen. (§. 20.) Allein, ehe man sichs versieht, wirkt er, als ein dazu unqualificirter Kläger, in dieser nach *Cap*. 3. *de Judiciis in* 6. den Sohn allein angehenden Ehe- und Beneficialsache, vermöge der

ihm

ihm abgenöthigten *carta bianca* (§. 15.) den 23. Jenner 1782. bey dem Reichs-Kammergericht ein Mandat aus:

de non via facti, sed juris procedendo, desistendo à prætensa *nova & nulliter facta nominatione*, hincque Dominum Comitem Joannem a Spaur in *quieta possessione collati beneficii nullatenus turbando*, sed potius in adepta ejus possessione quieta relinquendo, suoque tempore ad Residentiam cum omnibus fructibus & emolumentis admittendo S. C.

Mit allem Recht wird ihm deswegen den 26. August *exceptio inqualificationis* entgegengesezt, *ne judicium reddatur nullum & illusorium.*

§. 22.

Den 25. Februar 1782. geben Se. Hochfürstliche Gnaden über dieses Mandat dem Kammergericht ihr Befremden, und dabey zu erkennen: „daß durch die provisorische Vergebung den „Einreden des Grafen von Spaur nicht sey vorgegriffen worden; Sie würden vielmehr der erste seyn, der in seine Präbende ihn wieder zurückführen: das ist, die provisorische Vergebung gerne wieder aufheben würden, wenn „er vor der gebührenden Stelle erweisen „könne, daß er den 28. May sich nicht verehliget, oder daß die Ehe ungiltig sey, und

 „den

„ den Verlust der Präbende nicht wirke. Mit
„ Vorbeygehung dieser geistlichen Stelle hätte
„ in einer Ehe- und Beneficialsache kein Man-
„ dat erkant; und vielweniger dazu der Name
„ des Sohnes misbraucht werden sollen, der über
„ seine Handlungen selbst Rede und Antwort ge-
„ ben müsse. – Es sey kein Schein eines Spo-
„ liums vorhanden; Nicht einmal ein *Spolium*
„ *simplex* sey es, weil der Graf noch im Besiz
„ sey und ihm seine Rechte vorbehalten seyen; In
„ diesem Fall hätten nach der K. G. O. II. Th.
„ tit. 8. allenfalls nur *austregæ spolii simplicis*
„ Statt gehabt. Als Salzburgischer Domizellar
„ stehe Graf Johann unter der Landeshoheit des
„ Erzbischoffs; mithin hätte vorher um Be-
„ richt müssen geschrieben werden. Die gesezwid-
„ rige Erkennung des Mandats sey daher eine
„ gemeine Beschwerde, wogegen Sie den Re-
„ kurs an Kaiser und Reich zu nehmen gemüssi-
„ get seyen.

S. daselbst *Lit. IV.*

§. 23.

Den 6. März 1782. führen Sie diesen Re-kurs bey der Reichsversammlung wirklich ein. Als aber dessen ungeachtet, den 17. May und 8. Julius zwey Paritorien ergehen; und in der zweyten schon das Mandatum de exequendo komminiret wird, zeigen Sie dieses ebenmässig am Reichstage an.

§. 24.

§. 24.

In der Zwischenzeit muß Graf Johann gegen seinen (§. 9. 14. 15.) so deutlich erklärten Willen, den 30. April 1782. an das Domkapitel zu Salzburg schreiben, daß zwischen ihm und der Gräfin keine Ehe existire. Vermuthlich ist dieses Schreiben dadurch veranlasset worden, weil das Domkapitel in der, auf das Erzbischöffliche Decret vom 12. October, den 15. d. M. 1781. ertheilten Antwort (a) geäussert hatte:

„ daß wenn Graf Johann sich bey ihnen pro „ admissione ad primam Residentiam melden, „ und inzwischen der Ruf einer giltigen Ehe„ verbindung von ihm nicht werde einbeken„ net (diese hat er nun wirklich einbekannt) „ oder „ durch richterlichen Ausspruch bestärket wer„ den; (auch dieses ist durch die Kontumacialurtel vom 9. Sept. 1782. geschehen, (§. 31.) „ sie „ alsdann kein Bedenken trügen, ihn zur ersten „ Residenz, jedoch *salvo jure cujuscunque & Co-* „ *mitis de Waldstein*, zu admittiren. (Nach den Salzburgischen Statuten *Num.* 8. war dabey vieles Bedenken; er konnte nicht eher zugelassen werden, bis er sich von dem *impedimento canonico*, des erschollenen Rufs und der bewiesenen Ehe gereiniget hatte.)

Damit sollte nun der Sache auf einmal geholfen seyn, man sieht aber deutlich, daß es ein

ihm

ihm vorgelegtes Koncept war, aus welchem es dem zweyten P. M. des Herrn Kammerrichters *Num.* 3. ohne Datum, ohne Courtoisie und Unterschrift beygedruckt worden. — Er muß darinn die nemliche Sprache der Gräfin führen: (§. 13.) „Er sey weit entfernet, eine zwischen ihm und „einer Gräfin von Wittgenstein, wie ein falscher „Ruf verbreitet hätte, bestehen sollende **Ehe**, „oder giltige **Eheverbindung** einzubekennen; er „sey vielmehr überzeugt, daß sie **nicht vorhan**„**den**. (In seinen Briefen Num. 4. bis 7. führt er eine ganz andere Sprache. — Warum hat denn der Herr Kammerrichter diese räthselhafte Erklärung nicht eher von seinem Sohne begehrt? — Vermuthlich weil er die ihm abgenöthigte cartam biancam, oder das Mandatum præsumtum für hinlänglich hielt, die **Ehe** nach Konvenienz zu läugnen, oder für **ungiltig** zu erklären, um in ein- oder dem andern Fall die Präbenden zu retten, ohne um die wahre Gesinnungen des Sohnes sich zu bekümmern.) „Wo kein Kläger sey, „wo Niemand eine Ehe verlange, wo kein Theil „ein Recht darauf zu haben gedenke; (das sind fast die nemlichen Worte, welche oben (§. 20.) der Herr Kammerrichter äussert. In dem Schreiben Num. 4. prätendirt Graf Johann allerdings ein **Recht** aus der **Kopulation**, und die Gräfin verlangt es ebenfalls.) „Da sey kein Ausspruch zu erwarten (Wird ihm seine Freyheit gelassen; so wird es freylich dieses Ausspruchs nicht bedür-

bedürfen; Ausserdem kann der Gräfin wider diejenigen, die ihr ihren Gemahl vorenthalten, die oberstrichterliche Hülfe nicht versaget werden.)

(a) S. erstes Rekurs P. M. Lit. D. E.

§. 25.

Der Herr Kammerrichter führt eben diese Sprache in einem Schreiben vom 16. Junius 1782., welches den Kameralakten (20) beylieget. Er schlägt den Weg der Gnade ein, jedoch in einem so beleidigenden Tone, daß er sich davon unmöglich einen Erfolg versprechen kann. Er sieht es selbst ein und wartet deswegen die Antwort nicht ab. Ehe diese eingehen kann, wirkt er schon den 8. Julius eine neue Paritorie mit Komminirung des Mandati de exequendo aus. (§. 23.) — Dieses Schreiben ist deswegen merkwürdig, weil er sich fast in jeder Zeile widerspricht, und die Ehe bald gesteht, bald läugnet „Er hält „sie für eine kanonische Verhinderung des „geistlichen Standes. (Das ist doch wohl ein Geständniß der Ehe? warum hat er sie dann vorher und noch selbst in der Klagschrift geläugnet?) Gleich gereut es ihn wieder; „Es sey nur eine „jugendliche Uebereilung, ein leicht zu über„sehender Fehler." (Das bischen Heirathen ist zwar bey katholischen Geistlichen in den untern Weihen kein Fehler; es zieht aber doch den Verlust der Präbende nach sich.)

Einige Zeilen hernach ist es wieder keine Ausschweifung; denn die Verehlichten seyen einig und überzeugt, nicht ehelich gebunden zu seyn. (Das ist ein Widerspruch im Anhange! — Ihre eigenen Erklärungen sagen das Gegentheil. §. 14. 15.) „An keine Zusammenlebung sey gedacht worden." — (Das ist schwer zu glauben!)

Doch ist es gleich wieder „eine jugendliche „Ausschweifung, welche die Aeltern auf bezeigte Reu und freye Erkenntniß" (das widerlegen seine Briefe) „ihm von Herzen verziehen hätten." (Nun so verzeihen Sie es dann beyden, weil es doch einmal geschehen ist, und nehmen die guten Kinder wieder zu Gnaden auf. Sie werden es in ihrem Leben nicht wieder thun.) „Seine Hochfürstliche Gnaden hätten ihn korrigiren, apostolisch ermahnen, dem Bereuenden eine seinem Fehler proportionirte Buße auflegen; und ihn mit oberhirtlicher Milde behandlen sollen. Zu seinem eigenen Besten würde man ihn diesem gerne unterworfen haben." (Er hat ja nichts gethan, was soll er dann büssen? Er durfte ja heirathen, und seine Präbenden aufgeben, zu denen er keinen Beruf hatte.)

„Nun sey davon keine Frage mehr, weil sein „Oheim, der Fürstbischoff zu Brixen, in dessen „Bißthum er wohne, (ein Staatsgefangener ist) „ihn bereits korrigiret, und von aller kanoni-

„schen

„ schen Verhinderung freygesprochen hätte.“ (Schon wieder ein Geständniß der Ehe!) „Sein „ Sohn sey jezt wegen dieses Fehlers“ (es war ja keiner) „von aller geistlichen Korrektion frey.“ (die hat er ja nicht verdienet.)

Er nahm eine Frau — und zwar seine herzlich, seine innigst geliebte Gräfin Karoline, ohne die er nicht leben, noch glücklich seyn konnte. (S. Beyl. *Num.* 4.) — Das war sein liebenswürdiges Verbrechen! — Vorher seine Dompräbenden zu resigniren war nicht thunlich; er würde sich verrathen, sein Herr Vater würde es nicht zugelassen; und vielleicht noch stärkere Maasregeln ergriffen haben, als seine jezige Verbannung nach Brixen, um ihn von der Heirath abzuhalten und zum geistlichen Stande zu nöthigen. (§. 34.)

Freylich wär es besser gewesen, wenn er seinem Bruder die Präbenden vorher resigniret hätte. — Man sezt sich in den Fall des Herrn Kammerrichters, wie ihm dabey sein Vaterherz bluten muß; denn nicht alle Tage fliegen so ansehnliche Präbenden in eine Familie — Hier konnte es aber nicht geschehen. — Wer war Schuld daran? — Das sind die Folgen, wenn Kinder aus einem Staats- Familien- System gegen ihre Neigung dem geistlichen Stande gewidmet werden, wogegen, wie Graf Johann sich ausdrücket, ihre ganze Natur sich empöret. (§. 9.)

§. 26.

§. 26.

Damit jedoch das Kammergericht desto eher veranlasset werde, das in dieser geistlichen Ehe- und Beneficialsache nicht bestehende Mandat selbst wieder aufzuheben; so lassen Seine Hochfürstliche Gnaden ihm die in jenem Schreiben vom 25. Februarius 1782. (§. 22.) enthaltene Gründe den 26. August 1782. (a) gerichtlich anzeigen; ohne jedoch dessen Gerichtbarkeit anzuerkennen und vom Rekurs abzugehen.

(a) Als der Fürstliche Agent den 6. und 13. September in dessen Gemäßheit noch weitere Recesse abhielt, hatte er von dem fortgegangenen Kontumacialproceß und der schon den 9. September in Contumaciam ergangenen Urtel noch keine Wissenschaft. Sein dasiger Vorbehalt hört also nach den inzwischen sich geänderten Umständen nun um so mehr auf, als seit dem der Herr Kammerrichter den Mandatsproceß selber auf sich erliegen läßt.

§. 27.

Seine Hochfürstliche Gnaden hoften damals um so zuverlässiger eine *Cassatoriam Mandati*, als Sie dem Grafen von Spaur bey der geistlichen Behörde zu Salzburg (die Sie ihrer Pflichten erliessen) den ihm so oft vorbehaltenen Rechtsweg den 10. May 1782. schon hatten eröffnen lassen, (*Num.* 9.) um sich zu erklären, daß er entweder auf die mit seinem Ehestande nicht vereinbarliche Präbende keinen weitern Anspruch

spruch zu machen gedenke, oder die Rechtsgründe beybringen solle, warum er vermeyne, daß wegen dieser Präbende nach Kanonischen Rechten gegen ihn nicht könne verfahren werden.

§. 28.

Er durfte aber aus angemaßtem Befehl seines Vaters nicht einmal die Ladung annehmen, vielweniger erscheinen und auf die Klage sich einlassen, er mußte dem Konsistorial-Präsidenten Herrn Grafen von Stahrenberg erklären, daß er ausser Stand sey, dem Befehl seines Vaters sich zu widersezen, ohne dessen Bewilligung, weil er ihm alles übertragen, er wegen der Salzburgischen Präbende nicht den mindesteen Schritt thun, und sich in nichts einlassen dürfe. Als wenn es in den Mächten des Vaters gestanden, den Gehorsam, welchen der Sohn der Erzkirche geschworen, aufzukündigen und dieser erst dazu die Erlaubniß hätte haben müssen. — In einer sein Gewissen betreffenden Sache war er nach *Cap.* 3. *de Judiciis in* 6. über seine Person völlig Herr; Er konnte ohne Einwilligung seines Vaters heirathen, ohne dessen Vorwissen seine Präbende aufgeben; er konnte und mußte, da von seiner eigenen That die Frage war, selbst darüber Rede und Antwort geben, ohne daß sein Herr Vater ihn daran hindern durfte.

S. (20) *Act. Cam.* Zweyte Salzb. Rekursschrift *Lit. I. Z. Aa.*

§. 29.

Es war also nichts übrig, als daß den 9. September 1782. von ermeldtem Vikariat die Spaurische Ehe *in contumaciam* für erwiesen = und er seiner Präbende nun auch *per Sententiam* verlustig erkläret wurde, (*Num.* 10.) die er schon vorher *ipso jure* verlohren hatte, und dem Grafen von Waldstein nur mit dem Beding *provisorie* verliehen war, wenn Graf Johann die ihm vorbehaltene Rechte nicht ausführen; und die gerühmte Beweise, daß zwischen ihm und der Gräfin keine Ehe vorhanden, nicht beybringen würde. (§. 18.)

§. 30.

Was hätte er auch sagen können? wenn er erschienen wäre, wenn ihm der Extract aus dem Kirchenbuch, des Pfarrers gerichtliche Aussage, (§. 8.) seine Originalbriefe und Geständnisse wären vorgelegt worden, „daß er eine Frau „habe; daß ihm diese lieber als tausend Prä„benden seye; daß er wegen dieser kanonischen „Verhinderung nicht geistlich werden kön„ne.“ Die gerühmte Gegenbeweise waren auch unerfindlich, sie wurden durch seine eigene Geständnisse vernichtet. Es wären demnach, wenn er auch erschienen wäre, keine andere partes Judicio gewesen, als die Ehe für gestanden; und ihn seiner Präbende verlustig zu erklären.

§. 31.

Obschon nun von einer *in contumaciam* (a) und gegen einen *confessum* (b) ergangenen Urtel keine Berufung zuläßig ist; (§. 29. 30.) so muß doch Graf Johann von dieser als *à Judice* (prætense) *incompetente ad quemcunque competentem* appelliren; so wenig er dazu geneigt ist. Eine Berufung die sein Herr Vater wiederholet und zu Rom wirklich einführet. Er geht damit um, die Ehe seines Sohnes vom Pabst aufheben, oder ihn davon absolviren zu lassen. Ein Mittel, welches er auf üble Berathung für das schicklichste hält, die verlustigte Präbenden des Sohnes, es koste was es wolle, zu erhalten. — Ist dieses dann der Wille seines Sohnes? Nichts weniger! seine Frau ist ihm lieber, als tausend Präbenden. (§. 9.)

(a) Eine *manifesta contumacia* ist es alsdann, wenn der Citirte, wie er es erkläret, nicht erscheinen will. (§. 28.) Die Berufung von einer alsdann ergehenden Urtel ist ipso jure null; er kann nicht einmal dawider in integrum restituiret werden.

Begnudelli Bibliotheca Juris canon. Mutinæ 1757. Tom. I. p. 253. seq.

Lauterbach Lib. 41. tit. 1. §. 6. führt ein Beyspiel eines gegen die Zulassung einer Appellation à sententia in contumaciam lata am Kammergericht erkannten Mandats an.

Selbst das Tridentinische Koncilium verbietet *Sess.* 25 *Cap.* 14. sogar in dem Fall die Appellation, wenn

ein Concubinarius zur Strafe seiner Präbende entsezet wird. Dieses müssen der Herr Kammerrichter und sein Sohn sich um so mehr gefallen lassen, als sie in den Judicialrezessen vom 6. und 13. September 1782. deshalb wolmeynend sind gewarnet worden, daß sie es auf eine Kontumacialerkenntniß nicht sollen ankommen lassen, indem sie alsdann nicht appelliren könnten.

(b) Eine jede Berufung sezt eine Beschwerde voraus; ist diese nicht vorhanden; so hat auch jene nicht Statt; sie muß alsdann ex defectu gravaminis abgeschlagen werden.

§. 32.

War dann das Vikariat zu Salzburg in dieser Beneficialsache nicht *Judex competens*? — Um diese Frage gründlich zu beantworten, muß vor allen Dingen der Unterschied zwischen der *privatione Juris & hominis* geprüfet werden, wenn sie von den Gesezen, oder dem Richter verhängt wird. Jene hat eine viel grössere Wirkung, als diese; denn die Geseze sind gerecht; die Richter können aber in facto, oder in der Anwendung sich irren; weil sie Menschen sind. — Wenn also die Geseze einen Minoristen, so bald er heirathet, seiner Präbende verlustig erklären; so ist alsdann die Heirath nur als eine Thatsache vom geistlichen Richter zu untersuchen. So bald diese erwiesen, ist der Minorist ohne weitere Erkenntniß seiner Präbende ipso Jure verlustig; nichts als die Vollziehung der rechtlichen Privation ist übrig. Von dieser hat alsdann keine Berufung, wie von derjenigen Statt, die der Richter durch eine Privations-

tionsurtel verhänget; denn die Geseze können Niemand: nur der Richter kann eine Beschwerde zufügen.

Leüren *Forum beneficiale Colon.* 1735. *Tom. III. Sect. I. Cap.* 3. *Quæst.* 162. & *Quæst.* 175.

§. 33.

Wer war über diese Thatsache der Spaurischen Ehe Richter? — Der Scheingrund, aus welchem der Herr Kammerrichter dafür hält, warum sein Sohn nicht schuldig gewesen, sich daselbst einzulassen, wird durch nachstehende Anmerkungen beseitiget.

S. *Act. Cam.* (20).

Se. Hochfürstliche Gnaden haben die Präbende des Grafen Johann, so bald Sie erfahren, daß er geheirathet, *NB.* als Kollator einsweilen nur vorsorglich vergeben, und in gesezmässiger Frist vergeben müssen, wenn Sie ihr Nominationsrecht keiner Devolution aussezen wollten. (§. 17. 18.) Dazu wäre schon nach den Domkapitelischen Statuten und einem ältern dasigen Beyspiele von 1717. *Num.* 11. der blose Ruf einer Heirath hinlänglich gewesen; vielmehr waren es also der vollgiltige Beweiß aus dem Kirchenbuch, die gerichtliche Aussage des Pfarrers und die in den Briefen des Herrn Kammerrichters damals schon enthaltene eigene Geständnisse. (§. 8. 9. 12.)

Wären Seine Hochfürstliche Gnaden, als Kollator und Richter zugleich, verfahren, welches

bey der *privatione ipso jure*, wo die Geseze an Statt des Richters entscheiden, (§. 32) sich kaum denken läßt; und wär gegen eine provisorische Vergebung einer geistlichen Präbende die Appellation zulässig gewesen; so hätte sie von dieser vermeynten Extrajudicialbeschwerde doch allenfalls nur an einen höhern geistlichen, keinen weltlichen Richter geschehen können; denn wie von einer provisorischen Verfügung (weil sie nie rechtskräftig wird) nicht appelliret; sondern sie bey Entscheidung der Hauptsache, (wenn aus dieser sich äussert, daß sie nicht bestehen könne) von dem nemlichen Richter selbst wieder aufgehoben wird; so hat noch vielweniger gegen die vorsorgliche Nomination des von Waldstein ein Mandat erkannt; und in einer geistlichen Sache bey einem weltlichen Richter ein so ausserordentlicher Weg können eingeschlagen werden; da schon vor dessen Erkennung ihm bey der geistlichen Behörde der ordentliche Rechtsweg angewiesen war, den ihm Se. Hochfürstl. Gnaden nachher als Richter bey der geistlichen Behörde zu Salzburg, die Sie ihrer Pflichten erliessen, wirklich eröfnet haben; weil der Herr Kammerrichter sich erboten hatte, mit andern Scheinen des Pfarrers und unverwerflichen Zeugen die Nichtehe zu erweisen; (§. 16. 20. 28.) über deren Existenz oder Giltigkeit Sie als Kollator nicht sprechen konnten, sondern durch die provisorische Vergebung nur einsweilen ihr Kollationsrecht zu retten suchten. (§. 16. 20.) Wie dieses den Rechten und der

Ana-

Analogie der R. G. O. *II.* Th. tit. 4. §. 2. gemäß war; so fiel das erschlichene Mandat *de non via facti, sed Juris procedendo* offenbar weg, und da ohnedies kein Schatten einer Nullität, eines Spoliums, eines *facti injustificabilis* vorhanden; (§. 12 seqq.) so war nichts übrig, was die Jurisdiction des Kammergerichts noch hätte begründen können. (§. 23. 24.)

Nur jene geistliche Behörde sollte darüber erkennen: Ob eine Ehe vorhanden sey? Bis dahin blieben ihm seine Rechte vorbehalten. (§. 18.) Er war also schuldig, bey dieser sich einzulassen, und in Gemäßheit der Salzburgischen Statuten von dem Ruf und Beweiß seiner Eheverbindung, als eines *impedimenti canonici*, sich zu reinigen, und damit die vorsorgliche Benennung des von Waldstein unkräftig zu machen, ehe er zum Genuß der Präbende konnte gelassen werden. (§. 16. 20.)

Es war dabey nicht von der Giltig oder Ungiltigkeit dieser vermischten Ehe die Rede, worüber der Erzbischof von Trier, (in dessen Diöces Blasbach vor diesem gehöret hat) als der Pabst Richter seyn konnte; weil ihre Gerichtbarkeit an dem Lutherischen Ort wo sie geschlossen worden, und wogegen die reformirte Gräfin durch den Westphälischen Frieden Art. *V.* §. 48. suspendiret ist. Nur davon war die Frage: Ob sie als eine Thatsache erwiesen sey? ob also der Graf von Spaur, sie möge giltig- oder ungiltig seyn, sich dadurch in beyden Fällen seiner Salzburgischen Präbende auch ohne richterlichen Ausspruch *ipso Jure* verlustig gemacht habe? — Weil diese von jener Thatfrage abhieng: Ob eine Ehe vorhanden sey? und beyde so wesentlich konnex waren, daß eine ohne die andere sich nicht entscheiden ließ; so konnte darin Niemand, als der geistliche Richter derjenigen Kirche erkennen, wo Graf Johann die Präbende hatte, welche durch diese Heirath ipso jure erlediget war.

Selbst

Selbst nach dem in der Supplik pro mandato §. 18. angeführten *c. 14. X de foro competente*, nach der Constitution des Pabstes Benedict *XIV.* von 1741. und dem *Cap. I. de clericis conjugatis* steht es nur dem Bischoffe des Präbendirten zu, einen verheiratheten Geistlichen *ad relinquendum beneficium & retinendam uxorem* anzuhalten.

So bald der geistliche Richter diese Thatfrage entschieden und die Ehe für erwiesen erkläret hat, (§. 29) zog sie, sie mogte giltig oder ungiltig seyn, den Verlust seiner Präbende ohne weitere Erkenntniß *ipso jure* nach sich. (§. 67. seq.)

§. 34.

Diese Gründe haben das Domkapitel zu Salzburg bewogen, daß sie den 28. October 1782. dem Grafen von Waldstein mit der Besizertheilung endlich willfahret haben. Weil aber der Graf von Spaur von jener Kontumacialurtel, (§. 29.) so unzuläßig es war, auf Befehl seines Herrn Vaters appellirte; (§. 31.) so hat das Domkapitel in honorem Judicis Superioris ihm dabey seine Rechte vorbehalten, wenn er bey diesem noch erweisen könnte, daß keine Ehe vorhanden, oder daß sie ungiltig sey, und den Verlust der Präbende nicht nach sich ziehe. Dieses führt auf die Untersuchung nachstehender Fragen.

Staats-bibliothek Bamberg